



Stenografischer Bericht

65. Sitzung

Freitag, 1. Februar 2019,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung	5	Robert Farle (AfD)	15
		Rüdiger Erben (SPD).....	15
		André Poggenburg (fraktionslos).....	16
		Rüdiger Erben (SPD).....	16
		Sebastian Striegel (GRÜNE)	16
		Daniel Roi (AfD).....	18
		Sebastian Striegel (GRÜNE)	19
		André Poggenburg (fraktionslos).....	20
		Sebastian Striegel (GRÜNE)	20
		Henriette Quade (DIE LINKE)	21
		Robert Farle (AfD)	23
		Oliver Kirchner (AfD).....	24
		Siegfried Borgwardt (CDU).....	24
		Alexander Raue (AfD).....	26
		Siegfried Borgwardt (CDU).....	27
Tagesordnungspunkt 4			
Aktuelle Debatte			
a) Meinungsfreiheit gewährleisten - Verrohung der politischen Auseinandersetzung verhindern - gewalttätiger Debattenkultur Einhalt gebieten		b) Zugausfälle bei Abellio - ein Beispiel fehlgeschlagener Privatisierung	
Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/3879		Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/3880	
Oliver Kirchner (AfD)	5	Guido Henke (DIE LINKE).....	28
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport).....	7	Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr)	30
André Poggenburg (fraktionslos).....	9	Dr. Falko Grube (SPD)	33
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport).....	9	Matthias Büttner (AfD)	35
Alexander Raue (AfD)	10	Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	36
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport).....	11	Wulf Gallert (DIE LINKE)	39
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	11	Cornelia Lüddemann (GRÜNE).....	39
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport).....	12		
Rüdiger Erben (SPD).....	12		
Oliver Kirchner (AfD)	14		
Rüdiger Erben (SPD).....	14		

Wulf Gallert (DIE LINKE)	39
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	40
Marco Tullner (CDU)	40
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	40
Frank Scheurell (CDU)	41
Wulf Gallert (DIE LINKE)	43
Frank Scheurell (CDU)	43

Informationsverlangen gemäß Artikel 53 der Landesverfassung

Thomas Lippmann (DIE LINKE)	44
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident)	45
Swen Knöchel (DIE LINKE)	45
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident)	45
Robert Farle (AfD)	45

noch: Tagesordnungspunkt 4

Aktuelle Debatte

c) Ergebnisse der Kohlekommission: Chance oder Gift für Sachsen-Anhalt?

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/3886

Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	46
Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident)	49
Dr. Katja Pähle (SPD)	55
Robert Farle (AfD)	57
Sebastian Striegel (GRÜNE)	59
Robert Farle (AfD)	60
Rüdiger Erben (SPD)	61
Robert Farle (AfD)	61
Dorothea Frederking (GRÜNE)	63
Robert Farle (AfD)	63
Lars-Jörn Zimmer (CDU)	64
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	66

Tagesordnungspunkt 5

Beratung

Studenten sollen studieren - Schluss mit der politischen Agitation an unseren Hochschulen

Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/3844

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	69
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung)	72

Florian Philipp (CDU)	74
Hendrik Lange (DIE LINKE)	75
Olaf Meister (GRÜNE)	76
Dr. Katja Pähle (SPD)	77
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	79
Abstimmung	80

Tagesordnungspunkt 6

Erste Beratung

Strukturwandel - Landesverantwortung für Menschen und Umwelt endlich wahrnehmen, Stabsstelle einrichten und Prozesse bündeln

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/3868

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	81
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung)	81
Lars-Jörn Zimmer (CDU)	81
Lydia Funke (AfD)	82
Dorothea Frederking (GRÜNE)	83
Holger Hövelmann (SPD)	84
Abstimmung	85

Tagesordnungspunkt 18

Erste Beratung

Straßenausbaubeiträge abschaffen, Beitragsmoratorium vorlegen

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/3867

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	85
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport)	86
Daniel Roi (AfD)	87
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport)	88
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	88
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport)	88
Silke Schindler (SPD)	88
Daniel Roi (AfD)	89
Olaf Meister (GRÜNE)	90
Siegfried Borgwardt (CDU)	91
Olaf Meister (GRÜNE)	92
Siegfried Borgwardt (CDU)	92

Olaf Meister (GRÜNE).....	92
Tobias Krull (CDU)	93
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE).....	94
Abstimmung.....	94

Erklärung außerhalb der Tagesordnung gemäß § 68 GO-LT

Ulrich Siegmund (AfD).....	95
----------------------------	----

Persönliche Bemerkung gemäß § 67 GO-LT

Hendrik Lange (DIE LINKE)	95
Oliver Kirchner (AfD).....	97

Schlussbemerkungen	97
---------------------------------	----

Beginn: 9:03 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 65. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode und begrüße Sie auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir setzen nunmehr die 30. Sitzungsperiode fort und beginnen die heutige Beratung mit den Tagesordnungspunkten 4 und 20, den drei Themen zur Aktuellen Debatte.

Ich möchte daran erinnern, dass sich Herr Minister Schröder für heute ganztägig entschuldigt hat, wie ich das bereits gestern angekündigt hatte.

Die parlamentarischen Geschäftsführer haben mir gestern gesagt, dass sie sich darauf geeinigt hätten, heute keine Mittagspause einzulegen, weil nach der ursprünglich vorgesehenen Mittagspause nur noch ein Tagesordnungspunkt zu behandeln gewesen wäre. Deswegen ziehen wir heute gleich durch.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Obleute des 17. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses treffen sich im Anschluss an die Landtagssitzung im Raum C1 25.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 4

Aktuelle Debatte

Ich erinnere daran, dass wir uns am gestrigen Tage verständigt haben, das dritte Thema zur Aktuellen Debatte, das als Tagesordnungspunkt 20 in die Tagesordnung aufgenommen wurde, heute als letztes Thema der Aktuellen Debatte zu beraten.

Damit lautet das erste Thema: Meinungsfreiheit gewährleisten - Verrohung der politischen Auseinandersetzung verhindern - gewalttätiger Debattenkultur Einhalt gebieten. Hierzu liegt ein Antrag der Fraktion der AfD in der Drs. 7/3879 vor.

Das zweite Beratungsthema lautet: Zugausfälle bei Abellio - Beispiel fehlgeschlagener Privatisierung. Hierzu liegt ein Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/3880 vor.

Das dritte Thema lautet: Ergebnisse der Kohlekommission - Chance oder Gift für Sachsen-An-

halt. Hierzu liegt ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drs. 7/3886 vor.

Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit von zehn Minuten.

Wir kommen zum ersten Thema der Aktuellen Debatte

Meinungsfreiheit gewährleisten - Verrohung der politischen Auseinandersetzung verhindern - gewalttätiger Debattenkultur Einhalt gebieten

Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/3879

Es wurde folgende Reihenfolge vereinbart: AfD, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und CDU. Zunächst hat die Antragstellerin, die AfD, das Wort. Herr Abg. Kirchner, Sie dürfen nach vorn kommen. Sie haben das Wort. Bitte schön.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Werte Abgeordnete! Hohes Haus! „Ein Baum, ein Strick, ein Nazigenick“ - Parolen, wie wir sie durch die Antifa auf der am 12. Januar 2019 stattfindenden „Kandel ist überall“-Gegendemo hören mussten. Dies war eine Gegendemo zur Veranstaltung des Frauenbündnisses Kandel. Auf dieser Gegendemo gegen rechts sprach übrigens auch Kurt Beck von der SPD. Ich glaube spätestens jetzt drehen sich Willy Brandt und Helmut Schmidt im Grabe um.

(Beifall bei der AfD)

Repression ist Einschüchterung. Sie hat den Zweck, uns Angst einzujagen, uns kleinzukriegen, uns paranoid zu machen, uns zum Aufgeben zu zwingen, stillzuhalten, maßgeblich in unser Leben einzugreifen, es zu dominieren und zu guter Letzt unsere Gedanken zum Stillstand zu bringen.

Repression ist nicht nur gegen einen persönlich gerichtet, sondern gegen das gesamte politische Handeln einer Szene oder einer Bewegung. Deshalb ist der Umgang mit der Repression nicht die Sache Einzelner, sondern aller.

So soll es mir bei dieser Aktuellen Debatte vordergründig nicht um eine stupide Auflistung der zahlreichen Übergriffe auf Vertreter und Anhänger der AfD gehen oder gar des gesamten patriotischen Lagers, zumal das die Redezeit von zehn Minuten sprengen würde, sondern um eine Hinterfragung der Vorgänge im Vorfeld, die zu einer stetigen Verschärfung der Auseinandersetzung führen.

Es gibt kaum noch jemanden, der Repressionen, ob nun durch staatliche Akteure oder dem Staat zur Seite springende Protagonisten, nicht selbst erlebt hat oder der keine Menschen kennt, deren Recht auf freie Meinungsäußerung auf die eine oder andere Weise eingeschränkt wurde, indem die Konsequenzen aus der Inanspruchnahme dieses Rechts existenzbedrohlich waren.

Konservative waren und sind einer Reihe von subtilen bis brachialen Reaktionen auf ihre politische Positionierung ausgesetzt. Das reicht von Ausgrenzung im Freundeskreis über Outings in der Nachbarschaft, an der Universität oder beim Arbeitgeber bis zum Verlust des Arbeitsplatzes, vom Zerwürfnis mit der Familie bis zum Anzünden des Autos, von der Verunglimpfung als Nazi bis zum körperlichen Angriff und von der Kriminalisierung bis zum Verlust des Kontos.

Dabei ist es vollkommen egal, ob die betroffene Person eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens ist oder nicht. So schlimm der Hackerangriff und der damit verbundene Datenklau von Politikern zum Jahreswechsel war, kommen wir nicht umhin, eine gewisse Doppelmoral festzustellen.

(Beifall bei der AfD)

So hat es schon einen herben Beigeschmack, wenn man in der Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE vom 4. Januar 2019 lesen muss, „Wer persönliche Daten von Personen veröffentlicht, nimmt deren Gefährdung billigend in Kauf. Dieser Vorgang ist somit ein Angriff auf die Demokratie insgesamt.“ - wissend, dass das Leaken von AfD-Parteitagsadresslisten und AfD-Chat-Verläufen, die Outings und das An-den-Pranger-Stellen auf „linksunten.indymedia“ und „lsa-rechtsausen“ wiederum wohlwollend zur Kenntnis genommen und die gezielte Verletzung von Persönlichkeitsrechten Dritter als fundierte Recherche im Sinne journalistischer Arbeit umgedeutet wird.

(Beifall bei der AfD)

Straftaten und daraus resultierende Repressionen werden legitimiert, wenn sie der Denunziation des vermeintlichen politischen Gegners nutzen. Vermeintlich, da sie aus der gesellschaftlichen Komfortzone heraus bestimmen, wer als Nazi gilt und wer nicht. Nach dieser Lesart wäre das gebetsmühlenartige Denunzieren einer unliebsamen politischen Meinung, die sich klar im demokratischen Wertekanon wiederfindet, als faschistoid und die Beleidigung der Anhänger als Nazis lediglich als unweigerliches Vorspiel auf gewollte, einsetzende Repressionen und daraus resultierende gewalttätige Übergriffe zu verstehen.

Das jüngste Beispiel vom 30. Januar 2019 auf „indymedia.org“ ist die Anleitung zum Mord an AfD-Politikern und -abgeordneten. Diese Hand-

reichung zum Mord wurde unter dem Originaltitel „Handreichung für Attentate gegen die AfD-Schweine im Wahlkampf“ auf einer verschlüsselten Seite der linksradikalen Plattform „indymedia.org“ veröffentlicht.

Dazu passt irgendwie auch die Äußerung von Frau Veronika Kracher, linke Publizistin und freie Journalistin, die da sagt: „Das Magnitz zusammengelacht wurde, ist übrigens die konsequente Durchführung von ‚#NazisRaus‘.“

Im Übrigen, Frau Quade, benötigen verbale Ausfälle dieser Art nicht das scharfsinnige Auge eines Philologen; denn wie sagte bereits Victor Klemperer, den Sie schon tausendfach zitierten:

„Was jemand willentlich verbergen will, sei es vor anderen, sei es vor sich selber, auch was er unbewusst in sich trägt: die Sprache bringt es an den Tag.“

Dies kann man ja am besten bei Ihnen selbst und Ihresgleichen feststellen.

(Beifall bei der AfD)

Dass sich alle nachfolgenden Redner und sicherlich auch alle Abgeordneten in diesem Saal offiziell von dem heimtückischen Angriff auf unseren Bundestagsabgeordneten Frank Magnitz distanzieren und Gewalt gegen Politiker entschieden verurteilen, steht sicherlich außer Frage. Die inoffizielle Auffassung mag bei dem einen oder anderen allerdings sicherlich abweichen. Nicht anders sind die Reaktionen nach diesem Anschlag auf die Unversehrtheit und das Leben eines Politikers zu erklären. So stellte die „Welt“ zu Recht fest:

„An den vielen offiziellen Kommentaren zu dem Überfall auf Magnitz ist auffällig, dass offenbar kaum jemand zuallererst ‚Das ist ja schrecklich‘ gesagt hat. Natürlich distanzieren sich alle Parteivorsitzenden völlig korrekt von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, aber wenn es um ein AfD-Opfer geht, scheint das nicht ohne Qualifizierung zu funktionieren.“

„Die AfD ist ein politischer Gegner unserer friedlichen und toleranten Gesellschaft“, diesen Satz stellte Andrea Nahles ihren Überlegungen voran. Dieser Satz hätte vielleicht an dieser Stelle nicht als erster Gedanke erscheinen müssen.

Wer Hass streue, der ernte Hass, sagt die GRÜNEN-Vorsitzende Annalena Baerbock. Ist Magnitz also selbst schuld? - Dazu sage ich ganz klar Nein. Ich kenne ihn persönlich und kann es so einschätzen.

Man kommt also nicht umhin festzustellen, dass die Wahrnehmung durch den eigenen politischen Horizont getrübt werden kann. So stellte die „Welt“ weiterhin fest:

„Das Problem mancher Linker ist, dass sie Gewalt nicht grundsätzlich und immer für dumpf, blutlüstern und sadistisch halten, sondern sie manchmal gerechtfertigt finden: Es geht ja gegen die Bösen, gegen Faschisten, Imperialisten, Völkermörder, Nazis.“

Und man war ja tatsächlich selbst Opfer gewesen: Kommunisten, Anarchisten und Sozialdemokraten starben schließlich in den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten. Festzuhalten aber ist - das haben mittlerweile auch einige Journalisten erkannt -: Die AfD ist eben keine Nachfolgepartei der NSDAP.

(Zustimmung bei der AfD)

Da können Sie noch so oft den Vergleich bemühen und uns noch so oft als Nazis beleidigen oder verunglimpfen - das Einzige, was Sie damit erreichen, ist, dass Sie die wahren Gräueltaten der Nationalsozialisten entwerten und die Gewaltspirale der heutigen politischen Auseinandersetzung weiter verschärfen.

(Beifall bei der AfD)

In letzter Konsequenz muss Ihnen dabei aber klar sein, dass Sie eine Mitverantwortung dafür tragen, sollte der nächste gewaltsame Antifa-Übergriff nicht so glimpflich vonstattengehen.

In der „Welt“ heißt es weiter: „Und während Tyrannenmord ein moralisches Gebot sein mag, ist es der Sprengstoffanschlag auf ein AfD-Wahlkreisbüro oder das Krankenhausreife schlagen eines Abgeordneten eben nicht.“

Schlussendlich ist festzustellen: Wer je zwischen konservativen Aufrufen zum friedlichen Widerstand gegen die Politik der vergangenen Jahre und gewaltsamen Übergriffen auf Asylanten einen Zusammenhang konstruierte, muss hier nichts mehr konstruieren. Hier haben wir ihn tatsächlich, den besorgniserregenden Schulterschluss zwischen Schreibtisch- und Straßentäter.

Vielmehr sollten wir alle hier überlegen, was uns der freie friedliche politische Austausch wirklich noch wert ist, bevor es demnächst ein Todesopfer zu beklagen gibt. - Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Kirchner. Ich sehe keine Nachfragen. - Damit kann der Minister schon nach vorn kommen. Er wird die Gelegenheit erhalten, einen zehnminütigen Vortrag zu halten. Herr Stahlknecht, Sie haben das Wort. - Ich wollte Ihnen zunächst Gelegenheit geben, das Rednerpult erst

hochzufahren, damit Sie die zehn Minuten Redezeit voll ausschöpfen können. Bitte.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meinungsfreiheit gewährleisten - liebe Kolleginnen und Kollegen, in unserer Verfassung sind diese Freiheitsrechte für uns alle postuliert. Und diese Freiheitsrechte sind von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes auch aufgrund der historischen Erfahrung als Abwehrrechte gegen den Staat entworfen und niedergeschrieben worden in den Artikeln unseres Grundgesetzes.

Diese Freiheitsrechte sind unabhängig davon, ob es sich um Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und weitere Freiheitsrechte handelt, der Konsens unseres freiheitlichen Zusammenlebens in einer Demokratie. Zur Meinungsfreiheit gehört, dass man eben seine Meinung sagen darf und dass niemand auch nur den Ansatz unternehmen darf zu versuchen, diese Meinungsfreiheit einzuschränken.

Das haben wir in ganz unterschiedlichen Situationen in den letzten drei Jahren erlebt. Es gab in der Flüchtlingskrise warnende Stimmen von Bürgern. Es gab Besorgnis, dass Integration nicht funktionieren könnte. Es gab die Besorgnis, dass Straftaten zunehmen könnten. Ich habe diese Diskussion selbst sehr leibhaftig erlebt, als ich mich in die Kirchen gestellt habe im Herbst 2015 und dann noch mal in Stendal und in Quedlinburg, als es um die Einrichtung von Landeserstaufnahmeeinrichtungen ging.

Dann kam immer etwas die Tenorierung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, wer auch nur eine Besorgnis äußere, sei ein Nazi und rechts außen. Das haben übrigens sehr viele in unserem Land als Beschneidung ihrer Meinungsfreiheit empfunden. Denn dadurch, dass sie Sorgen äußerten, vielleicht nicht immer in der richtigen Diktion, im richtigen Duktus, wurden sie in die rechte Ecke gestellt und hatten das Gefühl, es wäre an sich wieder wie vor 1989, weil jetzt zwar nicht die Staatssicherheit komme, wenn man sich nicht staatskonform äußere, man am Ende aber stigmatisiert und in eine Ecke gestellt werde, in die die Bürgerinnen und Bürger sich eigentlich nicht stellen lassen wollten.

(Zustimmung bei der AfD)

Insofern sage ich auch deutlich: Diese Auseinandersetzung in dieser Art und Weise war auch falsch, weil es nämlich zur Meinungsfreiheit gehört, nicht nur darauf Wert zu legen, dass man seine eigene Meinung sagen kann, sondern auch andere Meinungen auszuhalten und zu akzeptieren, dass nicht jeder in geschliffenen Worten

sprechen kann. Weiterhin gehört dazu, dass ich mich mit den anderen argumentativ auseinandersetze und akzeptiere, dass auch derjenige, der eine andere Auffassung vertritt, eine Würde hat.

Dazu gehört aber auch, meine Damen und Herren von der AfD, dass das, was ich sage, und das, was ich tue, meine eigene Würde nicht infrage stellt. Diese Verantwortung für die Würde haben gerade die Politik und dieses Parlament, weil wir eine Vorbildfunktion haben.

Wenn Sie von einer Verrohung der politischen Auseinandersetzung sprechen, dann müssen Sie sich zumindest verhalten lassen, dass Sie in nicht unerheblicher Weise, Ihre Partei in Gänze betrachtet, zu der Verrohung der politischen Auseinandersetzung beigetragen haben.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Denn Sie stellen nämlich, genauso wie in dem anderen formulierten Beispiel, andere zumindest in ihrer Würde infrage, diejenigen, die zu uns kommen und Schutz suchen, selbst wenn sie keine Bleibeperspektive haben.

(Unruhe bei der AfD - Zuruf von der AfD: Lassen Sie uns unsere Meinung sagen!)

- Da fangen Sie schon wieder an. Auch für diese gilt nach Artikel 1 GG: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Genau das haben Sie eben niemals versucht zu akzeptieren. Sie haben in Ihren eigenen Äußerungen, die wir hier in diesem Hohen Hause erleben durften - -

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

- Sie, Herr Poggenburg, waren einer derjenigen in dieser Bundesrepublik Deutschland, der ganz erheblich zu der Verrohung der Debattenkultur beigetragen hat.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD und von André Poggenburg, fraktionslos)

Sie haben damit in der Bundesrepublik Deutschland auch den Nährboden dafür geschaffen, dass es eine Polarisierung an den rechten und rechtsextremen Rändern genauso wie an den linken und linksextremen Rändern gegeben hat.

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Und es sind natürlich - da gebe ich Ihnen recht - sowohl die Linksextremen als auch die Rechtsextremen, die relativ deutlich versuchen, diesen Staat lustvoll zu destabilisieren, sei es durch Demonstrationen, sei es durch Übergriffe.

(Beifall bei der CDU)

Es sind nicht nur die Rechtsextremen, nein, es sind auch die Linksextremen.

(Zuruf von der CDU: Genau!)

Natürlich gehört zu einer politischen Auseinandersetzung niemals Gewalt. Es gehört auch nicht der Übergriff auf einen Politiker dazu. Aber es gehört erst recht nicht der Übergriff auf irgendeinen Menschen dazu. Es geht ja nicht nur um uns, sondern es geht um den Menschen an sich.

Unsere Aufgabe ist es, uns zumindest in unserer Funktion so zu verhalten, dass wir würdevoll mit anderen umgehen, dass wir andere Meinungen akzeptieren, dass wir uns aber auch selbst so verhalten, dass nicht der Eindruck entsteht, dass gewählte Volksvertreter würdelos seien. Denn dieses Würdelos-Sein führt auch zu einem Achtungsverlust derjenigen, die politische Verantwortung tragen. Zu diesem Achtungsverlust haben bedauerlicherweise einige von Ihnen durch würdeloses Verhalten in nicht unerheblicher Weise beigetragen; das müssen Sie akzeptieren.

Und was Angriffe angeht: Die meisten Angriffe auf Parteibüros hat meine Partei aushalten müssen. Ich könnte Ihnen die Zahlen nennen. Wir haben mehr Angriffe auf unsere Parteibüros ertragen müssen als Sie; so einen habe ich hier.

(Alexander Raue, AfD: In welchem Zeitraum? - Weitere Zurufe von der AfD)

Nur, am Ende geht es nicht darum, Unrecht gegeneinander aufzuwiegen, sondern am Ende geht es darum, das Unrecht zu addieren. Insofern sind auch Angriffe auf Ihre Wahlkreisbüros oder auf Sie, sei es durch Taten oder Worte, zu verurteilen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Über die Debattenkultur haben wir im letzten Jahr auf einen Antrag der LINKEN hin in einer Aktuellen Debatte sehr ausführlich und, ich glaube, auch sehr emotional debattiert.

Ich kann Sie nur herzlich bitten - so manche Äußerungen von Links „Es lebe die Antifa!“, die uns hier auch nicht immer erfreuen -, sich so zu verhalten, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden und dieses Land in der Mitte und in der Waage halten. Das würde ich mir von jedem von Ihnen und auch von denen wünschen, die diesen Antrag heute gestellt haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. Es gibt zwei Nachfragen,

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Gern.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

einmal vom fraktionslosen Mitglied Herrn Poggenburg und einmal vom Abg. Herrn Raue. Herr Poggenburg, bitte.

André Poggenburg (fraktionslos):

Sehr geehrter Herr Innenminister, Sie haben gerade geäußert, dass der Staat durch Demonstrationen destabilisiert werden könnte oder würde. Dazu muss ich sagen: Das weise ich als bekennender Demonstrationsgänger wirklich weit von mir. Denn die Demonstration, die Meinungsbekundung auf offener Straße ist ein Grundrecht. Wenn wir genauer hinschauen, müssten wir einsehen, dass höchstens gewaltbereite linke Gegenemonstranten die Demokratie destabilisieren. Dann sollten wir es aber auch genau so sagen. - Danke sehr.

(Zustimmung)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister, das war zwar keine Frage, aber Sie können natürlich darauf erwidern. Bitte.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Zu den Freiheitsrechten gehört auch das Recht auf Versammlungsfreiheit nach Artikel 8 des Grundgesetzes. Ich habe dieses Recht in meiner Rede mit Sicherheit niemals infrage gestellt. Und selbstverständlich gehört in einem freien Staat auch dazu, zu demonstrieren und zu kritisieren.

(André Poggenburg, fraktionslos: Bitte schauen Sie ins Protokoll!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Wenn es um - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

einen Moment bitte - wenn Sie, Herr Poggenburg, eine Kurzintervention machen, hat der Minister das Recht, darauf zu erwidern. Ich bitte Sie, dieses zu akzeptieren. - Bitte, Herr Minister.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Auf Demonstrationen hat Gewalt nichts zu suchen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Und wenn jeder Rechts- oder Linksextreme das akzeptieren würde, dann bräuchten wir nicht Hunderte von Polizeibeamten, um solche Demonstrationen zu schützen, dann würden zehn Polizeibeamte reichen, um den Verkehr zu regeln. Denn dort steht nämlich: „friedlich und ohne Waffen“.

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Nur: Sie haben doch gerade - gerade Sie sind am Ende doch die Provokation in Person, Herr Poggenburg; Sie machen es doch ständig -, dazu beigetragen, dass dieses Land auch in seinen Sitten verroht ist, weil Sie ständig provoziert und versucht haben, die Grenzen auszutesten, was in dem gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Konsens möglich ist.

Sie sind das lebende Beispiel dafür, wie man eine Debattenkultur am Ende konterkariert. Das fing damit an, dass Sie, als Sie hier neu in den Landtag eingezogen sind, bei einer, ich glaube, Regierungserklärung des Ministerpräsidenten heroisch beschlossen haben, mal den Saal zu verlassen.

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Halten Sie das für eine feine englische oder besser - wir sind ja in Deutschland - deutsche Art?

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Wahrscheinlich nicht, Herr Poggenburg.

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Ich habe jetzt auch keine Lust, mit Ihnen persönlich abzurechnen. Ich sage Ihnen nur ganz deutlich: Sie sind eine der führenden Persönlichkeiten in Deutschland, die mit dazu beigetragen oder dies zumindest versucht haben, rechtsextreme Positionen gesellschaftsfähig zu machen. Das lehne ich entschieden ab.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Sie haben eine Frage? Aber keine Kurzintervention noch einmal.

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

- Eine Nachfrage. Bitte.

André Poggenburg (fraktionslos):

Herr Minister, habe ich es jetzt richtig verstanden, dass Sie darstellen wollten, dass gezielte Provo-

kation, die ich einräume, die aber verbal war, dazu berechtigt, auf der anderen Seite Gewalt einzubringen? Heißt das, dass also der Provokateur dann daran schuld ist, dass die andere Seite das demokratische Level überschreitet? - Das kann ja jetzt nicht wahr sein. Das würde ja bedeuten, man darf nicht mehr verbal provozieren, weil man dann schuld daran ist, dass die andere Seite gewaltbereit austickt. Das kann doch so nicht gemeint sein. - Danke.

(Zurufe von der AfD und von der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister, bitte.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Herr Poggenburg, es ist so: Aus Gedanken werden Worte und aus Worten werden Taten.

(Zurufe von der AfD)

Derjenige, der die Worte äußert, muss nicht derjenige sein, der die Taten begeht.

(Zurufe von der AfD)

Und wenn man eine aggressive Grundstimmung verbal schafft,

(Unruhe bei der AfD)

empfinden das andere als Legitimation für ihre Taten.

(Zurufe von der AfD und von André Poggenburg, fraktionslos)

So funktionieren am Ende übrigens auch Diktaturen.

(Oh! und Unruhe bei der AfD - Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Die Provokation auf der einen Seite löst genau die erwartete Gegenreaktion auf der anderen Seite aus.

(Zuruf von der AfD: Wieso?)

Der Soziologe - das können Sie mal nachschlagen - nennt das die Ambivalenz der negativen Sanktion. Das können Sie mal googeln, dann haben Sie was zu tun.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich habe noch zwei weitere Wortmeldungen. - Als nächster Redner spricht Herr Raue.

Doch bevor ich Herrn Raue, das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, die erste Gruppe

von Schülerinnen und Schülern der Ganztagsgemeinschaftsschule Gotthold Ephraim Lessing in Salzwedel recht herzlich in diesem Hohen Hause zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Raue, Sie Sie haben das Wort, bitte.

Alexander Raue (AfD):

Herr Stahlknecht, da haben Sie wieder mal eine schöne staatsmännische Rede gehalten.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist sein Job!)

Ich muss Ihnen aber ein bisschen Salz in die Suppe streuen. Denn wenn Sie zu uns sagen, aus Gedanken werden Worte, aus Worten werden Taten, kann man das natürlich auch umdrehen. Denn die Taten, die verübt werden, bei denen wir fühlen, dass sie an uns verübt werden, haben natürlich Sie zu verantworten.

Erstens ist das die Masseneinwanderung. Zweitens ist es die grandiose Eurorettung, nämlich die Ausgaben, die unsere Bürger für das Zusammenhalten Europas letztlich erarbeiten müssen. Das sind Angriffe auch auf uns. Das betrifft natürlich nicht nur die AfD, aber so nehmen es AfD-Wähler und viele Nichtwähler wahr. Dagegen muss man sich wehren.

Das heißt, Sie gehen vor mit Taten, die uns in unserem Empfinden, wie wir leben wollen, und in unseren Zukunftschancen einschränken werden. Das ist erst einmal definitiv so für mich; so sehe ich das. Und so sehen es viele.

Wie sollen wir uns gegen solche Taten wehren? - Wir können uns ja nur mit zuspitzenden Worten wehren. Denn anders kommen wir ja durch die von Ihnen beherrschten Medien überhaupt nicht durch.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Oh, oh, oh! - Oh! bei der SPD)

Verstehen Sie das? - Wir haben seit der AfD-Gründung zu keiner Zeit die Möglichkeit gehabt - -

(Zurufe von Sebastian Striegel, GRÜNE, und von der SPD)

- Seien Sie doch bitte einmal leise. - Seit AfD-Gründung wurden wir verniedlicht als Professorenpartei, als Anti-Euro-Partei, als Ein-Themen-Partei.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Verniedlicht wurden Sie nicht!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, kürzen Sie bitte ab. Sie haben schon ihre Zeit - -

Alexander Raue (AfD):

Dann kamen Sie mit Ihrer Masseneinwanderung.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue!

Alexander Raue (AfD):

Bitte lassen Sie mich noch einen Satz - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Raue, Sie müssen schon reagieren, wenn ich Sie anspreche. Sie haben jetzt schon länger gesprochen, als es Ihnen zusteht.

Alexander Raue (AfD):

Lassen Sie mich bitte noch einen Satz sagen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Eine Frage war formuliert worden. Einen Satz genehmige ich noch und dann ist Schluss.

Alexander Raue (AfD):

Sehr gut.

(Dr. Katja Pähle, SPD: Das war ein Satz!)

Dann kam quasi die Masseneinwanderung, die Sie zu verantworten hatten.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Das war ein Satz!)

Und wir hatten nur die eine Möglichkeit, das zu thematisieren. Nun werden wir regelmäßig deshalb angegriffen.

(Zurufe von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Nun komme ich zu meiner Frage.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nein, nein. An dieser Stelle sage ich: Sie haben eine Frage formuliert und Sie haben darum gebeten, noch einen Satz zu sagen. Es sind schon wieder zwei Sätze gewesen.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Drei!)

Aber jetzt ist gut.

(Zuruf von der AfD: Schachtelsatz!)

- Das war auch kein Schachtelsatz; der Punkt war zu hören. - Herr Minister, Sie können jetzt darauf antworten. Danach gibt es noch zwei weitere Fragen.

(Zuruf von der CDU)

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Ich glaube, Herr Raue hat seine tiefste innere persönliche Überzeugung vorgetragen. Was soll man dazu sagen? Das ist einfach so. Das ist nicht meine. - Lassen Sie bitte die nächste Frage stellen, Frau Präsidentin.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Tillschneider.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Herr Minister, Sie haben in Ihrem Vortrag die Verhältnisse so dargestellt, als hätte es vor der AfD hier eine gesittete, ausgewogene Debattenkultur gegeben

(Dr. Katja Pähle, SPD: So war es! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

und als hätten wir diese Debattenkultur verdorben.

(Ja! von der SPD und von der LINKEN)

Ich sehe es anders. Und zwar hat mir ein Journalist einer eher linksstehenden Zeitung im persönlichen Gespräch erklärt, die Debatten hier seien vor unserem Einzug sterbenslangweilig gewesen und mit dem Einzug der AfD werde erstmals richtig debattiert; und so war es.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb gibt es ja die AfD, weil im etablierten Spektrum kaum noch verschiedene Meinungen vertreten werden, weil hier eine Einheitsmeinung herrscht, weil kaum noch debattiert wird. Also haben wir, die AfD - das meine ich jetzt wirklich ernst -, der Demokratie und der demokratischen Debatte einen guten Dienst erwiesen!

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der LINKEN, von der SPD und von den GRÜNEN)

Um Sie aus dem Tiefschlaf zu wecken, liebe Kollegen von den Altparteien, da muss man auch einmal auf den Putz hauen dürfen. Keine einzige Meinungsäußerung der AfD Sachsen-Anhalt hat jemals auch nur zu einem Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung geführt.

(Zuruf von Holger Hövelmann, SPD)

Es gab keine Anklageerhebung und keine Verurteilung. Alles das, was hier gesagt wurde, ist weit unterhalb dessen, was irgendwie strafbar ist. Das müssen Sie doch aushalten; Sie sind doch keine Mimosen. Ich bitte Sie!

(Beifall bei der AfD - Lydia Funke, AfD: Doch! - Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Auch das war eine Kurzintervention, gerade noch im Rahmen der zwei Minuten. Sie können darauf erwidern. Danach ist Herr Farle an der Reihe.

(Robert Farle, AfD: Ich ziehe zurück!)

- Sie ziehen zurück. Vielen Dank. - Herr Minister, bitte.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Wissen Sie, Herr Tillschneider, das stimmt natürlich. Dadurch, dass Sie hier sind und dadurch, wie Sie hier sind, und dadurch, wie Sie argumentieren, ist das hier gelegentlich lebhafter geworden. Es ist aber manchmal auch so gewesen, das man sich, wenn man vorn auf der Regierungsbank gesessen hat, ganz persönlich geschämt hat für das, was hier abläuft.

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es hat zu noch etwas anderem geführt, nämlich dazu, dass sehr viele erkannt haben, dass es sich lohnt, noch stärker als bisher dafür zu kämpfen, dass dieses Land demokratisch bleibt

(Zuruf von der AfD: Machen wir!)

und dass diese Freiheitsrechte gewahrt bleiben.

Zu den Äußerungen von Herrn Raue über die Masseneinwanderung. Dort oben sitzt eine Schulklasse. Es sind Menschen von 17 bis 18 Jahren, die die Zukunft vor sich haben. Gucken Sie sich bitte einmal die Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler an. Was sollen die von Ihnen denken, von denen Sie gerade über Masseneinwanderung sprechen? - Dort oben sitzen Menschen.

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Mein Sohn ist mit zwei schwarzafrikanischen Mitschülern, mit denen er eng befreundet ist, in meinem Ort zum Bahnhof gegangen. Einer der Freunde trug die Deutschlandfahne. Es kam jemand, riss ihm die Fahne aus der Hand und sagte: „Neger tragen keine Deutschlandfahne.“ Mein Sohn und seine Freunde waren 15 Jahre alt.

(Daniel Wald, AfD: Einzelfall!)

Genau das, was da passiert ist, wird dadurch befeuert, dass man von Masseneinwanderung spricht und versucht, den Menschen, die kommen, in verbalen Diskussionen die Würde zu nehmen. Auch das, was Sie ständig äußern, hat

dazu beigetragen. Das will ich Ihnen ganz deutlich sagen.

(Zuruf von der AfD)

Insofern sage ich Ihnen Folgendes. Wenn Sie Meinungsfreiheit wollen, dann unterstütze ich Sie, aber dann machen Sie es in Diktion und Duktus so, dass die Würde der anderen nicht infrage gestellt wird und damit die eigene Würde am Ende nicht mehr vorhanden ist. Diese Bitte kann ich Ihnen nur aufschreiben.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich habe angekündigt, dass keine Nachfragen an den Minister mehr zugelassen werden. - Wir treten nun in die Debatte der Fraktionen ein; und zwar beginnen wir mit Herrn Erben von der SPD-Fraktion. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Rüdiger Erben (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Wieder einmal strengt die AfD eine Debatte zur politischen Kultur und zur politischen Gewalt an. Sie machen das nicht nur hier im Landtag. Sie machen das in vielen anderen Parlamenten auch. Ich fürchte, auch das wird sich heute wieder als grandioses Eigentor herausstellen.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Eines vorweg: Auch ich verurteile auf das Schärfste den Angriff auf Ihren Bundestagsabgeordneten in Bremen. Ich verurteile es aber auch, wenn aus politischem Kalkül offensichtlich auch dieser Angriff - -

(Alexander Raue, AfD: Da kann es kein Aber geben! - Andreas Steppuhn, SPD: Halt doch mal die Klappe!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Raue,

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Raue, genau das ist diese Verschärfung, um die es geht.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

lassen Sie dem Abgeordneten erst einmal die Möglichkeit, seinen Redebeitrag zu leisten. Dann können - -

(Daniel Roi, AfD: Die brüllen doch die ganze Zeit! Das haben Sie wohl nicht mit-

gekriegt! - Andreas Steppuhn, SPD: Nur Rumpöbeln!)

- Ich gehe nicht nur auf Ihre Seite und reagiere, sondern auch auf die anderen Seiten. Sie empfinden das zwar wieder anders, wahrscheinlich weil Sie doch wieder sehr aktiv sind.

(Alexander Raue, AfD: Frau Präsidentin, er will gerade eine Straftat relativieren! Und Sie lassen das zu! - Dr. Katja Pähle, SPD: Hören Sie doch erst einmal zu! - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Herr Raue - einen kleinen Moment, meine Damen und Herren - ich ermahne Sie hiermit offiziell, dass Sie diese Äußerung bitte hier lassen sollen. Herr Abg. Raue, das sage ich jetzt nur einmal. Beim nächsten Mal wird es eine andere Konsequenz geben. - Herr Erben.

Rüdiger Erben (SPD):

Ich darf weitermachen. Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Ich möchte meinen Satz zu Ende führen. Es geht auch darum, dass wider besseres Wissen ein solcher Angriff instrumentalisiert wird.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Ich nenne die Stichworte: Tritte gegen den Kopf und Kantholz. Gewalt darf niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Das gilt für Angriffe auf Politiker. Das gilt für Angriffe auf Wahlkreisbüros und auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Zuruf von der CDU)

Das gilt immer und überall. Wer Politiker attackiert, der attackiert auch die Demokratie.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Wir erleben gerade ein gesellschaftliches Klima, in dem wir als Politiker alles andere als allein betroffen sind. Ich denke hierbei an Gewalt gegen Zugbegleiter, gegen Polizeibeamte, gegen Rettungssanitäter, gegen Feuerwehrleute. Es geht auch um das Schüren eines Klimas. Herr Raue, Sie haben heute vielleicht schon Zeitung gelesen. Dann werden Sie vielleicht in der „Sächsischen Zeitung“ gelesen haben, dass einer Ihrer Bundestagsabgeordneten dazu auffordert, schwarze Listen von Journalisten anzulegen. Auch das ist eine Berufsgruppe, die zunehmend in den Fokus gerät.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gründe für höhere Gewaltbereitschaft, für fehlende Empathie, für Enthemmungen, die zu solchen Taten führen, sind vielfältig. Es ist sicherlich lohnenswert, sich eingehender damit zu befassen. Aber darum geht es Ihnen doch überhaupt nicht. Ich zitiere Ihre Pressemitteilung:

„Die AfD-Fraktion beantragt daher eine Aktuelle Debatte, um über die Rolle der hiesigen Politakteure zu diskutieren und jedem einzelnen Landtagsabgeordneten auch seine persönliche Verantwortung für eine gewaltfreie Debattenkultur bewusst zu machen.“

Das klingt, veröffentlicht von einer Fraktion, in der ein Mitglied ein anderes anzeigt, weil man angeblich auf der Herrentoilette angegriffen worden ist, schon etwas bizarr. Wie wir im Antrag zur Aktuellen Debatte lesen und eben auch hören konnten, sehen Sie die Verantwortung aber nie bei sich selbst, sondern immer nur bei den anderen.

(Zustimmung bei der SPD)

Auf der Seite der Geschädigten rücken Sie sich in den Mittelpunkt und sehen vermeintlich nur die rein auf die AfD bezogene Gewaltspirale. Wir haben es hierbei aber nicht mit einem Phänomen zu tun, das sich nur auf die AfD bezieht. Exemplarisch sei an die Attentate auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker oder auch auf Andreas Hollstein, CDU-Bürgermeister in Altena, in den Jahren 2015 und 2017 erinnert. Sie fallen mit Ihrem Antrag einfach nur in das typische AfD-Muster und versuchen, sich in einer Opferrolle zu stilisieren.

Meine sehr geehrten Kollegen! Meine Herren von der AfD, tun Sie uns und vor allem sich selbst einen Gefallen und hören Sie damit auf, die berechtigte Kritik an Ihrer Partei, einer Partei, die sich in den letzten Jahren immer weiter radikalisiert hat, als Verunglimpfung oder als unberechtigte Angriffe auf eine bürgerliche Partei zu verkaufen.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Anders herum wird nämlich ein Schuh daraus. Statt mäßigend auf den politischen Diskurs einzuwirken, heizen Sie das gesellschaftliche Klima ständig weiter an. Sie sind nicht die Feuerwehr der freien Meinungsäußerung; Sie sind rhetorische Brandstifter,

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

die im Landtag, im Internet und auf Demonstrationen unaufhörlich Öl ins Feuer gießen. Auf eine Entgleisung folgt die nächste. Das hat die AfD in den letzten Jahren immer wieder so betrieben. Sie

haben es ja auf eigenen Antrieb hin schwarz auf weiß bescheinigt bekommen: Noch im letzten Jahr hat Ihre Bundespartei einen der Partei nahestehenden Staatsrechtler mit einem Gutachten beauftragt. Auf der Grundlage dieses Gutachtens sollten Strategien gegen eine mögliche Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz entwickelt werden. Selten hat sich eine Partei selbst so ein Armutszeugnis ausstellen lassen. Vor zwei Wochen war es dann so weit und der Verfassungsschutz selbst attestierte der AfD - ich zitiere - „erste tatsächliche Anhaltspunkte“, die für eine extremistische Bestrebung stehen.

Der Chef Ihrer Landespartei hat sich auch prompt gegenüber der Presse darüber beschwert, dass es um Anschuldigungen gegen die Partei gehe, die ihm nicht bekannt seien. Inzwischen hat sich dieser Zustand geändert und wir alle können schwarz auf weiß nachlesen, wie es die AfD mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hält oder, besser gesagt, nicht hält.

Bezeichnenderweise kommt die AfD Sachsen-Anhalt in dem Bericht sehr prominent vor, von der Fraktion bis zur Mitarbeiterenebene. Zwei Personen stehen dabei besonders im Fokus. Der eine, Herr Poggenburg, hat sich nach seinem Abstieg in Partei und Fraktion bereits ins nächste politische Abenteuer gestürzt und kokettiert, wie wir gestern auch wieder sehen konnten, offen mit Nazisymbolik.

(André Poggenburg, fraktionslos: Was falsch ist!)

Der andere sitzt - jetzt gerade nicht - gewöhnlicherweise mitten unter Ihnen und propagiert mit Begrifflichkeiten wie „Deutschland den Deutschen“, „Umvolkung“ oder „die große Remigration“ - eine Sprache des Extremismus.

Das ist kein Wunder, werden doch Verbindungen des Abg. Tillschneider und die weiterer AfD-Akteure ins rechtsextreme Milieu im Verfassungsschutzbericht umfangreich gewürdigt.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Dame, meine Herren von der AfD, wer sich so äußert oder sich von den Äußerungen der eigenen Abgeordnetenkollegen nicht distanziert, braucht andere nicht über eine Verrohung der politischen Auseinandersetzung zu belehren.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Wir halten fest: Debatten über das rauer werdende gesellschaftliche Klima könnten in der Tat fruchtbar sein, wenn die Abgeordneten der AfD auch nur einen Hauch von Einsicht zeigen würden - Einsicht, dass sie einen maßgeblichen Beitrag zur sprachlichen Verrohung, zur menschlichen Kälte in Politik und Gesellschaft beitragen.

Um am Ende noch auf den Titel der Aktuellen Debatte zu sprechen zu kommen: Ihre Meinungsfreiheit ist in diesem Land sehr wohl gewährleistet.

(André Poggenburg, fraktionslos: Stimmt!)

Und das wissen Sie; denn Sie nutzen sie täglich aus. Wer Politiker bedroht und verletzt, muss unbedingt mit Konsequenzen rechnen; wer sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet, aber auch. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Erben. Es gibt drei Fragen, zwei von Abgeordneten der AfD-Fraktion und eine von einem fraktionslosen Abgeordneten. - Ich werde jetzt, weil wir langsam in Verzug kommen, nur noch zwei Fragen pro Fraktion zulassen. Als Erster hat der Abg. Herr Kirchner das Wort.

Oliver Kirchner (AfD):

Sehr geehrter Herr Erben, ich möchte etwas richtigstellen. Wahrscheinlich sind Sie der Falsche, der jetzt vorn steht, aber zumindest passt die Parteizugehörigkeit zur SPD. Ich habe vorhin vorgelesen, dass der ehemalige Ministerpräsident Herr Kurt Beck an einer Demonstration teilgenommen hat, auf der Folgendes gerufen wurde: ein Baum, ein Strick, ein Nazigenick.

Da frage ich mich, wie Sie das in der Partei, in der Sie Mitglied sind, noch verteidigen wollen. Sie haben uns vorgeworfen, dass wir rhetorische Brandstifter seien und bei der Debatte immer nur die Fehler bei anderen suchten. Ich lese Ihnen jetzt den letzten Satz von mir vor:

„Vielmehr sollten wir alle hier überlegen, was uns der freie, friedliche politische Austausch wirklich noch wert ist, bevor es demnächst ein Todesopfer zu beklagen gibt.“

Bitte denken Sie darüber noch einmal nach, wenn Sie solchen hanebüchenen Unsinn dort vorn erzählen. Dafür wäre ich Ihnen sehr dankbar. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Erben, Sie haben natürlich die Möglichkeit, etwas zu erwidern.

Rüdiger Erben (SPD):

Das will ich auch gerne tun. - Zunächst einmal: Sie haben eine Behauptung in Bezug auf die Demonstration in Kandel aufgestellt. Ich weiß nicht,

was auf dieser Demonstration vorgefallen ist. Ich weiß auch nicht, welche Demonstration das gewesen ist, aber ich könnte jetzt - was ich jetzt nicht tue - anfangen, über viele Versammlungen zu reden, bei denen Ihre Leute aufgetreten sind und über die Sie anschließend gesagt haben: Mit denen haben wir nichts zu tun gehabt.

Zu dem, was Sie vorhin als Ankündigung oder als Schlusssatz gesagt haben, muss ich sagen: Nennen Sie mir eine einzige Passage von dem, was ich jetzt gesagt habe, zu der Sie die Linie zeichnen könnten: Er radikalisiert sich in den Worten, daraus werden Taten und - wie Sie sagen - irgendwann wird daraus ein Toter.

(Zustimmung bei der SPD und von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Mir so etwas vorzuwerfen! Nennen Sie eine einzige - -

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

- Doch. Sie haben es mir jetzt persönlich vorgeworfen - Mir so etwas vorzuwerfen. Nennen Sie mir eine einzige Passage von mir, aus der Sie so etwas herauslesen können. Es ist wirklich ein hanebüchener Unsinn, was Sie gerade versucht haben zu konstruieren.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Farle, Sie haben jetzt die Möglichkeit, eine Frage zu stellen oder eine Kurzintervention zu tätigen. Sie haben das Wort, bitte.

Robert Farle (AfD):

Es ist eine Kurzintervention. - Das erste Problem, das ich sehe, ist Folgendes. Ich habe dieses Parlament in den Jahren 2016 und 2017 erlebt. Jetzt wird es langsam etwas ruhiger, ja. Aber mein ganzes Leben hat mir keiner bisher vorhalten können, dass ich irgendetwas mit dem Nationalsozialismus zu tun habe. Ich habe hier zimal darauf hingewiesen, dass ich in Buchenwald und auch woanders gewesen bin.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das macht Sie doch nicht besser!)

Ich habe hier als Einstieg eine Antikriegsrede gehalten. Trotzdem bin ich von Ihnen zimal als Nazi, Hetzer und Rassist niedergeschrien worden.

(Zuruf von Chris Schulenburg, CDU)

- Doch. Das stelle ich hier ganz klar fest.

(Frank Scheurell, CDU: So was tue ich nie!)

- Ja. Dich nehme ich davon aus.

(Lachen)

Ich meine diesen linken Flügel dort drüben, der aber teilweise bis zu euch hineinreicht. Das muss man auch einmal sagen.

Das zweite, was ich feststellen will, ist: Ich lehne die Methode der Provokation mit dem alleinigen Ziel, in die Schlagzeilen zu kommen, total ab.

(Lachen bei der SPD und von Sebastian Striegel, GRÜNE - Zuruf: Das ist auch eine Einzelmeinung!)

Das werden Sie bei mir nie finden. Wenn ich eine Aussage tätige, dann zur Sache.

Der dritte Punkt ist die Frage des Prüffalls. Das ist ein gezieltes Mittel, Herr Stahlknecht, das Sie öffentlich eingesetzt haben und das auch der Verfassungsschutz einsetzt. Es gibt juristisch keinen Prüffall. Den haben Sie erfunden, um der AfD Leute abspenstig zu machen und die Meinungsfreiheit einzuschränken, und zwar im Vorfeld der Wahlen.

Das ist absolut unstatthaft. Der Verfassungsschutz ist dazu da, die Verfassung zu schützen, aber er ist nicht dazu da, andere Meinungen zu diskreditieren, die zulässig und rechtstaatlich sind.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Erben, Sie können antworten.

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Farle, ich möchte mich auf den letzten Punkt beschränken. Denn das andere, Ihre Meinung, ist Ihnen unbenommen. Darüber müssen wir uns überhaupt nicht auseinandersetzen.

Die Funktion und die Aufgaben des Verfassungsschutzes sind klar gesetzlich definiert. Sie versuchen, hier das Bild zu zeichnen, dass Herr Seehofer, Herr Stahlknecht oder wer auch immer versuchen, ihren Apparat einzusetzen, um Sie politisch zu bekämpfen.

(Zuruf von der AfD: Das macht der politische Gegner manchmal!)

Durch ständige Behauptungen wird das nicht wahrer. Sie und alle Ihre Leute behaupten das stets und ständig.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie versuchen, durch das ständige Behaupten einer Unwahrheit einen Fakt zu schaffen.

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Das versuchen Sie. Das haben Sie jetzt wieder versucht. Schauen Sie in das Gesetz. Beschäftigen Sie sich mit den Vorgängen. Dann werden

Sie erkennen, dass es keine politische Entscheidung ist,

(Zuruf von Oliver Kirchner, AfD)

wenn der Verfassungsschutz auf die AfD oder auf Strömungen am Rande der AfD ein Auge hat.

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Erben. Ich sehe keine weiteren Fragen. - Damit kommen wir - -

(Rüdiger Erben, SPD: Doch, Herr Poggenburg!)

Wo denn? - Ach, Herr Poggenburg. Jetzt hätte ich Sie vergessen. Ich habe Sie aufgeschrieben, stimmt. Herr Poggenburg, bitte.

André Poggenburg (fraktionslos):

Das ist eine Kurzintervention. - Sehr geehrter Herr Erben, Sie haben gesagt, auch die Meinung von uns ist im Land erwünscht oder geduldet. Wir sind gespannt, ob das auch Sachsen-Anhalt betrifft und ob es auch wirklich so ist, wie Sie das gerade gesagt haben, wenn wir in Connewitz auftauchen und die Meinung kundtun. Da nehme ich Sie gerne beim Wort.

Jetzt zu einer anderen Sache, zu Ihren Ausführungen zu den Worten von Herrn Kirchner. Doch, Sie haben gerade verbal eskaliert. Doch, das haben Sie. Alleine schon, weil Sie mir vorwerfen, mit Nazisymbolik zu kokettieren. Denn - -

(Dr. Falko Grube, SPD: Das ist die Unwahrheit!)

Nein, wir haben auf dem Zweieurostück kein Nazisymbol. Nein, wir haben auf dem Altenburger Skatblatt kein Nazisymbol. Nein, auch ein Macron, ein Trump und ein Prinz Charles rennen nicht mit Nazisymbolen herum. Auch Estland hat als Nationalblume kein Nazisymbol. Ich lasse mir im Gegensatz zu Ihnen weder von Nationalsozialisten noch Neokommunisten oder einer Alt-68er-Riege ein deutsches patriotisches Zeichen als Nazisymbol diffamieren.

(Olaf Meister, GRÜNE: Oh!)

Wenn Sie das machen, dann eskalieren Sie verbal. - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Erben, bitte.

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Poggenburg, man merkt, dass sich Ihre politischen Aktivitäten offensichtlich verlagert haben.

(André Poggenburg, fraktionslos: Habe ich gerade gesagt!)

Denn meines Wissens befindet sich Connewitz in Sachsen. Einen Satz vorher sagen Sie, dass Ihre Meinung in Sachsen-Anhalt nicht überall erwünscht oder geduldet sei.

(André Poggenburg, fraktionslos: Im Land, habe ich gesagt!)

- Darf ich weiterreden? - Zu Ihrer blauen Blume.

(Olaf Meister, GRÜNE, lacht)

Sie spielen doch ganz eindeutig auf die Nazisymbolik an.

(André Poggenburg, fraktionslos: Nee!)

Vielleicht sollten Sie noch erzählen, dass Sie sich die blaue Blume anstecken, weil Sie für die Verteidigung des Bargeldes sind. Das ist doch lächerlich.

(André Poggenburg, fraktionslos: Nein!)

Sie kokettieren eindeutig mit dem Bezug, dass die Nazis in Österreich diese Blume verwandt haben.

(André Poggenburg, fraktionslos: Das unterstellen Sie mir nicht!)

Dieser festen Überzeugung bin ich. Genau deswegen spielen Sie dieses Spiel.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Zu dem, was gerade wieder Thema im Streitgespräch war, hat gestern mein Kollege Vizepräsident darauf hingewiesen, dass sich das noch in der Klärung befindet. Wir werden uns danach im Landtag wieder dazu verständigen.

Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Striegel. Sie haben das Wort, bitte.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nähme man nur den Titel des vorliegenden Antrages auf eine Aktuelle Debatte, ich könnte jedem Wort zustimmen. Denn das, was darin gefordert wird, ist eine Selbstverständlichkeit in einer gelebten Demokratie. Die Meinungsfreiheit ist zu gewährleisten, eine Verrohung der politischen Auseinandersetzung muss verhindert werden und Gewalt ist Einhalt zu gebieten. Debatten, die mit Gewalt ausgetragen werden, sind keine, sondern es handelt sich dann um gewalttätige Auseinandersetzungen.

Das Problem ist deshalb ein anderes. Es ist Ihr hinlänglich bekanntes Vorgehen, Ihre sich selbst

entlarvende diskursive Methode, der Opfermythos der AfD. Sie inszenieren sich als beklagenswerte Unterdrückte einer Entwicklung, die Sie selbst ganz bewusst anheizen. Es ist zuallererst Ihr nationalradikaler und rassistischer Populismus, der den Sound der Gewalt zunächst in den politischen Diskurs hat träufeln lassen - inzwischen muss man sagen, Sie sind mit Gießkannen unterwegs - und der die Grenze des Sagbaren immer weiter verschiebt.

Kommen wir zum ersten Punkt Ihres Antrages. Es ist die alte Mär, Ihre Meinungsfreiheit werde beschränkt, gar unterdrückt. Herr Raue hat das heute auch noch einmal zum Besten gegeben. Doch Sie unterliegen einem Missverständnis oder besser: Sie inszenieren diese Fehlwahrnehmung.

Das Grundgesetz garantiert uns allen das Recht auf Meinungsfreiheit. Was Sie als AfD für sich einfordern, ist aber nicht Meinungsfreiheit. Was Sie fordern, ist ein Recht auf Affirmation. Das ist die Pose eines kleinen Kindes, das für jeden zufälligen Strich auf einem Papier die liebevolle Ermunterung der Eltern erwartet. Ein Kind kann dies tun. Der demokratische Wettstreit setzt aber erwachsene Charaktere mit einem Mindestmaß an Frustrationstoleranz voraus. Darin liegt Ihr Problem.

Sie können es nicht akzeptieren, wenn demokratische Mehrheiten gegen Sie stehen. Sie halten Widerspruch gegen Ihre politischen Positionen für Unterdrückung. Der Widerspruch der Mehrheit ist jedoch kein Akt der Unterdrückung. Es ist das Obsiegen des zwanglosen Zwangs eines besseren Arguments. Wer sich aber als einzig legitimes Sprachrohr einer herbeifantasierten homogenen Volksgemeinschaft versteht, wer sich im Weltanschauungskampf sieht, wird Widerspruch niemals als legitimen Akt verstehen können.

Damit sind wir bei einem weiteren Punkt. Dort, wo Sie die Grenze zur legitimen, nationalkonservativen politischen Äußerung überschreiten, schlägt Ihnen eben nicht nur Widerspruch, sondern völlig zu Recht entschlossener Widerstand entgegen. Das hat auch mit Ihren Vorstellungen von Meinungsfreiheit zu tun. Man kann diese sehr gut anhand einer Bemerkung Ihres Parteigenossen studieren, der als Landolf Ladig schon für die NPD schrieb.

(Matthias Büttner, AfD: Mensch, woher willst du das wissen?)

Ich rede von Björn Höcke. Auf einer Kundgebung in Gera beklagte er das Schicksal einer 87-jährigen Frau, die wegen eines Meinungsdeliktes in unverhältnismäßig harter Weise zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden sei. Vom wem sprach Höcke denn da? - Er bezog sich auf die verurteilte Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck. Bei der

Leugnung der Schoah handelt es sich aber nicht um eine Meinung, sondern um eine Negierung historischer Tatsachen, die zu Recht unter Strafe steht.

Dazu sage ich: Ihre Sprache, die Sprache Ihrer Parteigenossen, Herr Kirchner, bringt es an den Tag. Hieran zeigt sich, dass Götz Aly völlig recht hatte, als er Björn Höcke in der vergangenen Woche im thüringischen Landtag als rechtsradikalen Ideologen bezeichnete.

Meine Damen und Herren! Ich denke, die Verrohung der politischen Debatte ist ein Thema, das viele von uns umtreibt. Wir scheinen in einer Zeit der großen Gereiztheit zu leben. Der politische Ton in Deutschland ist rauer geworden. Das ist wahr. Viele von uns haben diesen Moment vor dem Rechner erlebt, in dem man erschrocken über das Ausmaß an verbaler Gewalt ist, das sich im Netz zusammengebraut hat, um dann zu erleben, wie sich diese Entwicklung auf der Straße fortsetzt. Gewalt gegen Sachen oder Menschen kann und darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Das ist demokratischer Basiskonsens und der gilt uneingeschränkt.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)

Körperliche Angriffe auf Politikerinnen und Politiker sind deshalb nicht nur abzulehnen. Ihnen muss aktiv etwas entgegengesetzt werden. Im demokratischen Rechtsstaat müssen staatliche Behörden gefährdete Personen vor Nachstellungen und Gewalt schützen.

Auch Angriffe auf Abgeordnete oder Parteibüros sind nicht zu akzeptieren. Wir dürfen es nicht für normal halten, dass Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sich hinter Kameras und Sicherheitsglas verstecken müssen. Ich leide darunter, dass mein Wahlkreisbüro nur noch eingeschränkt der offene Ort lokaler Demokratie sein kann, den ich mir gewünscht habe, weil ich Angriffe auf meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abwehren muss.

Schwer erträglich finde ich es dann, wenn sich genau die Partei als Opfer einer gewalttätigen Debattenkultur inszeniert, die mit ständiger Hetze und einem hemmungslosen Diskurs der Bedrohung und Entmenschlichung einen gehörigen Anteil an den Hunderten Angriffen auf Unterkünfte von Geflüchteten in den letzten Jahren hat.

In Chemnitz und Köthen wurden wir alle Zeugen Ihres öffentlich vollzogenen Schulterschlusses mit der gewaltbereiten Rechten.

Das Beispiel ist oft bemüht worden, aber ich möchte es noch einmal nennen: Aydan Özoguz ist deutsche Staatsbürgerin und wurde in der Hansestadt Hamburg geboren. Wir alle kennen die Aussagen des AfD-Fraktionsvorsitzenden Alexan-

der Gauland, dass er sie gerne - Zitat - in Anatolien entsorgen würde. Es braucht keine analytische Tiefe, um hierin eine zutiefst rassistische Ideologie zu erkennen, die sich hinter einer Fassade angeblich knorriger Bildungsbürgerlichkeit versteckt.

Doch was der gelehrte Herr Gauland hierbei tut, ist nichts weiter, als die metaphorische Gleichsetzung eines Menschen mit Müll. Diese Metaphorik ist nichts anderes als eine rassistische Gewaltfantasie. Weiter kann verbale Entmenschlichung kaum gehen. Vielleicht habe ich sie überhört, aber ich habe aus Ihren Reihen keine Distanzierung von dieser unsäglichen Aussage gehört.

In den Reden und Verlautbarungen aus den Reihen der AfD lassen sich Beispiele für praktisch jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit finden: Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Homophobie - mal ganz offen, mal etwas verdruckst wie in Höckes Raunen von einem Denkmal der Schande. Es ist daher ein längst überfälliger Schritt, dass die AfD durch den Verfassungsschutz zum Prüffall erklärt wurde, dass der Flügel und ihr Jugendverband als Verdachtsfälle identifiziert wurden. Die sogenannte AfD ist im Kern längst eine extremistische Partei, die eben nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und von Henriette Quade, DIE LINKE - Thomas Höse, AfD: Sagen Sie!)

Sie beklagen die Verrohung der politischen Debatte. In Ihren eigenen Reihen könnten Sie viel dafür tun, um dieser Verrohung entgegenzuwirken.

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Aber das ist gar nicht Ihr Wille. Die Verrohung der Debatte ist Ihr Kerngeschäft.

Ernst-Wolfgang Böckenförde hat in seinem berühmten gewordenen Diktum festgestellt, dass der demokratische, säkulare Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Eine dieser Voraussetzungen ist die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, die demokratischen Spielregeln zu achten, die Bereitschaft, in einen Dialog zu treten und Kompromisse zu achten.

An dieser Stelle möchte ich einen Appell an all jene richten, die aus ihrer berechtigten Empörung über Rechtsextremismus heraus bei Übergriffen auf Politikerinnen und Politiker aus dem rechten Spektrum vielleicht auch einen Moment klammheimlicher Freude erlebt haben mögen. Ich fordere sie auf, diesen Moment selbstkritisch zu hinterfragen und die Linien klar zu ziehen: keinen Fußbreit den Nationalradikalen, aber mit friedlichen, mit demokratischen Mitteln;

(Zustimmung bei den GRÜNEN, von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Silke Schindler, SPD)

denn darin liegt am Ende die größte Kraft. Dass die AfD selbst der Gewaltanwendung das Wort redet, dass sie zum Hass aufstachelt, macht Gewalt gegen sie nicht legitim. Ihre Mandatsträger kalkulieren diese Gewalt ein, überzeichnen sie - Stichwort „Kantholz“ - und schlachten Angriffe aus, wie der Fall Magnitz zeigt.

Mit Gewalt kann man der AfD nicht beikommen, wohl aber mit klarer Abgrenzung, mit entschiedenem Widerspruch in der Sache und mit Widerstand gegen ihre Demokratieverachtung und ihren Menschenhass.

(André Poggenburg, fraktionslos, lacht)

Darauf kommt es an.

Als GRÜNE stellen wir uns den Rechtsextremen der AfD entgegen. Wir streiten für das demokratische Sachsen-Anhalt. - Ich danke, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Striegel. Ich habe zwei Wortmeldungen von der AfD-Fraktion und eine von einem fraktionslosen Mitglied. Herr Roi als Erster, dann Herr Dr. Tillschneider. - Bitte, Herr Roi.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Striegel, Ihre Mythenbildung ist nun hinlänglich bekannt. Ich möchte nur zwei Dinge klarstellen. Sie fantasieren hier immer gewisse Dinge herbei. In Köthen hat es drei große Demonstrationen gegeben, eine, die an dem Tag der Tat stattfand, auf der Herr Köckert war. Das war kein Schulterchluss mit der AfD. Dazu gibt es eine Pressemitteilung. Lesen Sie diese bitte noch einmal. Die AfD-Veranstaltung fand am Montag statt. Dort gab es keine gewaltbereiten Extremisten auf unserer Versammlung, auf dieser ruhigen Kundgebung, und der Verein „Zukunft Heimat“, an dem wir uns beteiligt haben, ist kein verfassungsfeindlicher Verein. Nehmen Sie es bitte zur Kenntnis. Die Extremisten sind dort auch separiert worden. Nehmen Sie das bitte endlich zur Kenntnis, Herr Striegel.

Zweitens haben Sie gesagt, die AfD stehe für eine homogene Volksgemeinschaft. Bitte nehmen Sie einmal zur Kenntnis und propagieren Sie es auch so - schauen Sie sich bitte unser Programm an und zeigen Sie mir beim nächsten Mal die Stelle,

an der das steht -, dass auch die AfD Menschen - der Innenminister ist leider nicht mehr da - mit Migrationshintergrund hat.

Wir haben in Freiburg eine Umfrage der Stadt Freiburg zur Landtagswahl gehabt. Dafür hat man 1 500 Wähler befragt. 34 % der AfD-Wähler hatten einen Migrationshintergrund, die stärkste Zustimmung bei Menschen mit Migrationshintergrund, in Freiburg, in Baden-Württemberg. Schauen Sie sich das bitte einmal an und dann hören Sie auf, solch einen Schwachsinn zu erzählen. Auch innerhalb der AfD gibt es Menschen mit Migrationshintergrund, die sich für den Rechtsstaat einsetzen und für die Demokratie. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Striegel, Sie haben die Möglichkeit, darauf zu erwidern. Bitte.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Um zum letzten Punkt zu kommen: Migrantinnen und Migranten sind Gott sei Dank auch eine sehr unterschiedliche, eine sehr heterogene Gruppe. Dass es dabei auch Leute gibt, die sehr verpeilten Ideen anhängen und AfD wählen,

(Widerspruch bei der AfD - André Poggenburg, fraktionslos: Sie Rassist!)

ist, ehrlich gesagt, nichts, was mich verwundert.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Poggenburg!

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Was ich deutlich machen will, ist - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Kleinen Moment, Herr Striegel. - Herr Poggenburg, halten Sie sich bitte etwas zurück!

(André Poggenburg, fraktionslos: Dann gilt das aber in alle Richtungen!)

- Herr Poggenburg! Ich habe Sie eben angesprochen. Sie haben sich hier eben geäußert. Deshalb kann ich nicht alle anderen ansprechen.

(André Poggenburg, fraktionslos: Das war nur eine Frage von mir!)

Herr Striegel.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Poggenburg muss offensichtlich seinen Bedeutungsverlust durch Lautstärke ausgleichen.

Zu Köthen. Ja, Herr Roi, leider werden Ihre Behauptungen nicht dadurch wahrer, dass Sie sie öfter wiederholen. Schauen Sie sich die Bilder der Demonstrationen an. Gucken Sie in die Berichtserstattung über die Demonstrationen.

(Daniel Roi, AfD: Ich war da!)

Sie werden AfD-Politikerinnen und -Politiker Seite an Seite mit Neonazis sehen. Das ist mein Punkt.

(Volker Olenicak, AfD: Wir waren dort, Herr Striegel! Hören Sie auf, solch einen Unsinn zu erzählen! - Weitere Zurufe von der AfD)

Das können Sie leugnen. Wir schauen es uns einfach an. Es ist wirklich aufgetan. Insofern machen Sie sich klar, das ist passiert. Das werden Sie hier nicht weglügen können.

(Daniel Roi, AfD: Mann!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Dr. Tillschneider, Sie haben jetzt das Wort.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Herr Striegel, Sie haben in Ihrer Rede von unserem Parteigenossen Björn Höcke gesprochen. Ich will nur einmal klarstellen, dass in der AfD die Anrede „Genosse“ nicht üblich ist, vielleicht in Ihren Kreisen, aber wir reden uns mit „Partei-freund“ an. - Das ist das eine.

Das andere ist, Sie haben eine Identität zwischen Björn Höcke und dem Autor unter dem Pseudonym „Landolf Ladig“ unterstellt.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Er kann mich ja verklagen.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Das ist nicht erwiesen. Das ist böswillig und das weise ich hiermit zurück.

(Oliver Kirchner, AfD: Richtig!)

Dann haben Sie Björn Höcke angekreidet, dass er eine Verurteilung einer alten Dame wegen Holocaustleugnung kritisiert hat. Jetzt frage ich Sie: Ist Ihnen bewusst, dass auch namhafte Staatsrechtler kritisiert haben, als die Holocaustleugnung unter Strafe gestellt wurde, dass es strafbar sein solle - nicht weil sie Lust hätten, den Holocaust zu leugnen, ganz gewiss nicht, aber weil sie aus einer liberalen Grundhaltung heraus der Auffassung seien, dass man auch Unsinn straffrei äußern dürfe? Ist Ihre Auffassung jetzt die, dass es auch verfassungsfeindlich sein soll, nicht nur den Holocaust zu leugnen, sondern auch über die entsprechenden Paragraphen im StGB zu diskutieren?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abgeordneter.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Herr Tillschneider, die Identität von Landolf Ladig und Björn Höcke ist wirklich ausführlich gewürdigt worden. Aus meiner Sicht steht felsenfest fest, dass es sich dabei um ein und dieselbe Person handelt.

(Oliver Kirchner, AfD: Dafür gibt es keine Beweise!)

Herr Höcke ist bisher trotz aller Ankündigungen, diejenigen zu verklagen, die das behaupten - ich behaupte es hier erneut; es gibt die Identität zwischen ihm und Landolf Ladig -, nicht gerichtlich gegen die Betroffenen vorgegangen. Ich fordere ihn auf, das endlich vor Gericht zu bringen und dafür zu sorgen, dass die Sache gerichtlich ausgetragen wird.

(Matthias Büttner, AfD: Postfaktisch!)

Ich halte die Ausführungen, die Herr Kemper dazu gemacht hat, für ausreichend. Der Verfassungsschutz sieht im Übrigen auch diese Identität zwischen Landolf Ladig und Björn Höcke.

(Matthias Büttner, AfD: Postfaktisch!)

Die zweite Geschichte ist die Frage der Holocaustleugnung. Nein, bloß weil Staatsrechtler so etwas auch vorgetragen haben, halte ich es nicht für akzeptabel und für legitim. Wir haben eine Situation, in der sechs Millionen jüdische Bürgerinnen und Bürger durch die Nationalsozialisten in der Schoah um ihr Leben gebracht wurden, die auf bestialische Weise ermordet wurden. Wir haben es nicht mit einer Situation zu tun, über die man alltäglich hinweggehen könnte. Deswegen halte ich es auch gegenüber den Opfern und Überlebenden für völlig angemessen, die Leugnung der Schoah, des Holocausts, für strafrechtlich relevant zu erklären.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Es gibt die nächste Frage von Herrn Abg. Poggenburg.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Die letzte also!)

- Das ist nicht die letzte. Wir haben noch eine weitere Wortmeldung. Herr Poggenburg gehört nicht zur AfD-Fraktion. - Sie haben schon ihre zwei Fragen gestellt. Dies nur zur Klarstellung. - Danach ist Herr Abg. Gallert dran. - Bitte, Herr Poggenburg.

André Poggenburg (fraktionslos):

Eine Kurzintervention, bitte. - Sehr geehrter Herr Striegel, Sie haben vorhin gesagt, bei dem Thema

gehe es heute um die Kritik an der Verrohung der politischen Debatte. Das ist falsch; Sie haben es nicht richtig gelesen. Es geht, wie es hier steht, um die Verrohung der politischen Auseinandersetzung, eben weil sie oft nicht mehr als Debatte geführt wird - das ist das Problem -, weil sie zu gewaltbereiten Akten oft von linker Seite führt. Das ist der Grund für die Diskussion heute. Wenn es eine Debatte wäre oder eine Debatte bliebe, dann müsste man es nicht kritisieren.

Sie haben vorhin übrigens gesagt, die GRÜNEN, also auch Sie, agierten gegen Rechtsextreme. Sagen Sie doch lieber, die GRÜNEN paktierten mit Linksextremisten. Das wäre die richtige Aussage. - Danke.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Striegel.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Zu dieser Rabulistik von Herrn Poggenburg gibt es eigentlich nichts mehr zu sagen.

(André Poggenburg, fraktionslos: Das stimmt! War erschöpfend!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Herr Abg. Gallert, Sie haben jetzt das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Striegel, können Sie mir bestätigen, dass bei einer der von Herrn Roi aufgeführten Demonstrationen in Köthen die inzwischen landesweit bekannte Jenny S. - bekannt dafür, dass sie Gegendemonstranten zurief: Sie werden die sein, die als Erste brennen -, die darüber hinaus auch noch dadurch bekannt geworden ist, dass sie gern Bekleidung mit Hakenkreuzen trägt, dass also diese offenkundige Rechtsextremistin als Ordnerin bei einer der von Herrn Roi aufgeführten Veranstaltungen eingesetzt worden ist?

(Lydia Funke, AfD: Das ist falsch! Nein! Das ist falsch! - Matthias Büttner, AfD: Dann müssen Sie aber Herrn Roi fragen und nicht Herrn Striegel! - Lydia Funke, AfD: Das ist falsch!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Striegel.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Das ist nach meinem Informationsstand zutreffend. Sie war nicht die einzige Rechtsextremistin an diesem Tag, sondern es waren deren viele.

Diese standen an der Seite von AfD-Abgeordneten. Es gibt Fotos davon. Herr Loth ist jetzt nicht im Raum; vielleicht ist es auch besser so nach dem, was man gestern Abend sehen konnte.

Ich muss deutlich sagen, ich halte es für eine Unverschämtheit, zu behaupten, dass es solche Begegnungen nicht gegeben hätte.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Fragen. - Wir kommen zur nächsten Debattenrednerin. Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau Quade. Sie haben das Wort, Frau Quade.

Henriette Quade (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Aktuelle Debatte hat drei Schlagworte als Titel, über welche die AfD-Fraktion vorgibt, hier reden zu wollen: Meinungsfreiheit, eine Verrohung politischer Auseinandersetzung und eine gewalttätige Debattenkultur.

Nun, die extreme Rechte hier im Landtag will gern, dass man über sie als Opfer spricht, nicht über sie als Täterin. Ich bin mir sicher, wäre es zulässig, den Drucksachen Bilder hinzuzufügen, hätten wir alle das Foto von Herrn Magnitz zu sehen bekommen, das er von sich aufgenommen und verbreitet hat, um Betroffenheit zu erzeugen. Ja, das hat funktioniert.

National und international haben Medien über den Angriff auf einen Abgeordneten berichtet. Der Bundespräsident hat als oberster Repräsentant der Bundesrepublik Herrn Magnitz einen Brief geschrieben. Mit Bestürzung, schrieb er, habe er von dem - Zitat - „brutalen Angriff auf Sie gehört“. Weiter: „Ich verurteile diesen Angriff in aller Deutlichkeit.“

Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker aller Parteien im Deutschen Bundestag, übrigens auch Landespolitikerinnen und Landespolitiker, haben sich eindeutig geäußert, haben den Angriff verurteilt und, ja, haben sogar immer wieder ihre Anteilnahme ausgedrückt, auch aus Parteien wie beispielsweise den GRÜNEN, denen man nicht unterstellen kann, Verbündete der AfD zu sein.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Danke!)

Sie alle haben sich dabei auf die von Medien verbreitete Darstellung der AfD bezogen. Herrn Magnitz soll demnach mit einem Kantholz auf den Kopf geschlagen worden sein. Inzwischen wissen wir, das war eine Lüge.

(Unruhe bei der AfD - Volker Olenicak, AfD: Der ist nur angesprungen worden! Halb so wild!)

Die Täter sollen auf den am Boden liegenden Herrn Magnitz eingetreten haben. Inzwischen wissen wir, das war eine Lüge.

(Volker Olenicak, AfD: Alles halb so wild!)

Bauarbeiter sollen eingegriffen und dadurch erst den Angriff beendet haben. Inzwischen wissen wir, das war eine Lüge.

(Volker Olenicak, AfD: Ihr seid die Brandstifter!)

Die Spitzen von Staat und Politik in Deutschland haben den Angriff auf Herrn Magnitz umgehend verurteilt, und das, obwohl er ein Politiker einer rechtsextremen Partei ist, die sich selbst nicht in der Form gegen Gewalt positioniert und die fortwährend die Demokratie und ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten angreift.

(Robert Farle, AfD: Auch das ist eine Lüge!)

Die Behörden haben schnell und umfassend Schritte zur Ermittlung des Sachverhalts und der Täter ergriffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch dieser Landtag und seine demokratischen Fraktionen haben Gewalt in Form von Angriffen auf Wahlkreisbüros der AfD immer wieder einhellig und eindeutig verurteilt.

Die einzige Fraktion, die sich nicht von Gewalt distanziert hat, ist die AfD-Fraktion, die sich bis heute nicht von den Angriffen auf ein Mitglied des Landtags durch Herrn Lehmann distanziert hat;

(Guido Heuer, CDU: Hat sich die Antifa distanziert? Also! Danke, Antifa! Ich fasse es nicht!)

die AfD-Fraktion, deren Mitglied Herr Tillschneider mit der rechtsextremen Schlägergruppe der Identitären zusammenarbeitet

(Jan Wenzel Schmidt, AfD: Die schlägt niemanden nieder!)

und der dafür von seiner Partei auch noch mit einem Listenplatz für die Europawahl belohnt wurde; die AfD, deren Demo in Querfurt zu Morddrohungen gegen Journalisten führte, während Herr Tillschneider weiter Stimmung machte. Eigentlich kann das ja auch niemanden ernsthaft verwundern bei einer Partei, die Menschen vernichten, entsorgen, jagen und erlegen will und deren Amts- und Mandatsträger sich immer wieder bewusst in die Traditionslinie der Nationalsozialisten stellten, die nicht nur davon sprachen, Menschen zu vernichten, sondern es millionenfach taten.

Die Meinungsfreiheit, die haben Sie im Rahmen der geltenden Gesetze und manchmal sogar darüber hinaus, sei es aus Überlastung der Justiz

oder weil das Strafmaß nicht ausgeschöpft wird. Der Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ von Anfang Januar hat das noch einmal eindrücklich beleuchtet.

Was Sie eigentlich meinen, wenn Sie von Meinungsfreiheit sprechen, ist die Freiheit vom Widerspruch. Dass Ihre Lügen als Meinungen unangetastet bleiben, dass man Ihnen nicht entgegentritt, wenn Sie faschistische Reden halten. Die Meinungsfreiheit der extremen Rechten ist wirklich nicht bedroht, und wer sich darum doch Sorgen gemacht haben sollte, der schaue in eine beliebige Talkshow der öffentlich-rechtlichen Sender. Sie sehen beispielsweise den Geschichtsrevisionisten Herrn Gauland dort sitzen.

(Zuruf von der AfD)

Wenn das nicht reicht, dann legt Herr Farle eben eine neue Nummer des Schwarzen Kanals bei YouTube auf.

(Ulrich Siegmund, AfD: Was?)

Und damit komme ich zur Verrohung der politischen Auseinandersetzung. Dazu hat meine Fraktion zuletzt eine Aktuelle Debatte zur politischen Kultur in Sachsen-Anhalt beantragt, in der wir gezeigt haben, wie eben jene AfD, deren Fraktion sich hier als Opfer gibt, als Täterin auftritt, wie ihre Politik auf ein Ende der Unterschiede in der Gesellschaft und auf ein Ende der Demokratie zielt und wie das zu realer Gewalt führt. Insofern wird die AfD auch nicht verunglimpft, wie Sie es in Ihrem Antrag zu dieser Aktuellen Debatte darstellen und wie es auch Herr Kirchner ausgeführt hat.

Wer die AfD als extrem rechts, als völkisch und in Teilen neonazistisch und faschistisch analysiert, beschreibt Tatsachen, die jede und jeder - übrigens ganz ohne den Verfassungsschutz - unschwer erkennen können.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Dennoch bleibt es richtig, dass auch die Gewalt gegen Abgeordnete der AfD und ihre Büros zu verurteilen ist. Denn der Schutz vor Gewalt muss für jede und jeden gegeben sein. Muss, ist er aber nicht.

Mehr als 180 Todesopfer rechter und rassistischer Gewalt in Deutschland seit den 90er-Jahren zeigen, dass dieser Staat, dessen Spitzen sich gerade erst so vehement hinter Herrn Magnitz gestellt haben, andere allein lässt.

Die Frankfurter Anwältin Seda Basay Yildiz hat keinen Brief des Bundespräsidenten erhalten, in dem er sich schockiert und entsetzt gezeigt hat, dass nach allen bisher vorliegenden Informatio-

nen hessische Polizeibeamte mit den brutalen Morddrohungen, die mit NSU 2.0 und dem Namen eines Polizeiausbilders unterzeichnet wurden, zu tun haben. Stattdessen hat man ihr etwas dazu gesagt, wie sich selbst bewaffnen könne.

Die Angehörigen der Opfer des Nationalsozialistischen Untergrunds haben über Jahre hinweg erleben müssen, dass staatliche Stellen sie nicht ernstgenommen haben, und bis heute vertritt die Justiz die vollkommen unhaltbare Theorie des Kerntrios. Geschweige denn, dass die Finanzierung des rechten Terrors durch die Inlandsgeheimdienste und deren sonstige Verwicklungen aufgeklärt worden wäre, während die Untersuchungsausschüsse immer noch nicht alle notwendigen Akten für ihre Arbeit haben und diese Tatsache in keiner Landesregierung Priorität genießen würde.

Im Fall der mutmaßlichen Rechtsterroristen, die derzeit in Halle vor dem Landgericht stehen, war es die Nebenklage, die dafür sorgen musste, dass die Verhandlung vor einem Gericht stattfindet, das den vollen Strafraum überhaupt ausschöpfen kann. Die Staatsanwaltschaft hatte daran kein Interesse.

Würde, meine Damen und Herren, dieser Staat auch nur annähernd den gleichen Aufwand - und ich sage ausdrücklich „den gleichen Aufwand“ - um die Opfer rechter und rassistischer Gewalt betreiben wie um Herrn Magnitz, dann hätten wir vielleicht nicht mehr als 180 Todesopfer rechter Gewalt, sondern dann würde aufgeklärt werden, was mit dem Netzwerk Hannibal in der Bundeswehr, der Polizei und anderen staatlichen Stellen ist; dann würde rechte Gewalt vielleicht wirksam eingedämmt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Rechtsterrorismus und diese rechte Gewalt entstehen in einer Gesellschaft und in einem Staat, der nichts dagegen tut, und sie werden befördert durch die AfD und ihre rechten Netzwerke. Wenn die AfD-Fraktion also etwas gegen die Verrohung der politischen Auseinandersetzungen in Sachsen-Anhalt tun will, wie sie hier vorgibt, dann ist der erste Schritt ganz naheliegend:

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Hören Sie auf, rechtsextreme Politik zu machen. Da Sie das offenbar nicht können, wenden Sie sich doch an eine Aussteigerberatung für Rechtsextreme.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Weil es hier immer wieder eine Rolle spielt und sich auch der Innenminister darauf bezogen hat,

möchte ich auch noch zwei Sätze zu „Danke, Antifa!“ sagen.

(Zurufe von der AfD)

Ich sage „Danke, Antifa!“ aus tiefer Überzeugung,

(André Poggenburg, fraktionslos: Das glauben wir Ihnen!)

zum einen, weil es heißt, danke für Aufklärung und Auseinandersetzung mit rechtsextremen Netzwerken.

(Zurufe von Jens Kolze, CDU, und von Volker Olenicak, AfD)

Danke für Widerspruch gegen rassistische Hetze.

(Zurufe von der AfD)

Danke für das Einnehmen einer Betroffenenperspektive.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Alexander Raue, AfD)

Zum Zweiten - das sage ich in dieser Januarsitzung des Landtags ganz ausdrücklich -: Wir hatten erst kürzlich den 27. Januar und das Gedenken an vielen Orten dieses Landes, unter anderem auch in Wernigerode.

(Zuruf von der AfD: Friedliche Aktivisten!)

Es ist ein Gedenktag, der daran erinnert, warum wir Antifaschismus brauchen.

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Es war das unerträgliche Versagen der Deutschen, dass es den Antifaschismus der Alliierten brauchte, um den Vernichtungswahn der Nazis zu stoppen. Unser „Danke, Antifa!“ resultiert unmittelbar aus diesem sehr ernsthaft und sehr ehrlich gemeinten Gedenken.

(Zuruf von André Poggenburg, fraktionslos)

Insofern: Danke, Antifa!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Quade. Es gibt zwei Fragen. Sind Sie bereit, diese zu beantworten?

Henriette Quade (DIE LINKE):

Von wem denn?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Von Herrn Farle und von Herrn Poggenburg.

Henriette Quade (DIE LINKE):

Nein, danke.

(Lachen bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Okay.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das hat etwas mit Freiheit zu tun!)

Ich habe zwei Wortmeldungen, von Herrn Farle und Herrn Kirchner. Von Herrn Poggenburg dieses Mal nicht.

(André Poggenburg, fraktionslos: Sie haben mich nicht vergessen!)

- Nein, nein, Sie sind nicht dran. Ich habe Sie auch nicht aufgeschrieben. - Als Erster spricht Herr Farle und dann Herr Kirchner. - Sie haben das Wort. Bitte.

Robert Farle (AfD):

Vielen Dank. - Ich möchte nur eine Sache völlig klarstellen. Sie wiederholen jedes Mal die gleiche Lüge, dass die AfD sich nicht von Gewalt distanziert. Wir haben uns - das muss ich auch für Herrn Poggenburg ganz klarstellen - in fast jeder Parlamentsitzung von der Anwendung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung massiv distanziert.

Auch unser heutiger Antrag - wenn man ihn in Ruhe durchliest, merkt man das - ist nichts anderes als die Absage an jede Form der Gewalt und sogar im Vorfeld gegen die Verrohung der Sitten und wiederum davon im Vorfeld gegen solche Spielchen, in denen der Verfassungsschutz entgegen dem Grundgesetz instrumentalisiert wird, um die Meinungsfreiheit im Vorfeld von Wahlen einzuschränken.

Das ist etwas, das die regierenden Parteien machen, und das ist nicht in Ordnung. Der Verfassungsschutz soll alle Zeitungsmeldungen ausknippeln. Die können den ganzen Tag irgendwelche Akten anlegen. Das ist uns völlig egal. Aber eines geht nicht, nämlich in der Öffentlichkeit damit zu drohen: Wer für die AfD kandidiert, der wird zum Prüffall. Nein, der Prüffall sind Sie, Herr Stahlknecht.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das ist keine Drohung, wie Sie wissen!)

Der Prüffall ist mittlerweile außerdem der Verfassungsschutz. Den werden wir prüfen und auch verklagen.

(Zustimmung bei der AfD - Eva von Angern, DIE LINKE: Na denn!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Farle. Da dies eine Kurzintervention war und es keine Beantwortung gibt, kommen wir zum Nächsten. - Herr Kirchner, es gibt keine Fragen, das haben Sie mitbekommen,

sondern Sie haben jetzt die Möglichkeit zu einer Kurzintervention.

Oliver Kirchner (AfD):

Ja, das ist auch eine Kurzintervention. Ich muss hier einmal das postfaktische quade'sche Links-ideologentum geraderücken.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das muss er ablesen!)

Ja, das muss man wirklich machen,

(Heiterkeit bei der LINKEN)

denn der Fall Magnitz ist ganz eindeutig so gewesen, dass Herr Magnitz sich zum Zeitpunkt, nach dem er befragt wurde, ganz eindeutig geäußert hat. Er hat gesagt:

(Zurufe von Cornelia Lüddemann, GRÜNE, und von Eva von Angern, DIE LINKE)

„Ich wurde von hinten niedergeschlagen, danach wurde mir schwarz vor Augen. Als ich wieder aufwachte, war es dann alles schon passiert.“ - Er hat niemals von einem Kantholz gesprochen.

Es gab eine Pressemitteilung der Polizei, die von einem Kantholz oder einem anderen schlagholz-ähnlichen Gegenstand sprach. Daraufhin hat sich der Kreisverband von Herrn Magnitz dazu geäußert. Herr Magnitz hat das nie getan.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Frei von Fakten!)

Die bezogen sich auf eine Pressemitteilung der Polizei. Vielleicht sollten Sie Ihren Referenten einmal das Recherchieren beibringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Damit sind wir auch am Ende der Debatte. Beschlüsse werden zur Sache - -

(Siegfried Borgwardt, CDU: Nein!)

Ach Gott, Herr Borgwardt. Jetzt hätte ich Sie total vergessen.

(Oliver Kirchner, AfD: Der Wichtigste! - Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert lacht - Oh! bei der LINKEN)

Aber ich kenne meinen Fraktionsvorsitzenden. Er macht sich doch auch bemerkbar.

(Heiterkeit bei der AfD)

Herr Borgwardt, selbstverständlich haben Sie das Recht, jetzt auch Ihren zehninütigen Debattenbeitrag zu leisten.

(Volker Olenicak, AfD: Schließen Sie sich doch Herrn Striegel an! - Heiterkeit bei der LINKEN und bei der AfD)

Also ganz ruhig, Sie können auch in Ruhe noch ein Wasser trinken und dann können Sie loslegen. Bitte, Herr Abg. Borgwardt.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als letzter Redner, der dann auch gelegentlich vergessen wird,

(Heiterkeit und Zustimmung bei der AfD - Guido Heuer, CDU, lacht - Oh! bei der LINKEN)

ist es natürlich nicht ganz einfach. Ich kann mir dennoch Wiederholungen nicht ersparen. Aber die Würde des Hohen Hauses verbietet mir natürlich eine Kritik daran.

Meine Damen und Herren! Es scheint mir, als führen wir bereits zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode eine solche oder ähnlich geartete Debatte im Hohen Hause. Ich komme daher nicht umhin, auf einige Punkte des von mir Gesagten zurückzukommen.

Demokratie und politische Prozesse leben nach Meinung meiner Fraktion davon, dass man unterschiedliche Positionen miteinander austauscht. Streit- und Debattenkultur wie auch öffentliche Demonstrationen gehören zu den Prinzipien der Demokratie. Sie können belebend wirken. Können!

Fakt ist aber auch: Wer dazu aufruft, gegen den Staat, gegen die Demokratie zu agieren, der muss hart und unmissverständlich bestraft werden.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Wir als CDU-Fraktion lehnen daher jedwede gewalttätigen Auseinandersetzungen, wie sie in der Begründung zu der Aktuellen Debatte beschrieben werden, nachdrücklich und entschieden ab.

Aber, meine Damen und Herren, der Volksmund kennt genügend Sprichwörter, die genau dieses Phänomen, das wir heute wieder erlebt haben und um das es sich hier handelt, beschreiben. Das fängt an mit „Jeder fasse sich an die eigene Nase“, geht über „Wer im Glashaus sitzt, soll nie mit Steinen werfen“ und reicht bis

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Niemand sollte mit Steinen werfen!)

„Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus“. - Ja, ja, Herr Striegel.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Niemand!)

Dass Sie den Wald jetzt auf sich bezogen haben, das lässt eine lange Debatte zu. Warten wir mal ab.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU, von Frank Bommersbach, CDU, und bei der AfD - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Vorsicht!)

- Alles gut, alles gut. Ja, ja, Freunde.

(Zurufe von der AfD)

Also, Gewalt erzeugt Gegengewalt,

(Zurufe von Daniel Roi, AfD, und von André Poggenburg, fraktionslos)

und sei sie auch nur verbal. Das Wort „nur“ schmerzt manchmal in den Ohren gewaltig, Freunde. Dazu sage ich: Das ist ebenfalls eine absolute Form von Gewalt.

Ich betone an dieser Stelle noch einmal: Meine Fraktion und ich sprechen uns strikt gegen jegliche Gewaltsamkeit aus. Aber wer von - ich zitiere -: „Ficki-Ficki-Anleitungen“ oder „Ficki-Ficki-Fachkräften“ oder „Wucherungen am deutschen Volkskörper“ redet, braucht sich nicht zu wundern, wenn darüber Unverständnis bis Entsetzen in Teilen der Bevölkerung entsteht

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU, von Frank Bommersbach, CDU, von Tobias Krull, CDU, und von Olaf Meister, GRÜNE)

und wenn das bei den anderen Landtagsfraktionen auf Ablehnung und energischen Widerstand stößt.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU, von Frank Bommersbach, CDU, und von Tobias Krull, CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN,)

Zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz kursierte in den sozialen Medien - der Jahrestag ist nicht lange her - ein Redevergleich mit einer Textpassage des einstigen Reichspropagandaministers und einer des Thüringer Vorsitzenden der AfD-Fraktion. Ich wollte Ihnen eigentlich diese Textpassage ersparen und mich von den Äußerungen distanzieren. Jedoch für die Verrohung und die in der Sprache geführte Debatte wäre es, glaube ich, dienlich, wenn ich es doch zitiere.

Zitat Joseph Goebbels aus „Was wollen wir im Reichstag?“ in „Der Angriff vom 30. April 1928“:

„Wir kommen nicht als Freunde, auch nicht als Neutrale. Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“

Zitat Höcke, Rede zum Kyffhäusertreffen am 23. Juni 2018:

„Wir müssen uns entscheiden, ob wir Schafe oder Wölfe sein wollen. Und wir entscheiden uns dafür, Wölfe zu sein.“

Wer das so tut, macht das nicht zufällig. Ich sage das ganz deutlich. Unser aller Maßstab ist die Achtung der Menschenwürde. Die Vorredner gingen darauf schon ein. Artikel 1 des Grundgesetzes - die Menschenwürde ist unantastbar - gilt für alle Menschen und nicht nur für die Menschen, die man selber meint.

Wir sollten uns an den Werten unserer Gesellschaft orientieren, die der Würde des Menschen entsprechen. Das heißt, wir müssen auch klar sagen, wenn Menschen, die zu uns kommen, diese Werte nicht teilen, müssen sie trotzdem der von uns praktizierten Würde entsprechen. Auch das ist nicht immer gegeben.

Diejenigen, die das sagen, kritisieren oder andere Auffassungen vertreten, dürfen eben auch nicht - zumindest ist das unsere Meinung - undifferenziert stigmatisiert werden als Rassisten, Neonazis oder sonstige Rechtsextreme. Wir als CDU haben uns deswegen das Motto zugelegt: Nicht ausgrenzen, aber klar abgrenzen.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Und in Richtung von Frau Quade sage ich - wir haben schon öfter darüber gesprochen -: Niemand bestreitet, dass Sie dahinterstehen, wenn Sie sagen: Danke, Antifa! Es ist aber nicht das Thema, auch nicht das dieser Debatte, dass Sie das glauben und dahinterstehen. Genauso stehen übrigens Rechtsextreme dahinter, wenn sie relativieren und eben nicht erwähnen, dass ihre Truppen Straftaten begehen. Genauso begehen eben Leute im Antifablock Straftaten.

Wenn man hier Verantwortung trägt, dann halte ich es nicht für gut, wenn man so etwas bewusst tut, selbst wenn man persönlich welche kennt, die von mir aus integer sind. Man wird dann aber genauso in Mithaftung genommen wie diejenigen, die an Nazis, Rechtsextreme oder sonst etwas erinnern, wenn man sich nicht klipp und klar ausdrücklich davon abgrenzt.

Ich halte es für einen Fehler, einfach so in den Raum zu sagen: „Danke, Antifa!“ - ohne eine Differenzierung

(Zustimmung von Andreas Schumann, CDU, von Jens Kolze, CDU, und von Frank Bommersbach, CDU)

und ohne eine Erklärung, die klar erkennen ließe, dass das eben nicht gleichzusetzen ist mit den Straftaten, die aus diesem Block heraus getätigt werden.

Meine Damen und Herren! Wir wollen uns mit Argumenten inhaltlich auseinandersetzen; das war immer die Position der CDU-Fraktion. Dafür sind wir als Demokraten der Mitte auch angefeindet worden - das will ich hier deutlich sagen -, zumin-

dest in den letzten beiden Jahren. Jetzt hat - das gebe ich zu - unsere Argumentation bei einigen offensichtlich doch zu einem Umdenken in Bezug auf ihr eigenes Handeln geführt.

Zu einer niveauvollen Diskussion und Diskussionskultur gehört ein umgänglicher Ton. Ich appelliere an alle: Treten wir Populisten mit einem moderaten und sachlichen Ton gegenüber! Wir müssen die Gewaltspirale in den Worten hier nicht permanent nach oben treiben. Unsere Position ist allerdings auch, dass ich nicht über jedes Stöckchen springen und nicht bei jedem Ding hochgehen muss wie das oft angeführte HB-Männchen.

(Zustimmung von Lars-Jörn Zimmer, CDU)

Man muss, wenn man die Demokratie ernsthaft vertreten will, bestimmte Dinge leider - das sage ich dazu - aushalten.

Wir müssen uns mit dieser teilweise ideologischen Meinung innerhalb der Bevölkerung auseinandersetzen. Bürgerinnen und Bürger mit abweichenden Meinungen aus dem gesellschaftlichen Zusammenleben auszuschließen, sie zu stigmatisieren, halten wir weder für zielführend noch für richtig.

An uns Parlamentarier sei mir folgender Hinweis erlaubt, meine Damen und Herren: Nur wer die Sorgen und Ängste der Bevölkerung wahrnimmt, ihnen Raum und Zeit des Zuhörens gibt, wird diese mit seiner Überzeugung und den Wertvorstellungen der Gesellschaft auch erreichen.

Ich zitiere an dieser Stelle Konrad Adenauer:

„Politische Tageserfolge können im Bewusstsein eines Volkes verblassen. Was aber bleibt und weiterwirkt, ist die Kraft und Geschlossenheit einer Haltung,“

- er meinte damit die zur Demokratie -

„hinter der eine Idee steht“.

Wir müssen unsere Haltung, die Idee geschlossen und entschieden in die gesamte Bevölkerung hinein kommunizieren und dabei ein Verständnis für die Prinzipien unseres Staates, nämlich Demokratie und Rechtsstaat, vermitteln. Für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit lohnt es sich, tagtäglich in die kommunikative Auseinandersetzung einzutreten. - Herzlichen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Robert Farle, AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Borgwardt. Sehen Sie es mir nach, dass ich Sie nicht erwähnt habe. Dennoch haben Sie dann sofort die Möglichkeit. Aber vielleicht hat das auch dazu beigetragen, dass

dann alle aufmerksam wurden und auf Ihren Redebeitrag gespannt waren.

Siegfried Borgwardt (CDU):

In allem ist etwas Gutes, Frau Präsidentin.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Genau. Wir haben eine Wortmeldung, Herr Abg. Borgwardt, und zwar hat sich der Abg. Herr Raue zu Wort gemeldet.

Doch bevor ich Herrn Raue das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Johann Friedrich Walkhoff in Gröbzig hier bei uns im Hohen Hause zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Raue, Sie haben das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Ich will zu allererst etwas von uns weisen. Wir haben keine Truppen, die Straftaten begehen. Wir rufen nicht zu Straftaten auf, Herr Borgwardt, und bitte nehmen Sie uns dafür nicht regelmäßig in Mithaftung. Zu Straftaten rufen vielleicht die Linken auf; wir machen das nicht und wir haben das auch noch nicht gemacht. Wir distanzieren uns ganz klar davon.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Das Zweite. Die Provokation geht doch in erster Linie von Ihnen aus. Sie als Regierung provozieren die Bevölkerung

Siegfried Borgwardt (CDU):

Oh!

Alexander Raue (AfD):

mit Masseneinwanderung und Grenzöffnung, langjährig.

(Zurufe von der LINKEN - Sebastian Striegel, GRÜNE: Mit Nicht-Grenzschießung!)

Bis 2010 war es die einhellige CDU-Auffassung, dass Multikulti gescheitert ist. Jetzt setzen Sie Multikulti unter allen Umständen durch. Ich frage mich: Wem dienen Sie?

(Zustimmung bei der AfD - Lachen bei der LINKEN)

Und ein Drittes, das mir sehr wichtig ist: Es kann doch nicht sein, dass das Maß der zulässigen verbalen Zuspitzung derart herabgesetzt wird, dass sie als Kritik nicht einmal mehr wahrnehmbar ist und somit einflusslos bleibt. Das Wort „Masseneinwanderung“ soll die Menschenwürde ver-

letzen? - Das kann nicht Ihr Ernst sein. Das kann auch nicht der Ernst von Herrn Stahlknecht sein. Sagen Sie mir: Welches Wort soll ich sonst gebrauchen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Borgwardt.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ich fange einmal mit dem ersten Punkt an. Möglicherweise ist es nicht besonders klug, dass Sie jetzt diesen Einwand vorgebracht haben. Ich rede von den Truppen; ich habe nicht gesagt, dass die AfD zu Gewalt aufruft. Ich habe auch nicht gesagt, DIE LINKE ruft zu Gewalt auf. Ich habe gesagt: in dem Block der Antifa. Eigentlich war das ein Argument, um nicht eine Stigmatisierung der AfD - - Aber das haben Sie wahrscheinlich nicht verstanden. Es ging um die Relativierung an sich.

Wenn Sie sagen: „Mit den Truppen, die dort waren, haben wir nichts zu tun, das waren die“, dann kann ich die Meinung weder bestätigen noch widerlegen. Ich würde auch nicht sagen, dass Sie damit etwas zu tun haben. Aber im Umkehrschluss: Wenn ich nur das Gute sehe an der antifaschistischen Bewegung,

(Matthias Büttner, AfD, lacht)

aber Berlin und anderes ausblende, dann ist das ebenfalls eine Relativierung, die ich in diesem Maße für genauso falsch halte, wie wenn Sie sagen: Mit denen haben wir nichts zu tun. Das ist völlig klar. Sie verweisen dann noch auf das gesunde Volksempfinden, das dabei zum Ausdruck kommt, wenn Sie sich wehren. Das haben wir ja auch schon gehört.

(André Poggenburg, fraktionslos: Das ist ein schlimmer Begriff!)

- Ja, ja. - Es war eigentlich ein Argument, um zum Nachdenken als Demokrat anzuregen, dass beides, Appelle und Stigmatisierungen, nicht helfen. Diese führen eher dazu, dass man die Argumente der jeweils anderen verstetigt, die dadurch meinen, eine Rechtfertigung für das eigene Handeln zu haben. - Das war der erste Punkt. Ich meinte das eigentlich eher in dem Sinne, dass das von beiden Seiten falsch ist.

Der zweite Punkt. Richtig ist - da messen Sie die Meinung der CDU-Fraktion an einer Entscheidung, an der weder das Land Sachsen-Anhalt noch irgendein Bundesland mitgewirkt hat; wir reden von der Entscheidung im Jahr 2015 -, dass wir, auch unser Ministerpräsident - wir hatten dazu auch nicht nur freudige Kommentare -, klar gesagt haben, dass wir konkrete und eindeutige Regelungen brauchen, dass wir für eine Obergrenze sind, nämlich eine Integrationsobergrenze.

Den Shitstorm danach können Sie in mehreren Zeitungen lesen, von Leuten, die da monatelang unterwegs waren, einschließlich eigener Parteigruppen. Das ist völlig unstrittig. Dass da Fehler gemacht wurden, das bestreiten zumindest wir nicht. Es gab zum Teil einen Kontrollverlust, das ist unbestritten. Das ist zum Teil auch ein Grund dafür, dass die Mehrheit von Ihnen hier sitzt, ohne Frage, weil Sie den Leuten suggeriert haben, dass Sie der Heilsbringer sind

(Lydia Funke, AfD, lacht)

und dass es, wenn Sie drankommen, diese Unsicherheiten nicht mehr gibt.

(Alexander Raue, AfD: Das stimmt ja auch!)

- Ja, ja. Das ist völlig klar. - Ich will damit jetzt nur noch einmal sagen - ich komme gleich zum Ende -, dass dieser Teil stimmt, aber die Schlussfolgerung ist falsch, dass wir deswegen jetzt meinen, hier wird von Multikulti, hier wird von denen - - Ich glaube, es ist unsere Verantwortung als Politiker in diesem Land - -

Die Politiker, die bei uns die Regierung stellen, haben im Land Sachsen-Anhalt als Erste dafür gesorgt, dass unsere Turnhallen - übrigens als erstes aller Bundesländer - leer waren, weil wir berechnete Konfliktpotenziale gesehen haben zwischen der Bevölkerung und denen, die bei uns subsidiären Schutz oder Asyl suchen. Wir haben unsere Hauptkonzentration darauf gelegt, die Probleme zu mindern und zu verändern.

Und eines ist auch unbestritten: Es gibt seit der Zeit damals keine Masseneinwanderung mehr, Sie sagen aber trotzdem nach wie vor: die Masseneinwanderung.

(Alexander Raue, AfD: 200 000!)

Es gab damals eine unkontrollierte, aufgrund einer getroffenen Einzelentscheidung - möglicherweise wird das auch noch einmal verfassungsrechtlich bewertet; schauen wir einmal, ob es da bei uns irgendeine Bewertung gibt -, das ist völlig klar. Aber man kann eben nicht - -

Weil man damit auch Dinge in der Bevölkerung bedient, die eben nicht mit einem rechtsstaatlichen Verhalten gemäß unserem Grundgesetz vereinbar sind. Und wenn Sie das ständig machen, müssen Sie sich auch sagen lassen, dass wir uns davon distanzieren. Deswegen unterstützen wir diese Position nicht. Wir sind aber sehr dafür, das in einem geregelten Verfahren zu tun.

Sie wissen auch, wer klar für die Abschiebung und für die Dinge, die rechtsstaatlich passieren, steht, das sind nämlich wir. Deswegen sind wir als Demokraten trotzdem gut beraten - letzter Satz -, uns auch in der verbalen Äußerung eindeutig und

klar im Rahmen von Artikel 1 des Grundgesetzes, der die Würde des Menschen betrifft, zu bewegen. Genau das versuchen wir. Wir können nur anmahnen, dass all die, die das nicht machen, davon abrücken. Deswegen gibt es für uns nicht mehr - damals ja, aber jetzt nicht mehr - das Wort „Masseneinwanderung“.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Borgwardt. Ich sehe keine weiteren Fragen. - Somit sind wir am Ende des ersten Themas der Aktuellen Debatte angelangt. Beschlüsse zur Sache werden gemäß § 46 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtages nicht gefasst.

Wir kommen zum zweiten Thema der Aktuellen Debatte

Zugausfälle bei Abellio - ein Beispiel fehlgeschlagener Privatisierung

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3880**

Es wurde die folgende Reihenfolge vereinbart: DIE LINKE, SPD, AfD, GRÜNE und CDU. Zunächst hat für die Antragstellerin, die Fraktion DIE LINKE, der Abg. Herr Henke das Wort. Sie haben das Wort, bitte.

Guido Henke (DIE LINKE):

Zunächst eine Vorbemerkung: All jenen von Ihnen, die nicht die Gelegenheit hatten, am Dienstagabend die ZDF-Sendung „Neues aus der Anstalt“ zu sehen, empfehle ich die Nutzung der Mediathek.

(Zustimmung bei der LINKEN - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das stimmt, die war besonders gut!)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Übernahme des Dieselnetzes durch Abellio im vergangenen Dezember bereitete Probleme. Betroffen waren viele Pendler. Es entstand eine ernste Lage bei den persönlichen Situationen von Schülern, Auszubildenden, Arbeitnehmern, die ihre Pflichten nicht erfüllen konnten. Auch volkswirtschaftlich entstand ein großer Schaden, und das angesichts des Fachkräfte- und Nachwuchsmangels hier im Lande.

Bei uns im Bördekreis pendeln viele Arbeitnehmer nach Wolfsburg; das ist ein Grund für die vergleichsweise guten Arbeitseinkommen. Für die Beschäftigten aus den großen Weiten der Altmark ist die Nichterreichbarkeit der Arbeitsorte in Niedersachsen mehr als ärgerlich gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es war für viele existenziell.

Nur, meine Damen und Herren, das Schimpfen auf die Abellio-Mitarbeiter trifft die Falschen. Wir müssen die Ursachen klar benennen und Schlussfolgerungen ziehen, damit Menschen in Sachsen-Anhalt sich wegen Mobilitätsproblemen keine Sorgen um die Zukunft machen müssen.

Daher war es richtig, dass der Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr in seiner Januar-sitzung dieses Thema aufrief - allerdings war das in einem nichtöffentlichen Sitzungsteil. Die Bahnkunden erwarten eine klare Reaktion der Politik, um die Zustände zu verbessern. Der Hinweis darauf, dass es bei der Übernahme des mittel-deutschen S-Bahn-Netzes noch viel schlimmer gewesen sei, ist keine Antwort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dauerhafte Schienenersatzverkehre und Ersatzfahrpläne wegen fehlender Lokführer dürfen nicht die Perspektive im Lande sein. Wir brauchen mehr.

Zeitgleich mit den Kalamitäten bei Abellio wurden auch Defizite bei der Deutschen Bahn AG erneut offenkundig. Die enorm große Teilnahmebereitschaft beim Warnstreik am 10. Dezember 2018 lässt die schlechte Stimmung der Eisenbahner erkennen, und das zum 25. Jahrestag der Gründung der DB AG, bei der sogenannte Reformen moderne Zeiten einleiten sollten - weg von den Staatsbahnen mit ausreichend Fachpersonal, genügend Netzkapazitäten und Reserven an rollendem Material hin zu wettbewerbenden, rendite-trächtigen Privatbahnen, die, wie im Falle der DB, schlank und schnell die Börse erreichen sollten.

Dazu wurde die Bahn von allem für den Fahrbetrieb vermeintlich Entbehrlichen wie Bahnhöfen, Gleisnetzen und angeblichen Redundanzen bei den Mitarbeitern befreit. Das reichte bis zum Eigentümer, dem Bund, der es von einer Berliner Regierungskoalition zur nächsten Berliner Regierungskoalition als ein ehernes und ehrenvolles Ziel ansah, sich aus seiner Eigentümerverantwortung via Börsengang - sprich: Privatisierung - zu stehlen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun schaue ich in die Runde und kann die hiesigen Koalitionspartner, Ihre Parteien, nicht von der Verantwortung an den eingangs beschriebenen Zuständen freisprechen. Es ist schon eine Ironie der Geschichte, dass es ausgerechnet ein als Folge ungezügelter neoliberaler weltweiter Spekulationspolitik ausgelöster Finanzcrash mit anschließender Wirtschafts- und Finanzkrise war, der einen Ausverkauf der Bahn an Börsenspekulanten verhinderte.

Sehr geehrte Damen und Herren! Am 17. Januar 2019 legte der Bundesrechnungshof zum 25. Jahrestag der Bahnreform einen verheerenden Bericht vor.

Er kritisierte unter anderem die Schaffung eines weltweiten Logistikunternehmens mit 700 Tochterfirmen, tätig in 140 Ländern, von denen 513 ihren Hauptsitz im Ausland haben.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ja, das ist so!)

Die Milliardenschulden der DB AG resultieren maßgeblich aus dieser weltweiten Einkaufstour. Außerdem fließen die dort erzielten Gewinne nicht in das Kerngeschäft, in die Verkehrserbringung hierzulande. Der Zweck einer bundeseigenen Bahn wurde in das Gegenteil verkehrt. Dadurch wurde auch eine Immobilienspekulation wie Stuttgart 21 ermöglicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Forderung des Bahnbeauftragten der Bundesregierung, des Staatssekretärs Enak Ferlemann, am letzten Sonntag, höhere Fahrpreise bei der Bahn durchzusetzen, um überfällige Investitionen endlich vorzunehmen und um, wie der Fahrgastverband Pro Bahn auch noch unterstützte, aus ökologischen Gründen den ruinösen Preiswettbewerb zu beenden, vertauscht hierbei wohl absichtlich Ursache und Wirkung. Bahnkunden für die verfehlte Verkehrspolitik zur Kasse zu bitten, ist schlicht ungerecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bundesrechnungshof bezweifelt, dass eine gewinnorientierte Unternehmensform, die der Aktiengesellschaft, mit den grundgesetzlichen Pflichten vereinbar ist. Gemäß Artikel 87e des Grundgesetzes ist dem Wohl der Allgemeinheit, insbesondere den Verkehrsbedürfnissen Rechnung zu tragen. Also der Nutzen für alle und nicht der Vorteil von Privatanlegern ist hierbei der Zweck der Bahn.

(Beifall bei der LINKEN)

Diesem wird heute nicht mehr entsprochen. Daher hat meine Fraktion diese Aktuelle Debatte beantragt. Wo sind die Initiativen aus Sachsen-Anhalt zur Beendigung dieses kannibalisierenden Wettbewerbs zwischen Bahntöchtern und den nicht bundeseigenen Bahnen zulasten der Versorgungssicherheit?

(Zustimmung bei der LINKEN)

Mit Streckenstilllegungen und Lohnkürzungen kann kein Wirtschaftsstandort florieren. Wo bleiben die Proteste und Maßnahmen unseres Wirtschaftsministers? Das EU-Recht zwingt uns nicht in die Privatisierung. Eine staatseigene Bahn mit

definiertem Versorgungsauftrag brauchte keine aufwendigen Ausschreibungsverfahren für Verkehrsleistungen. Was für eine Chance zur Entbürokratisierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Endlich Bahner anstelle BWLer, Marketingexperten und Juristen arbeiten lassen - so muss Zukunft aussehen. Da ich hier nicht von allen Beifall erhalte, noch einmal klar: Wir müssen die Re-Verstaatlichung aller Aufgabenträger der Mobilitätssicherung vorbereiten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wird Zeit brauchen. Diese Debatte kann dafür ein Anfang sein. Aber was geschieht stattdessen? - Der Privatisierungsfehler wird aktuell mit der Etablierung der Infrastrukturgesellschaft Autobahn, der IGA, wiederholt. Hat denn niemand aus dem Bahndebakel gelernt? - Ministerpräsident Haseloff lässt sich feiern, weil er eine Niederlassung in Sachsen-Anhalt erreicht hat.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Wo ist er?)

Er hätte die Privatisierungspläne verhindern müssen. Er hätte sie bekämpfen müssen. Aus Schaden sollte man doch klug werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber das ist ja wohl nur bei kleinen Kindern so.

Nein, hier geht es um Rendite, um Anlagemöglichkeiten für wenige auf Kosten aller Verkehrsteilnehmer.

Zurück zur Bahn. Selbst Verkehrsminister Webel kommt nicht umhin, im Entwurf seines ÖPNV-Plans Kritik an der Deutschen Bahn zu üben. Er schreibt: Die Streckenerüchtigung der DB Netz dient vorrangig dem Fern- und Ballungsnetz und weniger dem Regionalnetz.

(Minister Thomas Webel: Stimmt doch! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ist so!)

Außerdem zweifelt er gut begründet an, dass langfristig eine hinreichende Instandsetzung gewährleistet ist. Als Schlussfolgerung daraus sollen aber - jetzt kommt der Punkt, in dem wir uns, Herr Minister, nicht einig sind - innovative Betreiberlösungen über Dritte geprüft werden. Also doch wieder irgendwie ein privater Wettbewerb. Das kann nicht die Lösung sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Sehr geehrte Damen und Herren! Auch die Kollegen der Nasa GmbH können sich nur im Rahmen des von der Politik vorgegebenen Rahmens bewegen. Sie genießen als vom Land für die Ausschreibung und Zuschlagserteilung Beauftragte über die Grenzen hinweg hohes Ansehen. Als

Vertragspartner nutzen sie alle Möglichkeiten, um Abellio und DB zur Erfüllung aller übernommenen Pflichten anzuhalten - durch seriöse Arbeit.

Aber damit unterscheiden sie sich zum Beispiel vom SPD-Kollegen Erben, der leider gerade fehlt, der aufmerksamkeitsheischend und fachfremd plötzlich eine Kündigung des Verkehrsvertrages ins Spiel brachte.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Frank Scheurell, CDU)

Herr Erben, wenn Sie mich hören: Abellio ist kein einzelnes schwarzes Schaf. Nein, Ursache ist die Privatisierungspolitik, die menschenverachtende Politik, die Sie und Ihre Partei seit Jahrzehnten vorantreiben.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der CDU - Ulrich Thomas, CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mitarbeiter von Abellio leisten ihr Möglichstes, soweit man sie lässt. Es werden nun Lokführer und Zugbegleiter ausgebildet. - Zu spät, wie wir heute sehen.

(Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)

Wenn sie ihren Dienst beginnen, werden sie auch nach Tarif bezahlt, ja. Nur ist die Ersteingruppierung jener, die einen zehnmonatigen Kurzlehrgang zur Lokführerausbildung zur Qualifikation nachweisen, schlechter als bei den konventionell Ausgebildeten. Betriebszugehörigkeitszeiten wären auch zu nennen. Letztlich zahlen sie also für den sogenannten freien Wettbewerb mit schlechterer Qualität. Auf ihrem Rücken sollen Gewinne eingefahren werden. Das gehört geändert.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bahnbetreiber haben den Markt falsch prognostiziert, sich beim Personal verspekuliert. Hier müssen nicht nur tarifliche, sondern künftig auch vergaberechtliche Flankierungen erfolgen, die derlei ausschließen. Ich weiß von den Kollegen der Nasa, dass man hier künftig nachbessert.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein leistungsfähiger, zuverlässiger und sozial gerechter Schienenpersonennahverkehr und -fernverkehr ist unverzichtbar für den Klimaschutz. Während Luxemburg zum nächsten Jahr den fahrscheinlosen ÖPNV ankündigt, Oslo zur grünen Hauptstadt Europas gekürt wurde, Kopenhagen die autofreie Innenstadt schafft, Schweden den Verbrennungsmotor ins Aus stellen will und bei uns wie anderswo die Nachfrage nach Mobilität steigt, kann für Sachsen-Anhalt nur gelten: Wir brauchen einen ordentlichen Fahrplan für die Zukunft unseres Landes,

(Beifall bei der LINKEN)

weg vom steuerbegünstigten Mülltourismus per Lkw hin zu einem ausgebauten ÖPNV und SPNV mit attraktiven Arbeitsbedingungen, und das mit dem Zielbahnhof namens Ticketfreiheit.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Friday for Future fordern Schüler ihre Zukunft ein. Zu Recht! Auch für sie gilt: Nur mit einem ausgebauten, nicht gewinnorientierten Verkehrssystem, das Mobilität sichert, die Umwelt wenig belastet und sozial gerecht ist, haben wir ein unverzichtbares Gestaltungselement zur Verfügung. Lassen Sie uns es in öffentlicher Hand für künftige Generationen sichern; denn ohne gute Eisenbahnen zur Daseinsvorsorge gibt es keine Zukunft. - Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Henke. Ich sehe keine Fragen. - Somit kann sich jetzt Minister Herr Weibel für die Landesregierung äußern. Sie haben das Wort, Herr Minister.

Thomas Weibel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Der Landtag befasst sich heute mit einem wichtigen Thema, das viele Menschen in unserem Land zu Recht aufgeregt hat. Deshalb ist es heute besonders wichtig, hier keine Debatten zu führen, die eigentlich in Berlin geführt werden müssten, Herr Henke; denn dort wurde vor mehr als 25 Jahren die Bahnreform beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zugausfälle, die es zum Betriebsstart von Abellio im Dieselnetz Sachsen-Anhalts gegeben hat, sind bedauerlich, aber auch nicht hinnehmbar. Sie haben natürlich auch für Abellio erhebliche finanzielle Auswirkungen. Jeder Zugausfall ist einer zu viel. Aber nicht jeder Zugausfall sollte Anlass für eine Pauschalkritik am System geben.

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU)

Ich finde es schon wichtig und richtig, dass wir in Sachsen-Anhalt darüber sprechen können, wie der Schienenpersonennahverkehr in unserem Land als Teil der Daseinsvorsorge ausgestaltet wird. Dass wir in Magdeburg diskutieren und auch entscheiden können und nicht nur mit Entscheidungen aus Berlin konfrontiert werden, wie es beim Fernverkehr, wie es bei der Infrastruktur der Fall ist, ist das Ergebnis der Bahnreform.

Über diese Reform kann man viel Kritisches sagen. Herr Henke hat dazu schon ausgeführt. Aber

ich kann auch sagen, dass wir nach dieser Bahnreform in Sachsen-Anhalt mehr Zugkilometer anbieten können und mehr Nutzer im Regionalverkehr haben als vor der Reform.

Wir haben als Land die Chance genutzt und mit der Nasa GmbH einen starken Dienstleister etabliert, um den uns viele Länder beneiden. Auch Herr Henke hat die Leistungen der Nasa anerkannt. Wir haben außerdem einen wesentlich besser vertakteten Nahverkehr auf der Schiene als früher. Ich denke auch an die Vertaktung mit dem Bahn-Bus-Landesnetz, von der Ausstattung der Züge ganz zu schweigen.

Das sind Fakten, die Sie alle zur Kenntnis nehmen sollten, wenn wir eine Diskussion im Interesse der vielen Zehntausend Menschen führen, die jeden Tag unsere Züge nutzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Fakt ist aber auch, dass die Zugausfälle beim Fahrplanwechsel Anfang Dezember für die betroffenen Bahnnutzer ein sehr großes Ärgernis dargestellt haben. Am Ende ist es den Nutzerinnen und Nutzern auch ziemlich egal, aus welchem Grund die Züge nicht fahren und welches Unternehmen oder - bei Streiks - welche Gewerkschaft dafür verantwortlich ist.

Sie erwarten völlig zu Recht und müssen sich darauf verlassen können, dass Züge planmäßig fahren. Wenn Züge unangekündigt ausfallen, dann untergräbt dies das Vertrauen in das System Schiene. Das wollen und werden wir als Land nicht akzeptieren.

Für die Nutzerinnen und Nutzer in Sachsen-Anhalt ist es auch keine befriedigende Erklärung, wenn in diesem Zusammenhang auf den allgemeinen Fachkräftemangel im Eisenbahnbereich verwiesen wird. Den gibt es seit Jahren, den gibt es in ganz Deutschland und damit haben auch viele kommunale Unternehmen in Sachsen-Anhalt zu kämpfen.

Deshalb ist es gerade nicht hinnehmbar, dass Abellio sowohl das Land als auch die Öffentlichkeit nicht rechtzeitig vor der Betriebsübernahme im Dieselnetz über die absehbaren Probleme informiert hat. Niemand kann im Nachhinein sagen, ob die Schwierigkeiten in den ersten Wochen bei einer frühzeitigen Information durch das Unternehmen hätten vermieden werden können. Aber es hätte zumindest die Möglichkeit gegeben, gegenzusteuern; denn die Nasa GmbH hat den Prozess der Betriebsaufnahme in einer langen Vorbereitungsphase zu jedem Zeitpunkt eng begleitet.

Selbstverständlich spielte dabei auch die Frage des verfügbaren Personals eine herausragende Rolle. Aber Abellio hat das tatsächliche Ausmaß des Personalmangels bis zum Betriebsstart

schlicht nicht kommuniziert. Das ist - das sage ich in aller Deutlichkeit - nicht akzeptabel und wurde von der Nasa GmbH mit einer Rüge geahndet. Zusätzlich hat das Unternehmen vertragsgemäß Strafzahlungen zu leisten. Jede ausgefallene Fahrt macht sich also in der Bilanz des Unternehmens bemerkbar.

Wir sehen deshalb auch, dass Abellio derzeit viele Maßnahmen ergreift, um auf die notwendige Personalstärke zu kommen. Diese Anstrengungen werden von der Nasa sehr eng überwacht und begleitet. Wir erwarten von Abellio, dass die noch ausstehenden Probleme schnellstmöglichst gelöst werden. Wir wissen auch, dass sie es können. Das haben sie bei der Übernahme des Saale-Thüringen-Südharz-Netzes bewiesen.

Abellio ist ein etabliertes Eisenbahnunternehmen mit fast 1 000 Beschäftigten, das hier im Land seinen Sitz hat und sich in einer sehr komplexen Ausschreibung am Ende durchgesetzt hat. An dieser Stelle möchte ich noch etwas zum Ausschreibungsverfahren sagen.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Aha!)

Es wird oft der Hinweis gegeben, man hätte sich bei der Vergabe besser absichern müssen und nicht den billigsten Anbieter binden sollen.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Genau!)

Das ist völlig richtig. Deshalb verfährt das Land seit Langem nach dieser Maxime.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Ach so!)

Die Ausschreibungen beinhalten hohe Qualitätsvorgaben, sodass sich kein sich allein am Preis orientierendes Unternehmen beteiligen kann. Die Verkehrsverträge haben außerdem sehr weitreichende Regelungen für Vertragsstrafen, sodass jedes Unternehmen einen starken wirtschaftlichen Anreiz hat, diese zu vermeiden.

Ein Billiganbieter hat in diesem Wettbewerb überhaupt keine Chance. Mit ihrem Angebot müssen die Eisenbahnunternehmen bereits im Vergabeverfahren konkret darlegen, wie sie ihr Personal gewinnen wollen.

Der Zuschlag erfolgt keineswegs allein nach dem Preis. Er wird für das Angebot erteilt, das den besten Mix hinsichtlich der Qualität des eingereichten Konzeptes und des Preises bietet. Auch die fachliche Eignung eines Unternehmens wird geprüft. Diese steht bei Abellio völlig außer Frage, genauso wie bei DB Regio oder der Ostdeutschen Eisenbahn GmbH.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den unangekündigten Zugausfällen im Dezember 2018 hat die Nasa GmbH sofort auf ein geordnetes Betriebsgeschehen gedrängt. Dies wird seit dem 4. Januar 2019 umgesetzt.

Seit vier Wochen werden damit 97 % der bestellten Leistungen im Dieselnetz auch tatsächlich erbracht. Die verbleibenden 3 % betreffen den Verkehr der Unstrutbahn sowie zwei Fahrten zwischen Köthen und Dessau. Möglich wird dies mit der Unterstützung durch andere Eisenbahnverkehrsunternehmen, unter anderem der DB Regio AG.

Eine kurzfristige Übernahme einer kompletten Linie durch ein anderes Unternehmen ist jedoch nicht möglich. Dafür gäbe es weder Personal noch Material. Dieses steht weder in Sachsen-Anhalt noch in Deutschland zur Verfügung.

(Zuruf von der LINKEN)

Abellio hat zugesichert, dass zum 4. März 2019 der Schienenersatzverkehr auf der Unstrutbahn bei den zwei Fahrten zwischen Köthen und Dessau beendet sein wird. An dieser Aussage werden wir das Unternehmen messen. Es ist und bleibt Aufgabe von Abellio, durch eine stabile Leistung im gesamten Netz verlorenes Vertrauen bei den Reisenden wiederzugewinnen.

Diesbezüglich gibt es beispielsweise aktuell mit Blick auf die Pünktlichkeit auch noch Luft nach oben. Das hat die Nasa GmbH im Blick. Sie wird, genau wie bei den anderen Eisenbahnunternehmen, sehr genau auf die Einhaltung des Verkehrsvertrages achten.

Es ist auch gut, dass der Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr diesen Prozess weiter intensiv begleiten wird. Das Gleiche gilt sicherlich auch für den Nasa-Beirat, in dem alle Landtagsfraktionen vertreten sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Personalgewinnung wird ein Dauerbrenner bleiben. Ich halte es für sehr wichtig, dass sich alle Verkehrsunternehmen - private Eisenbahnunternehmen genauso wie kommunale Verkehrsbetriebe - mit gemeinsamen Anstrengungen noch intensiver als bisher um ausreichend Personal und attraktive Arbeitsbedingungen bemühen. Auch hierbei wird die Nasa GmbH unterstützend tätig werden.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die aktuellen Personalprobleme lösbar sind, aber bestimmt nicht durch einen kompletten Systemwechsel. Vielmehr sollte es uns allen darum gehen, den Nahverkehr im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer gemeinsam weiterzuentwickeln.

Ich richte deshalb auch ein herzliches Dankeschön an die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner. Ich bin mir darin sicher, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch in den privaten Eisenbahnunternehmen, dazu wie bisher ihren Beitrag leisten werden. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister Webel. Es gibt zwei Fragen, vom Abg. Herrn Knöchel und vom Abg. Herrn Höppner. - Herr Knöchel, Sie haben das Wort.

Swen Knöchel (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Minister, wenn ich auf dem Bahnsteig stehe, friere und erfahre, der Zug kommt nicht, dann ist es immer sehr beruhigend, wenn Herr Webel in die Welt ruft: Dafür zahlen die aber 250 000 €. Dafür zahlen die eine Million. Das nützt mir in dem Moment relativ wenig.

Deswegen würde mich interessieren: Was machen Sie denn mit dem Geld, das Sie dafür bekommen? Nutzen Sie es wenigstens dafür, um ein Wartehäuschen zu bauen, damit ich das nächste Mal nicht frierend auf dem zugigen Bahnsteig stehen muss?

Meine Erwartung ist - deswegen die Frage -: Was machen Sie mit dem Geld? Verwenden Sie es wenigstens dann auch dafür, die Infrastruktur gerade im Eisenbahnverkehr zu verbessern? Können Sie das bitte darstellen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister, bitte.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Ja, Herr Knöchel, wir verwenden viel Geld von den Regionalisierungsmitteln nicht nur für den schienengebundenen Personennahverkehr. Wir unterstützen - -

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

- Das kommt ja zurück. Das ist ja nicht zweckgebunden. Das verbleibt bei der Nasa in dem Bestand der Regionalisierungsmittel. Das sind reine Bundesmittel. Sie als Mitglied des Finanzausschusses wissen das ja. Das Geld bleibt bei der Nasa. Die Nasa wird natürlich mehr Möglichkeiten haben, mit diesem Geld Schnittstellenprogramme zu finanzieren und auch Bahnhofsprogramme, so das Revita-Programm, weiter auszubauen. Das sind die Dinge, die die Nasa auf den Weg bringen kann.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Webel. Die zweite Frage kommt vom Abg. Herrn Höppner. - Bitte.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Herr Webel, ich beziehe mich einmal auf die Altmark und auf das,

was das passiert ist. Herr Knöchel hat es schon angedeutet. Wenn man dort auf dem Bahnhof steht - man möchte zur Arbeit nach Wolfsburg, Braunschweig und anderswohin; 42 % der Altmärker pendeln nun einmal in den Westbereich, weil es dort bessere Arbeitsbedingungen und Arbeit gibt - und der erste Zug kommt nicht, der zweite Zug kommt nicht - das nicht nur Montag, sondern auch Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, und das über drei Wochen -, dann führt das zu unwahrscheinlichen Problemen für die Betroffenen mit ihren Arbeitgebern. Es ging so weit, dass es Abmahnungen gab, weil der Arbeitgeber natürlich sagt: Wir sind dafür nicht zuständig. Da müsst ihr euch woanders hinwenden. Wir haben einen Arbeitsvertrag, den habt ihr zu erfüllen. Thema durch.

Es gab dort also unwahrscheinliche Probleme und auch - von einzelnen weiß ich das - Stundenkürzungen, also letztendlich Gehaltskürzungen.

Ich frage Sie: Ist Ihnen bekannt, ob es irgendwelche Entschädigungszahlungen oder Ähnliches gab? - Ich weiß, dass man sich irgendwo einmal entschuldigt hat. Aber gab es auch Zahlungen, Ausgleichsmöglichkeiten usw.? Oder wie sehen Sie das für die Zukunft? Gibt es dafür Regelungen? Könnten dafür Regelungen aufgestellt werden, dass Arbeitnehmer entschädigt werden, also einen Ausgleich haben?

Noch eine andere Frage in dem Zusammenhang. Die ODEG übernimmt ja, soweit ich weiß, jetzt auch die Strecken nach Berlin oder hat sie schon zum Teil und Ähnliches. Wir haben auf anderen Strecken schon die Erfahrung gemacht, dass es zu hoher Unpünktlichkeit und auch zu Zugausfällen kommt. Wie bewerten Sie es, dass weiter Strecken übernommen werden und wir damit rechnen müssen, dass dort wiederum Ausfälle und Ähnliches stattfinden?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister, bitte.

Thomas Webel (Minister für Landesentwicklung und Verkehr):

Zu Ihrer ersten Frage bezüglich der Entschädigungen. Es gibt ja die gesetzlichen Regelungen. Darüber hinaus können wir nicht gehen. Aber die Nasa und auch die Eisenbahnunternehmen haben im Ausschuss Anfang Januar darüber informiert, dass sie gemeinsam verlorenes Vertrauen zurückgewinnen wollen. Das ist ja auch wichtig. Denn wir sind diejenigen, die ein Problem haben, wenn wir Kunden verlieren. Die Eisenbahnunternehmen haben in der Regel ihre festen Zusicherungen, wenn sie pünktlich fahren. Die Mittel, die durch die Fahrscheine eingenommen werden, gehen zu 80 % an die Nasa und zu 20 % an das Eisen-

bahnunternehmen, um auch einen kleinen Anreiz für das Eisenbahnunternehmen zu schaffen, dass möglichst viele Kunden weiter mitfahren.

Wir arbeiten also daran. Aber wir können nur durch Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit das verlorene Vertrauen zurückgewinnen.

Zu dieser Ostdeutschen Eisenbahn. Sie hat ja bei uns das Ausschreibungsverfahren zu den Strecken von Stendal nach Tangerhütte und Tangermünde bis nach Rathenow gewonnen. Diesbezüglich habe ich von Unpünktlichkeiten gehört. Die Nasa arbeitet daran.

Aber die große Ausschreibung, die jetzt in Berlin und Brandenburg gelaufen ist, betrifft uns nur teilweise, weil wir dort relativ wenige Kilometer haben. Die Ausschreibung ist ja auch von Berlin und Brandenburg getätigt worden.

Wir haben zum Beispiel das Dieselnetz ausgeschrieben, obwohl es Niedersachsen und Brandenburg betrifft, oder das Saale-Thüringen-Südharz-Netz, obwohl es den mitteldeutschen Verkehrsbereich, Thüringen und sogar Hessen, betrifft.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. Es gibt keine weiteren Fragen. - Damit steigen wir in die Debatte ein. Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Herr Dr. Grube. Sie haben das Wort.

Dr. Falko Grube (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren! Wer heute mit dem Zug von Groningen nach Leer fährt, der fährt mit der Noordelijke Treindiensten der Arriva Personenvervoer Nederland. Das Unternehmen gehört zur Arriva PLC, die mit vollständigem Namen Arriva PLC A DB company heißt. Sie ist eine 100-prozentige Tochter der Deutschen Bahn.

Die Arriva ist nicht nur in den Niederlanden tätig. Sie bündelt alle Auslandsaktivitäten der Deutschen Bahn. Sie betreibt auch Zugnetze in Dänemark und Buslinien in 14 europäischen Staaten. Das sind neben den Niederlanden Dänemark, Großbritannien, Italien, Kroatien und Polen, Portugal, Schweden, Serbien, die Slowakei, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik und Ungarn. In Dänemark ist die Arriva sogar größter Busbetreiber und zweitgrößter Bahnbetreiber.

Wer heute mit dem RE 4 von Wernigerode nach Halle fährt, der fährt mit Abellio. Die Abellio GmbH ist eine Tochtergesellschaft der Abellio Transport Holding aus Utrecht. Sie ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der niederländischen Staatsbahn. Sie koordiniert die Aktivitäten im Personenverkehr außerhalb der Niederlande. Sie betreibt

nicht nur das Dieselnetz in Sachsen-Anhalt oder das Saale-Thüringen-Südharz-Netz, sondern auch Netze in NRW und BaWü. Abellio betreibt außerdem Busnetz.

Das, meine Damen und Herren, ist die Welt der europäischen Verkehre im Jahr 2019. Es ist eine verkehrte Welt. Wir haben die absurde Situation, dass die niederländische Staatsbahn den Verkehr in Deutschland besser organisieren kann und die deutsche Staatsbahn den Verkehr in den Niederlanden. Dass die beiden Staatsbahnen bei Ausschreibungen auch noch gegeneinander antreten, nennt man Wettbewerb. Ich finde, das ist mit gesundem Menschenverstand nicht zu erklären. Das ist ein Zustand, den man mittelfristig ändern muss.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD - Swen Knöchel, DIE LINKE: Hört, hört!)

Wohin das führen kann, hat sich bei der Übernahme des Dieselnetzes durch Abellio ab dem 9. Dezember 2018 gezeigt. Es gab Verspätungen und bis zu 22 Fahrten am Tag sind ganz ausgefallen.

Ich muss Ihnen sagen: Wir als Fraktion sind schwer enttäuscht. Es geht uns damit wie vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern auch. Denn wenn man sich die Gründe anschaut, dann wird ersichtlich, dass es am Ende eine krasse Fehlplanung des Unternehmens war. Das hat Abellio am Ende ja selber zugeben müssen und auch zugegeben.

Im Dezember hat sich ein Sprecher im MDR mit dem Satz zitieren lassen - Zitat -:

„Wir haben rund eine Woche vor dem Fahrplanwechsel festgestellt, dass unsere Planung nicht funktioniert, und mussten noch einmal umplanen.“

Das ist, finde ich, schon ein starkes Stück. Denn wenn man zwei Jahre lang Zeit hat und stellt dann eine Woche vorher fest: Hoppla, es klappt nicht, dann spricht das für sich.

Wir sind auch davon irritiert, dass man erst eine Woche vor dem Start festgestellt haben will, dass die Gründe Personalmangel und erhöhter Rangierbedarf am Magdeburg Hauptbahnhof sind. Die Baustelle am Magdeburger Hauptbahnhof ist bestimmt nicht vom Himmel gefallen. Ich kann das als Magdeburger relativ gut einschätzen. Die gibt es schon ein paar Jährchen lang.

Dass Abellio Probleme hat, Zugführer zu bekommen, ist auch keine Überraschung aus der Vorweihnachtszeit. Das haben wir schon im Sommer im Süden Sachsen-Anhalts erleben müssen, als zahlreiche Züge ausgefallen sind. Ausfallen tun sie ja auch heute noch. Der Minister hat darauf hingewiesen.

Die Unstrutbahn wird bis voraussichtlich Anfang März im Schienenersatzverkehr bestritten. Danach soll es wieder auf die Schiene gehen. Alles in allem ist das ein echter Fehlstart.

Wie gehen wir jetzt als Land damit um? - Ich will einmal mit dem schärfsten Schwert beginnen, das einige bei der Aufwallung des ersten Ärgers durch die Luft geschwungen haben, nämlich mit der Frage der Kündigung des Vertrages, also der Aufhebung der Ausschreibung.

Es klingt ja auf den ersten Blick irgendwie logisch: Ihr liefert nicht, damit seit ihr dann raus. Auf den zweiten Blick muss man sagen: Wenn von 300 Fahrten 22 ausfallen, ist das zwar ein Desaster, vor allem für die Betroffenen, die am Bahnsteig warten, aber für eine Kündigung selbst würde das wohl nicht reichen. Man brauchte auch eine Alternative.

Wir reden bei Eisenbahnverkehrsverträgen nicht umsonst von Vorlaufzeiten von bis zu zwei Jahren. Wenn wir heute kündigen würden - dass DB Regio oder HEX oder wie die Anbieter auch immer heißen werden, die benötigten Züge samt Personal aus der Garage zu zaubern, das wäre, glaube ich, ein Wunschtraum. Es ist also kein realistisches Szenario.

Wie geht es jetzt weiter? - Natürlich wird die Nasa Pönalen aussprechen. Das wird die Financer freuen. Aber es ist nicht Sinn der Sache. Wir hätten den Zug lieber auf der Schiene als den Euro in der Kasse. Wir erwarten daher von Abellio ausdrücklich, dass die Ausfälle schnellstmöglich abgestellt werden. Die Zusagen dazu gab es im Ausschuss.

Wir erwarten auch, dass die Unstrutbahn ab März tatsächlich auf der Schiene fährt. Wir begrüßen, dass zumindest die Abo-Kunden - auch das ist im Ausschuss angekündigt worden - für die Zugausfälle entschädigt werden. Was wir aber auf der anderen Seite erwarten, ist, dass das von Abellio selbst getragen wird und das aus dem Topf der Nasa nicht ein Cent da hineingeht. Ich finde, die öffentliche Hand sollte für dieses Fehlverhalten des Unternehmens nicht noch mit bezahlen.

(Zustimmung bei der SPD)

Es gibt aber in der ganzen Angelegenheit auch positive Nachrichten für die Fahrgäste. Das sind die Fahrzeuge. Es gibt sehr positive Rückmeldungen an die Nasa. Ich kenne das auch aus dem privaten Bereich. Aber - damit bin ich wieder am Beginn meiner Ausführungen - ich stelle mir schon die Frage, wie es sein kann, dass Abellio wirtschaftlicher arbeitet als DB Regio. Sonst hätten sie ja damals das Ausschreibungsverfahren nicht gewonnen. Wie kann es also sein, dass Abellio neue, schönere Züge hat, billiger ist als DB Regio und trotzdem Geld verdient?

Die Antwort ist einfach, nämlich über die Lohnsituation. Das geht nämlich ausdrücklich zulasten der Beschäftigten. Beide Staatsbahnen sind in den jeweiligen Ländern billiger, weil sie die Leute zu anderen Bedingungen beschäftigen als zu Hause das Stammpersonal.

Wenn das das Ergebnis des europäischen Wettbewerbs ist, ist es kein Wunder, dass die Leute die Schnauze voll haben von Europa. Es muss wieder besser werden. Die Menschen haben es verdient. Europa hat es auch verdient.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein paar Worte zu der Diskussion sagen. Der Minister hat recht. Eigentlich wäre das etwas, was man eher im Bundestag zu führen hätte; im Bund gibt es gerade die Diskussion zur Deutschen Bahn. Es gibt dort Überlegungen, die Bahn zu zerschlagen und Teile zu verkaufen.

Das, meine Damen und Herren, ist der falsche Weg. Ich darf meinen geschätzten Kollegen Sören Bartol aus dem Deutschen Bundestag zitieren: „Das wird auf erbitterten Widerstand bei der SPD stoßen.“

Für uns als SPD gilt der Grundsatz, öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand, und der Schienenverkehr ist öffentliche Daseinsvorsorge. Die ist aus sich heraus als Gesamtsystem nicht wirtschaftlich zu betreiben, jedenfalls nicht ohne Geld aus der öffentlichen Hand. Die Bahn darf auch deshalb nicht zerschlagen werden, weil das nämlich nur den bekannten Mechanismus in Gang setzen würde, Gewinne werden privatisiert und Belastungen und Verluste werden sozialisiert. Ich würde die Gewinne in den einzelnen Sparten lieber verwenden, um die Belastungen in anderen Sparten zu minimieren.

Und dann die letzte Anmerkung: Wir brauchen für den Verkehr schlicht mehr Geld vom Bund. Wir schauen immer voll Neid auf andere Länder, in denen die Bahn besser funktioniert. Das ist in Zahlen auch sehr leicht erklärbar. Die Zahlen, die ich jetzt vorlese, sind von Mitte 2018. Die Schweiz gab da 362 € pro Bürgerinnen und Bürger für den Ausbau von Netzen aus, Österreich 187 €, Schweden 183 €, Großbritannien 165 €, die Niederlande 128 €, Italien 73 € und Deutschland gerade einmal 69 €. Das ist im Vergleich zu den Spitzenreitern schlicht ein Bruchteil und erklärt auch die eine oder andere Misere bei der Bahn.

Wir brauchen ein klares Bekenntnis des Bundes für mehr Geld. Die SPD hat das schon gefordert. Wir werden das auch weiter tun. Wir fordern auch, dass das Geld nicht nur in den Ballungszentren um Berlin, München und im Ruhrgebiet verwendet wird und dass es nicht nur in Prestigeprojekte wie

Stuttgart 21 geht, sondern dass es auch Regionen wie Sachsen-Anhalt zugutekommt.

Dazu gehört, meine Damen und Herren, auch eine Neuverhandlung über die Regionalisierungsmittel; denn es ist doch ein völlig absurder Zustand, dass wir heute schon Mittel ansparen müssen, damit uns vor dem Jahr 2030 im SPNV nicht die Luft ausgeht. Wer die Klimawende will, der muss die Verkehrswende anstreben, und wer die Verkehrswende anstrebt, der muss mehr Schiene bezahlen. Die Länder, vor allem der Osten, können das nicht leisten, der Bund schon. Wir erwarten, dass der Bund da die Schranken hoch kurzelt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Dr. Grube. Es gibt keine Fragen. - Damit kommen wir zum nächsten Redner. Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Büttner. Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Seit der Übernahme des Dieselnetzes Anfang Dezember 2018 durch die Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH kam und kommt es leider zu Zugausfällen. Am 30. November 2018 verkündete ein Firmensprecher, dass Abellio für die Übernahme des Dieselnetzes gerüstet sei. Es stünden genug Triebwagenführer und anderes Personal zur Verfügung.

Doch die ersten Wochen waren ein Desaster und ein Fehlstart, und das ist es teilweise leider immer noch. Es gibt keine Triebwagenführer und keine Schaffner und es fahren Busse statt Zügen. Obwohl Abellio im Jahr 2016 den Zuschlag erhielt, fehlt immer noch Personal. Es gab also drei Jahre Vorlauf. Da muss man doch schon einmal fragen, was soll die Nasa denn noch machen, wenn sie schon so viel Vorlauf schafft?

Es ist schwierig zu verstehen, dass da heute immer noch diese Personalengpässe bestehen. Etwa 100 Angestellte sind von HEX übernommen worden. In dieser Zeit sollten weiterhin etwa 80 Mitarbeiter von der DB übernommen werden. Die auch mit der Nasa geführten Gespräche hatten nur wenig Erfolg. Von den möglichen 80 DB-Mitarbeitern sind sieben zu Abellio gewechselt; das sind 8,75 %. Durch eine Personalübernahme konnte der Bedarf somit nicht realisiert werden.

Der Fachkräftemangel ist hier natürlich mit eine Hauptursache für das fehlende Personal. Triebfahrzeugführer werden überall gesucht. Aber genau das hätte Abellio wissen müssen und das

hätte Abellio auch mit einplanen müssen. Im Zusammenhang mit der Bausituation auf den Hauptbahnhöfen in Halle und in Magdeburg gab es bei Abellio weitere Fehleinschätzungen, die die Probleme noch verstärkten. Die Rangier- und Abstellplanung war nicht optimal. Dies wurde von Abellio leider zu spät bemerkt und erkannt.

Um das Personalproblem aus eigener Kraft beeinflussen zu können, bildet Abellio bereits seit dem Jahr 2017 Triebfahrzeugführer aus. Aber wenn das wirklich so ist, dann stelle ich mir natürlich die Frage: Wo sind denn heute diese Triebfahrzeugführer?

(Zuruf: Genau!)

Die Ausbildung dauerte zehn Monate. Zwei der vier Lehrgänge zum Triebwagenführer sind abgeschlossen. Weitere Gruppen sollen in etwa im Jahr 2019 fertig werden. Ob diese Maßnahmen ausreichen, um die vertraglich geschuldeten Leistungen zu erbringen, werden die nächsten Wochen zeigen.

In der Vergangenheit hat es nicht in Sachsen-Anhalt und leider auch nicht in Thüringen ausgeht. Es sind mehrere Strecken betroffen. Auf der Strecke Dessau - Köthen wird je eine Abendfahrt pro Richtung durch Busse, also mit Schienenersatzverkehr, ersetzt, und auch die Unstrutbahn wird zwischen Naumburg und Wangen mit Bussen bedient. Der Einsatz der Busse erfolgt wahrscheinlich bis zum 3. März 2019.

Abellio steht mittlerweile für viele nur noch für Einschränkungen im Bahnverkehr und hat einen großen Imageverlust zu verzeichnen. Über dieses Problem können auch keine schöneren und besser ausgestatteten Züge mit geräumiger und barrierefreier Toilette, Steckdosen und WLAN hinwegtäuschen; denn wenn die Fahrgäste in einem Bus anstatt in einem Zug sitzen müssen, haben sie von diesen Vorteilen leider nichts. Es kann einfach nicht sein, dass man Schienenverkehr bestellt und dauerhaft Busverkehr bekommt.

An der Stelle kann man nur sagen, dass die Bilanz von Abellio besonders im Süden des Landes bisher verheerend aussieht und die Nachrichten wenig Hoffnung auf eine Verbesserung der Situation machen. So sind unlängst Engpässe bis Ende 2019 angekündigt worden. Leider hat Abellio auch in Thüringen vorgetäuscht, das Personalproblem im Griff zu haben, nur um kurze Zeit später erneute Einschränkungen anzukündigen.

Es wirkt so, dass die Kommunikationsstrategie des Unternehmens auf Zeit spielt und nicht ehrlich ist. Die betroffenen Fahrgäste haben aber Ehrlichkeit verdient, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Der Blick auf die kommende Urlaubszeit wirft umso mehr Fragezeichen auf. Kann es Abellio überhaupt schaffen, diese Zeit problemfrei zu überstehen? - Mittlerweile ist es ganz klar, dass sich Abellio mit Leistungen beworben hat, die sie gar nicht erbringen können. Alle die, die auf den Schienenverkehr angewiesen sind und bis vor der Übernahme durch Abellio problemlos fahren konnten, fragen sich jetzt, ob es rechtens ist, dass Abellio funktionierende Anbieter unterbietet und anschließend die Leistungen nicht liefert.

Fakt ist, dass die Nasa genau prüfen muss, wie viel Geld wegen nicht erbrachter Leistungen nicht ausgezahlt wird. Zusätzlich muss sie prüfen, ob weitere Vertragsstrafen zu verhängen sind, um den Druck auf Abellio zu erhöhen. Weiterhin muss sich die Nasa auf den eventuell eintretenden Ernstfall einstellen, nämlich die Kündigung des Vertrages, zumindest für die betroffenen Linien.

Das muss nicht von heute auf morgen passieren. Abellio muss natürlich Zeit zum Nachbessern bekommen, und diese Zeit muss eingeräumt werden. Aber wir lehnen es auf jeden Fall ab, eine solche Lösung mit Schienenersatzverkehr dauerhaft zu akzeptieren. Darum sollte die Nasa schon einmal im Hintergrund mit anderen Anbietern in Gespräche gehen und vorfühlen, um am Ende keine weiteren bösen Überraschungen erleben zu müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Büttner. Ich sehe auch hierzu keine Fragen. - Wir kommen zur nächsten Debattenrednerin. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Lüddemann.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie haben das Wort. Bitte.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Entschuldigung. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Im Winter auf zugigen Bahnsteigen vergeblich auf Züge zu warten ist ein Ärgernis, unbestritten. Völlig verständlich haben die Zugausfälle bei Abellio eine große Welle erzeugt, medial und auch in Form von Bürgerbriefen, die meine Fraktion erhalten hat und die auch ich persönlich erhalten habe.

Es kam auch, wie ich finde, zu vorschnellen politischen Forderungen, die einen Vertrag mit 15 Jahren Laufzeit und einem Volumen von etwa

1 Milliarde € wegen Anlaufschwierigkeiten sofort kündigen wollten. Als solche muss man, finde ich, die Ereignisse einordnen.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU)

Ich denke, zur Ultima Ratio sollte man erst dann greifen, wenn alle anderen Optionen versucht wurden. So weit war es damals nicht, so weit ist es nicht und so weit wird es auch nicht kommen. Das hat auch die letzte Sitzung des Verkehrsausschusses gezeigt. Wir hatten dort die Gelegenheit, mit Abellio direkt über die Versäumnisse und die Fehler, die unbestritten sind und die ich auch nicht kleinreden will, zu sprechen.

Zu Beginn wurde anscheinend die Personalgewinnung viel zu optimistisch eingeschätzt. Das muss man sehr klar sagen. Das muss bei künftigen Ausschreibungen auch noch einmal deutlich hinterfragt werden. So wurde die Möglichkeit, Personal des ehemaligen Betreibers HEX anzuwerben, genauso zu optimistisch dargestellt wie die Möglichkeit, Personal bei der DB abzuwerben. Es gibt gute Gründe dafür, dass Menschen, die schon lange bei der DB AG oder bei HEX arbeiten, nicht wechseln, weil sie dann weniger verdienen. Das ist mir völlig klar. Es wurde auch sehr deutlich, dass es Abellio völlig falsch eingeschätzt hat, was es bedeutet, Urlaub oder Krankheit zu kompensieren.

Als dann die ersten Züge aufgrund fehlender Lokführer oder Triebfahrzeugführer, wie man es heute auf Neudeutsch sagt, ausfielen und Strecken nicht bedient wurden, erfolgte die Informationspolitik völlig verfehlt. Im Grunde ist dies der größte Fehler von Abellio gewesen. Dass erst ab Januar oder Februar für Kunden Gutscheine und Bonusprämien, was ja wohl das Mindeste ist, ausgereicht werden, kommt aus meiner Sicht viel zu spät.

Die Kommunikation ist heute das A und O. Derartige Fehlplanungen wie bei Abellio dürfen nicht passieren, aber wenn sie passieren, muss man offen und transparent damit umgehen.

Zur Wahrheit gehört aber auch - das hat Kollege Grube in Zahlen dargestellt -, dass 96 % der vereinbarten Leistungen von Abellio erbracht worden sind. Es herrscht also keine katastrophale Situation. Ich gehe davon aus, dass das Unternehmen die Zusage einhält, wenigstens ab dem 4. März 2019 den Betrieb auf allen Strecken - damit meine ich auch auf der Schiene - tatsächlich vertragsgemäß durchzuführen.

Und ich baue darauf, dass das Unternehmen aus der Situation lernt, zukünftig ein besseres Krisenmanagement an den Tag legt und sowohl die Politik als auch die Kunden vom ersten Tag an transparent und vollumfänglich informiert.

Ich finde es gut, dass das Unternehmen Abellio - das will ich hier im Unterschied zu einigen Kollegen sagen - auf ein Quereinsteigerprogramm setzt, um nach einem zehntonatigen Fortbildungsprogramm Lokführerinnen und Lokführer auf die Schiene bringen zu können.

Denn zusätzlich zu dem, dass damit eine zusätzliche Personalgewinnung und Personalengpassabstellung erfolgen kann, muss man ja - das ist auch ein Teil des Grundsätzlichen dieser Debatte - einmal ganz klar sagen, Lokführer ist heute kein Beruf mit Zukunft mehr. Denn wenn wir uns die Mobilität der Zukunft angucken - das hat auch die Personalvorständin der DB AG in einem Vortrag, den ich neulich hören durfte, gesagt -, dann stellen wir fest, dass wir in zehn bis 15 Jahren im schienengebundenen Verkehr keine Lokführer im klassischen Sinne mehr haben werden.

Insofern finde ich dieses Quereinsteigerprogramm gut, und es ist auch für Laien nachvollziehbar, dass wir hierbei noch die technischen Voraussetzungen deutlich nachbessern müssen.

Beim Zukunftsthema generell, also hinsichtlich der Frage, wie wir diese Umstellung meistern können, haben wir uns als Fraktion an einem Gutachten mehrerer grüner Landtagsfraktionen beteiligt, weil wir meinen, dass das ein Thema ist, bei dem wir in Deutschland noch sehr viel nachzuholen haben. Diese Zukunftstechnologie muss auch in Deutschland noch stärker an den Markt gebracht werden.

In dem Zusammenhang habe ich auch kein Verständnis dafür, dass die Bundesregierung bis heute kein verlässliches WLAN an Zugstrecken anbietet. Der sogenannte 5G-Standard soll im Bundesfernstraßennetz praktisch flächendeckend eingeführt werden, während sich das Bahnnetz weiterhin mit der 4G-Technologie begnügen muss. Den in Berlin Regierenden ist ein guter Mobilfunk- und Internetempfang entlang der Straßen deutlich wichtiger als an den Schienenwegen, obwohl die Bahn prädestiniert dafür ist, unterwegs zu arbeiten oder etwa Filme zu schauen. Aber das ist auch nichts, was nur „nice to have“ ist, wie man jetzt vielleicht denken könnte, sondern dieser 5G-Standard ist die Voraussetzung, um automatisiert fahren zu können.

(Unruhe)

- Schön, dass Kollegen sich darüber so freuen können.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU, und von Bernhard Daldrup, CDU)

DIE LINKE verweist in ihrem Titel auf eine weitere grundsätzliche Frage. Wollen wir Mobilitätsangebote und generell die öffentliche Daseinsvorsorge

privatisieren, also an Unternehmen vergeben, die zuallererst Unternehmen sind und daher gewinnorientiert arbeiten? - Grundsätzlich ist für mich die Leitschnur, öffentliche Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand.

Beim Thema Schienenverkehr ist es aber differenzierter zu betrachten. Unverhandelbar für uns GRÜNE ist es, dass das Schienennetz in öffentliche Hand gehört. So, wie wir GRÜNEN keine Privatautobahnen wollen und PPP-Projekten deutlich skeptisch gegenüberstehen,

(Zustimmung von Eva von Angern, DIE LINKE)

so wollen wir auch kein privates Schienennetz. Wir gehen da sogar über den aktuellen Status quo hinaus. Ich weiß es nicht, aber das werden vielleicht nicht alle Kollegen hier im Raum wissen. Wir denken in Richtung einer Infrastrukturgesellschaft für das Netz und die Bahnhöfe; denn das Netz ist die Grundlage des Schienenverkehrs. Seine Entwicklung und Instandhaltung darf nicht in der Hand eines Unternehmens liegen, sondern muss auf Allgemeinwohlinteressen ausgerichtet sein und von neutraler staatlicher Stelle verantwortet werden, damit die Infrastruktur ohne Gewinnerzielungsabsicht instand gehalten wird

(Beifall bei den GRÜNEN)

und auch der Ausbau auf Zuwachs ausgerichtet ist. Es soll nicht so sein wie in den letzten 20 Jahren, in denen sich der Umfang des Schienennetzes um 17 % verringert hat. Es sollte also auch nicht in einem staatlichen Unternehmen mit Aktienorientierung angesiedelt sein.

Bei der Frage des Betriebs sieht es hingegen anders aus. Gerade im Bereich der Sachlogistik, des Güterverkehrs, sind privatwirtschaftliche Akteure als gleichberechtigte Marktakteure zu betrachten.

Im Bereich der Personenbeförderung bewerten wir es vergleichbar. Von einem klug gemanagten Wettbewerb profitieren die Fahrgäste. Im Bereich des Regionalverkehrs können wir im Zuge der Bahnreform von 1994 prinzipiell einen gelungenen Wettbewerb mit Steigerungen in Service und Angebot konstatieren. Einen gesunden Wettbewerb kann es daher unseres Erachtens auch ruhig im Fernverkehr geben.

Grundsätzlich wichtig für eine weitere Entwicklung ist dabei, Netz und Betrieb klar zu trennen: auf der einen Seite eine öffentliche Infrastrukturgesellschaft für das Netz, auf der anderen Seite die Bahn AG und private Betreiber, die um den Betrieb konkurrieren. Nur so kommen wir zu einem diskriminierungsfreien und fairen Wettbewerb. Da-

für braucht es dann aber auch ein kluges Ausschreibungsverfahren, das nicht nur auf den niedrigsten Preis schaut; auch da werden wir mit der Nasa noch einmal ins Gespräch gehen müssen.

Wir verteufeln also beileibe nicht Wettbewerb und Marktmechanismen. Aber sie sind klug einzusetzen, und es braucht eine klare Benennung der Bereiche, die im Allgemeinwohlinteresse liegen und, wie es so oft richtig heißt, keine reine Ware sind: Gesundheit, Bildung und eben auch Schienen- und Straßennetz.

Die großen Strukturdebatten zur Zukunft der Deutschen Bahn laufen ja zum Glück aktuell. Der DB-Konzern ist vor allem aufgrund seiner bisherigen Ausrichtung als internationaler Logistikkonzern in der Kritik. So agiert er. Meines Erachtens ist sehr klar geworden, dass das eigentliche Kerngeschäft, nämlich Personen- und Güterverkehr, eben auch zwischen kleinen Gemeinden und Städten, vernachlässigt wird.

Wenn wir dahin wieder kommen wollen, dann hat sich die Deutsche Bahn AG mit ihren mehr als 700 Tochterunternehmen und Beteiligungen von solchen Töchtern zu trennen, die nichts mit dem Kerngeschäft zu tun haben. Da sind Beispiele sehr klar zu benennen, so im Lkw- und Schiffslogistikbereich. Mit Schiffen hat man ja allgemein so seine Probleme. Wir sollten uns überlegen, wie wir insgesamt damit umgehen. In dem Bereich Schiene würde das nicht nur die Fokussierung auf das Kerngeschäft erleichtern und die DB AG wieder zu einem besser steuerbaren Unternehmen machen. Es würde auch Einkünfte generieren, die gut zu gebrauchen wären, um etwa den Wagenbestand zu erneuern.

Das Problem des Schienenverkehrs ist also nicht eine übermäßige Privatisierung. Wir stehen nicht vor dem Scherbenhaufen einer missglückten Privatisierung, einer Gesamtprivatisierung wie etwa England. Hierzulande resultieren die Probleme des Bahnverkehrs aus einer völlig verfehlten Bundespolitik, einer Politik, die die Schiene seit Jahren stiefmütterlich behandelt. Für die Koalition aus CDU und SPD auf Bundesebene und erst recht für den zuständigen CSU-Minister kommt eben immer zuerst die Straße, dann kommt lange nichts, und dann kommt die Schiene. Das ist falsch; hier muss deutlich umgesteuert werden. Unsere Bundestagsfraktion ist an dieser Problematik mit sehr deutlichen Konzepten dran. Es ist eben plakativ: Alle Straßenprojekte bis zur kleinsten Ortsumfahrung sind für den Bundesverkehrswegeplan bewertet und kategorisiert; bei der Schiene sind es die allermeisten Projekte nicht. Das müssen wir ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Königsweg der Mobilität, das Transportmittel der Wahl sollte die Bahn sein. Sie ist klimafreundlich und ressourcenschonend. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Gallert. Herr Tullner hat sich nun auch gemeldet.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Und zwar als Erster eigentlich! Entschuldigung, Frau Präsidentin! - Wulf Gallert, DIE LINKE: Nein, Herr Borgwardt, dann müssen wir - -)

- Herr Borgwardt, dazu sollte ich mich jetzt nicht äußern, nein?

(Siegfried Borgwardt, CDU: Nein! Es war mir entglitten!)

Herr Abg. Gallert, bitte.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ich habe jetzt aus Ihrer Rede herausgehört: Die Probleme, die wir bei der Bahn haben, bewegen sich aus Ihrer Sicht vor allen Dingen im Schienenbereich. Dazu gehört auch das, was Sie gesagt haben: Schiene und Bahnhof müssten wir in einer nicht gewinnorientierten Infrastrukturgesellschaft haben.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ja.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Beim Verkehrsbetrieb selbst ist Wettbewerb völlig in Ordnung. Da sollen sozusagen die Wettbewerber aufeinanderprallen.

Jetzt haben wir doch aber exakt das Problem, dass wir genau in dieser Situation sind, dass wir einen Wettbewerber haben, der aufgrund dessen, wie der Wettbewerb organisiert wird, katastrophale Leistungen erbringt und überhaupt nicht in der Lage ist, die Qualitätsanforderungen zu erfüllen. Abellio hat die dafür erforderlichen Leute nicht. Abellio hat sie unter anderem deswegen nicht, weil sie schlechter bezahlt werden. Warum werden sie schlechter bezahlt? - Weil sie dadurch im Wettbewerb beim Angebot erfolgreich waren.

Ich frage mich, warum Sie dieses Problem überhaupt völlig ignorieren und sagen: Beim fröhlichen Wettbewerb machen wir weiter, dann kriegen wir eine glückliche Zukunft. Ich verstehe es nicht.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Abg. Lüddemann, bitte.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Dann habe ich das an dieser Stelle nicht deutlich genug gesagt, wenn Sie das nicht verstehen, Herr Kollege Gallert. Ich habe gesagt: Der Wettbewerb an sich ist nicht das Problem und ist nicht zu verfeuern. Darin, wie wir den Wettbewerb ausgestalten, wie wir die Ausschreibungen gestalten - dazu habe ich sehr klar gesagt, da werden wir mit der Nasa sprechen müssen -, liegt für mich das Problem.

Wir setzen doch die Rahmenbedingungen und wir können in die Rahmenbedingungen auch etwas hineinschreiben, was zum Beispiel die Bezahlung von bestimmten Berufsgruppen zur Erfüllung des Auftrages betrifft. Das ist aus meiner Sicht das Problem. Den Wettbewerb an sich kann man schlecht finden. Wir tun das an dieser Stelle nicht. Für die Infrastrukturgesellschaft, für die Hardware sozusagen - das haben Sie richtig wiedergegeben -, wollen wir eine in der öffentlichen Hand befindliche, nicht gewinnorientierte Infrastrukturgesellschaft.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe, dass Sie eine Nachfrage haben, Herr Abg. Gallert.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, eine kurze Nachfrage. - Ja, aber so einfach ist es halt nicht. Die Probleme von Abellio kommen eben daher, dass es Ausschreibungen gibt, die überhaupt nur einen bestimmten Zeitraum erfassen. Es geht ab einem bestimmten Zeitpunkt los, dann ist es zu einem bestimmten Zeitpunkt zu Ende. Dazwischen gibt es sämtliche Ausschreibungsformalien. Dieser Zeitabstand ist zum Teil so groß, dass - egal, ob Abellio oder sonst wer, egal, was wir in die Ausschreibung hineingeschrieben haben - die Rekrutierung des Personals erst zu einem Zeitpunkt anfangen kann, der viel zu spät ist. Das bekomme ich durch eine andere Ausschreibungsregelung nicht hin.

Wenn ich den Wettbewerb organisieren will, wenn ich sagen will, es muss unklar sein, wer dort in den nächsten drei Jahren fährt, habe ich genau in diesem Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge das Problem. Es ist nicht ein Problem der Ausschreibung, es ist ein Problem des Wettbewerbsystems.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Gallert. Es war allerdings doch nicht ganz kurz. - Frau Lüddemann.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ja, es war auch nicht wirklich eine Frage, wenn man genau hingehört hat. Es war eine kurze Beschreibung des Kernproblems.

Nehme ich an, dass wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben, und nehme ich an, dass ich als Politiker Marktpunkte setze, um diesen Kapitalismus zu strukturieren - das ist das, was wir tun, indem wir die wichtigen Teile herauslösen, sie nicht dem Markt überlassen und den Wettbewerb organisieren wollen -, oder sagt man so wie Sie, das muss alles komplett und in Gänze in der öffentlichen Hand bleiben?

Was das konkrete Problem betrifft, dass wir zu wenig Personal haben, gebe ich Ihnen recht. Die Bezahlung ist in der Tat ein Problem. Auch Abellio hat im Ausschuss sehr deutlich dargestellt, dass das, was wir da kritisieren, richtig ist. Aber wir müssen ehrlicherweise sagen: Das Personalproblem insbesondere im Triebfahrzeugführerbereich haben ja alle Bahnunternehmen.

(Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE)

Da haben wir insgesamt ein strukturelles Problem. Weil wir ja dieses Problem, wenn wir es jetzt im großen Ganzen angehen wollen - Sie sind ja immer der Freund des großen Ganzen -, im Rahmen von Fachkräftemangel betrachten müssen, sagen wir: Das ist kein Beruf mit Zukunft. Ich kann heute nicht guten Gewissens einem jungen Menschen im Alter von 17 Jahren sagen: „Lerne diesen Beruf, dann hast du dein Leben lang ausgesorgt.“ Deswegen müssen wir gucken, wie wir an dieser Stelle umsteuern. Da ist eben im Moment das Mittel der Wahl, so wie ich den Markt betrachte, das automatisierte Fahren.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Lüddemann. - Jetzt kommt der Abg. Herr Tullner.

Marco Tullner (CDU):

Liebe Kollegin Lüddemann, nach den sehr grundsätzlichen Ausführungen von Kollegen Gallert komme ich sehr viel kleinteiliger daher und wollte Ihnen zunächst für die sehr ausgewogene Reflexion, soweit ich es verstanden habe - ich bin ja kein Verkehrsexperte -, der Probleme mit Abellio danken.

(Zustimmung von Frank Scheurell, CDU)

Aber ich wollte auch einmal dafür werben, dass man bei aller Sicht auf einzelne Probleme gelegentlich das ganze Bild in den Blick nehmen sollte. Da ich auch Freunde und Bekannte habe, die bei Abellio sehr engagiert und tatkräftig arbeiten, will ich nur kurz über ein Beispiel berichten,

Frau Präsidentin, das ich als Bahnnutzer selber erlebt habe.

Ich bin vor Kurzem - ich fahre ab und zu ja auch mit Abellio - von Sangerhausen aus gefahren. Der Zug hatte Verspätung. Als der Zug planmäßig kommen sollte, tauchte trotz Ansage plötzlich ein Zug auf. Ich fragte: Was ist denn hier los? - Da wurde mir erzählt, man habe extra aus Halle per Taxi einen Lokführer nach Sangerhausen beordert, damit hier ein Zug eingesetzt werden konnte, der dann auch pünktlich losfuhr.

Meiner Meinung nach sollten solche Beispiele auch einmal erzählt werden und man sollte zur Kenntnis nehmen, dass wir durchaus leistungsfähige Unternehmen in diesem Lande haben,

(Frank Scheurell, CDU: Mehr Positives! - Beifall bei der CDU)

die Probleme haben, die man angehen muss. Ich glaube, Thomas Webel ist zusammen mit ihnen dabei, diese Probleme zu lösen. Aber zur Wahrheit gehört eben auch, dass man gelegentlich auch über solche Beispiele berichtet. Das wollte ich an dieser Stelle einmal ausdrücklich tun.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Tullner; das war gerade noch an der Grenze von zwei Minuten. - Bitte, Frau Lüddemann.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ich bedanke mich im Namen des Hohen Hauses für dieses persönliche Beispiel aus dem Leben des Herrn Bildungsministers

(Marco Tullner, CDU: Und des Bahnfahrers! - Zuruf von der CDU: Und des Abgeordneten!)

und des Bahnfahrers und des Abgeordneten. Ich will das trotz allem auch noch einmal in den großen Kontext einordnen. Im Sinne des Arbeitnehmers - so habe ich jetzt die Einlassung verstanden - ist es nicht unbedingt wünschenswert, dass man eine solch lange Anreise hat. Sie müssen oft übernachten usw. Das ist ein Teil des Preises, dass man jetzt eben verschiedene Unternehmen hat.

Deswegen sage ich: Wir müssen grundsätzlich an den Arbeitsbedingungen etwas ändern. Welcher Bereich in der Verkehrslogistik ist prädestinierter als der schienengebundene Verkehr, um automatisiertes Fahren voranzutreiben? - Da sind andere Länder deutlich weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist auch ein Teil - dazu kommen wir in der nächsten Debatte noch -, für den wir die Zukunftsgelder - so sage ich jetzt einmal, weil sich

„Kohlegelder“ immer so gestrig anhört - investieren sollten, um auch hier in Sachsen-Anhalt sehr modern aufgestellt zu sein. Dann werden solche Sachen gar nicht mehr nötig sein.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Lüddemann. Ich sehe jetzt keine weiteren Fragen mehr.

Doch bevor ich den letzten Debattenredner aufrufe - für die CDU-Fraktion spricht dann der Abg. Herr Scheurell -, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, die zweite Gruppe von Schülerinnen und Schülern der Ganztagsgemeinschaftsschule G. E. Lessing aus Salzwedel recht herzlich hier im Hohen Hause zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Abg. Scheurell, Sie haben jetzt das Wort. Bitte.

Frank Scheurell (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kommen wir zurück zum Leben.

(Zustimmung bei der CDU)

Selten, wirklich sehr selten stimme ich mit der Fraktion DIE LINKE überein; heute ist das der Fall, aber nur auf ihren Antrag bezogen, nicht auf die kommunistische Weltrevolution auf Kosten des ÖPNV von eben. In Ihrem Antrag zur aktuellen Debatte schreiben Sie, dass es sich beim öffentlichen Nahverkehr um eine wichtige Daseinsvorsorge handelt, die von der Landesregierung verantwortungsvoll gewährleistet werden muss und - es ist Ihnen sicherlich nicht entgangen - gewährleistet wird.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von den LINKEN)

- Ja, Gott sei Dank haben wir da sehr unterschiedliche Ansichten.

Das stimmt, daran gibt es keinen Zweifel, und das wird von unserer Landesregierung stetig mit der Nasa getan. Damit jedoch hört die Übereinstimmung auch schon wieder auf.

Die Situation bei Abellio seit der Dieselnetzübernahme am 9. Dezember 2018 konnten wir alle der Presse entnehmen. Für die Fahrgäste war die Situation unbefriedigend; daran gibt es keinen Zweifel. Insbesondere in der Vorweihnachtszeit war der Frust bei den zahlreichen nicht angekündigten Zugausfällen auf wichtigen Pendlerstrecken entsprechend groß.

Die Geschäftsführerin, die sehr geehrte Frau P., hat für den Konzern Abellio in der vergangenen Sitzung des Ausschusses für Landesentwicklung

und Verkehr die Fehler eingeräumt, und zwar in einer sehr eindrücklichen Art und Weise, meine Damen und Herren.

Es war Abellio, die das Netz Mitteldeutsche S-Bahn II in der Ausschreibung gewonnen hat. In einer Betrachtung der genauen Situation hat Abellio die Größe bewiesen, zugunsten der DB Regio Südost zurückzutreten. Das war eine sehr faire Entscheidung und das vergesse ich der Abellio auch wirklich nicht.

Dass anschließend die DB Regio selbst große Probleme hatte, das Mitteldeutsche S-Bahn-Netz II mit Leben zu erfüllen, hat dann eigentlich gezeigt, in welchem Dilemma sich alle gemeinsam befinden.

Zurück zu Abellio. Dazu gehörten eben auch Fehler, die bereits vor Abschluss des Vertrages mit der Nasa getätigt wurden. Diese Entschuldigung war sehr ehrlich. Ich habe dabei den Eindruck gewonnen, dass das Unternehmen alles dafür tut, damit eine solche Situation nicht wieder vorkommen wird.

Und worüber reden wir eigentlich? - Insgesamt sind bis Mitte Januar 2019 von 14 110 Fahrten 871 ausgefallen. Für den Betrieb des Netzes fehlen dem Unternehmen 40 Lokführer. Alle haben das hier im Chor gesungen. Diese Lücke könne wohl erst Ende 2019 vollständig geschlossen werden.

(Unruhe)

Jedoch das Problem des Fachkräftemangels ist keines, das sich alleine auf die Abellio-Problematik beschränkt. Ähnliche Probleme - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abgeordneter, ich möchte Sie bitten, einen kleinen Moment aussetzen, damit wir uns vielleicht alle wieder runterfahren, denn es ist sehr unruhig hier. Wenn ich an die Kollegin denke, die hier auch noch mitstenografieren muss, wird es sehr schwierig. Deswegen bitte ich Sie einfach, den Geräuschpegel runterzufahren.

Herr Abg. Scheurell, Sie haben jetzt das Wort.

Frank Scheurell (CDU):

Aber jetzt sind wieder 30 Sekunden weg.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nein, das wird bei mir registriert. Keine Bange.

Frank Scheurell (CDU):

Ähnliche Probleme finden sich ebenso im Norden, Westen und Süden unseres Landes. Ich spreche jetzt von ganz Deutschland.

Das Debattenthema unterstellt in gewisser Weise, dass es diese Personalprobleme woanders nicht geben würde; gerade auch wenn ein staatlich gelenktes Unternehmen hier am Ruder säße. Das ist aber vollkommen an der Realität vorbei, meine Damen und Herren.

Denn auch der Staatskonzern Deutsche Bahn hat mit Personalproblemen zu kämpfen. Der Deutschen Bahn fehlen momentan der Presse zufolge - „Spiegel Online“ vom November des vorigen Jahres - 5 800 Mitarbeiter im sogenannten betriebskritischen Bereich, der direkt für den Zugverkehr zuständig ist. Dazu zählen neben Lokführern Instandhaltungskräfte und IT-Spezialisten.

Und vor allem ist es der Fachkräftemangel, der dieses Problem wirklich nicht nur auf Eisenbahnunternehmen beschränkt. Ob Lehrer, Pflegekräfte, Handwerker - Fachkräfte werden derzeit in allen Bereichen händeringend gesucht. Das, sehr geehrte Fraktion DIE LINKE, sollte auch Ihnen bereits aufgefallen sein.

Vor diesem Hintergrund sind Forderungen nach Vertragskündigung oder nach einer Rückkehr zur Verstaatlichung einfach nur Populismus.

Meine Damen und Herren! Auch die Deutsche Bahn könnte nicht ohne Weiteres das Dieselnetz in Sachsen-Anhalt übernehmen. Derartige Schreiben liegen uns vor. Und alle, die im Ausschuss waren, haben das auch von der Nasa deutlich gesagt bekommen.

Die Folgen einer Vertragskündigung - da spiele ich jetzt mal ganz kurz auf unseren Universalgelehrten, meinen lieben Kollegen Erben, an - sind kein Mittel. Wir sollten alle gemeinsam den Kommunalwahlkampf, in dem sich einzelne Akteure im Saal befinden, herauslassen. Auf Kosten der Verkehrsunternehmen und auf Kosten des öffentlichen Nahverkehrs können wir nicht wirklich in der Gunst der Wähler punkten. Davor möchte ich wirklich abraten.

Und der sehr geehrte Herr Erben, nicht nur als Universalgelehrter, hat das begriffen. Dafür danke ich Ihnen.

(Zustimmung von Uwe Harms, CDU)

Die Folgen wären für die Fahrgäste und für unser Land absehbar. Das will keiner hier in diesem Parlament, auch Herr Erben nicht.

Was sich Abellio vorwerfen lassen muss, ist die falsche Einschätzung der Situation vor der Übernahme. Dafür hat die Nasa dem Verkehrsunternehmen auch eine formale Rüge ausgesprochen. Ein richtiges Zeichen zur richtigen Zeit.

Inhaltliche Gründe, selbst für eine Abmahnung, gebe es laut Nasa schlicht und einfach nicht. Es

gibt nämlich keinen Zweifel daran, dass Abellio fachlich in der Lage ist, das Dieselnetz zu betreiben. Das haben sie in anderen Netzbereichen bereits bewiesen.

Denn bereits seit 2015 betreibt das Unternehmen das Saale-Thüringen-Südharz-Netz. Deshalb ist auch zweifelhaft, die Vergabep Praxis jetzt infrage stellen zu wollen. Abellio hat sich bei einer europaweiten Ausschreibung durchgesetzt. Dabei waren nicht nur der Preis, sondern auch qualitative Faktoren ausschlaggebend. Zudem sind die Verträge mit Minderungs- und Vertragsstrafenregelungen versehen.

Kein Unternehmen hat ein Interesse daran, zustehende Gelder zurückzahlen zu müssen. Und eben jenes ist Abellio aufgrund der Situation im Dezember bereits passiert. Dieser Konzern hat bisher noch keinen Euro verdient mit diesem Dieselnetz, welches sie übernommen haben.

Mittlerweile scheint die Situation bei Abellio vorerst wieder im Griff zu sein. Die Nahverkehrsgesellschaft versicherte uns in einem Gespräch, dass der Verkehr seit einem Krisengespräch am 4. Januar seitens Abellio wieder laufen wird. Ja, mit den Einschränkungen des Schienenersatzverkehrs auf der Unstrut-Talbahn und mit den genannten Einschränkungen von Köthen nach Dessau im Tagesrandverkehr.

Die Abellio hat uns bestätigt, dass die Unterstützung der Nasa Gold wert ist. Daran möchte ich an der Stelle einfach noch einmal erinnern. Erinnern möchte ich jetzt an weitere Imponderabilien des Lebens mit anderen Verkehrsunternehmen, zum Beispiel im Norden des Landes, denn auch da hatten wir Zugausfälle. Auch das haben wir wieder geregelt. Denn Sie wissen alle, die Strecke der HANS und die Hanseatische Eisenbahngesellschaft haben ähnliche Probleme beim Start gehabt.

Wir befinden uns hier in einem Markt, der sehr eng ist. Wir haben nirgendwo irgendwelche Züge stehen, irgendwelche Triebwagen, die wir von heute auf morgen akquirieren und einsetzen könnten. Das war auch der Grund dafür, dass es auf der Strecke Stendal - Tangermünde und auf der Strecke Stendal - Rathenow nicht entsprechend lief. 80 Fahrten sind dort ausgefallen.

Also, die CDU-Fraktion rät vor vorschnellen Entschlüssen ab. Eine Kündigung von Verträgen, wie einmal zu hören war, macht die Situation keinesfalls besser. Uns ist aber auch bewusst, dass die Daseinsvorsorge mit ÖPNV-Leistungen langfristig und zuverlässig nur dann gesichert wird, wenn sich die Beteiligten Gedanken machen, das strukturelle Personalproblem zukünftig in den Griff zu bekommen. Denn dieses wird sich mittelfristig wahrscheinlich noch verstärken.

Meine Damen und Herren! Ich will die Zeit nicht überziehen. Es ist alles gesagt, nur aus unterschiedlichen Perspektiven. Wir raten davon ab, irgendwelche vorschnellen Entschlüsse zu tätigen. Abellio ist in der Lage, Abellio ist leistungsfähig, und ich sehe da einer baldigen Lösung dieser temporären Probleme entgegen. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Scheurell. Sie haben die Redezeit nicht überzogen, denn Sie haben ja noch 30 Sekunden dazubekommen. Wir haben aber zwei Nachfragen, einmal vom Abg. Herrn Gallert und dann vom Abg. Herrn Erben. - Herr Gallert, Sie haben das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Scheurell, die Nachfrage ist von Ihnen provoziert worden, weil Sie meinem Kollegen - ich glaube - eine prokommunistische Rede unterstellt haben. Deswegen will ich nur kurz sagen, Herr Scheurell, dass Missverständnisse, die unnötig sind, nicht hängen bleiben.

Das Problem ist tatsächlich bei Abellio oder DB AG nicht der Eigentümer. Abellio gehört übrigens auch einem Staatskonzern, nur halt den Niederländern. Das ist nicht das Problem. Das Problem ist aber, dass dieser Wettbewerb darauf orientiert ist, Unternehmen, die als Aktiengesellschaften eine Gewinnerorientierung und eben keine Orientierung auf Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge haben, miteinander in den Wettbewerb geschickt werden. Da ist es am Ende völlig egal, ob der Staat Eigentümer oder irgendein privater Hedgefonds ist.

Wenn die Spielregeln so sind, dass ich die in einem Wettbewerb, der gewinnorientiert ist, gegeneinander aufstelle, habe ich die Situation, dass ich eine öffentliche Dienstleistung nicht langfristig absichere, sondern immer nur kurzfristigen Gewinnerwartungen entspreche. Das führt in dieser Situation übrigens bei der DB AG genau zu dem gleichen Ergebnis wie bei Abellio.

Wenn Sie dann sagen, wenn wir das kritisieren, sind wir Kommunisten, dann fordern wir in etwa den Kommunismus von Frankreich und der Schweiz hier ein. Das stände uns ganz gut zu Gesicht. Damit könnten auch Sie leben, Herr Scheurell; glauben Sie es mir.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Scheurell.

Frank Scheurell (CDU):

Sehr geehrter Herr Gallert, ich finde den Kommunismus in jeder Form als nicht erstrebenswert.

(Beifall bei der CDU)

Da weiß ich mich mit der Mehrheit meiner Fraktion im Einklang und mit der Mehrheit der Bevölkerung unseres Bundeslandes auch.

(Zurufe von Sebastian Striegel, GRÜNE, und von Olaf Meister, GRÜNE)

Nein, den Kommunismus, den Herr Henke hier vorhin angekündigt hat, also das war ja - - Also, Herr Henke, ich habe Sie immer für sehr kultiviert gehalten.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Ist er auch.

Frank Scheurell (CDU):

Ja, ist er weiterhin. Aber jetzt geben Sie mal zu, dass dieser Antrag, den Sie hier gestellt haben, DIE LINKE ein Stück weit deklassiert.

(Zuruf von Wulf Gallert, DIE LINKE)

Gucken Sie sich den mal genau an. Herr Lippmann, ich habe es Ihnen auf dem Flur schon gesagt. Ich hatte von Ihnen etwas Qualifizierteres erwartet, einfach etwas Tiefgehenderes. Da blieb dem armen Henke gar nichts übrig, als hier so einen kommunistischen Revolver herauszuholen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Erben, Sie haben jetzt das Wort.

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Kollege Scheurell, ich habe Ihren verständnisvollen Worten für einen holländischen Staatskonzern sehr aufmerksam gelauscht. Sie haben ja auch nicht Zugang zu den Verträgen; ich jedenfalls kenne die Verträge nicht. Sie haben vorhin gesagt - ich übersetze es jetzt sinngemäß -, dass die Voraussetzungen für eine Abmahnung von Abellio nicht gegeben seien.

Frank Scheurell (CDU):

Eine Rüge. Doch, die sind gegeben.

Rüdiger Erben (SPD):

Nein, nein, Sie haben Abmahnung gesagt. Sie haben gesagt, man habe gerügt, obwohl die Voraussetzungen für eine Abmahnung nicht gegeben

waren. Da würde mich jetzt doch etwas interessieren. Ich beschreibe mal die Situation: Hier wird jetzt, wenn alles gut geht, ungefähr drei Monate lang eine Bahnstrecke komplett nicht bedient, zu deren Bedienung man sich verpflichtet hatte. Was muss man denn als Auftragnehmer des Landes anstellen, damit man entsprechend den Voraussetzungen des Vertrages tatsächlich eine Rüge oder eine Abmahnung bekommt? Wie lange muss es dort Ausfälle geben, damit die Voraussetzungen gegeben sind?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Scheurell, bitte.

Frank Scheurell (CDU):

Lieber Herr Erben.

(Guido Heuer, CDU: Demonstrieren!)

Nein, demonstrieren geht am Freitag während der Schulzeit nicht. Das ist nicht das Rezept, auch wenn das unsere Kinder in dieser multikulturellen Gesellschaft momentan gelehrt bekommen. Nein, Herr Erben, Abellio unternimmt alles, wirklich alles. Wir bekommen auf Nachfrage bei der Nasa ja schon mitgeteilt, wenn es vier neue Arbeitsverträge mit Zugführern gibt. So weit sind wir schon. Da wird tagaktuell, jeden Tag nachgefragt, wo sich die Situation irgendwo verbessern kann, um nicht diesen langen Zeitraum in Anspruch zu nehmen.

Ich sehe nicht, dass es gelingt, das zu verkürzen. Abellio macht aber alles, um Besserung zu schaffen. Nur, wir sind beide der Schöpfungsgeschichte noch mächtig und wissen: Es reicht nicht, eine Rippe zu nehmen und man schnitzt sich die halbe Menschheit daraus. Das geht bei Lokführern nicht.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Scheurell. Ich gehe davon aus, dass jetzt - -

Frank Scheurell (CDU):

Ich habe das jetzt absichtlich so gemacht. Ich habe Sie in eine Reihe mit Leonardo da Vinci gestellt. Ist Ihnen das bewusst?

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Kollege Scheurell. - Wir sind damit am Ende der zweiten Aktuellen Debatte. Und auch hier wird in der Sache gemäß § 46 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtages kein Beschluss gefasst.

Wir werden zu diesem Zeitpunkt hier vorn einen Wechsel vornehmen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Werte Kolleginnen und Kollegen, dann können wir versuchen, in unserer Tagung fortzufahren. Bevor wir allerdings den nächsten aktuellen Debattengegenstand aufrufen können, habe ich eine Wortmeldung eines Fraktionsvorsitzenden angezeigt bekommen, und zwar des Fraktionsvorsitzenden der Fraktion DIE LINKE. Herr Lippmann, gemäß § 61 unserer Geschäftsordnung erteile ich Ihnen hiermit das Wort. Bitte.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach Artikel 52 Abs. 2 der Landesverfassung ist Mitgliedern der Landesregierung im Landtag auf Wunsch das Wort zu erteilen.

Wir erinnern uns noch, dass wir gestern aus aktuellem Anlass früh intensiv über die Entwicklungen bei der NordLB diskutiert haben und auch noch eine längere Sondersitzung des Finanzausschusses hier im Haus hatten. Die Zeitungen in diesen Tagen sind voll mit Informationen, Desinformationen, Halbwahrheiten und Irritationen; gestern ebenso wie heute.

Die Fraktion DIE LINKE hätte es deshalb erwartet, dass die Landesregierung dieses Recht, das Wort zu ergreifen, nutzt, um heute, zu Beginn der Sitzung dieses Hohe Haus über die neuesten Übereinkünfte zur Kapitalzuführung bei der NordLB zu informieren.

Noch gestern Vormittag ließ der Finanzminister sowohl das Parlament als auch den Finanzausschuss im Unklaren über die Position des Landes bei der Rettung der NordLB. Dann mussten wir gestern Abend aus der Zeitung erfahren, dass Sachsen-Anhalt offensichtlich doch einen finanziellen Beitrag zur Rettung der Bank leisten soll.

Weil davon gestern keine Rede war und der Finanzminister sogar seine Position bekräftigte, dass keinerlei Kapitalzuführungen aus dem Landeshaushalt vorgesehen sind, wäre die Information an das Parlament heute zwingend erforderlich gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir möchten deshalb die Anwesenheit des Ministerpräsidenten nutzen und ihn auffordern, das Parlament über die neuesten Entwicklungen seit gestern Abend bzw. in den letzten Tagen zu informieren und den finanziellen Beitrag des Landes zu benennen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich interpretiere eine kurze Verständigung vonseiten der Regierungsbank: Gibt es eine Wortmeldung vonseiten der Regierungsbank? - Herr Haseloff? - Herr Haseloff, Sie haben das Wort.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Der Finanzminister ist gerade in Berlin. Die Dinge, die derzeit in den Verhandlungen in den Gremien eine Rolle spielen, werden durch das Finanzministerium sicherlich aktuell bewertet. Einen aktuelleren Stand als gestern vorgetragen habe ich derzeit nicht. Ich muss ihn genauso abwarten wie Sie.

Im Übrigen ist es so, dass wir ganz klar ein Mandat für den Verhandlungskorridor im Kabinett erteilt haben, der gestern vom Finanzminister dargestellt worden ist. Wir werden genauso strukturiert weiterarbeiten wie bisher, damit die Entscheidungen, die notwendig sind, auch zum Wohle des Landes Sachsen-Anhalt und der betroffenen Institute innerhalb des Landes Sachsen-Anhalt, gefällt werden können. Mehr kann ich an dieser Stelle heute nicht sagen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Knöchel gesehen. Mit Blick auf Artikel 53 unserer Landesverfassung und die Informationspflicht der Landesregierung würde ich diese zulassen. Herr Farle meldet sich ebenfalls zu Wort. Herr Knöchel, Sie haben das Wort. Bitte.

Sven Knöchel (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Ministerpräsident, ich hätte Ihre Haltung dann verstanden, wenn wir heute in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ nicht gelesen hätten, dass das Land Sachsen-Anhalt einen Beitrag leistet. Das hat die Landesregierung in Gestalt des Finanzministers gestern sowohl im Plenum als auch im Finanzausschuss kategorisch ausgeschlossen.

Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund, dass Ihre Landesregierung für die seit Oktober bekannte Situation in der NordLB keinerlei Haushaltsvorsorge getroffen hat, ist es jetzt zu erwarten, dass Sie darstellen, wie diese Berichterstattungen zum Beispiel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ zustande kommen.

Zudem hätte ich erwartet, dass Sie das heute eingedenk der gestrigen Äußerungen Ihres Finanzministers zumindest dementieren. Wenn Sie es nicht dementieren können, dann muss die Landesregierung eingedenk der gestrigen Infor-

mation jetzt und hier die Summe benennen, die unseren Landeshaushalt belasten wird und für die Sie - so sagt es zumindest die Zeitung - eine Zusage erteilt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Erstens lasse ich mir den Bericht grundsätzlich durch das Finanzministerium geben und nicht durch eine Zeitung.

Zweitens möchte ich darauf hinweisen, dass zum Beispiel die Investorenangebote - das sind die Prozesse der letzten Tage - erst wenige Stunden alt sind und einer Bewertung unterzogen wurden, vor allem im Zusammenhang mit den Gremien der NordLB und dem Haupteigentümer.

Der Finanzminister ist heute in Berlin und wenn ein Fakt zu benennen ist - wenn das so sei, dann bin ich jederzeit Zeit auch außerhalb der normalen Sitzungstermine auskunftsfähig -, dann wird das Hohe Haus logischerweise informiert. Ich kann derzeit keine andere Auskunft geben. Egal, was Sie jetzt von mir verlangen, ich sehe mich dazu außerstande.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Die Position der AfD in dieser Frage ist völlig klar. Wir lehnen ab, dass Gelder unseres Landes in eine Bankenrettung einfließen. Das ist auch die Position, die gestern von uns im Finanzausschuss deutlich gemacht wurde, die allerdings auch von dem Finanzminister vertreten wurde.

Wenn die „FAZ“ jetzt schreibt, dass das Land einen Beitrag leisten soll, dann wissen wir, wie solche Dinge zu sehen sind. Ein Beitrag wird schon dann geleistet, wenn man weiß, dass das in der Vergangenheit bereitgestellte Kapital beim Rückzug aus dieser Bank verloren ist. Auch das ist ein Beitrag.

Deswegen ist die Position, die der Ministerpräsident bezogen hat, völlig in Ordnung, nämlich zu sagen, wenn er Informationen habe, dann werde das Parlament informiert. Auch der Finanzminister hat in der gestrigen Sitzung klipp und klar zugesichert, dass der Finanzausschuss, wenn neue Informationen vorliegen, unverzüglich darüber in Kenntnis gesetzt wird und das Parlament, wenn Entscheidungen zu treffen sind, einberufen wird.

Was Sie von den LINKEN machen, ist ganz einfach medienwirksame Stimmungsmache gegen

den Finanzminister. Das muss ich so deutlich sagen. Denn solange er eine vernünftige Position bezieht, so lange kann er darauf setzen, dass er unterstützt wird. Aber einfach zu sagen, ihr müsst, ihr könnt - - Sie haben gestern im Ausschuss zig Fragen gestellt.

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

Diese Fragen haben deutlich gemacht, dass Sie von der ganzen Sache eigentlich keine Ahnung haben. - Vielen Dank.

(Unruhe - Hendrik Lange, DIE LINKE: Ha, ha, ha! - Zuruf von Robert Farle, AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Farle, Stopp. Wir haben ein Problem. Jetzt beruhigen wir uns alle und klären die Sachlage im Parlament.

§ 61 der Geschäftsordnung erlaubt den Fraktionsvorsitzenden zu jeder Zeit, das Wort zu nehmen, im Übrigen auch außerhalb der Tagesordnung. Schauen Sie sich dazu das Protokoll des Ältestenrates vom 9. Oktober 2018 an.

Wir haben ein Auskunftsrecht der Abgeordneten gegenüber der Landesregierung, das in Artikel 53 unserer Landesverfassung geregelt ist. Herr Haseloff hat von § 69 unserer Geschäftsordnung Gebrauch gemacht, sich jederzeit zu Wort zu melden.

Wir haben keine geregelte Möglichkeit der Zwischenintervention und schon gar nicht haben wir die Möglichkeit, dass man sich auf einen Fragesteller, der sich in einer solchen Debatte an die Landesregierung wendet, bezieht, weshalb sie sich an dieser Stelle von der normalen Möglichkeit einer Zwischenintervention unterscheidet.

Deswegen frage ich Sie, Frau Heiß: Möchten Sie Ihre Position vortragen oder haben Sie eine konkrete Frage an die Landesregierung?

(Kristin Heiß, DIE LINKE: Ich habe zwei Fragen!)

- Sie haben zwei Fragen an die Landesregierung. Diese Fragen lasse ich noch zu, sage aber dazu, dass das die letzte Frage aus der Fraktion DIE LINKE sein sollte; denn ansonsten könnten die anderen Fraktionen auch Fragen stellen, wenn sie Interesse hätten. - Punkt.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Haseloff, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass offensichtlich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ besser informiert ist als der Ministerpräsident dieses Landes?

(Zuruf von der CDU)

Frage 2. Sollten wir wirklich einen finanziellen Beitrag zur Rettung der NordLB leisten müssen, woher soll das Land das Geld nehmen?

(Alexander Raue, AfD: Von den linken Vereinen, Frau Heiß! - Robert Farle, AfD: Wir haben kein Geld!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Die Landesregierung möchte diese Frage jetzt nicht beantworten. Das nehmen wir erst einmal zur Kenntnis. Wir würden diesen Beitrag an der Stelle beenden und wieder in die normale Tagesordnung einsteigen.

Wir kommen nunmehr zum dritten Thema der Aktuellen Debatte

Ergebnisse der Kohlekommission: Chance oder Gift für Sachsen-Anhalt?

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/3886

Es wurde folgende Reihenfolge vereinbart: GRÜNE, AfD, CDU, DIE LINKE, SPD. Zunächst hat die Antragstellerin BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte, Frau Lüddemann.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Werter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ein historischer Meilenstein ist erreicht. Der Kohleausstieg ist Konsens in der gesamten Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unterschiedlichste Akteure, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, Politiker, Umweltschützer oder Wissenschaftler, sie alle haben mit ihrem Namen und ihrer Unterschrift diesen historischen Kompromiss bestätigt.

Der Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, der sogenannten Kohlekommission, ist unterschrieben worden. Dass wir in Sachsen-Anhalt mit unserem Koalitionsvertrag ein Stück weit Vorreiter dieser Bewegung waren, sei nur am Rande angemerkt.

Für uns im Land ist der Abschlussbericht das unmissverständliche Signal dafür, dass der Strukturwandel sofort angegangen werden muss.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Damit meine ich konkret, um ein Beispiel zu nennen, dass wir uns eben nicht auszuruhen sollten, wenn zum Beispiel hinsichtlich der Kraftwerkskapazität bei uns alles beim Alten bleibt. Dass sich an dieser Stelle nichts ändert, heißt nicht, dass wir nichts ändern müssen.

Im Gegenteil, ein konkretes Beispiel ist das Kraftwerk Schkopau. Es darf nicht sein, dass unsere jetzt noch modernen Anlagen am Ende vollkommen veraltet und als letzte vom Kohlenetz gehen.

(Lars-Jörn Zimmer, CDU: Was denn sonst?)

Deswegen muss zeitnah die Umstellung auf moderne Gastechologie und Kraft-Wärme-Kopplung erfolgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kommission schlägt vor, das entsprechende Gesetz bis zum Jahr 2030 zu verlängern. Daran sind Forderungen geknüpft, und optimistisch betrachtet, könnte man sagen, dass sich die Umstellung fast von selbst finanziert.

Solche Synergien müssen wir für das Land finden, uns zu eigen machen und weiterentwickeln. Denn auch Gas ist endlich. Wir müssen die kommenden 20 Jahre nutzen, um Wertschöpfung für die Industrie zu sichern, genauso wie Umweltschutz voranzutreiben und Energiesicherheit mit Nachhaltigkeit zu verknüpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit sich alle Menschen in unserem Land, ob sie Einwohner von Weißenfels oder Unternehmer in der Mibrag sind, rechtssicher auf die Zukunft vorbereiten können, muss der vorliegende gute Kompromiss genau so, wie es die Kommission vorschlägt, in Gesetze überführt werden. Der Weg dahin soll in Abstimmung mit den betroffenen Ländern bis zum 30. April unmissverständlich festgezurr werden. Das kann ich nur begrüßen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Synergien kann es für Sachsen-Anhalt ganz viele geben, wenn wir mit Optimismus und Mut an diese große Aufgabe herangehen. Deswegen, verehrte Damen und Herren: Der historische Kompromiss darf nicht zerredet werden. Wir müssen die Chancen für unsere Heimat entwickeln.

Nach derzeitigen Schätzungen werden wir als Land Sachsen-Anhalt in den nächsten 20 Jahren 300 Millionen € pro Jahr bekommen. Das sind Schätzungen, aber wenn man sich das klarmacht, dann sind dies 6 Milliarden €. Diese 6 Milliarden € müssen wir in den nächsten 20 Jahren so klug und zukunftsfest einsetzen, dass wir diese historische Aufgabe für die Menschen in Sachsen-Anhalt bewältigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben mit Profen einen der plakativsten Standorte des Strukturwandels, heute noch Tagebau, morgen Zukunftspark für erneuerbare Energien. Hieran wird man sehr deutlich sehen, wie mit Geld Zukunft gestaltet werden kann. Hieran

wird man sehen, wie es gelingen kann, eine Region fit für die Zukunft zu machen.

Auch wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, treiben den Strukturwandel voran, zum Beispiel mit einer Veranstaltung mit dem Titel „Aufbruch in den Strukturwandel“, die am 20. Februar in Weißenfels stattfindet, oder mit einem offenen Bürgerdialog in Naumburg.

Die Arbeit hier im Land respektive in der Landesregierung geht jetzt erst richtig los und sie muss viel breiter aufgestellt werden und sehr viel strukturierter werden, als es beispielsweise bisher bei der Aufstellung der Projektliste erfolgt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hierbei muss unter der Federführung der Staatskanzlei das Energieministerium genauso eingebunden werden wie das Wirtschaftsministerium. Dazu debattieren wir noch unter einem weiteren Tagesordnungspunkt.

Vorab ist zu sagen, die Projektideen, die bewusst nur Anlagen des Berichts sind und nicht integraler Bestandteil, können so nicht bleiben. Wenn man unsere Liste mit der Liste anderer Länder vergleicht, stellt man fest, an dieser Stelle besteht noch erheblicher Nachsteuerungsbedarf. Es müssen Projekte gestrichen werden.

Ich bin nicht davon überzeugt, dass wir tatsächlich so viele neue Straßen brauchen. Ich denke, es ist viel besser, an der Mobilität von morgen zu arbeiten, die sich eher im automatisierten Verkehr abspielen wird. Mehr vom Bisher ist nicht die Zukunft.

Mittel einfach in den Straßenbau zu stecken, wird keine Zukunftsimpulse setzen. Die Mobilität der Zukunft ist die intelligente Nutzung von 5G-Technologie für On-Demand- und Online-Ticketssysteme im ÖPNV gekoppelt mit automatisiertem Fahren, Caresharing und engen Netztaktungen.

Zusätzlich geht es darum, im Süden des Landes Räume zu schaffen, wo Zukunftstechnologien erprobt werden können, wo erneuerbare Energien effizienter werden, Speichertechnologien erforscht werden, wo nachhaltige Mobilität ausgetestet wird, wo die Möglichkeiten der Digitalisierung voll genutzt werden - Räume, in denen eben auch mal etwas schiefgehen kann, um tatsächlich Neues zu schaffen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Es müssen Projekte geschärft werden. So ist aus unserer Sicht die Idee eines Zukunftsinstituts zu begrüßen. Aber die Ausgestaltung und die Schwerpunktsetzung sollten klarer werden, zudem müssen die Anbindung dieses Instituts an die bestehenden Strukturen sowie die Zustän-

digkeiten der Ministerialverwaltung geklärt werden.

Und, sehr geehrte Damen und Herren, es müssen Projekte hinzukommen. Was mir zum Beispiel in der Liste Sachsen-Anhalts zu kurz kommt, sind Projekte zur künstlichen Intelligenz. Das Projekt CAM-Brain gefällt mir zum Beispiel gut, insbesondere dass es für Neben- und Abfallprozesse von chemischen Prozessen neue Verwertungspfade eröffnet. Ich würde es begrüßen, wenn das Projekt weiterentwickelt und auch eine KI entwickelt wird, welche neue Werkstoffe für die weltweit stattfindende ökologische Transformation der Wirtschaft ermöglicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben einen der modernsten Chemiestandorte in Europa. Was ich erreichen will: Wenn irgendwo in der Welt über automatisierte Anlagen komplexer chemischer Prozesse gesprochen wird, müssen immer der Saalekreis und der Chemiepark Bitterfeld genannt werden.

Dass wir keine Zeit verlieren dürfen, zeigen zum Beispiel die Geschäftsmodelle mit 3D-Druck, die am Rande Erwähnung finden.

(Unruhe)

Das ist unbestreitbar eine Zukunftstechnologie. In unserer Projektskizze steht aber noch kein klarer Plan, in welchem konkreten Bereich wir das etablieren wollen. Die Uni Leipzig ist da deutlich weiter. Da geht es in Richtung personalisierte Medizin.

Das ist eine plastische Untermalung dessen, was ich schon oft in diesem Hohen Hause gesagt habe. Wer den Strukturwandel konsequent und frühzeitig angeht, gewinnt. Und es geht nicht um Geld, Prestige oder so etwas, es geht nicht um die Verwirklichung einzelner kleiner parteipolitischer Konzepte, sondern es geht darum, für die Menschen, insbesondere im Süden Sachsen-Anhalts, klare und zukunftssträchtige Perspektiven dauerhaft zu schaffen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie forderten Anfang Dezember hier im Landtag, die CO₂-Einsparung nicht allein auf die Braunkohle zu begrenzen. Ich darf sagen: Da bin ich und da sind wir GRÜNEN ganz klar bei Ihnen; denn - auch das sagt der Bericht der Kohlekommission sehr klar - dies ist der wesentliche Beitrag der Bundesrepublik Deutschland, um das Ziel von Paris zu erreichen, das von der Bundesregierung selbst unterschrieben wurde. Die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und die Begrenzung der Klimakatastrophe sind erklärtes Ziel.

Aber der Ausstieg aus der Braunkohle reicht nicht aus. Die Bundesregierung muss sich ebenso der Modernisierung der Wärmeversorgung widmen,

Gesetze im Wohnungsbereich und im Bereich der Landwirtschaft anpassen und den erneuerbaren Energien wieder mehr Raum geben.

So empfiehlt die Kommission unter anderem, schnell Gesetzespakete des Bundes auf den Weg zu bringen. Das ist aus meiner Sicht der klare Auftrag, das im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbarte und hoffentlich in Arbeit befindliche Klimaschutzgesetz schnellstmöglich zu beschließen.

Wir in Sachsen-Anhalt sind mit dem Klimaschutz- und Energiekonzept - bekannt als KEK - bekanntlich sehr gut aufgestellt. Einen genaueren Plan für Klimaschutz in Sachsen-Anhalt gab es noch nie. Wir müssen jetzt an die Umsetzung gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht vergessen dürfen wir aber auch den Bereich Verkehr. Hier muss deutlich umgesteuert werden. Auch dieser Bereich muss einen Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten.

Die Statistik - Stichwort: CO₂-Ausstoß - zeigt sehr klar: Es ist höchste Zeit, die Mobilitätswende einzuleiten. Investitionen müssen von der Straße auf die Schiene. Und wir müssen so, wie ich es in der Debatte soeben gesagt habe, die Gelder, die wir bekommen, dafür nutzen, dass wir in Sachsen-Anhalt auch Vorreiter für diese neuen Technologien sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem Einstieg in den Ausstieg ist der Anfang gemacht, nicht mehr und nicht weniger. Dass dies nicht reichen wird, habe ich soeben hinsichtlich der Pariser Ziele ausgeführt.

Speziell zu den Jahren 2023 bis 2030 gibt der Bericht der Kohlekommission nicht viel her. Das kritisieren zu Recht Organisationen wie „Ende Gelände“, Greenpeace oder die Schülerinnen und Schüler von „Fridays for Future“. Ich meine, insbesondere die jungen Menschen haben jedes Recht, dagegen aufzubegehren;

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

denn wir gestalten oder verschwenden eine Zukunft, die nicht unsere ist.

(Zurufe von der CDU)

Schauen wir doch mal in dieses Hohe Haus. Es sind jetzt nicht mehr so viele Abgeordnete da, aber ich prognostiziere mal,

(Zuruf von der CDU)

in 30 bis 40 Jahren werden die meisten von uns - einschließlich meiner Person - nicht mehr da sein.

(Zurufe von der CDU)

Die jungen Leute, die heute auf dem Domplatz standen, werden aber noch da sein. Es ist ihre Zukunft, die wir gegebenenfalls aufs Spiel setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Die Babys - ich komme zum Schluss -,

(Zurufe von der CDU)

die die jungen Mitarbeiter meiner Fraktion manchmal mit in den Landtag bringen, werden dann erst 30 Jahre alt sein. Ich will, dass sie und auch die Schüler auf dem Domplatz dann noch eine reale Chance haben, auf unserem Planeten zu leben. Das ist Ziel meiner Politik. Deswegen werden wir die vereinbarten Revisionsklauseln in den Jahren 2023, 2026 und 2029 sehr ernst nehmen. Da geht es nicht nur darum, die Mittelverwendung zu prüfen,

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Lüddemann, nun ist aber wirklich Schluss.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

sondern es geht auch um den Abgleich mit den energiepolitischen wie umweltpolitischen Zielen.

Der Gründungssatz der Umweltbewegung lautete:

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Lüddemann, jetzt muss es aber zu Ende sein.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Fragen an die Rednerin. Deswegen können wir jetzt in der Debatte fortfahren. Für die Landesregierung spricht der Ministerpräsident Herr Haseloff. Herr Haseloff, Sie haben das Wort.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Bundesregierung hat am 8. Juni 2018 die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ eingesetzt, um Empfehlungen für ein Aktionsprogramm im Hinblick auf die Erreichung der Klimaziele und die Strukturentwicklung in den von einer Beendigung der Kohleverstromung betroffenen Regionen zu entwickeln.

Die betroffenen Länder Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt konnten an den Sitzungen ledig-

lich mit Rederecht teilnehmen. Die aus 28 stimmberechtigten Mitgliedern bestehende Kommission hat sich in vielen Sitzungen mit Experten und auch vor Ort in den Revieren, zuerst im Mitteldeutschen Revier am 24. September 2018 in Halle, ein Bild gemacht.

In ihrer Sitzung am letzten Freitag hat die Kommission über ihren Abschlussbericht beraten und nach intensivem und langem Ringen um einen gemeinsamen Konsens diesen Bericht noch vor der ursprünglich heute geplanten letzten Sitzung beschlossen.

Der Abschlussbericht wurde bei nur einer Gegenstimme verabschiedet und wurde gestern Abend dem Bundeskanzleramt der Bundesregierung übergeben. Ein gedrucktes Exemplar liegt in der Fassung wie gestern übergeben vor. Ansonsten ist der Bericht im Netz und kann einschließlich der Anlagen auch gelesen werden.

Bedenkt man die unterschiedlichsten Interessen, die in dieser Kommission vertreten waren, unterstreicht dieses Ergebnis die enorme Leistung dieser Kommission. Es wurde also ein breiter gesamtgesellschaftlicher Konsens erzielt. Diesen sollten wir nicht infrage stellen, wenn die Energiewende erfolgreich sein soll.

Der Bericht der Kommission und der entsprechenden nachgeschalteten Gremien enthält viele Empfehlungen für Maßnahmen im Energiesektor und für eine zukünftige Strukturentwicklung in den betroffenen Revieren. Es werden zum Beispiel Maßnahmen für den Klimaschutz für den Zeitraum 2018 bis 2022 empfohlen.

Danach sollen über einvernehmliche Vereinbarungen Braunkohlekraftwerke und Steinkohlekraftwerke schrittweise in dem Umfang stillgelegt oder über das KWK-Gesetz umgerüstet werden, sodass die Leistung der Kraftwerke am Markt im Jahr 2022 auf rund 15 GW aus Braunkohle und rund 15 GW aus Steinkohle reduziert wird.

In dem Zeitraum von 2023 bis 2030 sollen dann vorzugsweise durch einvernehmliche Vereinbarungen Braunkohlekraftwerke und Steinkohlekraftwerke den Markt verlassen, sodass sich die Leistung der Kohlekraftwerke am Markt ohne Reserven im Jahr 2030 auf maximal 9 GW aus Braunkohle und 8 GW aus Steinkohle verringert.

Im Jahr 2025 soll nach den Empfehlungen der Kommission dabei ein substanzieller Zwischenschritt bei der Emissionsminderung von 10 Millionen t CO₂ möglichst durch ein Innovationsprojekt erfolgen.

Als Abschlussdatum für die Kohleverstromung empfiehlt die Kommission das Ende des Jahres 2038. Sofern die energiewirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und betriebswirtschaft-

lichen Voraussetzungen vorliegen, kann das Datum in Verhandlungen mit den Betreibern auf frühestens das Jahr 2035 vorgezogen werden. Die Überprüfung, ob dies möglich ist, erfolgt im Jahr 2032 im Sinne einer Öffnungsklausel.

Drei Überprüfungen umfassen auch die Frage, ob die Annahmen für die Beendigung der Kohleverstromung insgesamt realistisch sind. Das erfolgt an den drei Checkpoints - so nennen sie sich - 2023, 2026 und 2029.

Im Energiesektor setzt sich der Bericht zudem mit Maßnahmen für Energiemarkt- und Strompreise für Industrie, gewerbliche Nutzung und private Endverbraucher, mit Maßnahmen für Versorgungssicherheit, mit Maßnahmen zu Netzen, Speichern, Sektorkopplung und Innovationspotenzial, mit Maßnahmen für Wertschöpfung und Beschäftigung, mit Maßnahmen zur Berücksichtigung des Tagebaubetriebs und mit sicherer Nachsorge der Tagebaue auseinander. Das ist also ein sehr breites Feld, was dort bewertet wird.

Dieser Energieteil ist verschränkt mit der Frage einer Entwicklungsperspektive für die betroffenen Braunkohlereviere, mit denen sich die weiteren Kapitel des Berichts befassen. Die Kommission hat ja einige der von den Braunkohleländern für die weitere Strukturentwicklung als bedeutsam vorgetragene Punkte in den Bericht aufgenommen.

Wir konnten das Bewusstsein dafür wecken, dass für eine erfolgreiche Strukturentwicklung unter anderem ein konkreter Ausstiegspfad mit einem vorherigen erkennbaren Aufbau neuer Beschäftigung und Wertschöpfungsketten verbunden sein muss, aber auch die Versorgungssicherheit zu beachten ist, gute Verkehrs- und digitale Infrastrukturen sowie forschungsnahe Infrastrukturen nötig sind, aber auch Planungsbeschleunigungen und Experimentierklauseln erforderlich sind.

Des Weiteren ist die Ansiedlung von Bundesbehörden in den Revieren notwendig. Ferner muss der Strukturentwicklungsprozess schnell initiiert, institutionalisiert und langfristig abgesichert werden. Es bedarf einer überjährigen Finanzierung, aber auch eines hohen Maßes an Flexibilität beim Mitteleinsatz.

Empfohlen wird zudem ein umfangreiches Gesetzespaket für den Strukturwandel, das auf den Weg gebracht werden muss. Genannt wird zum Beispiel ein strukturpolitisches Sofortprogramm, das für die aktuelle Legislaturperiode mit eingeplanten 1,5 Milliarden € aus dem Bundeshaushalt aufwartet.

Die Kommission empfiehlt ein Maßnahmengesetz, in dem Maßnahmen des Bundes bzw. mit Bundesbeteiligung, insbesondere im Bereich Infrastruktur, Wirtschafts- und Innovationsförderung

sowie Ansiedlung von Behörden und von Forschungseinrichtungen, geregelt werden sollen.

Für zu finanzierende Einzelprojekte sollen aus einem zusätzlichen Budget im Bundeshaushalt nach Auffassung der Kommission pro Jahr 1,3 Milliarden € über 20 Jahre bereitgestellt werden.

Das Maßnahmengesetz soll zudem in einem zu ratifizierenden Staatsvertrag umgesetzt werden. Die Regelungen des Maßnahmengesetzes sollen auch sicherstellen, dass die notwendige Flexibilität in dem jahrzehntelangen Prozess der Strukturentwicklung ermöglicht wird.

Wir wollen einen Staatsvertrag deswegen, weil wir über einen langen Zeitraum, Legislaturperioden übergreifend, Planungssicherheit benötigen. Deswegen haben wir das auch als Länder bewusst mit hineinprojiziert.

Über das Maßnahmengesetz hinaus soll zur mittel- und langfristigen Absicherung strukturpolitischer Maßnahmen aus Mitteln des Bundes den Ländern eine Finanzierungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt werden, die von der Haushaltslage unabhängig ist; damit ist die Haushaltslage des Bundes gemeint.

Die Kommission empfiehlt, für die von einer vorzeitigen Beendigung der Kohleverstromung betroffenen Länder jährlich Mittel in Höhe von 0,7 Milliarden € über 20 Jahre zur Verfügung zu stellen. Durch ein solches Budget soll die Möglichkeit geschaffen werden, auf heute noch nicht absehbare Anforderungen der Strukturförderung flexibel und projektoffen zu reagieren.

Zur Verbesserung der Verkehrsanbindung soll ein Sonderfinanzierungsprogramm für Verkehrsinfrastrukturen eingerichtet werden. Empfohlen werden auch beschäftigungspolitische Maßnahmen, die vorzusehen sind.

Mit einem Monitoring soll - wie ich schon ausführte - anhand verschiedener Kriterien und Ziele bei der Strukturentwicklung, bei der Versorgungssicherheit als wesentlichem Punkt, bei dem Klimaschutz als klarem Zielpunkt und dem Strompreisniveau in den Jahren 2023, 2026 und 2029 regelmäßig überprüft werden, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen einer Nachsteuerung bedürfen. Das ist zu begrüßen, da vor allem diese Bereiche in den Revieren sorgfältig austariert sein müssen, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhalten und auch zukünftig zu sichern.

Die Kommission ist damit gerade nicht, wie häufig verkürzend dargestellt wird, eine Kohlekommission, sondern sie eröffnet mit ihren Empfehlungen, ihrem Namen entsprechend, für die Entwicklung der Reviere auch eine Perspektive für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung.

Dafür haben sich insbesondere die Ministerpräsidenten der drei ostdeutschen Kohleländer sowie der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalens in den vergangenen Wochen und Monaten in der Kommission und bei der Bundesregierung gemeinsam und erfolgreich stark gemacht.

Der Bericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ist somit eine Chance zur erfolgreichen Gestaltung einer Strukturentwicklung.

Braunkohle ist in Sachsen-Anhalt ein wichtiger Rohstoff. Im mitteldeutschen Revier existiert heute eine große Anzahl von hochwertigen und organisierten Industriearbeitsplätzen im Bergbau, in der Energiewirtschaft und der chemischen Industrie sowie von mittelbar verbundenen Arbeitsplätzen in der Ernährungsgüterwirtschaft rund um Zeitz.

Die Kraftwerksstandorte in der Region sind strukturell mit der chemischen und energieintensiven Industrie verbunden. Die Empfehlungen für den Energiesektor und die strukturpolitischen Empfehlungen der Kommission haben große Signalwirkung. Das betrifft aber nicht nur Sachsen-Anhalt allein. Hierbei bedarf es weiterhin eines koordinierten Vorgehens unter Berücksichtigung von Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Strukturentwicklung über die Landesgrenzen hinaus.

Mit den Empfehlungen der Kommission und deren Umsetzbarkeit müssen sich nun aber zunächst die Bundesregierung und die betroffenen Länder weiter auseinandersetzen. Wir hatten dazu ein über mehrere Stunden andauerndes Gespräch im Kanzleramt mit den zuständigen Bundesministern, den Ministerpräsidenten und den vier Vorsitzenden der Kommission.

Dazu ist auch ein intensiver Diskussionsprozess im Bundestag und im Bundesrat zu erwarten. Denn diese Verfassungsorgane hatten kein Stimmrecht in der Kommission.

Die Aussagen im Bericht der Kommission als gesamtgesellschaftlicher Konsens werden in den weiteren Verhandlungen aber hilfreich sein; zumindest, das kann ich sagen, war Deutschland noch nie so weit, dieses wichtige Thema in einem ganz anderen Zusammenhang und Konsens zu lösen, als es möglicherweise in anderen Ländern bei relevanten politischen Grundsatzthemen der Fall ist.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein Bestandteil des Gesetzpaketes, auf das wir besonderes Augenmerk legen werden, ist das von der Kommission empfohlene Maßnahmenpaket, für das der Bund in Abstimmung mit den betroffe-

nen Bundesländern bis zum 30. April 2019 Eckpunkte vorlegen wird.

Es wird dazu unter Steuerung des Bundeskanzleramtes und der Staatskanzleien mit den entsprechenden Ministerien in den Landesregierungen in den nächsten Wochen intensiv gearbeitet werden. Bisher sind wir schon gut aufgestellt.

Wir besprechen dieses Thema wöchentlich im Kabinett mit allen Kabinettsmitgliedern und nehmen auch immer wieder eine Abstimmung vor, um die komplexe Umsetzung der Maßnahmen zu koordinieren. Wir werden neben dem bereits arbeitenden interministeriellen Arbeitskreis eine Stabstelle mit fünf Stellen einrichten; das ist schon besprochen worden.

Die Landesregierung wird wie bisher bei der Arbeit der Kommission nun bei den anstehenden Verhandlungen mit der Bundesregierung ihre Kraft dafür einsetzen, dass für das mitteldeutsche Revier eine Entwicklungsperspektive eröffnet wird und die Empfehlungen der Kommission angemessen Berücksichtigung finden.

Lassen Sie mich zum Ende meiner Rede kommen. Wir wollen diesen Prozess weiterhin zusammen mit den regionalen Akteuren und Unternehmen begleiten und das jetzige Braunkohle Revier als Industriestandort erhalten. Es wird also unmittelbar in dem Revier - die Kreise, die es umfasst, habe ich schon mehrfach benannt - stattfinden. Wir werden dafür sorgen, dass vor allem auch aus der Wirtschaft heraus ein relevanter Beitrag für innovative Lösungen entwickelt wird.

Der seit Januar arbeitende interministerielle Arbeitskreis wird unter der Leitung der Staatskanzlei weiterarbeiten. Die Arbeit im interministeriellen Arbeitskreis erfolgt in enger Abstimmung vor allem mit dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, dem Energieministerium MULE und den anderen Landesressorts, die direkt oder indirekt damit befasst sind. Der Arbeitskreis wird die anstehenden Verhandlungen mit dem Bund begleiten.

Der Burgenlandkreis in seiner aktuellen Funktion als Abwicklungspartner im mitteldeutschen Revier wird ebenfalls eingebunden sein, gemeinsam mit den Landkreisen Mansfeld-Südharz, Anhalt-Bitterfeld, Saalekreis und der Stadt Halle, genauso wie die Initiative Mitteldeutschland hierbei eine wesentliche Rolle spielen wird.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und würde von meinem Platz aus den gestern überreichten gedruckten Bericht der Kommission in die Luft halten. Ich kann nur sagen: So weit sind wir noch nie gekommen. Wenn wir die Chance nicht genutzt hätten, dann wäre es über viele Jahre hinweg möglicherweise zu einer weiteren Spaltung in der Gesellschaft bei diesem wichtigen Thema

gekommen. Jetzt haben wir die Chance - wenn wir den Bericht ernst nehmen -, diese Dinge gemeinschaftlich und positiv zu lösen. Dazu lade ich auch den Landtag ein. Denn wir werden uns auch mit vielen Umsetzungen im Landtag zu befassen haben. Ich freue mich schon auf die Arbeit auch der Minister sowohl in den Ausschüssen als auch unmittelbar in diesem Hohen Haus. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Haseloff, bevor Sie - -

(Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff hält den Abschlussbericht der Kohlekommission hoch)

- Machen Sie das; das ist in Ordnung. Aber Sie müssen, außer dass Sie den Bericht hochhalten, auch eine Frage beantworten, und zwar die von Herrn Raue; er hat sich gemeldet.

(Volker Olenicak, AfD: Fragenkatalog! - Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Alexander Raue (AfD):

Katalog, genau. Herr Ministerpräsident, mir stellen sich folgende Fragen. Ist die Stromversorgung in Deutschland nach dem Kohleausstieg noch gesichert?

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Ja! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Ja!)

Steigen die Stromkosten für Bürger und Wirtschaft? Ist für die Wirtschaft zu befürchten, dass es in der internationalen Konkurrenz zu Wettbewerbsnachteilen für deutsche Unternehmen kommt?

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist mehr als eine Frage!)

Steigt die Abhängigkeit Deutschlands und Europas von Energieimporten aus den USA oder aus Russland?

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Wird diese Abhängigkeit dazu führen, dass Entscheidungen der Bundesregierung beeinflusst werden, da unsere Souveränität damit nicht mehr in allen Maßen entsprochen wird?

(Olaf Meister, GRÜNE: Bei 20 Fragen wird es schwer!)

Wird der deutsche Kohleausstieg den Klimawandel stoppen?

(Zuruf von der AfD)

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ich will versuchen, die Fragen kursorisch zu beantworten, weil ich nicht so schnell schreiben konnte.

Ich war dabei in der letzten Woche von Freitag 8 Uhr bis Sonnabend 4:45 Uhr. Da die Wirtschaft dabei war und auch alle zugestimmt haben, bis auf eine Dame, die einen Ort repräsentiert, der zum Abbagern geplant war - die Ablehnung ist insoweit menschlich verständlich -, ist davon auszugehen, dass dieses Paket ein Konsenspapier ist, das auch die Strompreisentwicklung vor allem für die Wirtschaft und für die energieintensiven Unternehmen mit entsprechenden finanziellen Beiträgen, die benannt sind, umfasst und auch abbildet.

Denn logischerweise werden sich bei einem solchen Prozess die Preisstrukturen ändern; das ist ganz klar. Aber das ist allen bewusst, die wissen, dass Klimaziele zu erreichen nicht zum Nulltarif geht. Wir müssen aber auch die Chancen, die damit verbunden sind, im Sinne einer technologischen Entwicklung und Innovationen und eines Trends im 21. Jahrhundert gegenrechnen, wobei wir als Deutschland auf jeden Fall Vorreiter sind. Das ist auch klar.

Inwieweit sich das für den Privatkunden ebenfalls so abbildet, hängt von vielen Faktoren ab, die man nicht einfach benennen kann, weil parallel auch immer eine Entwicklung stattfindet, und zwar nicht nur im Bereich des Börsenpreises, sondern auch im Hinblick auf Lösungen, die bei dezentralen Erzeugungen und Einspeisungen demnächst eine Rolle spielen werden. Wir können auch für verschiedene Komponenten, zum Beispiel beim Gas, nicht einschätzen, wie sich die preisliche Entwicklung gestaltet. Denn es gibt viele Anbieter; das reguliert teilweise auch den Preis.

Deshalb ist die Diversifizierung an dieser Stelle - das war gestern Abend auch ein Thema - ein wichtiger Aspekt. Deswegen kann man sich bei der Erhöhung der Anteile von Gas nicht nur auf Russland beziehen, sondern muss generell auch nach Europa, aber auch nach Amerika schauen. Dazu gilt es, Infrastruktur auszubauen. Das steht alles mit auf der Agenda.

Sie fragen zu Recht, ob Deutschland allein das Klima retten kann, was auch immer das bedeuten mag; zumal es Klimaveränderungen seit 4,5 Milliarden Jahren gibt. Aber die anthropogenen Anteile hieran sind in der Erdgeschichte auf jeden Fall noch nie so hoch gewesen wie jetzt. Ob wir mit unseren rund 4 % oder 5 % umfassenden CO₂-Reduzierungen in den nächsten 20 bis 30 Jahren das Klima retten, das müssen Sie einen ausgewiesenen Meteorologen oder Klimaforscher fragen. Ich habe das auch im Studium

behandelt und habe mich vor einigen Wochen auch mit Herrn Schellnhuber darüber unterhalten. Uns ist klar, dass wir das nicht allein schaffen.

Aber wir gehen einen Weg, den die Menschheit zumindest langfristig in Gänge gehen muss, wenn wir die anthropogenen Einflüsse so halten wollen, dass wir uns nicht an den nachfolgenden Generationen versündigen; so möchte ich es bewusst ausdrücken.

Deswegen sind die technische Umsetzung und auch die Signalwirkung - ich will nicht den Begriff Vorbildwirkung nennen - schon entscheidend. Das war auch ein intensiv diskutiertes Thema der Staatschefs, die sich in Davos getroffen haben. Viele schauen derzeit auf Deutschland. Zum Beispiel wird Frankreich 2023 den Beschluss fassen, aus der Kohle auszusteigen. Frankreich hat allerdings einen kleineren sektoralen Anteil in Bezug auf die Kohleenergie und wird 2050 trotzdem noch 50 % der Energie über Kernenergie als CO₂-freiem Energieerzeugungspart produzieren.

(Guido Heuer, CDU: Genau!)

Das sind die unterschiedlichen nationalen Wege. Sie sind aber demokratisch legitimiert entstanden. Deutschland hat diesen Weg gewählt.

Abschließend will ich Folgendes sagen: Weil wir die Versorgungssicherheit, die Preisentwicklung, die strategische Abhängigkeit, die internationale Marktentwicklung immer wieder aktuell bewerten wollen, haben wir diese Checkpoints in den Jahren 2023, 2026 und 2029 eingebaut. Der Checkpoint im Jahr 2032 soll dazu dienen, um zu überprüfen, ob es möglicherweise schneller geht, ob man mit den Unternehmen vielleicht einen schnelleren Prozess beschließen kann. Denn manchmal gibt es auch Dynamiken, die man sich noch nicht vorstellen kann. Deswegen haben wir das von beiden Seiten projiziert.

Es ist eine Empfehlung; es ist kein Gesetz. Jetzt geht es darum, nach dem alten Prinzip des Primats der Politik dieses vernünftig umzusetzen. Alle Partner, auch die NGO und diejenigen, die aus dem Bereich Naturschutz, Umweltschutz usw. kommen, wissen, dass ein wesentlicher Punkt die Stabilität einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist und dass man bei solchen Prozessen immer mit Augenmaß arbeiten muss.

Als wir die Beratungen aufgenommen haben, hätte ich mir nicht vorstellen können, dass sich auch die andere Seite, also die, die etwas ökologischer unterwegs war, auf diesen Zeitplan, den wir für realistisch halten, einlässt; denn ursprünglich war von 2030 die Rede. Daran merkt man, dass alle gesellschaftliche Verantwortung übernommen haben, dass keiner überziehen möchte und dass wir Verhältnisse wie in anderen Nationalstaaten auf dieser Welt, wo so etwas auf der

Straße ausgetragen wird, in Deutschland nicht haben wollen.

Diese oftmals gescholtene Demokratie, die sich als Konsensdemokratie nach dem Zweiten Weltkrieg und mit der Wiedervereinigung erweitert durch uns im Osten gebildet hat, hat für solche Sachen durchaus ihre Vorteile. Das sollten wir auch einmal selbstbewusst benennen und allen danken, die diesen großen Konsens herbeigeführt haben.

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt noch eine Wortmeldung von der AfD-Fraktion, von Herrn Büttner. Wir haben einen Zeitverzug von einer Stunde. Ich würde die Fragen auf zwei pro Fraktion begrenzen. - Herr Büttner, bitte.

Matthias Büttner (AfD):

Danke, Herr Präsident. - Meine Frage an Ministerpräsident Haseloff bezieht sich auf den Emissionsmarkt, den wir in Europa haben. Deutschland ist Teil des europäischen Emissionsmarktes. Das heißt, an der Leipziger Energiebörse kann man das Recht, CO₂ zu verursachen, kaufen. Ein Zertifikat kostet 24 € und bildet 1 t CO₂ ab. Das heißt, das CO₂, das wir in Deutschland weniger ausstoßen, ist trotzdem auf dem europäischen Markt dann einzukaufen. Das heißt, andere Länder können mehr Rechte einkaufen, mehr CO₂ zu verursachen. Das bedeutet, die von den stillgelegten Kohlekraftwerken nicht mehr verbrauchten Emissionsrechte stehen nicht nur stillgelegten Kraftwerken in Deutschland zu, sondern 12 000 Kraftwerken in der gesamten EU, die fossile Rohstoffe nutzen.

Meine Frage vor diesem Hintergrund lautet: Hat die Stilllegung von Kohlekraftwerken in Deutschland überhaupt irgendeinen Einfluss auf die CO₂-Emissionen in der Europäische Union oder auf der Welt?

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Die Bilanzen habe ich schon angedeutet. Man kann sich darüber streiten, ob unser Anteil ausreicht. Aber jeder hat seinen Anteil zu leisten. Wir haben unseren Footprint hinterlassen bzw. unsere tagtägliche Emission, die zu Buche schlägt. Jede Nation hat zunächst einmal ihre eigene Verantwortung zu tragen.

Dass es zu dieser Kommission auch infolge der Koalitionsbildung in Berlin gekommen ist, hat auch den Grund, dass wir die Klimaziele für 2020 nicht erreicht haben und dass wir im weiteren Verlauf bis 2030 ohne Kraftanstrengung unsere

eingegangenen Zielstellungen bzw. auch unsere Zusagen nicht einhalten können, geschweige denn bis 2050, sofern wir keine Beschleunigung herbeiführen - wobei wir an dieser Stelle nur von einem Sektor sprechen. Jeder Sektor hat sein Ziele - Verkehr, Wärmeeffizienz, Energieeffizienz usw.

Die Zertifikatesystematik muss wieder stärker gespiegelt werden, weil sie ein marktwirtschaftliches Instrument ist und eigentlich helfen sollte, dieses Thema zu lösen.

Aber es hat bisher vor allem in Deutschland nicht den Beitrag geleistet, den wir erwartet haben. Deswegen muss es stärker als Bestandteil greifen und noch wirksamer organisiert werden. Die Kanzlerin hat gestern gesagt, dass man diesbezüglich noch einmal in die Offensive gehen wolle.

Abschließend sei auf der anderen Seite nur so viel gesagt: Wir sind in Europa sicherlich - gerade mit Blick auf die Kohleabhängigkeit Osteuropas bei der Energieversorgung, etwa Polens, Rumäniens, aber auch Ungarns -, gut beraten, von nationalstaatlichen Klimazielen, Evaluierungen und Aktivitäten hin zu einem europäischen System zu kommen.

Ich habe das mit Schellnhuber vor einigen Tagen - das war sogar in der Nacht, als wir in den Pausen ein bisschen Zeit hatten - besprochen. Wir haben uns gefragt: Kann man das eigentlich noch national lösen oder geht es vielmehr um Gesamtbilanzen? Ist es günstiger, ein Kraftwerk, das zum Beispiel durch Gerhard Schröder erst im Jahr 2000 in Betrieb genommen worden, noch ganz frisch und nicht einmal 20 Jahre alt ist, vom Netz zu nehmen? Oder ist es günstiger, das Geld zu nehmen und dafür zehn andere, osteuropäische Kraftwerke zu sanieren und vielleicht einen hundertfachen Effekt zu haben? - Aber das ist ein europäisches Thema.

So wie von der Europäischen Union auch bei der Energievernetzung, die verstärkt für die Wintermonate läuft, gehandhabt - da ist gerade etwas beschlossen worden; das muss ich mir fachlich selbst erst einmal ansehen -, muss man jetzt auch einmal gesamtbilanziell an das Thema herangehen. Deswegen ist es gut, dass wir das als Prozess verstehen. Aber das entbindet uns als Deutschland nicht davon, unsere eigenen Ziele, die wir schon einmal unterschrieben haben, einzuhalten.

Deswegen ist dieser Konsens, die Wirtschaft bewusst einzubeziehen, so wichtig. Gehen Sie davon aus - wir repräsentieren nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Wähler insgesamt -, dass wir die Preisentwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten mit Augenmaß beobachten werden. - Danke schön.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt hat sich der Kollege Herr Jantos von der CDU-Fraktion noch gemeldet. Er hat eine Frage an Sie, Herr Haseloff. Dann schauen wir einmal, wie es weitergeht. - Bitte.

Eduard Jantos (CDU):

Herr Ministerpräsident, Sie haben zwar zu CO₂ usw. alles ausgeführt, aber mich interessiert besonders, wie mit der stofflichen Verwertung weiter umgegangen wird. Sie wissen, diese wird zurzeit mit CO₂ belastet. Es hängt eine Nachfolgeindustrie, die zum großen Teil in unserem Land und darüber hinaus angesiedelt ist, davon ab. Ist in der Kohlekommission dazu irgendetwas festgelegt worden? Gibt es einen Weg, dieses Problem zu lösen, damit Kohle stofflich ohne zusätzliche CO₂-Belastung weiter entwickelt und verwendet werden kann?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Ministerpräsident, bevor Sie beginnen: In Anbetracht Ihres tiefen Einstiegs in die Materie und Ihres beruflichen Hintergrundes sei gesagt, Sie können hier so lange reden, wie Sie wollen, aber Sie müssen nicht.

(Rüdiger Erben, SPD, lacht)

Ich befürchte, die Frage des Herrn Kollegen Jantos regt zu einem wissenschaftlichen Vortrag an. Den können Sie halten, aber wir haben alle noch ein bisschen mehr vor. Jetzt haben Sie das Wort, Herr Haseloff.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Sie haben mich aber vorhin auf die Auskunftspflichtung in allen Fällen hingewiesen

(Heiterkeit bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und dieser will ich jetzt sehr intensiv - -

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ja, ja! Ich fasse es kurz zusammenfassen, Herr Haseloff: Sie müssen antworten, aber nicht unbedingt so lange.

Dr. Reiner Haseloff (Ministerpräsident):

Ich mache es ganz kurz. Es müsste auch in dem Bericht stehen; ich schau gleich nach. Wir haben in der Nacht in diesen gerade noch eingefügt, dass bei der Nutzung von Kohle bewusst von der energetischen Nutzung gesprochen wird, sodass wir die Aspekte der stofflichen Nutzung auch selbst in der Empfehlung der Kommission weiterhin vorfinden müssten und als Empfehlung für zukünftige Generationen anbieten können.

Unabhängig davon steht das Stichwort Romonta auf unserer Liste, weil wir, wenn wir das Maßnahmengesetz erarbeiten, als erstes Ersatztechnologien durch Forschungs- und Entwicklungsprojekte generieren wollen, sodass wir diesen Nukleus dort wirklich erhalten können. - Ich hoffe, Sie waren zufrieden, Herr Präsident.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich bin so etwas von zufrieden, Herr Haseloff.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann können wir in die Debatte der Fraktionen einsteigen. Wir beginnen an der Stelle mit der SPD-Fraktion und der Fraktionsvorsitzenden Frau Pähle. Die sehe ich allerdings nicht.

(Dr. Katja Pähle, SPD, sitzt auf der Regierungsbank - Dr. Katja Pähle, SPD: Doch, hier! Hier!)

Entschuldigung, ich konnte nicht sehen, Frau Pähle, dass Sie jetzt hier sitzen.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Wieso ist denn jetzt die SPD an der Reihe? Es war etwas anderes vereinbart! - Dr. Katja Pähle, SPD: Eigentlich bin ich als Letzte an der Reihe!)

- Ich kann jetzt mit der Macht des Papiere argumentieren,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Wir auch!)

und auf dem steht die SPD-Fraktion bei mir vorn - -

(Dr. Katja Pähle, SPD: Dann sehr gern, Herr Präsident! - Vizepräsident Wulf Gallert tauscht sich mit den Schriftführern aus)

Ach so, in Ordnung. Wir sehen gerade, dass die Redereihenfolge der Debattenredner anders aufgeschrieben worden ist als die Redereihenfolge der Fraktionen. Das verwirrte mich an der Stelle. - Aber wenn Sie jetzt schon einmal vorn stehen, Frau Pähle, dann legen Sie los. Bitte.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Sehr gern, das mache ich doch. Vielen Dank.

(Zustimmung bei der SPD)

Aber mit anderen Worten: Ich war nicht unaufmerksam; ich hatte es nicht im Plan.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU - Siegfried Borgwardt, CDU: Das ist quasi live!)

- Live und in Farbe, genau! - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir ist zu Beginn meiner Ausführungen eine Feststellung wichtig. Mit Blick

auf den Beschluss der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ist nicht nur wichtig, was dort beschlossen wurde. Es ist vielmehr ein großer Erfolg, dass etwas beschlossen wurde und vor allem mit welcher großen Mehrheit dies geschehen ist.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD, und von Silke Schindler, SPD)

Denn zum Wesen und zum Erfolgsrezept der Demokratie gehört, dass sie zu beidem in der Lage ist: einerseits zur Mehrheitsfindung und zur klaren Richtungsentscheidung, andererseits zum Kompromiss und zur Bildung breiter gesellschaftlicher Konsense. Genau das hat die Kommission gezeigt.

Der Beschluss zum ersten Ausstieg aus der Atomenergie war ein Beispiel für eine eindeutige Richtungsentscheidung. Sie war notwendig und unumgänglich. Sie war trotz der kurzen Rolle rückwärts der Beginn der Energiewende in unserem Land. Was die sogenannte Kohlekommission jetzt geschafft hat, ist die Basis für die nächste Etappe dieser Energiewende, die von einem breiten Konsens in unserer Gesellschaft getragen wird. Er bietet die Chance für einen wirksamen Interessenausgleich bei der Bewältigung dieser großen Aufgabe, die vor uns liegt.

Was sind unsere Anforderungen und unsere Interessen als Land in diesem Prozess? Wie sieht die Zwischenbilanz nach dem Beschluss der Kommission aus? - Aus sozialdemokratischer Sicht möchte ich vier Punkte nennen.

Erstens den Klimaschutz voranbringen. Sachsen-Anhalt ist ein traditionelles Kohleland. Was wir aber ganz bestimmt nicht sind und nicht sein wollen, ist ein „Bremserland“. Die mitteldeutsche Industrieregion, die heute Sachsen-Anhalt heißt, ist seit jeher ein Motor für wissenschaftlichen, technologischen und industriellen Fortschritt.

Die Offenheit für Innovation hat die Chemieregion im Süden und Südosten unseres Landes ebenso groß gemacht wie den Maschinenbau in Magdeburg und die moderne Landwirtschaft in der Börde. Innovation gehört zu unserer Geschichte und ist die Basis für unsere Zukunft. Heute müssen wir diese Innovationskraft stärken und darauf bauen, um unsere Lebens- und Produktionsgrundlagen zu erhalten.

Klimaschutz ist der Schlüssel für nachhaltige Entwicklungsstrategien. Dafür ist der Kompromiss der Kohlekommission ein Meilenstein, weil er den Ausstieg aus der Kohle verbindlich fest schreibt und damit auch die Anreize und Vorgaben für den weiteren Umbau in Richtung erneuerbarer Energien setzt. Für diese Entwicklung in Sachsen-Anhalt als dem Land der erneuerbaren Energien sind wir gut aufgestellt.

Das zweite Ziel für die Arbeit der Kommission war, den Strukturwandel zu bewältigen und zu gestalten. Hierfür hat die Kommission aus unserer Sicht eine gute Grundlage geschaffen. Aber der Bericht ist nicht das letzte Wort. Als Begleitmusik zur Arbeit der Kommission wurden viele Milliardensummen durch die Gegend jongliert. Was jetzt in den Beschluss aufgenommen wurde, ist hilfreich, wenn es in konkreten Gesetzen, Maßnahmengesetzen, verlässlichen Verträgen und ordentlichen Haushaltsbeschlüssen umgesetzt wird.

Das nimmt in erster Linie die Bundesregierung in die Pflicht. Wir setzen darauf, dass in Berlin die Empfehlungen der Kommission so schnell wie möglich umgesetzt und die entsprechenden Vorhaben auf den Weg gebracht werden. Denn die Menschen und die Wirtschaft in den Kohlerevieren brauchen jetzt vor allem Planbarkeit und Verlässlichkeit.

Das dritte Ziel heißt aus unserer Sicht ganz klar: Das mitteldeutsche Revier darf nicht zwischen den Interessen der Lausitz und des rheinischen Reviers zerrieben werden. Man darf heute eindeutig feststellen, dass es Sachsen-Anhalt erkennbar geglückt ist, mit der kleinsten noch aktiven Kohleabbauregion dennoch sichtbar und unüberhörbar zu sein.

(Zustimmung bei der SPD)

Dafür will ich Ministerpräsident Dr. Haseloff und Minister Willingmann ausdrücklich danken.

(Zustimmung bei der SPD und von Dietmar Krause, CDU)

Dass das gelungen ist, bildet sich im Abschlussbericht der Kommission sehr deutlich ab.

Das vierte Ziel ist: Die Anschlussperspektive muss für die Menschen in der Region erkennbar werden. Neue Perspektiven für Arbeitsplätze und zukunftsfähige wirtschaftliche Strukturen darf es nicht erst im Jahr 2038 geben. Sie müssen **j e t z t** aufgezeigt werden.

In dieser Hinsicht, muss ich sagen, bleibt noch viel zu tun. Dabei richtet sich die Erwartung nicht nur nach außen, beispielsweise an die Bundesregierung. Es sind auch noch viele eigene Hausaufgaben im Land zu erledigen.

Meine Damen und Herren! Als Anlage ist dem Beschluss der Kohlekommission eine Reihe langer Listen beigefügt. Es sind Projektlisten der Länder. Sie sind auf 200 eng bedruckten Seiten mit insgesamt 1 400 Einzelprojekten zu finden. In den letzten Tagen konnte man manche Zeitungsartikel so lesen, als seien diese 1 400 Projekte beschlossene Sache und würden ab morgen umgesetzt.

Auf die Gefahr hin, Wasser in den Wein zu gießen, sage ich: Das ist nicht der Fall. Wir befinden uns auf der Ebene von Vorschlägen. Die Sammlung dieser Vorschläge war eine wichtige Voraussetzung, um bei den Verhandlungen in der Kommission deutlich zu machen, welche Dimension die Herausforderung in den Kohlerevieren hat und wie ehrgeizig die Länder diese Herausforderung angehen wollen und müssen.

Ich muss aber jedenfalls für unser Land feststellen, dass die in der Liste enthaltenen Vorschläge im Land nicht erörtert, geschweige denn ausdiskutiert sind. Wie hätte das denn im Rahmen des engen Zeitplans auch geschehen sollen? - Auch in den betroffenen Regionen war dies nicht der Fall. Ein Strukturwandel auf Zuruf wird aber nicht funktionieren.

Meine Damen und Herren! Mein Kollege Rüdiger Erben hat in dieser Woche zu Recht gesagt - ich zitiere -:

„Die Menschen im Mitteldeutschen Revier [...] wollen in Werkhallen, Laboren und Büros arbeiten und nicht in Luftschlössern.“ Er fügte hinzu: „Gradmesser sind neue Arbeitsplätze, wirtschaftlicher Erfolg und eine strukturelle Stärkung der Region.“

Es kommt jetzt also darauf an, für die betroffene Region konkret zu beschreiben, welche Branchen wir mit welchen Förderinstrumenten ansiedeln wollen, welche Rolle Forschung und Entwicklung dabei spielen und wie das Zusammenwirken zwischen der traditionellen Industrieregion und den wissenschaftlichen Potenzialen im Raum Halle-Merseburg organisiert und gestärkt werden kann. Es kommt auch darauf an zu beschreiben, wie die Verkehrserschließung und die Dateninfrastruktur den Erfordernissen einer neuen Wirtschaftsstruktur gerecht werden können.

Meine Damen und Herren! Bei der Kohleförderung und Kohleverstromung im mitteldeutschen Revier wird überdurchschnittlich oft mit hochqualifizierten Arbeitskräften gearbeitet. Unser Anspruch muss es sein, dass wir diese Qualifikation nutzen und erhalten. Die heutige Braunkohleregion muss „Hochqualifizierungsland“ bleiben. Deshalb wird ein branchenübergreifendes Management von Ausbildung und Weiterbildung eine wichtige Aufgabe des Übergangsprozesses sein.

Unsere Erwartung an die Landesregierung ist, dass sie die Konkretisierung der vorgeschlagenen Projekte in enger Abstimmung mit der Region, mit Unternehmen und Gewerkschaften, mit Hochschulen, mit Kommunalpolitikern und nicht zuletzt mit dem Landtag voranbringt.

Meine Damen und Herren! Es ist eine positive Nachricht, dass die neue Agentur für Cybersicher-

heit des Bundes im Raum Halle-Leipzig angesiedelt werden soll. Wir dürfen selbstbewusst davon ausgehen, dass die Bundesregierung nicht nur dem Prinzip gefolgt ist, der Osten müsse einmal etwas abbekommen. Vielmehr ist es die Qualität des wissenschaftlichen und technologischen Umfeldes, die für diese Standortentscheidung gesorgt hat.

Nun ist der Begriff „Raum Halle-Leipzig“ - auch wenn manche Bundestagsabgeordnete gern so tun, als wäre die Entscheidung für Halle schon gefallen; ich glaube, das ist nicht so - noch recht unbestimmt. Ob die Ansiedlung auf das Konto des Strukturwandels im mitteldeutschen Revier gebucht werden kann, wird von der eigentlichen Standortwahl abhängen. Für Sachsen-Anhalt macht es schon einen erheblichen Unterschied, in welchem Bundesland die Einrichtung schließlich angesiedelt wird.

Meine Damen und Herren! Das Bild Sachsen-Anhalts in der Welt wird in der jüngsten Zeit vor allem von seiner Geschichte geprägt. Ob Reformation oder Bauhaus - es sind Bilder von Dynamik und von Aufbruch in die Moderne, die die Menschen von hier mitnehmen.

Die Industriegesellschaften stehen jetzt am Beginn eines neuen Abschnitts der Moderne, in dem industrielle Produktion nur noch funktionieren wird, wenn sie nachhaltig organisiert ist. Es wäre ein lohnendes Ziel, das Land Sachsen-Anhalt auch diesmal als ein Labor der Moderne zu begreifen. Dieses Labor wird aber nicht im Elfenbeinturm entstehen. Es muss in der wirtschaftlichen Realität wachsen und Bestand haben. Vor allem: Es muss Menschen Arbeit und Lebensgrundlage geben. An diesem Ziel wollen wir gemeinsam arbeiten.

Ich freue mich auf die Diskussionen und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Glück auf!

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke an die Rednerin. Ich sehe keine Nachfragen. Dann können wir in der Debatte fortfahren. Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Farle.

(Zuruf von der AfD: Jetzt! - Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Robert! - Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD, trommelt mit den Fingern auf sein Pult)

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Beginn meines Beitrags eine kleine Feststellung treffen: Der Kohlekompromiss ist ein Triumph planwirtschaftlicher Überlegungen über marktwirtschaft-

liche Prinzipien und ein weiterer Sargnagel für den Industriestandort Deutschland.

(Beifall bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Das Gegenteil ist der Fall!)

Warum ist es ein Schritt in die Planwirtschaft? - Die aberwitzige Vorstellung, dass durch eine CO₂-Reduzierung in Deutschland tatsächlich irgendein messbarer Einfluss positiver Art auf das Klima stattfinden könnte, dieser messbare Einfluss - in positiver Hinsicht - auf eine geringere Erderwärmung ist eine reine Fiktion und Illusion. Das ist aber der messbare Zweck dieses Kohlekompromisses, nämlich die CO₂-Reduktion. Es wird nicht ein Milligramm weniger CO₂ produziert werden. Warum? - Weil wir den Strom in einigen Jahren, wenn die Atomkraftwerke dicht sind und die Erneuerbaren zugenommen haben, aus Nachbarstaaten beziehen werden, die gerade allesamt weitere Kohlekraftwerke bauen

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das ist doch nicht wahr!)

und dafür auch die Zertifikate benutzen, von denen mein Kollege gerade gesprochen hat. Das ist Polen, wo neue Kohlekraftwerke entstehen, das ist Tschechien, wo sie entstehen, das ist in den Niederlanden, wo sie entstehen. In China wird jeden Tag ein neues Kohlekraftwerk ans Netz gebracht. In Indien werden neue Kohlekraftwerke ans Netz gebracht. Die USA haben die Kohle wiederentdeckt. Aber wir retten die Welt in Deutschland, indem wir unsere heimische Energiequelle kaputt machen und aufgeben.

Das ist ein fataler Fehler, der zur Deindustrialisierung unseres Landes führt und speziell zum Schaden Sachsen-Anhalts gemacht wird.

(Beifall bei der AfD)

In der Folge werden Tausende Arbeitsplätze wegfallen. Vor allem werden die Strompreise weiter steigen, die Versorgungssicherheit wird abnehmen und der deutsche Steuerzahler wird mit Milliardensummen für die soziale Abfederung in die Pflicht genommen werden, die gar nicht notwendig sein würde.

(Silke Schindler, SPD: Sie brauchen nicht so zu schreien!)

An der Braunkohleindustrie im südlichen Sachsen-Anhalt und in angrenzenden Regionen hängen etwa 5 000 direkte Arbeitsplätze bei Tagebaubetreibern, bei Kraftwerksfirmen und Zulieferern. Hinzu kommen weitere 15 000 indirekt geschaffene Arbeitsplätze, die aus Dienstleistungen und erbrachter Kaufkraft resultieren. Bei diesen Arbeitsplätzen handelt es sich um gut bezahlte Arbeitsstellen, die im Schnitt doppelt so viel Bruttoeinkommen generieren wie im Durchschnitt in der Bundesrepublik, nämlich mehr als 60 000 €.

Bereits Ende 2017 berichtete der Mitteldeutsche Rundfunk - ich zitiere -, in Sachsen-Anhalt werden vor allem Menschen im Burgenlandkreis betroffen sein. Etwa 6 000 Arbeitsplätze könnten dort verloren gehen.

(Oliver Kirchner, AfD: Richtig!)

Betroffenen Kohlekumpeln sollen laut Kohlekommission nun vergleichbare Ersatzjobs angeboten werden. Sind das die Ersatzjobs, wenn sich die Uni Halle mit Zeitz über Forschungszentren streitet? Sind das Ersatzjobs für Kohlekumpel? - Es weiß doch jeder, dass das nicht stimmt. Diese Phrasen, die hier gedroschen werden, sind im Ruhrgebiet auch jahrzehntelang gedroschen worden. Am Ende waren die Zechen dicht, die Kohle war weg und die Leute waren arbeitslos. Dann ist das abgefedert worden mit zig Milliarden Euro - damals in Mark -, die Leute hatten aber keinen Job mehr. Das ist die wahre Situation. Darauf gehen Sie gar nicht ein.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Andreas Steppuhn, SPD)

Damit habe ich überhaupt nicht bestritten, dass wir in unserem Land jedes Jahr eine bis eineinhalb Milliarden mehr an Geld bräuchten, um eine sinnvolle Wirtschaftspolitik zu betreiben. Das hat mit diesem Kohlekompromiss aber so gut wie gar nichts zu tun.

Im Wahljahr 2019 sollen die ostdeutschen Wähler beruhigt werden. Darum geht es nämlich. Wer weiß denn schon, was die sogenannten Empfehlungen dieser Kommission in acht Monaten, wenn die Landtagswahlen hier im Osten vorbei sind, noch wert sind. Sie sind gar nichts wert. Sie werden schon heute infrage gestellt von LINKEN, GRÜNEN und vor allen Dingen den Umweltverbänden.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Stimmt doch gar nicht!)

- Natürlich stimmt das.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Nein!)

- Also, ich wäre traurig, wenn Sie mir zustimmen würden, weil das ja gar nicht möglich ist.

(Beifall bei der AfD - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Sie vertreten doch genau diese irrsinnige Klimapolitik, die zum Abbruch unseres Wirtschaftsstandorts führt. Sie stecken doch auch hinter den ganzen Angriffen auf Dieselfahrzeuge usw. Das ist doch alles kein Zufall. Deutschland soll deindustrialisiert werden. Das machen wir nicht mit. Diesen Kohlekompromiss können Sie sich irgendwann auch an die Backe putzen. Wenn sich die Mehrheitsverhältnisse in Berlin ändern, dann werden wir diese Sachen auch angreifen;

(Zuruf von Silke Schindler, SPD)

denn wir wollen, dass die Arbeitsplätze für die Menschen in diesem Land erhalten bleiben.

(Beifall bei der AfD - Dr. Hans-Thomas Tillschneider, AfD: Bravo!)

Ich komme zu dem wesentlichen Punkt, der damit auch zusammenhängt, nämlich zur Erhöhung der Strompreise. Sie wissen alle, auch diejenigen, die an diesem komischen Papier mitgearbeitet haben, dass die Strompreise deswegen exorbitant weiter steigen werden. Das sind sie in der Vergangenheit schon und sie werden noch viel mehr steigen. Warum? - Ganz einfach deshalb, weil der Ersatz der Braunkohle durch erneuerbare Energien durchgeführt werden soll.

Für erneuerbare Energien brauchen Sie einen wesentlichen Ausbau der Leitungsnetze. Sie brauchen für erneuerbare Energien die Lösung des Speicherproblems. Das sind zig Milliarden, die wir überhaupt nicht haben. Was wird also die Lösung sein? - Wir kaufen im Nachbarland Polen oder in Tschechien Strom dazu, viel teurer, als wenn wir ihn selber produziert hätten, und die Menschen bezahlen es mit Wohlstandsverlusten.

Dieser Irrsinn - das muss man den Menschen im Land klipp und klar sagen - führt am Ende dazu, dass jeder Haushalt von weiteren Belastungen getroffen wird. Ich habe es einmal herausgesucht: In den letzten Jahren waren es hier bei uns in den Städten schon teilweise mehr als 400 €, die hinzugekommen sind, und mehr als 200 € für Stendal, Burg und Zerbst. Das sind die Beträge. Es wird genauso weitergehen, weil uns die erneuerbaren Energien, wenn die Sonne nicht scheint und wenn der Wind nicht weht, gar nichts bringen, aber sehr viel Geld kosten, weil häufig Abschaltungen vorgenommen werden müssen.

Deswegen kann man sagen - -

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Farle, warten Sie bitte ganz kurz.

Robert Farle (AfD):

Ich habe noch 2:34 min.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Das weiß ich. Darum geht es mir gar nicht. Sie bekommen sogar 30 Sekunden mehr.

Es ist verhältnismäßig ruhig im Plenarsaal. Die Anlage funktioniert hervorragend. Ich habe selber manchmal ein Problem damit, aber Sie können ruhig ein bisschen leiser sprechen. Das werden wir alle dann auch noch verstehen. Es gibt schon Abgeordnete, die sagen, sie müssten raus, weil sie akustisch ein Problem bekämen.

Robert Farle (AfD):

Gut.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Versuchen Sie es einfach. Sie bekommen sogar ein bisschen mehr Zeit.

Robert Farle (AfD):

Gut. Dann bedanke ich mich. Ich versuche, meine Lautstärke ein bisschen herunterzufahren.

(Rüdiger Erben, SPD, lacht)

Aber ich rege mich darüber auf, welcher Unsinn hier als Lösung verkauft wird,

(Beifall bei der AfD)

während es in Wirklichkeit absolut gegen die Interessen der Menschen geht.

Der komplette Ausstieg aus der Braunkohle soll ausschließlich durch erneuerbare Energien kompensiert werden. Sie können dreimal raten, warum das so ist: weil man einige Leute reicher machen will, die in der grünen Wirtschaft angesiedelt sind. Wir haben jetzt genau den gleichen Prozess bei den sogenannten Erneuerbaren, dass es wirklich nur um wirtschaftliche Vorteile einer kleinen Minderheit auf Kosten der mittelständischen Betriebe geht, die auf preiswerten Strom angewiesen sind, auf Kosten der Privathaushalte, die auf preiswerten Strom angewiesen sind, und auf Kosten unserer Großunternehmen. Wer soll die Zeche bezahlen? - Natürlich die Verbraucher, natürlich die Leute, die auf diesen Strom angewiesen sind und den preiswert erzeugbaren Strom aus Braunkohle nicht mehr haben.

Dazu sage ich Ihnen. Das ist eine zutiefst asoziale Politik gegen die Interessen der Menschen in unserem Land. Wenn die Kenia-Koalition das als positiv verkaufen will, dann werden Sie einmal sehen, wie die Leute darüber diskutieren werden.

Nach der letzten Umfrage, die ich gelesen habe, sind immer noch 61 % oder 62 % der ostdeutschen Menschen dafür, dass die Braunkohle weiter genutzt wird, und zwar sinnvoll genutzt wird mit modernen Filteranlagen und auf eine Art und Weise, in der das gewährleistet ist.

Letzter Punkt: Sinkende Versorgungssicherheit. Ja, wir sind es alle nicht mehr gewohnt, dass es keinen Strom gibt. Im letzten Jahr gab es aber eine interessante Konferenz im Burgenlandkreis. Was passiert eigentlich, wenn der Fall eintritt, vor dem wir kurz vorher, nämlich vor ein paar Monaten, schon standen? - Das wissen die meisten nicht. Es wären nämlich unsere Stromnetze ausgefallen. Die Windkraftanlagen müssen nicht nur

dann abgeschaltet werden, wenn es keinen Wind gibt; dann gibt es sowieso nichts. Wenn es aber zu viel Wind gibt, dann müssen sie auch abgeschaltet werden, weil unsere Leitungsnetze dann gar nicht in der Lage sind, sinnvoll betrieben zu werden. Was machen wir, wenn die Anlagen dann nicht mehr angefahren werden können?

Leute, die in der DDR groß geworden sind, haben mitgekriegt, wie es ist, wenn der Strom einmal eine oder zwei Wochen lang fehlt oder wenn darum gekämpft werden muss.

(Silke Schindler, SPD, lacht - Zuruf von Dr. Katja Pähle, SPD)

Das wollen Sie in diesem Land wieder möglich machen. Dazu sagen wir als AfD: Nein. Wir brauchen Versorgungssicherheit für die Industrie, die Wirtschaft, die kleinen und mittelständischen Betriebe und die Verbraucher.

(Beifall bei der AfD)

Damit komme ich zum Schluss. Wir sind überhaupt nicht rückwärtsgewandt. Wir wollen durchsetzen, dass wir Millionen zur Verfügung gestellt bekommen, um eine sinnvolle wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Zu dieser sinnvollen wirtschaftlichen Entwicklung gehört aber die weitere Förderung von Braunkohle. Dazu gehören die Verstromung der Braunkohle und die stoffliche Verwertung der Braunkohle. Dazu gehören moderne Technologien, die man dafür einsetzen kann. Sie zerstören grundlos einen wichtigen Eckpfeiler unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Das sollen wir noch gutheißen? - Nein, danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt gibt es eine ganze Reihe von Fragen, Herr Farle. Diese lasse ich ohnehin erst einmal zu. Sie können dann entscheiden, wie Sie es machen. - Zuerst Herr Striegel.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Eine Zwischenintervention, Herr Präsident. - Herr Farle, ich möchte Sie bitten, von diesem Redepult dort vorne keine Unwahrheiten zu verbreiten.

(Oliver Kirchner, AfD: Das machen Sie ständig, Herr Striegel!)

Die Niederlande nehmen keine neuen Kohlekraftwerke in Betrieb. Die Niederlande haben im Jahr 2014 das letzte Mal drei neue Kohlekraftwerke in Betrieb genommen.

Robert Farle (AfD):

Eben.

Sebastian Striegel (GRÜNE):

Die Niederlande sind dabei, ein Klimaschutzgesetz zu verabschieden, mit dem sie bis zum Jahr 2030 vollständig aus der Kohle aussteigen werden. Sie werden alle ihre Kohlekraftwerke abschalten.

Die Niederlande haben beschlossen, dass in ihrem Land ab dem Jahr 2030 keine Autos mit Emissionen mehr zugelassen werden. Die Niederlande haben beschlossen, dass ab dem Jahr 2021 bei Neubauten keine Erdgasheizungen, sondern nur noch erneuerbare Energien verwandt werden dürfen oder nur noch Passivhäuser nach Passivhausstandard gebaut werden dürfen.

Die Niederlande haben außerdem vorgeschlagen, dass die CO₂-Emissionen auf europäischer Ebene, die sie selbst im Vergleich zum Jahr 1990 bereits um 49 % gesenkt haben - also über dem europäischen Schnitt -, noch weiter abgesenkt werden sollen, nämlich um 55 %. Bitte nehmen Sie diese Fakten zur Kenntnis und hören Sie auf, hier Lügen zu verbreiten.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE - Unruhe bei der AfD)

Robert Farle (AfD):

Dazu möchte ich selbstverständlich gern etwas sagen. Ihre ganze Ideologie ist ja in Bezug auf die Klimapolitik eine reine Lüge. Ansonsten verbreiten Sie hier gar nichts, Herr Striegel.

Die Realität ist, dass mit diesem Kohlekompromiss keine Tonne Kohlendioxid eingespart wird.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Nehmen Sie Stellung zu meinen Fakten! - Oh! bei der AfD)

Das, was Sie hier als Fakten verkaufen, ist einfach nur Quatsch.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Beziehen Sie sich doch mal auf die Fakten!)

Richtig ist, dass wir in Deutschland schon seit Jahren erzählen, dass die Kohlendioxid-Entstehung zurückgefahren wird

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie reden an dem Problem vorbei!)

und dass gar nichts zurückgefahren wurde.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Beziehen Sie sich auf meine Frage! - Lydia Funke, AfD: Nicht in Holland! Wir sind in Deutschland!)

Der Kohlendioxidausstoß hat sogar zugenommen. Genauso wird es auch in diesem Land gehen. Wissen Sie, was in Dänemark - -

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie müssen die Fakten zur Kenntnis nehmen! Sie reden einfach darum herum!)

- Herr Striegel, wissen Sie, was in Dänemark passiert ist?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Warten Sie jetzt mal. Stopp! Alle! - Also, ursprünglich ist die Idee: Jemand stellt eine Frage und ein anderer antwortet. Dazu gehört, dass man sich gegenseitig zuhört. Ansonsten macht das hier alles keinen Sinn. Insofern möchte ich jetzt versuchen, alle Beteiligten auf dieses Verfahren zurückzubringen.

Jetzt können Sie weiterreden, Herr Farle.

Robert Farle (AfD):

Ich wollte nur ein Beispiel dafür geben. Wir hatten schon einmal die Situation, dass die Dänen auch auf diesen lächerlichen Zug aufgesprungen sind und damals für Windmühlenflügel-Energieproduktion waren. Dann haben sie das ein Jahr lang gemacht und haben festgestellt, dass das absurder Quatsch ist. Dann haben die das in der Regierung komplett beerdigt. So wird das dort auch sein. Aber die haben erst einmal drei neue Kohlekraftwerke gebaut. Das haben Sie selber zugegeben.

So, gibt es weitere Fragen? - Mehr will ich zu dem ganzen Quark nicht sagen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Stopp, nein, nein, jetzt ist erst Herr Erben dran; der hatte sich als Nächster gemeldet.

Robert Farle (AfD):

Ja, Sie kommen wieder mit der Frage nach Profen und wo man weitermachen kann.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Warten Sie doch mal ab, Herr Farle. Noch einmal: erst zuhören und dann antworten.

Robert Farle (AfD):

Einverstanden.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Okay. - Bitte.

Robert Farle (AfD):

Gut, gut, gut.

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Farle, mal mit ganz großer Gelassenheit, wäre jetzt mein Rat.

Ich habe eine Anmerkung und zwei Fragen. Erstens. Von der von Ihnen vorhin erwähnten Konferenz im Burgenlandkreis ist mir unter anderem eines in Erinnerung geblieben, nämlich dass es vor mehreren hundert Leuten einen Zwischenruf von Ihnen gegeben hat: Das sei unwissenschaftlicher Quatsch, was dort vorgetragen werde. Das ist mir nachhaltig in Erinnerung geblieben. Es waren noch einige andere da, die das selbst miterlebt haben.

Zweitens, Herr Farle, zu meinen Fragen. Ich bin Mitglied einer stolzen Gewerkschaft, der IG BCE. Diese Gewerkschaft ist sehr stolz darauf, dass im Rahmen des Strukturwandels in der Steinkohle kein Kumpel ins Bergfreie gefallen ist. Damit ist gemeint, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen gab.

Sie haben vorhin gesagt, die Kumpel seien trotzdem arbeitslos. Mich würde jetzt interessieren, welche Erkenntnisse Sie zu den arbeitslosen Steinkohlekumpeln haben. Das haben Sie ja hier vorhin deutlich gemacht.

Jetzt kommt die erwartete Frage; vielleicht kriege ich von Ihnen heute eine Antwort darauf. Ihr anderer Bergbauexperte hat sich nämlich beim letzten Mal nicht dazu eingelassen.

In 2035 ist der letzte in Sachsen-Anhalt in Betrieb befindliche Tagebau ausgekohlt. Es gibt nur zwei nennenswerte Vorhaben in Sachsen-Anhalt, wo man Braunkohle noch fördern könnte. Das eine ist das Abbaufeld Plötzen und das andere ist die Egelner Mulde.

Sie haben vorhin vorgetragen, dass Sie auch nach 2035 in Sachsen-Anhalt Braunkohle verstromen wollen. Da würde mich interessieren, wo nach den Planungen und Vorhaben Ihrer Fraktion zukünftig der Abbau von Braunkohle zur energetischen Verwertung in Sachsen-Anhalt stattfinden soll. Wie gesagt, es gibt nur die zwei.

(Lydia Funke, AfD: Genau!)

Sie müssen nicht darum herumreden. Sie können sagen, was Sie damit meinen.

(Tobias Rausch, AfD: Das hat er doch schon mal gefragt!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Bitte.

Robert Farle (AfD):

Fangen wir an mit der Konferenz im Burgenlandkreis und mit meinem Zwischenruf. Es wäre natür-

lich schön gewesen, wenn Sie gesagt hätten, an welcher Stelle der Zwischenruf erfolgt ist. Ich habe mit Sicherheit keinen Zwischenruf bei den Ausführungen des Vorsitzenden der Mibrag gemacht. Denn der hat gesagt: Es ist unselig, dass man von einem Strukturwandel spricht, wenn man die Abschaffung der Braunkohle auf Perspektive meint.

Er war der Meinung: Was wir dort im Burgenlandkreis brauchen, sind eine langfristige Garantie für die Weiterführung der Braunkohle und eine Umprofilierung der Braunkohle stärker zu einer stofflichen Verwertung und zu neuen technologisch interessanten Möglichkeiten.

Was die Kenia-Koalition macht und was Sie auch befürworten - Sie sind ja ein Teil davon -, das ist genau der Tod der Braunkohle und nicht die Weiterentwicklung und stofflich bessere Verwertung.

(Zustimmung bei der AfD)

Der zweite Punkt ist: Über die IG BCE weiß ich noch sehr viel. Das ist für mich eine vergangene Zeit, aber das habe ich immer mitgekriegt: Die IG Bergbau und Energie hat immer solche Sachen ausgehandelt, bei denen am Ende rauskam, dass der Steuerzahler im Revier enorme Summen aufgebracht hat, damit die Bergbaukumpel versorgt waren und Geld bekommen haben.

(Andreas Steppuhn, SPD: Wo ist das Problem?)

Das wird aber hier nicht der Fall sein. Das hier sind alles Papiere, das steht da drin.

(Silke Schindler, SPD: Sie haben gesagt, sie sind arbeitslos geworden!)

Das ist Papier, das keinerlei Verbindlichkeiten hat. Das ist das Problem. Aber die Arbeitsplätze sind weg.

Dann müssen Sie einmal über folgendes Problem nachdenken: Wenn junge Leute, die in diesen Bergbaurevieren leben, mit einer Lehre in qualifizierten Berufen, die im Bergbau gebraucht werden, beginnen wollen, dann wird sich doch kaum noch jemand dazu bereiterklären, damit anzufangen, wenn er weiß, dass da bald nichts mehr los ist.

Das heißt, dieser sogenannte Kompromiss entfaltet nicht irgendwann Wirkungen, der entfaltet jetzt Wirkungen. Deswegen hat auch der Mibrag-Chef - den ich übrigens sehr schätze, ich habe ein paar Reden von ihm gehört -, der sehr durchblickt, was die Energiepolitik angeht, klipp und klar gesagt: Das ist eine Belastung für unsere weitere Tätigkeit. Wer wird sich denn da noch engagieren?

Was das dritte Problem mit dem Tagebau betrifft, so gebe ich Ihnen dazu die gleiche Antwort. Ich bin ein Verfechter - -

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Farle, ich will auf eines hinweisen. Im Gegensatz zu Herrn Haseloff ist bei Ihnen die Redezeit begrenzt, auch bei solchen Nachfragen.

Robert Farle (AfD):

Gut.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Machen Sie jetzt Ihren letzten Satz; darauf wartet Herr Erben schon die ganze Zeit. Dann ist erstmal Schluss.

Robert Farle (AfD):

Gut. - Ganz einfach: Ich bin ein Verfechter der sozialen Marktwirtschaft, und dazu gehört, dass die Unternehmen selber Pläne entwickeln, an welchen Stellen sie in geeigneter Form die Weiterführung ihrer Betriebe vorhaben.

(Jürgen Barth, SPD: Blödsinn!)

Da die Mibrag das will, gehe ich davon aus, dass sie diese Pläne hat und die auch beantragen wird, wenn sie jemals die Möglichkeit dazu bekommt, was Sie zu verhindern versuchen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. - Herr Erben, jetzt würde nur noch eine kurze Nachfrage Sinn machen. Also noch eine kurze Nachfrage, zu der es auch die Möglichkeit einer kurzen Antwort gibt, Herr Erben.

Rüdiger Erben (SPD):

Keine Nachfrage, weil ich die Hoffnung auf eine kurze Antwort aufgegeben habe. Ich stelle nur fest, dass keine meiner beiden Fragen beantwortet ist. - Herzlichen Dank.

(Lydia Funke, AfD: Hä?)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. - Dann haben wir noch Herrn Schumann, der jetzt an der Reihe ist.

Andreas Schumann (CDU):

Ich weiß gar nicht, wo ich anfangen soll. Zuerst möchte ich sagen, ich teile Ihre Meinung, was die Politik mit Blick auf den Diesel als Antriebskraft für Pkw angeht, da ich diesen Hype gegen den Diesel in Deutschland auch nicht für richtig halte. Man müsste sicherlich erst einmal über Schiffsmotoren usw. nachdenken.

Robert Farle (AfD):

Richtig.

Andreas Schumann (CDU):

Aber das war auch nicht das Thema der Debatte. Es ging jetzt um den Kohleausstieg. Ich wollte Sie fragen: Waren Sie schon einmal in China? - Ich war in China in unserer Partnerstadt in Harbin. Ich kann Ihnen sagen, im Januar vor zwei Jahren war dort die Luft zum Schneiden; man konnte dort kaum tief Luft holen. Es standen mehrere Kohlekraftwerke mitten in der Stadt.

(Lydia Funke, AfD: Aber das haben wir hier doch gar nicht!)

Die deutsche Ingenieurtechnik war immer Vorreiter für die Welt. Meinen Sie nicht, es wäre besser, dafür zu sorgen, dass zum Beispiel eine vorbildliche Klimapolitik und Energiepolitik für die Schwellenländer auch ein Vorbild sein könnten?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Dazu kann ich uneingeschränkt ja sagen. Eine vorbildliche Klimapolitik, die diese Länder dann selber zu entwickeln haben entsprechend ihrer Bedingungen, findet meine volle Unterstützung, nicht meine, sondern unsere, hundertprozentig.

Das Problem ist aber, die Chinesen reden von Elektromobilität in den Großstädten. Da wollen sie Autos ohne Emissionen. Kohlekraftwerke bauen die aber jeden Tag. Ich habe das gerade gesagt. Das können Sie in der Zeitung nachlesen. Die bauen jeden Tag ein neues Kohlekraftwerk.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das stimmt einfach nicht!)

- Das stimmt. Dann müssen Sie unserer Presse bescheinigen, dass die eigentlich die Leute nur belügt.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: In der AfD-Presse haben Sie das gelesen!)

Aber das ist nicht der Fall. In China entsteht jeden Tag

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie dürfen nicht nur Compact-Magazine lesen!)

ein neues Kohlekraftwerk. Ich habe das gestern oder vorgestern noch in der „Volksstimme“ oder der „MZ“ gelesen. Tut mir leid, das ist einfach so.

Das hat der Kollege jetzt indirekt auch bestätigt, denn er war ja in China. Ich kenne mich auch ein bisschen mit China aus, weil ich dort irgendwann mal etwas publiziert habe.

(Andreas Steppuhn, SPD: Als Kolumnist!)

Das muss ich auch sagen. Daher weiß ich, dass die das mit der Umwelt auf Konferenzen sehr,

sehr ernst nehmen. Und wenn es in ihrem eigenen Land um die Umsetzung geht, nehmen sie das genauso ernst, wie das in unserem Land Ernstgenommen wird.

Denn bei uns sind die Kohlendioxidwerte nicht zurückgegangen, obwohl wir seit einem Dutzend Jahren darüber schwätzen, dass das gemacht werden soll. So sieht es bei uns aus. Es geht auch nicht ein Milligramm Kohlendioxid weniger raus dadurch, dass hier dieser Kompromiss erzielt wird. Dann produzieren die anderen mehr Dreck. So sieht es aus.

Mit dem Klima hat das gar nichts zu tun, weil - wie gesagt - ein Zusammenhang zwischen dem Klima in der Welt und dem Kohlendioxidaustritt bis heute noch nicht nachgewiesen ist.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Ihnen ist wirklich nicht zu helfen!)

Den gibt es auch nicht. Das ist eine Fantasie in Ihrem Irrglauben.

(Zustimmung von Oliver Kirchner, AfD, von Hagen Kohl, AfD, und von Lydia Funke, AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie nehmen wissenschaftliche Erkenntnisse nicht an! - Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Das ist Ihre rege Fantasie.

(Zuruf von der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

In Ordnung, jetzt haben wir noch eine Frage, und zwar von Frau Frederking.

Robert Farle (AfD):

Na, das ist ja schön. Darauf freue ich mich schon.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Das ist keine Frage, sondern eine Zwischenintervention.

Robert Farle (AfD):

Das ist auch schön.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Beim Kohleausstieg geht es um Klimaschutz.

(Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Das ist ja die Debatte, die wir geführt haben. Es geht darum, dass die Klimakatastrophe nicht noch schrecklicher wird, als sie es heute schon ist. Ich erinnere nur an die Dürre im letzten Jahr.

(Oliver Kirchner, AfD: Das ist schrecklich! - Lydia Funke, AfD: Sie können das eh nicht aufhalten!)

Es geht also um nichts weniger als um die Rettung unserer Lebensgrundlagen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE - Zuruf von der AfD)

Sie definieren das und werten das ab mit „Es werden Phrasen gedroschen“. Genau das haben Sie vorhin gesagt. Leute wie Sie, die den Klimawandel verleugnen, verspielen die Zukunft der Jugend. Ihre Agitation geht auf Kosten der Schülerinnen und Schüler und der jungen Menschen, die heute auf dem Domplatz für ihre Zukunft demonstriert haben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und von Silke Schindler, SPD - Lachen bei der AfD - Zurufe von Lydia Funke, AfD, und von Daniel Roi, AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können antworten, bitte.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

Robert Farle (AfD):

Darauf gebe ich auch ganz gerne eine kurze Antwort.

Die Entwicklung des weltweiten Klimas hat mit dem CO₂-Ausstoß gar nichts zu tun, weil seit Jahrtausenden der Klimawandel stattfindet. Da das so ist,

(Wolfgang Aldag, GRÜNE: Nein! - Lydia Funke, AfD: Und es gibt auch keine Evolution, nein? - Weitere Zurufe von der AfD)

ist Ihre Ideologie völlig weltfremd. Den Kindern und den Jugendlichen wird gar nichts vorenthalten. Im Gegenteil, es wird vielen Jugendlichen, die in diesen Regionen leben, etwas vorenthalten, sodass sie keine Entwicklungsperspektiven haben.

Ich sage Ihnen heute schon voraus: Wenn wir Pech haben - ich will so eine Entwicklung nicht -, werden wir in diesen Regionen, die jetzt noch eine starke industrielle Basis haben, in einigen Jahren erleben, dass die ausbluten, ausdünnen. Wir haben das schon an vielen Stellen erlebt. Dann werden das Armutsregionen, die wir im Übrigen im Westen schon ewig kennen, ob das das Saargebiet oder ob das mittlerweile das Ruhrgebiet ist.

Genau das wollen wir nicht. Die ostdeutschen Menschen haben schon genug Entbehrungen und genug Ärger gehabt, die brauchen es jetzt nicht auch noch,

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Wir kriegen auf der ganzen Welt ein Problem, wenn wir den Klimawandel nicht endlich bekämpfen!)

dass ihnen die letzte Industrie weggenommen wird.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

So, nun können wir weiter vorankommen. Der Abg. Herr Zimmer hat jetzt für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte.

(Volker Olenicak, AfD: Nicht unbeliebt machen bei den Koalitionsfraktionen!)

Lars-Jörn Zimmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin fast geneigt, zu sagen: Zurück zur sachlichen Debatte, die das ganze Thema auch verdient hat.

Die Reaktionen auf den sogenannten Kohlekompromiss vom zurückliegenden Wochenende - das muss auch festgestellt werden - könnten unterschiedlicher nicht sein. Während die Ministerpräsidenten, die Energieerzeuger, aber auch die Gewerkschaften von einem Erfolg sprechen, hält es Kritik von Braunkohleunternehmen, von Umweltverbänden, von der Wissenschaft oder auch umgekehrt. Die differenzierten Meinungen zeigen, dass es offenbar nicht möglich ist, in der Frage der künftigen Energiegewinnung auf einen Nenner zu kommen.

Das ist schon bemerkenswert; denn am Tisch der Kohlekommission saß ein breites Spektrum von Aufgabenträgern aus Wirtschaft, Kohleindustrie, Politik, Umweltverbänden, Gewerkschaftsvertretern und Wissenschaft.

Kurzum: Man muss feststellen, dass die Zufriedenheit sehr diffizil ist und je nach Standpunkt der eigenen Betroffenheit variiert. Auch das verwundert zunächst, da, wie wir heute gehört haben, das Ganze bei nur einer Gegenstimme zustande gekommen ist.

Zunächst einmal muss man feststellen, dass der Kohleausstieg für die betroffenen Regionen durchaus eine positive Perspektive vorsieht. Genau das unterscheidet uns eben auch voneinander, dass wir positiv, konstruktiv in die Zukunft schauen und nicht nur rückwärtsgerichtet argumentieren wie Sie.

(Zustimmung von Bernhard Daldrup, CDU)

Unser Ministerpräsident hat die Eckwerte bereits mitgeteilt. Das jetzige positive Ergebnis ist zweifellos auch sein maßgeblicher Verdienst; denn er war es, der im zurückliegenden Halbjahr immer wieder mit großer Vehemenz darauf hingewiesen hat, dass ein erneuter Strukturwandel nicht zulasten der neuen Länder gehen darf.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Genau!)

40 Milliarden € stehen zur Verfügung.

(Volker Olenicak, AfD: Steuergelder!)

Das sind durchaus enorme und - das betone ich - zusätzliche Summen, die für strukturarme Regionen wie die Lausitz, das Helmstedter Revier oder das mitteldeutsche Revier im Süden unseres Bundeslandes durchaus sehr hilfreich sein können.

Bei den Kraftwerken soll es so sein, dass die letzte Einheit spätestens im Jahr 2038 abgeschaltet werden soll. Unsere beiden Kraftwerke - damit meine ich jene, die uns am nächsten stehen: Lippendorf und Schkopau - sind zwei hochmoderne Anlagen mit hohen Wirkungsgraden. Es ist schon allein aus diesem Grund sinnvoll, diese Anlagen bis zu dem derzeit vorgesehenen Ende der Kohleverstromung weiterhin zu betreiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind in diesen Tagen Zeitzeugen einer Entwicklung, die Deutschlands - ich benutze das Wort jetzt -

(Volker Olenicak, AfD: Zurückwerfen wird!)

Deindustrialisierung weiter vorantreibt. Vor Weihnachten wurde der Steinkohlebergbau beendet, ein einst sehr stolzer Industriezweig. Viele meiner Bergkameradinnen und Bergkameraden haben diese Feierstunde nicht so ganz als Feierstunde gesehen, sondern eher mit einem feuchten Auge betrachtet.

Die deutsche Steinkohle war über Jahrzehnte hinweg nicht nur ein gefragter Brennstoff, sie war der zentrale heimische Rohstoff für eine leistungsfähige Montanindustrie und eine stabile und unabhängige Energieerzeugung. All das haben wir innerhalb weniger Jahre einfach aufgegeben.

Jetzt sind wir an einem Punkt angekommen, wo wir eines der leistungsfähigsten und besten Energiesysteme der Welt gefährden, indem wir eine Wette abschließen, eine Wette, die nichts anderes ist als eine Hoffnung der Politik darauf, dass wir im Jahr 2038 Technologien haben werden, die Deutschlands Grundlast, in welcher Form auch immer, absichern.

(Zustimmung von Uwe Harms, CDU)

Es dürfte ein einmaliger Vorgang in der Weltpolitik sein, dass man, ohne technologische Alternativen zu haben, die energetische Versorgungssicherheit eines ganzen Landes aus einem einzigen Grund infrage stellt:

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Die Niederlande machen das auch!)

wegen des Klimaschutzes.

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU, von Uwe Harms, CDU, und von Robert Farle, AfD)

Das ist ohne Frage ein existenzielles und wichtiges Thema. Ich bin meinem Kollegen Uli Thomas sehr dankbar; denn er ist in den letzten Wochen und Monaten für unsere Fraktion unermüdlich im gesamten Bundesgebiet unterwegs gewesen

(Silke Schindler, SPD: Ach!)

und hat in einer Vielzahl von Gremien, bei Institutionen und auch in der Politik vor eben dieser Entwicklung gewarnt. Ebenso stolz bin ich auch auf meine Fraktion;

(Zuruf von Daniel Roi, AfD)

denn sie hat diesen rein ideologisch motivierten Kohleausstieg stets kritisiert. Und dabei bleiben wir auch.

(Zustimmung von Siegfried Borgwardt, CDU, und von Ulrich Thomas, CDU)

Eine unserer Forderungen war nämlich, dass man spätestens im Jahr 2030 den Kohleausstieg auf dem aktuellen Stand der Technik novelliert. Das heißt nichts anderes, als dass man prüft, ob sich die politischen Hoffnungen des Kohleausstieges mit der dann vorhandenen oder eben auch nicht vorhandenen Technik umsetzen lassen.

Das ist ein entscheidender Punkt, der in den Diskussionen auch lange Zeit überhaupt keine Rolle gespielt hat. Deshalb - noch einmal - bin ich froh über die Bemühungen meines Kollegen Uli Thomas und unseres Ministerpräsidenten, die am Ende erfolgreich waren,

(Zustimmung von Siegfried Borgwardt, CDU, und von Uwe Harms, CDU)

sodass man eine Novellierung des Kohleausstieges in den Jahren 2023, 2026, 2029 und 2032 festgeschrieben hat.

(Zustimmung von Uwe Harms, CDU - Siegfried Borgwardt, CDU: So ist es!)

Damit ich hier nicht bewusst missverstanden werde: Ich wünsche mir, dass die Operation am offenen Herzen der deutschen Energieversorgung gelingt. Ich möchte aber auch dafür sorgen, dass wir im Jahr 2038 nicht erleben, dass künftige Generationen feststellen, dass das, was wir heute beschließen und diskutieren, ein Rohrkrepierer war.

(Robert Farle, AfD: Genau!)

Wenn das Ergebnis im Jahr 2038 bedeutet, dass sich die Energiepreise verdoppelt haben, dass unser Energiesystem permanent kollabiert, dass die Wirtschaftsleistung unseres Landes aufgrund hoher Stromkosten kaum noch international wettbewerbsfähig ist, dass wir die Arbeitsplätze in der Braunkohle und Energieerzeugung abgebaut haben, uns aber gleichzeitig in energiepolitische Ab-

hängigkeiten von Nachbarstaaten, politisch fragilen Ländern - manche sagen, von Schurkenstaaten - begeben, dann haben wir genau das Gegenteil von dem erreicht, was wir eigentlich erreichen wollen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU und von Robert Farle, AfD)

Allein in Europa entsteht schon in den nächsten Jahren deutlich mehr an zusätzlicher Kraftwerksleistung, als wir in der Gesamtheit abschalten. Wem nutzt das? - Das sei hier als Frage gestellt. Dabei rede ich noch nicht einmal von den Schwellenländern, wo quasi im Vierteljahrestakt neue Kohle- und Kernkraftwerke ans Netz gehen. Doch auch das müssen wir wissen, auch das müssen Sie wissen, wenn Sie über Klimaschutz reden.

Ich habe in meiner Rede vor Weihnachten bereits ausführlich darauf hingewiesen, dass die deutsche Energiewende, international betrachtet, nicht gerade der große Exportschlager ist. Daher möchte ich Sie an dieser Stelle nicht mit weiteren Fakten in Bezug auf die Aufgabe des Know-hows im Kraftwerksbau, auf die Aufgabe ganzer Industrien, auf die Risiken für die Grundlastsicherung oder auf sonstige gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Zusammenhänge langweilen. All das können Sie den Protokollen entnehmen.

Jetzt gilt es - und dafür stehen wir - in der Tat, nach vorn zu schauen. Wir wollen nicht den Status quo einfrieren, wir wollen eine vernünftige Zukunft gestalten mit einem Sowohl-als-Auch. Die durchaus gute Förderung muss gezielt in die Braunkohleregionen gehen und eben nicht in Gegenden, wo man von der Kohleförderung allenfalls mal etwas gehört hat. Wir haben hier die einmalige Chance, den Süden Sachsen-Anhalts zu einer neuen Innovations- und Zukunftsregion zu entwickeln.

Uns alle sollte der politische Gedanke beseelen, dass wir diesen Strukturwandel mit einem Mehr an Arbeitsplätzen, mit einem Mehr an Lebensqualität und mit einem Mehr an nachhaltiger Wirtschaftsleistung in den betroffenen Regionen abschließen. Dies gilt vor allem auch für die Nachhaltigkeit der Investitionen. Wir müssen - das sage ich in aller Deutlichkeit - die im Kohlekommiss vereinbarten Einzelprojekte dringend auch auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen. Dazu im Einzelnen vielleicht unter dem nächsten Tagesordnungspunkt noch etwas.

Meine Damen und Herren! Es muss uns gelingen, fließend, mit der Förderpolitik der Gießkanne, die wir zunächst brauchen, das Herausbilden von Leuchttürmen zu initiieren. Darum fordert meine Fraktion vom Bund schon lange ein Planungsbeschleunigungsgesetz für Infrastrukturprojekte

im Bereich der Straße, im Bereich der Schiene, bei den Wasserstraßen, im Energiesektor und für den Ausbau des Mobilfunknetzes.

Wir brauchen Forschung und Entwicklung nicht nur in staatlichen Bereichen wie den Hochschulen, nein, wir brauchen es vor allem für den privaten Sektor. Unsere Industrie und unsere Unternehmen sind enorm leistungsfähig, und wir müssen dafür sorgen, dass wir die Wirtschaft bei der Finanzierung neuer Innovationen mehr denn je fördern. Das sind wir den Menschen in Mitteldeutschland schuldig.

Die Zustimmung zur Energiewende ist in Ostdeutschland nicht besonders hoch. Die Politik hat es jetzt in der Hand, wir alle haben es jetzt in der Hand, diese Skepsis zu zerstreuen. Ich hoffe sehr, dass unsere Nachfolger in diesem Hohen Hause, in diesem Plenum im Jahr 2038 sagen werden: Ja, wir haben es geschafft, dank der guten und positiven Weichenstellung unserer Vorgänger.

In diesem Sinne komme ich noch einmal zurück auf die Überschrift der heutigen Debatte. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der einbringenden Fraktion, von den GRÜNEN, wir haben uns die Mühe gemacht, das, was Sie hier geschrieben haben, einmal zu übersetzen:

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Ergebnisse der Kohlekommission -

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Aber die Frage habe ich doch in der Rede beantwortet!)

Chancen und Geschenk für Sachsen-Anhalt.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: So ist es!)

Wir haben das eine Wort einmal für Sie übersetzt. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Wenn Sie mir zugehört haben, wissen Sie das!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe eine Frage, und zwar von Herrn Roi. Herr Roi, Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank. - In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit mache ich es auch kurz. - Herr Zimmer, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Sie haben auch kritisiert, dass offenbar kein Konzept hinter der Energiewende steht. Deswegen frage ich Sie jetzt konkret: Sind Sie für den Kohleausstieg, ja oder nein? Und wenn ja, wann soll er denn kommen?

Lars-Jörn Zimmer (CDU):

Herr Roi, wenn Sie mir richtig zugehört hätten, dann wüssten Sie, dass ich nicht eine Konzeptionslosigkeit kritisiert habe. Vielmehr habe ich ganz deutlich gemacht, dass sich der Ausstieg aus einer Technologie am Stand der weiterführenden Technik zu orientieren hat. Daran hat sich auch ein Kohleausstieg zu orientieren. Deswegen kann niemand von uns irgendwelche Zeiten nennen.

(Zustimmung von Siegfried Borgwardt, CDU, und von Ulrich Thomas, CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann sind wir am Ende dieses Debattenbeitrages angekommen. Zum Abschluss der Debatte spricht jetzt Frau Eisenreich für die Fraktion DIE LINKE. Bitte sehr.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit dem vergangenen Wochenende liegt nun der Bericht der Kohlekommission vor. Endlich, möchte man sagen, ist auch fixiert, dass der Kohleausstieg kommt, obwohl dies gerade hier in Sachsen-Anhalt, glaube ich, längst schon klar gewesen sein sollte. Er ist klimapolitisch absolut dringend und notwendig.

Endlich liegt auch ein gewisser Fahrplan vor. Der finanzielle Rahmen mit 40 Milliarden € vom Bund auf 20 Jahre, also 2 Milliarden € pro Jahr, für Strukturhilfen und Beschäftigungssicherung in den betroffenen Regionen ist ein positives Signal für die Menschen in allen Revieren, so auch im mitteleuropäischen Revier.

Angesichts mutmaßlicher Strompreissteigerungen ist die Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher durch die Abschaffung der Stromsteuer und durch eine Reduzierung der Netzentgelte ein richtiges und wichtiges Zeichen. Das sind übrigens zwei Aspekte, die wir als LINKE schon lange fordern.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt gilt es, die Vorgaben des Berichtes auf Bundesebene zügig in Gesetze zu gießen und vertraglich auszugestalten.

Allerdings ist zu diesem Bericht auch reichlich Grundsatzkritik angebracht. Erstens. Klimapolitisch beginnt der Ausstieg mit einem schwachen Einstieg. Die angekündigten Abschaltungen von Kohlekraftwerken führen nicht einmal im Ansatz dazu, die Ziele bei der CO₂-Reduzierung zu erreichen.

Mit dem Vom-Netz-Nehmen der Kraftwerke und ihrer Leistung werden wir die Ziele, die wir uns

bis 2020 bzw. 2022 gestellt haben, bei Weitem nicht erreichen. Wir müssten 22 GW abschalten, um einigermaßen auf dem Pfad der CO₂-Reduzierung zu bleiben. Davon werden wir weit entfernt sein; denn wir erreichen diesen Pfad erst im Jahr 2030.

Mit dem Jahr 2038 liegt das Enddatum für den Kohleausstieg übrigens auch hinter dem Datum, das DIE LINKE bereits im Jahr 2015 in ihrem Wahlprogramm mit 2035 fixiert hatte. Damit wird Deutschland dem Klimaschutz, aber auch dem Gesundheitsschutz, das heißt den Hauptgründen für den Ausstieg aus der Kohleverstromung, nicht gerecht.

Wir bleiben dabei: Im Interesse des Klimaschutzes dürfen die Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen nicht aufgegeben werden.

(Zustimmung von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

Es darf keine faulen Kompromisse oder ein Einknicken geben. Wir müssen hier schnell handeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Die Kohlekommission sieht für Kraftwerksbetreiber Entschädigungen und Stilllegungsprämien vor, selbst für Anlagen mit einer Laufzeit von mehr als 25 Jahren, die damit bereits abgeschrieben sind. Nachdem also Kraftwerksbetreiber viele Jahre lang direkt oder indirekt subventioniert worden sind, soll ihnen nun erneut Steuergeld hinterhergeworfen werden. Das ist absolut unverständlich und ein verheerendes Zeichen für andere Branchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn das bedeutet, wir können leistungslos die Hände aufhalten, falls wir vor einem Strukturwandel stehen. Dabei haben zahlreiche Rechtsgutachten festgestellt, dass die Stilllegungen auch ohne derartige Transferzahlungen möglich sind. Wir fordern, dass mit den Transferzahlungen grundsätzlich der Strukturwandel in den betroffenen Regionen unterstützt und die Beschäftigten sozial abgesichert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Nach dem Bundesberggesetz gilt, dass die Bergbauunternehmen für die Folgekosten des Kohleabbaus aufzukommen haben. Es gilt also das Verursacherprinzip, und zu diesem bekennt sich auch die Kohlekommission. Aber hinlänglich bekannt ist, dass die dazu erforderlichen bilanziellen Rückstellungen zu gering sind und nicht liquide vorliegen, wo sie notwendig sind.

Was passiert dann? - Die mit Steuergeldern finanzierten Stilllegungsprämien und Entschädigungen werden zur Rekultivierung aufgewendet. Und wieder sind es faktisch die Steuerzahler, die

gesamte Gesellschaft, die dafür aufkommen müssen, dass die jahrzehntelang subventionierten Kohleunternehmen ihrer Verantwortung nicht gerecht werden.

Viertens. Energieintensive Industrien werden dauerhaft entlastet. Das kritisieren wir seit Langem. Diese Entlastung beträgt aktuell 300 Millionen € pro Jahr. So profitieren sie nun zusätzlich ebenfalls von sinkenden Netzentgelten und der abgeschafften Stromsteuer.

Damit wird die nicht sachgerechte Privilegierung dieser Industrien bei Umlagen und Abgaben verstetigt. Dies ist aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt und führt künftig auch dazu, dass die Energiekosten ungleich zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher umgelegt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Fünftens. Die Kohlekommission regt die stoffliche Nutzung von Braunkohle jenseits bisheriger Spezialanwendungen zur Herstellung von Montanwachsen und Aktivkohle an. Dabei sollen allerdings wie in der Vergangenheit Brenn- und Treibstoffe sowie Chemikalien hergestellt werden. Das ist aus unserer Sicht kein gangbarer Weg, weil der CO₂-Ausstoß gleich bleibt und damit Klimaschutz und Effizienz konterkariert werden.

An dieser Stelle wären andere Ansätze notwendig, zum Beispiel die Herstellung von Grundstoffen und darauf basierenden chemischen Produkten aus CO₂. Dazu sollten vor allem die in der Region bereits vorhandenen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Zusammenarbeit mit den Chemiestandorten in Mitteldeutschland Forschung und Entwicklung betreiben.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist eine der großen Chancen für die Region, die zugleich Arbeitsplätze und damit Perspektiven für künftige Generationen schaffen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Richtig und begrüßenswert ist, dass sich die Kommission auch mit der Versorgungssicherheit beschäftigt hat. Investitionsanreize und beschleunigte Genehmigungsverfahren für Gaskraftwerke auch an den Standorten alter Kohlekraftwerke sowie die Förderung von Forschung und Entwicklung mittels sogenannter Reallabore für Langzeitspeicher sind gerade für das mitteldeutsche Revier wichtige Perspektiven, die unbedingt genutzt werden müssen.

Mit diesen und vielen anderen Maßnahmen kann die Region zur Innovationsregion werden. Dies ist eine große Herausforderung, aber eben auch eine riesige Chance.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Frage sei erlaubt: Warum sollte es nicht möglich sein, dass im Land vorhandene Kohlekraftwerke, die zwar zu den modernsten gehören und erst spät abgeschaltet werden sollen, bereits früher den Schritt zur Umwandlung in ein Gaskraftwerk gehen? - Das haben übrigens kommunale Unternehmen auch geschafft. Ich denke dabei an das Beispiel der Stadtwerke Dessau, die bereits zum Ende des ersten Quartals dieses Jahres aus der Kohleverbrennung aussteigen.

Zugleich soll laut Bericht die Zubaumenge erneuerbarer Energien erhöht werden. Auch dies ist für Sachsen-Anhalt ein gutes Signal, leiden wir doch seit einiger Zeit unter den zurückgehenden Ausschreibungsmengen für Ökostromanlagen. Damit kann nicht nur der vom Strukturwandel betroffene Landessüden profitieren, sondern die gesamte Branche der erneuerbaren Energien, die in den letzten Jahren unter den verschlechterten Ausbaubedingungen gelitten hat.

Machen wir uns nichts vor: Der Ausbau erneuerbarer Energien in Sachsen-Anhalt stagniert. Besonders bei der Stromerzeugung mittels Fotovoltaik hat Sachsen-Anhalt noch sehr viel Luft nach oben.

Den Strukturwandel mit den Menschen und für die Menschen vor Ort sozialverträglich und ökologisch nachhaltig zu gestalten, ist die Grundforderung der LINKEN. Mit der getroffenen Sicherheitszusage im Bericht kommt die Kohlekommission unseren Forderungen nach Beschäftigungsgarantie und Einkommenssicherheit, nach Weiterbildung und Qualifizierung schon recht nahe. Hierbei konnten sich dankenswerterweise Kommunen, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften in der Kohlekommission durchaus durchsetzen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Wie dies dann allerdings gesetzlich und tariflich tatsächlich ausgestaltet wird, bleibt abzuwarten. Hierbei dürfen wir als Land und als Politiker die Menschen nicht alleinlassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb muss die Landesregierung endlich aktiv werden und aus eigener Verantwortung den Strukturwandel sozial gestalten. Dabei geht es nicht darum, mal hier, mal dort ein Projektchen anzuschieben. Hierbei geht es um die Entwicklung und um Perspektiven einer ganzen Region, noch dazu über Ländergrenzen hinaus.

Aber offensichtlich hat die Landesregierung noch keinen richtigen Plan; denn was im Bericht der Kohlekommission in der Projektliste aufgeführt wird, sieht eher nach einer zusammengewürfelten Wunschliste aus, in der ein Bezug zum Strukturwandel nicht immer deutlich wird.

Hierbei gilt wohl eher das Motto, dass an dieser Stelle Versäumnisse des Landes in der Vergangenheit mit Bundesmitteln aufgearbeitet werden und Landesmittel eingespart werden sollen. Verantwortung der Landesregierung sieht anders aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Obwohl Vereine, Verbände, Kommunen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen in der Region längst aktiv sind, konkrete Projekte mit wenig Förderung angeschoben haben und sich länderübergreifend engagieren, sind diese Ideen offenbar nicht in der Projektliste aufgegriffen worden.

Die Menschen vor Ort begreifen den Strukturwandel nicht nur als Bedrohung. Nein, sie setzen sich seit Längerem aktiv und mit vielfältigen Ideen für die Entwicklung der Region und für Perspektiven der Menschen ein. Sie brauchen hierbei unsere Hilfe und Unterstützung, damit der Strukturwandel gelingt.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was, meinen Sie, würde die Mehrheit hier im Saal auf die Frage antworten: Wie wichtig sind Ihnen Ihre Kinder, Ihre Enkel und deren Zukunft?

(Zurufe von der AfD)

Die Antwort wäre wohl einmütig: Ich tue alles für meine Kinder und Kindeskinde, damit sie es einmal gut haben. Aber wissen wir eigentlich, was dieses „sie sollen es einmal gut haben“ für sie, also für Ihre Kinder und Kindeskinde, bedeutet? Schauen wir dabei nicht zu sehr durch unsere Erwachsenenbrille?

Ein Blick heute Vormittag auf den Domplatz oder auf Straßen und Plätze in ganz Deutschland und Europa zeigt: Kinder und Jugendliche haben begriffen, dass die Erde und damit ihre eigene Zukunft in Gefahr sind und dass sie nur diese eine haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit der von der 16-jährigen Schwedin Greta Thunberg initiierten Bewegung „Fridays for Future“ sagen die jungen Menschen ganz klar, dass wir Erwachsenen mit unseren zögerlichen und falschen Entscheidungen in der Klimapolitik nicht begriffen haben, welche Konsequenzen dies für nachfolgende Generationen hat.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Eisenreich, das ist sicherlich wichtig, aber über Ihre Redezeit hinaus. Bitte den letzten Satz. Dann müssen wir weitermachen.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Wie viele Minuten hatte der MP?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann hätte ich es festgestellt, Frau Eisenreich. Da ich es nicht festgestellt habe, haben alle nur zehn Minuten Redezeit.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Okay. Dann den letzten Satz. - Sie zeigen also einen Weitblick und ein Engagement, das mir allerhöchsten Respekt abnötigt. Mir ist vor der Zukunft nicht bang. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe eine Wortmeldung des Kollegen Erben, die sich, so erahne ich es, nicht auf den Redebeitrag der Frau Eisenreich bezieht. Herr Erben kann jetzt an das Mikro gehen.

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Präsident, ich möchte den Antrag stellen, die Sitzung nach diesem Tagesordnungspunkt für eine halbe Stunde für eine Mittagspause zu unterbrechen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Da es sich um ganz elementare Bedürfnisse der Abgeordneten handelt,

(Heiterkeit)

die sozusagen mit der Freiheit des Mandates mehr als mit der Fraktionszugehörigkeit zu tun haben, würde ich darüber gern abstimmen lassen. Wer dem Vorschlag, eine 30-minütige Mittagspause zu machen, zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen?

(Zuruf: Das sind mehr! - Minister Marco Tullner: Weniger! - Unruhe)

- Das kann nicht wahr sein. Das müssen wir auszählen.

(Heiterkeit)

Noch einmal: Wer ist dafür?

(Minister Marco Tullner: Das ist die Mehrheit! - Unruhe - Schriftführerin Kristin Heiß: Wenn wir zählen sollen, müssen Sie die Arme oben lassen! Danke!)

- Ich habe 18 gezählt. Wer ist dagegen?

(Minister Marco Tullner: Deutlich weniger! - Schriftführer Uwe Harms: Deutlich mehr!)

Der Antrag ist abgelehnt worden, Herr Erben.

(Zustimmung bei der AfD und von Minister Holger Stahlknecht)

Dann machen wir jetzt weiter.

Wir kommen nunmehr zum nächsten Tagesordnungspunkt, zu

Tagesordnungspunkt 5

Beratung

Studenten sollen studieren - Schluss mit der politischen Agitation an unseren Hochschulen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/3844**

Der Einbringer ist Herr Dr. Tillschneider. Sie haben das Wort.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! „Demokratie da, wo sie hingehört“ - dieses Postulat stammt nicht von einem Protagonisten der konservativen Revolution und auch nicht aus irgendwelchen neurechten Gedankenfabriken, wie Sie vielleicht vermuten. Nein, es stammt von Max Weber, dem Begründer der Soziologie, dessen wissenschaftliche Autorität so schwer wiegt, dass hoffentlich niemand in diesem Haus seine These als indiskutabel abtun wird.

„Demokratie da, wo sie hingehört“ steht in Max Webers Vortrag „Wissenschaft als Beruf“. Im Kontext ist damit die Besoldung von Dozenten nach Hörerzahl gemeint, was Max Weber kritisiert, weil Popularität noch nie ein Indikator für gute Wissenschaft war. Damit hat er sicherlich Recht, doch davon soll heute nicht die Rede sein.

Der Satz „Demokratie da, wo sie hingehört“ eignet sich aber auch, um entgegen der 68er-Forderung nach Politisierung und Demokratisierung aller Lebensbereiche daran festzuhalten, dass es Lebensbereiche gibt, die frei von Politik bleiben dürfen, dass insbesondere wissenschaftliche Erkenntnis niemals Gegenstand demokratischer Verhandlung sein kann und dass vollends die Parteipolitik an der Universität nichts, aber auch gar nichts verloren hat.

(Zustimmung bei der AfD)

Das Geschäft der Politik ist die Willensbildung. Das Geschäft der Wissenschaft ist die Wahrheitsfindung. Das sind verschiedene Dinge. Wenn es eine Lektion gibt, die aus der Zeit der NS-Diktatur zu lernen wäre, dann die, dass hierbei strikt zu trennen ist und die Wissenschaft sich nie wieder zur Handlangerin der Politik machen darf und die

Politik sich aus der Wissenschaft und der Universität herauszuhalten hat.

(Beifall bei der AfD)

Mit ihren Machtansprüchen und ihren Verführungsgewalt verzerren die Politik wissenschaftliche Erkenntnis. Forderungen geben sich als Fakten aus, das Recht wird gebeugt, an die Stelle der wissenschaftlichen Redlichkeit tritt die Gefälligkeit. Nietzsche und Foucault haben wohl recht damit, dass sich hinter jedem Diskurs ein Wille zur Macht verbirgt.

Die daraus zu ziehende Konsequenz aber kann doch nicht sein, an der Universität fröhlich draufloszupolitisieren, sondern kann nur sein, der Verzerrung des wissenschaftlichen Diskurses durch Machtfragen, soweit es eben möglich ist und wo immer es möglich ist, entgegenzuwirken, also die Politik aus der Universität herauszuhalten.

Deshalb haben wir unseren Antrag eingebracht, dessen Titel fordert: Studenten sollen studieren. Die Universität ist nicht da, damit Studenten ein Feld haben, auf dem sie Politiker spielen können. Das Seminar ist kein Übungsraum für den Parteitag. Der Hörsaal ist keine Durchgangsstation zum Plenarsaal. Zumindest sollte er das nicht sein.

Die Universität ist da, damit junge Menschen lernen und sich bilden. Die Alma Mater ist nicht da, um dem Machtstreben, sondern um dem Hunger nach Erkenntnis Nahrung zu geben.

Dies ist keine Jedermannsangelegenheit. Entscheidungsbefugt in wissenschaftlichen Angelegenheiten sollte nur derjenige sein, der in wissenschaftlichen Angelegenheiten auch über Autorität verfügt. Autorität in der Wissenschaft setzt zwar eine gewisse Begabung voraus, wird aber erst im jahrelangen Studieren und Forsuchen erworben und von der Fachwelt anerkannt.

Studenten können darüber noch nicht verfügen. Deshalb ist es ein Fehler, Studenten an grundlegenden Entscheidungen die akademischen Angelegenheiten betreffend zu beteiligen. Was am besten für die Wissenschaft ist, können nur diejenigen wissen, die weit in der Wissenschaft gekommen sind, also Professoren und Dozenten.

Interessanterweise erklärt das politische Establishment die öffentliche Sache, die Res publica, zu einer Angelegenheit von Experten. Wenn wir, die AfD, daran festhalten, dass in Fragen der Republik jeder Bürger gleich kompetent ist, dann schimpfen Sie uns Populisten.

Gleichzeitig aber sprechen Sie umgekehrt an der Universität jedermann, vom schlechtesten Studenten bis zur Reinigungskraft, Zuständigkeit für die Res academica, die akademischen Dinge, zu. Wie verrückt ist das denn?

Sie bringen die Expertokratie in die Republik, wo sie nichts verloren hat, und die Demokratie in die Expertenrepublik, wo sie nichts verloren hat. Umgekehrt wäre es richtiger. An der Universität darf und soll Expertokratie herrschen. In der Republik aber muss Demokratie herrschen.

(Beifall bei der AfD - Zustimmung von Frank Scheurell, CDU)

Sie stellen die Verhältnisse auf den Kopf und verderben mit Ihrem Treiben beides, Wissenschaft und Politik. So zeigt sich erneut, hinter dem Wirken der Alt-68er verbirgt sich ein stilles Zerstörungswerk. Sie ruinieren die Republik und sie ruinieren die Universität.

(Hendrik Lange, DIE LINKE, lacht)

Wir widersetzen uns dem mit grundsätzlichem Anspruch. Insbesondere halten wir an unseren tradierten Institutionen und deren systemimmanenten Gesetzmäßigkeiten fest und fordern deshalb hiermit zum vierten Mal: Demokratie da, wo sie hingehört.

Mit gutem Grund und aus ähnlichen Erwägungen, wie ich sie eben vorgetragen habe, legt § 61 Abs. 2 des Hochschulgesetzes unseres Landes auch schon in der aktuellen Fassung fest - ich zitiere -:

„Die Gruppe der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen muss in allen Gremien mit Entscheidungsbefugnis in Angelegenheiten der Forschung, der künstlerischen Entwicklungsvorhaben, der Lehre, der Berufung von Professoren [...] über die absolute Mehrheit der Sitze und der Stimmen verfügen.“

Das Hochschulgesetz sichert also dem akademischen Personal eine Entscheidungsmehrheit. Wenn das so ist, dann können wir aber auch ehrlich sein und den Senat gleich zu einem Professoren- und Dozentengremium machen. Dafür spricht auch der Umstand, dass Studenten durch die Sitze im Senat und die Studentenschaft doppelt repräsentiert sind, was der Nestor des Hochschulrechts Prof. Werner Thieme schon seit jeher für problematisch gehalten hat.

Wenn wir diese Doppelrepräsentanten lösen wollen, wäre es aber sicher besser, die studentischen Sitze im Senat zu streichen und dafür die Studentenschaft beizubehalten, als umgekehrt.

Was nun die Studentenschaft angeht, so muss sie allerdings gründlich entpolitisiert und auf studentische Angelegenheiten beschränkt werden. Wenn es drängt, sich politisch zu betätigen, der kann doch in die Jugendorganisationen der Parteien gehen, in die Junge Alternative zum Beispiel, die besonders zu empfehlen ist,

(Heiterkeit und Zustimmung bei der AfD - Siegfried Borgwardt, CDU: Das war der Werbeblock! - Sebastian Striegel, GRÜNE: Er wirbt für Extremisten!)

weil den Jugendlichen dort keine linken Ideologene eingetrichtert werden und sie in Freiheit ihren gesunden Menschenverstand entfalten können, was der Persönlichkeitsbildung sehr zuträglich ist.

(Zustimmung bei der AfD)

Aber zurück zu den Studentenschaften. § 65 des Hochschulgesetzes verpflichtet aktuell die Studentenschaft dazu, die Bereitschaft ihrer Mitglieder zu aktiver Toleranz sowie zum Eintreten für die Grund- und Menschenrechte zu fördern. So steht es im Gesetz.

Spätestens seit dem Gutachten des Verfassungsschutzes gegen die AfD wissen wir, dass die Grund- und Menschenrechte in der Auslegung durch das linksliberale Establishment leider nur noch als beliebig dehnbare Gummibegriffe fungieren, um mit ihnen die einzig echte Opposition in diesem Land zu erledigen.

(Beifall bei der AfD)

Was die aktive Toleranz angeht, so ist sie ein Widerspruch in sich. Tolerieren bedeutet im allgemeinen Sprachgebrauch etwas gelten lassen, obwohl es nicht den eigenen Auffassungen entspricht. Man geht eben nicht gegen jemanden vor, nur weil er eine andere Meinung hat. Eine durch und durch passive Angelegenheit, das ist Toleranz. Wie ich aktiv etwas nicht tun kann, müssen Sie mir erklären.

Diese Paradoxie zeigt aber schon an, dass mit der aktiven Toleranz in der Realität natürlich keine Toleranz, sondern das Gegenteil von Toleranz gemeint ist. Die Verpflichtung der Studentenschaften zu aktiver Toleranz ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Freibrief, nach Lust und Laune jeden zu drangsalieren, der nicht in das linke Meinungsbild passt.

(Beifall bei der AfD)

Aktive Toleranz an unseren Universitäten heißt, dass eine jederzeit mobilisierbare Hetzmeute auf Pfiff alles angreift, was der linken Meinungsdictatur widerspricht.

(Beifall bei der AfD - Olaf Meister, GRÜNE, lacht)

Die Beispiele dafür sind zahlreich. Ich könnte auf meinen persönlichen Fall eingehen oder auf die politische Verfolgung, unter der Prof. Rauscher an der Universität Leipzig zu leiden hat.

Ich will aber nur daran erinnern, wie Anfang 2017 ein fanatisierter Studentenmob einen von der

Hochschulgruppe der Jungen Alternative organisierten Vortrag des Hirnforschers Prof. Wolf gesprengt hat.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Kreischend und außer sich vor Wut sind die Studenten in den Saal eingedrungen und haben auf die Anwesenden Mitglieder der Jungen Alternative eingepöbeln - -

(Zurufe von Dr. Falko Grube, SPD, und von Sebastian Striegel, GRÜNE - Widerspruch und Lachen bei der AfD)

- Na ja. - Sinnigerweise muss ich Sie jetzt überschreien.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wenn sich sozusagen die Möglichkeit ergibt, würde ich gern etwas dazu sagen.

(Heiterkeit)

- Danke. Die gibt es jetzt. Ich würde jetzt alle Beteiligten dazu auffordern, den Geräuschpegel ein bisschen herunterzunehmen, vielleicht auch den einen oder anderen Reizbegriff ein bisschen außen vor zu lassen. Das ist im Normalfall in einer solchen Situation ganz gut für den Blutdruck. - Jetzt können Sie weitermachen, Herr Tillschneider.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Vielen Dank. - Sinnigerweise haben diese Studenten bei ihrem Veitstanz ein Modell des menschlichen Gehirns zerstört, wobei ich nicht glaube, dass ihnen die subtile Ironie dieser Handlung aufgefallen ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Maßgeblich beteiligt an der Aktion war der Studentenrat der Uni Magdeburg. Dazu sagen wir: Solche totalitären Exzesse dürfen sich nicht mehr auf das Hochschulgesetz berufen können.

(Zuruf von der AfD: Richtig!)

Deshalb fordert die AfD-Fraktion: Raus mit der aktiven Intoleranz aus dem Hochschulgesetz! Gerade an der Universität muss gelten: Die Gedanken sind frei.

(Beifall bei der AfD)

Wir wollen mit diesem Punkt auch gar nicht mehr, als dass die Fassung von vor 2004 wiederhergestellt wird. Damals nämlich stand die Verpflichtung zu aktiver Toleranz und zum Eintreten für die Menschenrechte noch nicht im Hochschulgesetz. Interessanterweise war es eine CDU-FDP-Regierung, die diesen Unsinn in das Gesetz gebracht hat, woran man leider wieder einmal sieht: Die

CDU unternimmt nicht nur nichts gegen den linken Gesinnungsterror, sie fördert ihn manchmal auch noch.

Aktuell herrscht an der Universität ein schärferes Meinungsklima als in der Politik. Die akademische Korrektheit gebärdet sich als die strenge Schwester der politischen Korrektheit. Dabei sollte es umgekehrt sein.

Wenn an der Universität keine Ideen mehr ausprobiert und nicht ohne Angst auch ins Unreine frei geäußert werden können, werden auch keine Innovationen zu erwarten sein.

Wir wollen, dass sich die Freigeister an der Universität tummeln, dass eine inspirierende Atmosphäre herrscht und keine Sprechverbote die geistige Auseinandersetzung einengen.

Da die Studentenschaft für die aktuelle Situation zum großen Teil mitverantwortlich ist, muss ihr Einfluss zurückgedrängt werden. Es gibt keinen Grund, weshalb Studenten Zwangsmitglieder der Studentenschaft sein sollten. In Sachsen-Anhalt können Studenten zwar austreten, aber nur nach dem ersten Semester. Wir haben also de facto eine Zwangsmitgliedschaft für ein Semester. Das linksliberale Establishment will eben seinen studentischen Fußtruppen etwas unter die Arme greifen. Einen vernünftigen Grund gibt es dafür nicht.

Wer in einem Betrieb neu eingestellt wird, ist ja auch nicht erst einmal sechs Monate lang Mitglied der Gewerkschaft und kann dann austreten.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Aber in Ihrer Volksgemeinschaft sollen sie es sein! - Heiterkeit bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Studenten, die besonderes Interesse am studentischen Leben haben, die ihre Interessen aktiv vertreten und dafür Zeit opfern wollen, können gern Mitglied der Studentenschaft werden. Aber niemand wird dazu gedrängt. Die Mitgliedschaft muss eine explizite Beitrittserklärung voraussetzen und der Austritt muss jederzeit möglich sein.

Ferner sind bestehende Strukturen der studentischen Traditionspflege stärker in die Studentenschaft zu integrieren. Dass die traditionsreichen Studentenverbindungen fast vollständig aus dem Campusleben verschwunden sind, hängt auch mit der politischen Instrumentalisierung der Studentenschaft zusammen.

(Zustimmung bei der AfD - Sebastian Striegel, GRÜNE: Ein Segen! Toleranz leben!)

Dies ist umso bedauerlicher, als die Studentenverbindungen echte Toleranz leben

(Lachen bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Sebastian Striegel, GRÜNE: Nur Männer!)

und so manches linke Netzwerk sich daran ein Beispiel nehmen könnte.

Fazit: Schluss mit der Vergötzung eines politischen Engagements an der Universität, das nichts anderes ist als eine Form der linken Dauerhysterie. Es ist nicht Aufgabe von Studentenschaften, Vorträge AfD-naher Gruppen zu sprengen und zu Demonstrationen gegen AfD-Parteitage aufzurufen.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD)

Das Klima linker Gesinnungsdiktatur schadet der freien Entfaltung des Geisteslebens. Es schadet der deutschen Universität. Es schadet Deutschland. Wir müssen die Universität aus dem Würgegriff eines linksliberalen Totalitarismus befreien. Studentenvertreter sollen ihr Mandat nicht mehr für politische Agitation missbrauchen.

(Oh! bei der LINKEN)

Studenten sollen studieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir treten jetzt in die Debatte ein. Es ist eine Fünfminutendebatte vereinbart worden. Für die Landesregierung spricht zunächst Herr Minister Prof. Dr. Willingmann. Bitte, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist schon erstaunlich, was für ein bizarres Bild die AfD-Fraktion von Studenten und Hochschulen in Sachsen-Anhalt zeichnet.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD)

Es beschleicht mich der Eindruck, dass irgendwo dahinter die Vorstellung steckt, dass diese akademischen Einrichtungen vor allen Dingen in Form eines Nürnberger Trichters zu funktionieren haben und auf jegliche Fortbildung in gesellschaftlichen, politischen, demokratischen, Kulturfragen verzichten mögen - ein Unding meines Erachtens.

Muss man wirklich betonen, dass wir in einem freien Land leben, das eben auch die akademische Freiheit einschließt? - Die bedeutet für Studierende: Wer sich auf sein Studium konzentrieren möchte, macht das. Und wer sich nebenher noch in seiner Hochschule oder anderweitig

ehrenamtlich, gesellschaftlich, karitativ oder politisch engagieren möchte, kann das auch tun.

(Zuruf von der AfD)

Dabei bleibt es, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher ermutige ich jede Studentin und jeden Studenten, sich auch in Zukunft einzubringen.

Da mich das Gefühl beschleicht, Herr Tillschneider, dass Sie möglicherweise nicht allzu oft mit Studentinnen und Studenten zu tun haben, nehme ich mir einmal die Freiheit, auf ein paar Dinge hinzuweisen.

Studierende - wir können uns ein Bild davon machen - sind in aller Regel volljährig, mündig, Bürger. Sie dürfen wählen. Sie sind in der Lage, sich selbst eine Meinung zu bilden.

Ich bin mir darin sicher, dass sich die Studenten in Sachsen-Anhalt auch über Ihren heutigen Antrag eine Meinung bilden werden, wenngleich ich vermute, dass bei den meisten der Meinungsbildungsprozess recht schnell abgeschlossen sein dürfte.

Um es kurz zu machen: Die Landesregierung sieht keinerlei Anlass, den Charakter der Hochschulen als Selbstverwaltungskörperschaften - das ist die Begründung für all das, was Sie infrage stellen - infrage zu stellen. Eine solche Selbstverwaltungskörperschaft zeichnet sich dadurch aus, dass alle ihre Mitglieder auch mitentscheiden können - gewiss nicht in allen Fragen in gleichem Maße, beispielsweise in Fragen, die Lehre und Forschung betreffen, durchaus differenziert. Sie haben das Beispiel genannt.

Diese Idee der Selbstverwaltung der Hochschulen, der Studierenden, geht weit zurück. Das wissen Sie vermutlich.

(Zuruf von der LINKEN: Ja!)

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts entstanden allgemeine Studentenausschüsse, die sich 1919 - das hat überhaupt nichts mit 1968 zu tun - in der deutschen Studentenschaft zusammenschlossen. Den Studierenden, unter denen sich übrigens viele Kriegsteilnehmer befanden, ging es um die Teilhabe als aktive akademische Bürger in der Universität.

Was schließlich die verfassten Studentenschaften betrifft, entstanden sie zunächst 1920 durch Verordnung in Preußen. - So viel kurz zur Genese, worüber wir hier eigentlich sprechen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie fordern die Abschaffung der Zwangsmemberschaft in den Studierendenschaften. Genauer ge-

sagt: Sie fordern die Abschaffung eines Zwanges, den es so gar nicht gibt. Wer in Sachsen-Anhalt zehn Semester lang studiert, kann nach einem Semester frei entscheiden, der Studierendenschaft anzugehören oder es nicht zu tun.

Sie fordern zweitens die Einschränkung der Aufgaben von Studierendenschaften und haben sich intensiv mit der Frage beschäftigt, warum sie ausgerechnet nicht mehr aktiv tolerant sein sollen. Ich habe mich gefragt, sollen sie jetzt aktiv intolerant sein, inaktiv tolerant und welche sonstigen Varianten sich daraus noch ergeben.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dass man das Eintreten für die Menschenrechte - gewiss eigentlich eine Selbstverständlichkeit - programmatisch im Gesetz festlegt, das sollte uns nicht nervös machen, wenn man nicht überhaupt schon hinter allem, was irgendwie diese Aspekte berücksichtigt, Insubordination und Observanz befürchtet.

Ich wüsste auch nicht, warum studentische Interessen nur hochschulintern vertreten werden dürften. Es gibt veritable studentische Interessen, die hochschulintern gar nicht durchgesetzt werden können. Sie werden dann von den Wissenschaftsministerien der Länder und ihren Landtagen wesentlich mitbestimmt. Nehmen Sie die Höhe von BAföG-Sätzen. Darüber entscheidet nicht die Hochschule, sondern der Bund, und das nach einer Abwägung der studentischen gegenüber anderen gesellschaftlichen Interessen. Also kann eine Studierendenschaft ihre Interessen gar nicht anders als nach außen hin vertreten.

Mit einem allgemeinpolitischen Mandat hat all das übrigens nichts zu tun. Davon steht auch nichts im Hochschulgesetz, zumindest dann nicht, wenn man Verfassungstreue und staatsbürgerliches Verantwortungsbewusstsein nicht schon als allgemeinpolitischen „Ausrutscher“ betrachtet.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Drittens sollen nach Ihren Vorstellungen die Studierenden aus Gremien wie dem Senat oder den Fachbereichsräten ausgeschlossen werden. Das wiederum wirft doch zunächst die rein logische Frage auf, wo und wem gegenüber denn die Studierenden die Interessen, die Sie ihnen ja auch zugestehen, eigentlich noch vertreten sollen.

Insgesamt glaube ich, dass Sie ganz einfach verkennen, welche Arbeit Studierendenvertreter, sei es in den Studierendenschaften, sei es in den Gremien, leisten und welche Bedeutung sie in ihnen haben.

Alles, was ich Ihnen gesagt habe, gilt gleichermaßen für die Gleichstellungsbeauftragten.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Olaf Meister, GRÜNE)

Nach meiner Beobachtung kann ich Ihnen nur sagen, dass man schon einige Anstrengungen aufbieten muss, um heutige Studierende massenhaft gegen sich aufzubringen.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ohne sehr viel Unsinn geht das gemeinhin nicht. In aller Regel handelt es sich bei den heutigen Studierenden um freundliche, hilfsbereite und wissbegierige junge Menschen, die den berechtigten Anspruch haben, die Welt von heute mitzugestalten.

Es mag auch unter Studierenden den einen oder anderen geben, der auch einmal in Worten oder Taten über das Ziel hinausschießt. Aber das unterscheidet sie von keiner anderen gesellschaftlichen Gruppe, natürlich mit Ausnahme der stets auf vornehmen sprachlichen Ausdruck und auf zurückhaltendes Auftreten bedachten Vertreter der antragstellenden Alternative.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Es ist kein modernistischer Quatsch, sondern sachlich begründet, dass die Vertreter der Studierenden in manchen Fragen, zum Beispiel bei der Akkreditierung von Studiengängen, eine herausgehobene Rolle haben. Ich habe es nie - ich greife zurück auf meine frühere berufliche Erfahrung - als Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit gesehen, sondern vielmehr als rechtzeitigen Hinweis, wenn gerade Studierende darauf aufmerksam machen, dass sich das, was sich Professorinnen und Professoren ausgedacht haben, vielleicht großartig anhört, aber so einfach nicht studierbar ist.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ja, Studierende oder Studenten - das ist bestimmt nicht mein Hauptaspekt, solange es noch Studentenwerke gibt, in denen auch Studentinnen ohne jedwedes Diskriminierungsgefühl in die Mensa gehen - sollen studieren. Aber zu diesem Studium gehört etwa mehr als lernen für die nächste Prüfung. ECTS-Punkte sind nicht der einzige Maßstab für die weitere Entwicklung einer vernünftigen Persönlichkeit.

Herr Tillschneider, kurzum: Der Antrag der AfD-Fraktion ist an Absurdität nicht zu überbieten.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Dass dieser Antrag keinen Eingang in die laufenden Überarbeitungspläne für unser Hochschulgesetz finden kann, versteht sich von selbst. Meines Erachtens gehört er schlichtweg abgelehnt.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke, Herr Minister. Ich sehe keine Fragen. - Dann können wir auch in die Debatte der Fraktionen einsteigen. Für die Fraktion der CDU spricht der Abg. Herr Philipp.

Bevor Herr Philipp das Wort ergreift, begrüßen wir auf unserer Zuschauertribüne ganz herzlich Schülerinnen und Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums aus Gardelegen. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im ganzen Hause)

Es geht los.

Florian Philipp (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Studenten sollen studieren - Schluss mit der politischen Agitation an unseren Hochschulen“ - so lautet der Titel des Antrags der AfD. Das halte ich für eine, mit Verlaub gesagt, ziemlich steile These. Er impliziert indirekt, dass Studenten an unseren Hochschulen hauptsächlich der politischen Agitation frönen würden und eines vor allem nicht tun würden, und zwar studieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! An den Hochschulen unseres Landes studieren momentan ca. 53 000 Studenten. Viele Tausend Studenten - im Jahr 2017 waren es etwas über 9 000 Studenten - schließen in jedem Jahr ihr Studium sehr erfolgreich ab. Viele Tausend gehen danach in die freie Wirtschaft, ergreifen Berufe und gründen Unternehmen. Kurzum: Sie sind erfolgreiche Mitglieder unserer Gesellschaft, sie sind Leistungsträger und sind Vorbilder.

Ich stelle also fest - meine Damen, meine Herren, vielleicht können Sie das sogar mit mir zusammen tun -, Studenten an unseren Hochschulen machen vor allem eines: sie studieren. Mit Blick auf den Titel des Antrages der AfD könnte ich meinen Redebeitrag eigentlich an dieser Stelle beenden.

Aufgrund der Fünfminutendebatte, die wir uns zu diesem Thema gegönnt haben, möchte ich das eine oder andere doch noch sagen.

Der Minister hat ja zum Thema Studierendenschaft schon sehr viel ausgeführt. Richtig ist natürlich, dass die Studierendenschaft die Möglichkeit für die Studenten ist, ihre Belange in einem demokratischen Hochschulsystem selbst und eigenverantwortlich zu regeln. Studierende

sollen demnach ihre Interessen oder die Interessen aller Studierenden gegenüber der Hochschule vertreten. So steht es jedenfalls in § 65 Abs. 2 des Hochschulgesetzes. Um diese Aufgaben in einem demokratischen Hochschulsystem wahrnehmen und ihnen nachkommen zu können, sitzen die Vertreter der Studierendenschaft nun einmal in den Organen der Hochschule.

Apropos demokratische Hochschule bzw. Demokratie an Hochschulen. Das war ja so Ihre Grundkritik, die ich aus Ihrem Antrag herauslesen kann. Da möchte ich Ihnen vehement widersprechen. Die Installation von demokratischen Strukturen ist eine Notwendigkeit für die Hochschulautonomie, und die Hochschulautonomie wiederum - so sehe ich das - ist notwendig, um die in unserem Grundgesetz und in unserer Landesverfassung festgeschriebene Freiheit von Wissenschaft grundlegend zu ermöglichen. Daher kann ich Ihren Argumenten, die Sie hier vorgebracht haben, nur noch einmal widersprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! In § 65 Abs. 4 sind weitere Aufgaben der Studierendenschaft geregelt, darunter die politische Bildung, die Förderung des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins, die Förderung der Bereitschaft der Mitglieder zur aktiven Toleranz - darüber haben wir gerade ausgiebig diskutiert - und das Eintreten für die Grund- und Menschenrechte. Kann man das schlecht finden?

(Olaf Meister, GRÜNE: Immer!)

- In einer Demokratie kann man das. - Muss man das schlecht finden? Sollte man das abschaffen, so wie es in dem Antrag der AfD gefordert wird? - Nein, das denke ich nicht.

Meine Damen, meine Herren! Eine kritische Anmerkung sei mir dann doch noch gegönnt. § 65 Abs. 4 setzt dann aber auch eine neutrale Haltung der Verantwortungsträger der Studierendenschaft voraus. Es ist darauf zu achten, dass individuelle Meinungen oder die Meinungen weniger nicht zur generellen Haltung der Studierendenschaft befördert wird.

Ob das immer so gewährleistet ist, darüber lässt sich sicherlich streiten. Ob zum Beispiel die Mitorganisation einer Demonstration gegen die Innenministerkonferenz, wie hier zuletzt in Magdeburg, auch eine Aufgabe der Studierendenschaft ist, am Rande derer auch wieder Sachbeschädigungen an privatem und öffentlichem Eigentum verzeichnet wurden,

(Zustimmung bei der CDU)

darüber lässt sich auch streiten. Ich glaube das nicht.

Sehr geehrte Kollegen der AfD, ich habe eine gute Nachricht für Sie. Wir werden in Kürze, wie es

von Ihnen gefordert wird, eine Novelle des Hochschulgesetzes für Sachsen-Anhalt vorstellen. Ob wir die von Ihnen geforderten Punkte in diese Gesetzesnovelle migrieren, daran habe ich so meine Zweifel.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Die Antwort lautet nein! - Heiterkeit bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Meine Damen, meine Herren! Die CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt lehnt Ihren Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt der Abg. Herr Lange. Herr Lange, Sie haben das Wort.

(Unruhe - Sebastian Striegel, GRÜNE: Ich muss doch deutlich werden!)

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mich zu Anträgen der AfD, die so vollkommen aus der Welt gerückt sind, nicht mehr äußern; denn was will Herr Till-schneider? - Die Studenten sollen die Klappe halten, es sei denn, sie schließen sich seinen rechtsextremen Vorstellungen an, sie sind Freunde seiner rechtsextremen IB oder sie organisieren sich in Männerbünden und hauen sich mit dem Säbel ins Gesicht.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Damit wäre dazu genug gesagt.

Reden wir über etwas Vernünftiges, nämlich über die Demokratie an den Hochschulen. Demokratie ist für DIE LINKE ein Wert an sich; denn demokratische Mitbestimmung sichert Teilhabe an Prozessen, die das eigene Leben unmittelbar beeinflussen. Deswegen setzen wir nicht nur auf die Demokratie als Staatsform, sondern auch auf demokratische Verfasstheit staatlicher Bildungsinstitutionen, seien es die Schulen oder eben die Hochschulen.

Meine Damen und Herren! In der Universitas, der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden, gab es immer Aushandlungsprozesse, wie diese Gemeinschaft funktionieren soll, wer in welchem Maße die Richtung vorgibt und welche Mitbestimmungsinstrumente geschaffen werden. Der Schritt von der verstaubten Ordinarienuniversität oder von der verstaubten Ordinarienhochschule hin zur Gruppenhochschule mit Entscheidungsrecht für alle Gruppen war sicher eine wichtige Etappe für die Hochschuldemokratie in der Bundesrepublik.

Gleichwohl konservierte das Verfassungsgericht die Mehrheit der Professoren, was immer wieder als Defizit im demokratischen Sinne wahrgenommen wird; denn diese Gruppe ist ja bekanntlich die Kleinste. Und das verfassungsmäßig verbriefte Recht der Freiheit von Forschung und Lehre allein an das Amt des Professors zu binden - das ist sicherlich fraglich und in meinen Augen auch nicht mehr zeitgemäß.

(Zustimmung bei der LINKEN)

DIE LINKE fordert daher die Viertelparität in den Gremien. Perspektivisch ist es für uns auch denkbar, dass jeder jeden wählen kann oder jede jede wählen kann und somit tatsächlich Mehrheiten gesucht werden müssen. Das ist aber echte Zukunftsmusik.

Fakt ist es für DIE LINKE auch, dass die Gleichstellungsbeauftragten mit Sitz und Stimme in die Gremien der akademischen Selbstverwaltung gehören. Wir haben großartige Gleichstellungsbeauftragte,

(Zustimmung bei der LINKEN)

ohne die viele Errungenschaften nicht verankert wären. Ihnen gebühren unser Dank und die Zusage, dass wir ihre Rechte stärken wollen.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Und um den Anforderungen der Inklusion gerecht zu werden, sollten auch die Behindertenbeauftragten einen Sitz und eine Stimme in den Gremien bekommen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Dagmar Zoschke, DIE LINKE: Ja!)

Gleichwohl, wie man die demokratische Verfasstheit beurteilt, die Mitglieder der Hochschulgremien engagieren sich genauso wie die Studierenden in den Studierendenschaften in der studentischen Selbstverwaltung. Dafür gebührt ihnen unser Dank.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Die Studierendenschaften - das hat der Minister schon ausgeführt - leisten unglaublich gute Arbeit. Sie engagieren sich für die Studierenden, sei es die Organisation von Erstsemesterveranstaltungen, sei es ein Engagement beispielsweise wie in Halle gegen die rechtsextreme Identitäre Bewegung oder sei es ein aktives Engagement für Demokratie und Toleranz - unsere Studierendensräte im Land leisten gute Arbeit.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Das Verwaltungsgericht in Halle hat im Jahr 2005 über das allgemeinpolitische Mandat entschieden. Das ist ein Umstand, der zu akzeptieren ist.

Wie man jetzt noch die Teilverfasstheit abschaffen möchte und dann einem freiwilligen Zusammenschluss erzählen möchte, wie rechtlich eingeschränkt er sein soll - das ist ja wohl rechtlicher Unsinn, den Sie da vorhaben. So kann es nicht gehen. Deswegen halten wir daran fest, dass wir diese verfasste Studierendenschaft auch weiter beibehalten.

Meine Damen und Herren! Der Beitrag von Herrn Tillschneider gibt einen tiefen Einblick in die Diskussionen des letzten Jahrhunderts. Da er eher musealen Charakter als Zukunftsorientierung hat, sollten Sie künftig vielleicht Eintritt für eine solche Show nehmen. Es gibt vielleicht Fetischisten, die sich so etwas antun.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Das Problem ist doch eigentlich, dass Sie das ernst meinen und auch umsetzen möchten. Die von Ihnen gepredigte schwarze Pädagogik, Aussonderung, autoritäre Strukturen, das alles dient Ihnen allein dazu, autoritäre Charaktere zu züchten, die Ihren autoritären Obrigkeitsstaat durchsetzen sollen. Am Ende steht für Ihre Partei einzig und allein eine faschistische Gesellschaft.

(Zustimmung bei der LINKEN - Oh! bei der AfD - Daniel Roi, AfD, lacht)

Um das durchzusetzen, bekämpfen Sie alles, was Sie hassen. Sie bekämpfen Gleichstellung, Toleranz, emanzipierte Persönlichkeiten und Demokratie. Das macht Sie gefährlich und das rechtfertigt auch die Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Wir möchten Bildungseinrichtungen, in denen junge Menschen mit freiem und klarem Blick auf die Welt für die Gesellschaft geprägt werden, junge Menschen, die kritisch hinterfragen und die emanzipierte Entscheidungen treffen. Das ist der beste Garant für Demokratie; denn Demokratie ist ein Wert an sich.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Meister.

Olaf Meister (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! „Studenten sollen studieren“ - also, Herr Tillschneider, eine so spießig-biedere Antragsüberschrift ist so gar nicht Ihr Stil. Ich bitte Sie,

(Zuruf von der AfD: Warum?)

die Zielrichtung des Antrags ist doch klar. Sie wollen die studentische Selbstverwaltung und Mit-

bestimmung an den Hochschulen des Landes erst einmal erheblich schwächen, letztlich aber zerschlagen. Dann seien Sie doch nicht so hasenfüßig, dann schreiben Sie das doch auch in der nötigen Klarheit rein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Entdemokratisierung des Senats und starke Einschnitte für die Studierendenschaft sind ja neben Ihren üblichen Problemen mit der Gleichstellung der Geschlechter der Kern Ihres Antrags. Das, woran Sie da die Axt legen wollen, ist allerdings das Grundprinzip unserer Gesellschaft, nämlich nichts Geringeres als das Demokratieprinzip.

Die öffentlich-rechtlichen Körperschaften in unserem Land werden nach demokratischen Prinzipien geführt. Das erfordert die Mitbestimmung durch die Mitglieder der Körperschaft, an den Hochschulen somit eben auch der Studierendenschaften, aber auch der weiteren Mitgliedergruppen.

Trotzdem ist es Ihnen ein inneres Bedürfnis, demokratische Institutionen zu schleifen, in denen AfD-Gruppierungen bisher nicht sonderlich erfolgreich sind. Über diese Einstellung zu demokratischen Gremien und zu unserer Gesellschaftsordnung sollten Sie ernsthaft nachdenken. Die Leichtigkeit, mit der Ihre Fraktion hier die Axt zückt, lässt Böses für den Fall ahnen, dass Sie tatsächlich einmal an die Gestaltungsmacht gelangen und Sie Verantwortung für das Bestehen demokratischer Institutionen hätten.

Herr Tillschneider, weiterhin stören Sie sich daran, dass die Studierendenschaft sich der Bereitschaft zur aktiven Toleranz verpflichtet und für die Einhaltung der Menschenrechte wirbt. Eben das bezeichnen Sie in Ihrer Begründung als politische Agitation - ach du meine Güte. Schon schlimm, diese Indoktrination, Toleranz und Menschenrechte, wo kämen wir da hin?

(Dr. Falko Grube, SPD, lacht)

Was da passieren kann? Herr Dr. Tillschneider, das ist keine politische Agitation, das sind essenzielle Grundwerte der menschlichen Gesellschaft. Wie sonst soll ein gemeinsames und friedliches Leben in dieser Welt funktionieren?

Ich finde es aber gut, dass Sie hier so klare Worte für Ihre Position gefunden haben. Das erleichtert die Kritik und Abgrenzung. Als ich das gelesen habe, habe ich mich gefragt, was muss eigentlich schief laufen, dass man tatsächlich meint, dass es, wenn jemand für Toleranz oder für Menschenrechte eintritt, eine krasse politische Positionierung ist, die Neutralität in Gefahr ist, man muss erst einmal - - Unglaublich, also wirklich!

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Würde der AfD nie einfallen!)

Das ist dann schon erschütternd. Sie merken schon, ich kann Ihrem Antrag nicht so richtig etwas abgewinnen.

Fast schon rührend sind weiterhin die in unerbittlicher Härte vorgetragenen Angriffe gegen alles, wo Sie Bemühungen um die Gleichstellung von Frauen wittern. Da liegen Sie krass hinter der gesellschaftlichen Entwicklung zurück, sodass mir um das Ergebnis Ihrer Bemühungen nicht so richtig bange ist. Ja, wir GRÜNEN fordern die paritätische Besetzung von Gremien mit Männern und Frauen, vor allen Dingen auch an Hochschulen, und die gleichberechtigte Teilhabe aller Statusgruppen an den Entscheidungsprozessen.

„Unter den Talaren der Muff von 1 000 Jahren.“ - Wenn man Ihre Position, Herr Dr. Tillschneider, zusammenfasst, die Sie hier so zu den verschiedensten Fragestellungen schon geäußert haben und äußern, wollen Sie eigentlich zügig zurück ins 19. Jahrhundert. Sie möchten diesen Muff, das ist der Punkt. Das muss man sagen. Das 19. Jahrhundert liegt nun allerdings auch schon etwas zurück.

Die Herausforderungen für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sind nicht einmal im Ansatz mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts zu beantworten. Sie ergehen sich in anachronistischen Schwärmereien und wüten gegen eingetretene Veränderungen. Die Entwicklungen der 1960er-Jahre und früher - der Minister hat es ausgeführt - insbesondere an den Hochschulen waren nicht ein Unfall in der Geschichte, nein, sie sind Ausdruck der eingetretenen gesellschaftlichen Veränderungen.

Wir wollen unsere Hochschulen nicht zurück ins 19. Jahrhundert führen, wir wollen moderne, leistungsstarke, aber natürlich auch weltoffene Hochschulen, die fest in unserer demokratischen Gesellschaft verankert sind.

(Beifall bei der GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Ihr Antrag steht für das exakte Gegenteil; deswegen lehnen wir ihn ab. In Kürze wird die Novellierung des Hochschulgesetzes den Landtag beschäftigen. Ich bin mir ziemlich sicher, Sie werden es hassen.

(Heiterkeit und Beifall bei der GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Für die Fraktion der SPD spricht die Abg. Frau Dr. Pähle.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Ich habe ja jetzt fünf Minuten Zeit. Ich gebe zu, ich war bei der Einbringungsrede von

Herrn Tillschneider nicht im Raum, weil die AfD sich, wie ich finde, unkollegial gegen die Durchführung einer Mittagspause gewehrt hat. Aber ganz ehrlich, ich glaube, ich habe auch nicht - -

(Oliver Kirchner, AfD: Arbeit im Parlament!)

- Nein, das hat nichts mit Arbeit im Parlament zu tun, Herr Kirchner; es hat etwas damit zu tun, dass Ihre Abgeordneten zwischendurch schon mal draußen waren und andere Abgeordnete einfach die ganze Zeit hier im Plenarsaal waren, weil wir die Debatte ernst nehmen.

(Oliver Kirchner, AfD: Das ist ja fraktionsübergreifend!)

Aber egal wie, ich glaube, substanzielle Neuerungen habe ich nicht verpasst und Argumente, die man in irgendeiner Weise logisch nachvollziehen kann, sicherlich auch nicht. Die Anlage hat es mir aber möglich gemacht mitzubekommen, dass Herr Tillschneider in seiner Einführungsrede insbesondere auf den Vorfall hier in der Otto-von-Guericke-Universität zu sprechen gekommen ist. Dann kommen wir doch mal auf den Kern der Sache Ihres Antrages.

Ihnen geht es natürlich um die grundlegende Abschaffung und Zerschlagung der Studierendenvertretungen, weil das, was sie tun, Ihnen nicht passt. Sie wollen genau das erreichen, was Sie mit dem jetzigen System verbinden. Sie wollen erreichen, dass Studierende so funktionieren, die Welt so sehen, wie Sie es für richtig halten.

(Zuruf von der AfD: Nein, aber auch nicht wie Sie!)

Die Organisation in Fachschaftsräten, in Fachbereichsräten, im StuRa sorgt dafür, dass politische Diskussionen und auch demokratische Kultur gelehrt werden, dass demokratische und politische Bildung an unseren Hochschulen praktiziert wird,

(Zuruf von der AfD: Hausrecht!)

auch im Umgang mit Professoren und Mittelbau. Wenn Sie jetzt bei den Studierenden und ihren Mitbestimmungsrechten anfangen, wo hören Sie denn dann auf? Bei den Vertretern der Mittelbauer, bei den Vertretern des wissenschaftlichen Personals? Sind das die Nächsten? - Dann sind wir wieder bei Diskussionen über das Verbot von Gewerkschaften, von Arbeitnehmerrechten und -vertretungen, all diesen Sachen. Darauf legen Sie es doch an.

Sie wollen ein von oben gesteuertes System der Hochschule, damit klar ist, wer hier quasi sagt, wo es lang geht, und ich glaube, Sie leben in dem Wahn, dass Sie das sind. Und es ist ein Wahn. Ich sage Ihnen: Wir werden auch mit der Novelle zum Hochschulgesetz die Rechte der Studieren-

den auf Mitbestimmung vertreten, und wir werden dafür eintreten, dass man an verschiedenen Stellen diese Rechte auch noch stärken kann. Darüber werden wir diskutieren, auch hier im Hohen Haus. Ich und meine Fraktion halten diese Stärkung für wichtig.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen noch etwas: Wir werden bei der Demokratisierung von jungen Menschen und bei der politischen Bildung der jungen Menschen nicht an den Hochschulen aufhören. Es ist Kernbestandteil auch des Bildungsprogramms „Bildung elementar“ in den Kitas, Kinder zur Wahrnehmung ihrer Rechte zu ermutigen.

(Zuruf von der AfD: Kita-Koffer!)

Es ist in unseren Schulen guter Konsens, politische Bildung zu vermitteln. Dies wird an unseren Hochschulen gepflegt, es wird im Bereich der Jugendauszubildendenvertretungen in den Betrieben gepflegt, und wir werden all diese Formen der politischen Bildung, der Stärkung von jungen Menschen, sich an der Demokratie und den politischen Prozessen in diesem Land zu beteiligen, immer stärken und werden sie vor Ihren Angriffen immer verteidigen.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zuruf von der AfD: Wenn nicht gerade Mittagspause ist!)

Über die rechtlich schwierige Bewertung der im Hochschulgesetz aufgeführten Mitgliedschaft in der Studierendenschaft, die in Sachsen-Anhalt tatsächlich für ein Semester besteht - danach ist jeder Student, jede Studentin frei, aus der Studierendenschaft auszutreten -, hat übrigens das Bundesverfassungsgericht in 1999 geurteilt.

Folgendes vielleicht zum Abschluss, damit wir auch wissen, dass es nicht nur irgendwie ein linker Wahn ist, der das für richtig hält, sondern dass wir an dieser Stelle auf dem Boden unserer Rechtsprechung stehen:

„Die zwangsweise Eingliederung des Beschwerdeführers in die Studierendenschaft ist durch die von dieser Körperschaft wahrgenommenen öffentlichen Aufgaben gerechtfertigt. Die im angegriffenen Urteil genannten, vom Landesgesetzgeber mit der Schaffung einer öffentlich-rechtlich verfassten Studierendenschaft verfolgten Ziele sind legitim und zudem hinreichend gewichtig, um eine zwangsweise Eingliederung der Studierenden in eine solche Körperschaft zu rechtfertigen.“

Und weiter:

„Auch in der Literatur wird überwiegend die Auffassung vertreten, zwangsverfasste Stu-

dierendenschaften seien im Interesse der demokratischen Legitimation und hinreichenden Autonomie eines für alle Studierenden stehenden Ansprechpartners zur möglichst effektiven Aufgabenerfüllung gerade in einer Zeit der anonymen Massenuniversitäten nach wie vor erforderlich.“

Ich glaube, mehr ist zu diesem Punkt nicht zu sagen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Zum Abschluss der Debatte spricht für die AfD-Fraktion noch einmal der Abg. Herr Dr. Tillschneider.

(Zuruf von der AfD: Sehr gut!)

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Minister, Ihr seichtes Gespöttel und insbesondere der Vorwurf des Nürnberger Trichters fallen auf Sie selbst zurück; denn Sie gehören doch zu den Befürwortern des Bologna-Prozesses. Sie tragen damit Mitverantwortung an der Verschulung des Studiums. Sie tragen Mitverantwortung dafür, dass die akademische Freiheit an der deutschen Universität vernichtet wurde. Wir, die AfD, haben uns dagegen immer zum humboldtschen Bildungsideal und zur alten deutschen Universität bekannt, die sich durch ein hohes Maß an akademischer Freiheit auszeichnet. - Das dazu.

(Beifall bei der AfD)

Dann noch eine kleine Fußnote: Wir stellen nicht die Selbstverwaltung infrage, auch nicht die Autonomie. Das haben Sie nicht verstanden. Das wundert mich eigentlich; ich halte Sie ja für einen differenzierungsfähigen Menschen. Es geht hier um die Ordinarienuniversität versus die 68er-Idee der Gruppenuniversität. Selbstverwaltung und Autonomie sind natürlich auch mit einer Ordinarienuniversität möglich, und darum geht es uns.

Was sonst noch gesagt wurde, Herr Philipp, das war schwach.

(Lachen bei der SPD)

Im Grunde haben Sie sich auch daran aufgehängt, dass wir die Selbstverwaltung und die Autonomie infrage stellen, was aber nicht stimmt; das habe ich eben erklärt.

Dann zum Eintreten für die Menschenrechte: Das kam auch immer wieder. Natürlich sind Menschenrechte gut. Auch wir sind für Menschenrechte, und wir sind auch für Toleranz.

(Lachen bei der SPD)

- Ja, ja. - Aber das Problem ist,

(Unruhe bei und Zurufe von der SPD)

das Problem ist,

(Dr. Katja Pähle, SPD: Oh!)

dass das, was heute an der Universität unter dem Titel „Toleranz und Menschenrechte“ getrieben wird, mit Toleranz und Menschenrechten gar nichts mehr zu tun hat. Das ist das Problem.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb kann es auch aus dem Gesetz heraus, wenn es so selbstverständlich ist.

(Widerspruch bei der SPD)

Herr Lange, Sie verstehen von Wissenschaft auch überhaupt gar nichts, und diese abfällige Äußerung, wir wollten ja zurück ins 19. Jahrhundert - -

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Ins 18.!)

Wenn Sie sich mal mit dem 19. Jahrhundert beschäftigen würden, mit der deutschen Universität im 19. Jahrhundert, im späten 19. Jahrhundert, in der Zeit des Kaiserreichs, dann sähen Sie: Das war eine einzigartige Blütezeit, in der wissenschaftlich mehr geleistet wurde als heute. Und die Universitätskultur war damals höher als heute. Das ist leider so. Nehmen Sie dies zur Kenntnis!

(Beifall bei der AfD - Widerspruch bei der LINKEN)

Dann noch ein Wörtchen zur Demokratie, weil hier immer im Namen der Demokratie gegen die AfD argumentiert wird: Wissen Sie eigentlich, wie lächerlich niedrig die Wahlbeteiligung bei Hochschulwahlen ist? - Das zeigt doch: Wir haben es hier mit einer lauten Minderheit zu tun, die sich über Gebühr Aufmerksamkeit verschafft. Die Mehrheit der Studenten ist vernünftig und will davon nichts hören. Die Mehrheit der Studenten ist angereizt von den linken Aktivisten, von den linken Schreihälsen, und die AfD ist das Sprachrohr dieser Mehrheit.

(Beifall bei der AfD - Lachen bei der LINKEN)

Gut, vielen Dank. Ich habe noch zwei Minuten, bin aber am Ende. Mehr gibt es aus meiner Sicht hierzu nicht zu sagen.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Sie müssen sich endlich mal entscheiden, ob sie Mehrheit oder Minderheit sein wollen!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Das müssen Sie auch nicht, aber Sie könnten es, weil Herr Grube jetzt noch eine Frage hat. - Bitte.

Dr. Falko Grube (SPD):

Herr Dr. Tillschneider, Sie haben eben gesagt, die Menschenrechte könnten ruhig raus aus dem Hochschulgesetz. Die viel spannendere Frage ist: Kann für Sie die Menschenwürde auch aus der Verfassung?

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Nein, natürlich nicht. Aber sie muss eben richtig ausgelegt werden.

(Lachen bei der LINKEN)

Aus der Menschenwürde lässt sich zum Beispiel nicht ableiten, dass jeder, der einen Fuß auf deutschen Boden setzt, sofort alle Rechte und Partizipationen am Sozialsystem genießt wie die Deutschen. Das ist alles eine Frage der Auslegung.

Natürlich bekennen wir uns zur Menschenwürde. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir bekennen uns zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948, alles schön und gut. Das ist eine Frage der Auslegung. In den letzten Jahren ist eben Schindluder getrieben worden, auch mit Artikel 1 des Grundgesetzes.

Es ist ja so: Wenn man sich dieses Gutachten des Verfassungsschutzes gegen die AfD anschaut, hat man wirklich den Eindruck, das hätten drittklassige Absolventen der Politikwissenschaft zusammengeschrieben. Da wird zum Beispiel mir unterstellt, dass ich gegen die Menschenwürde bin. Weshalb? Ich sage, es gibt eine deutsche Architektur, eine deutsche Kunst, eine deutsche Sprache. Da heißt es, dass das ein übergreifendes Verständnis von Egalität sei; ich wolle anderen vorschreiben, wie sie zu leben haben. Das geht nicht. Weil das gegen die Menschenwürde geht, bin ich Verfassungsfeind. - Schwachsinnargumentation! Dieser Schwachsinn muss ein Ende nehmen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt noch eine kurze Nachfrage von Herrn Grube.

Dr. Falko Grube (SPD):

Nennen Sie doch mal Ihre Definition von „Menschenwürde für Geflüchtete“.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Menschenrechte sind sehr grundlegend. Sie gelten für jedermann. Aber deshalb sind sie eben sehr grundlegende, in ihrem Umfang beschränkte Rechte.

Natürlich müssen Geflüchtete menschenwürdig behandelt werden. Sie dürfen nicht gefoltert werden, man muss ihnen zu essen und zu trinken geben, man darf sie keiner menschenunwürdigen Behandlung aussetzen. Aber es heißt zum Beispiel nicht, dass sie genau den gleichen Hartz-IV-Satz bekommen wie Deutsche. Das war auch bis vor ein paar Jahren nicht so,

(Widerspruch bei der SPD)

bis Karlsruhe wieder so ein unseliges Urteil gefällt hat und einen Schwenk vollzogen und beschlossen hat, der reduzierte Satz sei zum Beispiel nicht mehr legitim. Aber daran halten wir eben fest. Menschenrechte sind sehr, sehr grundlegende Rechte, die in ihrem Umfang beschränkt sind, weil sie für jedermann gelten. Aus den Menschenrechten folgt nicht, dass jeder, der hierher kommt, genau die gleichen Rechte hat wie die Deutschen.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Damit sind wir am Ende der Debatte angelangt, und wir können jetzt in das Abstimmungsverfahren einsteigen.

Vor uns liegt der Antrag der Fraktion der AfD in der Drs. 7/3844. Ich habe nicht gehört, dass es Wünsche für eine Überweisung gegeben hat. Demzufolge stimmen wir sofort in der Sache ab.

Wer dem Antrag der Fraktion der AfD zustimmt, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. - Das ist die Fraktion der AfD. Wer ist dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen, ein fraktionsloser Abgeordneter und die Fraktion der LINKEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt worden und wir können nunmehr diesen Tagesordnungspunkt schließen.

Bevor wir allerdings fortfahren, nehmen wir einen Wechsel in der Tagungsleitung vor.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Werte Damen und Herren Abgeordnete! Aufgrund der doch enormen Verspätung haben wir zwischendurch noch einen kleinen Wechsel hier oben durchgeführt, wie Sie gerade festgestellt haben.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 6

Erste Beratung

Strukturwandel - Landesverantwortung für Menschen und Umwelt endlich wahrnehmen, Stabsstelle einrichten und Prozesse bündeln

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/3868

Einbringerin ist die Abg. Frau Eisenreich. Frau Eisenreich, Sie haben das Wort

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! In der heutigen Aktuellen Debatte zum Strukturwandel ist vieles gesagt worden. Natürlich werden in einer solchen Aktuellen Debatte immer Meinungen ausgetauscht, es werden jedoch keine Beschlüsse gefasst. Dies war für uns der Anlass, aufgrund der Wichtigkeit, die wir in dem Strukturwandel sehen, diesen Antrag einzubringen.

Es passieren ja manchmal sehr interessante Sachen. Noch bevor ich die Chance hatte, heute hier den Antrag einzubringen, wurde von der Landesregierung Vollzug gemeldet. Das halte ich für ein starkes Zeichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bedanke mich ausdrücklich dafür. Ich weiß nicht, ob die Haushälter da noch ein Wörtchen mitreden wollen, da ja Herr Haseloff angekündigt hat, in die Stabsstelle fünf Stellen hineinzupacken. Aber wir sagen, das ist zumindest der richtige Weg, denn wir sehen als LINKE den Strukturwandel im mitteldeutschen Revier als große gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Wir halten ihn damit auch für den richtigen Weg, diese anzugehen, zumal - das ist vorhin auch schon angeklingen - sehr viele Initiativen und Projekte bereits vor Ort bestehen und bereits seit mehreren Jahren in die Gänge gekommen sind, sich entwickelt haben und bisher mit relativ wenig Förderung auskommen mussten und hierbei auch die Kommunen eine große und wichtige Rolle spielen.

Das heißt, wir sehen also in dieser Stabsstelle eine Stelle, die die Aktivitäten, Initiativen, Projekte bündeln soll, wo die Fäden im Land zusammenlaufen sollen, wo die Koordination zwischen den verschiedenen Ebenen, also Landesebene, Kommunen, Institutionen, aber eben auch die Koordination mit der Bundesebene und mit den angrenzenden und anderen betroffenen Ländern stattfinden soll.

Ich möchte es nicht länger hinauszögern. Wir haben die Grundsätze hier noch einmal genannt. Ich bedanke mich für die zügige Umsetzung und finde, dass man dem Antrag trotzdem zustimmen kann. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Frau Eisenreich für die Einbringung. - In der Debatte sind fünf Minuten Redezeit je Fraktion vorgesehen. Für die Landesregierung spricht Minister

Herr Prof. Dr. Willingmann. Herr Minister, Sie haben das Wort.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Überweisen Sie das mal!)

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Frau Abg. Eisenreich, Sie sehen, wie hoch die Dynamik beim Strukturwandel ist und wie groß die Leistungsfähigkeit, die Flexibilität dieser Landesregierung ist. Denn in der Tat haben Sie heute früh aus dem Munde des Ministerpräsidenten erfahren, dass die Landesregierung in Umsetzung ihrer verfassungsrechtlichen Freiheit, sich selbst zu organisieren, eine solche Stabsstelle mit fünf Stellen eingerichtet hat, sodass wir uns also auch der verfassungsrechtlichen Frage, wie Ihr Antrag zu bewerten sein möge, nicht weiter zuwenden müssen.

Kurzum: Es ist Ihrem Anliegen Rechnung getragen worden. Mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit und die Tatsache, dass wir vor zwei Stunden bereits ausführlich über den Strukturwandel diskutiert haben, darf ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit danken.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Das geht ja jetzt relativ schnell. Ich danke dem Herrn Minister für die Stellungnahme der Landesregierung. - Für die CDU spricht der Abg. Herr Zimmer. Herr Zimmer, Sie haben das Wort.

Lars-Jörn Zimmer (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat haben wir heute ausführlich darüber diskutiert. Wir haben vor Weihnachten über das Thema diskutiert. Und ich hätte mir sehr gewünscht, dass wir diesen Antrag zusammen mit der Aktuellen Debatte hätten behandeln können. Das hätte gut zusammengepasst. Leider waren einige Wenige dagegen gewesen. Aber so ist das nun einmal in einer Demokratie. Damit müssen wir uns abfinden.

(Andreas Höppner, DIE LINKE, lacht)

Fakt ist, meine Damen und Herren, dass wir das Ganze beim Thema Strukturwandel - auch in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit - etwas straffen und einkürzen sollten. Aber dennoch haben wir mit dem Thema Strukturwandel einen ganz wichtigen Punkt vor uns liegen, bei dem wir auch als Landtag, als Parlamentarier, extrem in die Tiefe gehen müssen.

Wir müssen vor allen Dingen dafür sorgen, dass die Gelder dort ankommen, wo sie hingehören, bei den Menschen vor Ort, in den Regionen vor Ort. Darauf muss streng geachtet werden, dass die Gelder im mitteldeutschen Revier oder im Helmstedter Revier, in den betroffenen Teilen Sachsen-Anhalts dann auch ankommen.

Die extra dafür aufgebauten Strukturen vor Ort müssen einbezogen, müssen hier mit bedacht werden. Das zu sagen ist mir ganz wichtig.

Ganz wichtig ist es mir auch noch, dass wir ein ausdrückliches Lob aussprechen und unserem Ministerpräsidenten ganz herzlich Dank sagen für die Arbeit, die er diesbezüglich geleistet hat. Wir sollten auch zum Ausdruck bringen, dass wir es für außerordentlich gut halten, dass die Staatskanzlei mit dem Ministerpräsidenten an der Spitze für dieses Thema zuständig und verantwortlich ist.

Im Bereich der ressortübergreifenden Länderkoordinierung hat das Thema für uns weiterhin in der Staatskanzlei zu liegen.

(Ulrich Thomas, CDU: Warum nicht im Wirtschaftsministerium?)

Im Landesmaßstab muss an der Spitze unser Ministerpräsident stehen. - Und, Herr Kollege Thomas, wir wollen den Strukturwandel zum Erfolg führen und nicht dahindümpeln lassen wie Digitalisierung oder anderes. Deswegen ist die Staatskanzlei unser großer Wunsch.

An dieser Stelle sage ich auch noch einmal deutlich: Die Menschen in der Region, die Menschen im Revier müssen wir mitnehmen. Darauf kommt es an. Dafür sind wir gewählt worden. - Herzlichen Dank. Glück auf!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Zimmer für den Redebeitrag. - Für die AfD spricht die Abg. Frau Funke. - Frau Funke, Sie haben das Wort.

Lydia Funke (AfD):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Die Fraktion DIE LINKE versucht für sich heute aus der Kohleausstiegsdebatte auch noch etwas herauszuholen. Es muss also eine Stabsstelle geschaffen werden, die die Prozesse des Strukturwandels bündeln soll. Hauptsache, es werden künstlich weitere Pöstchen für die Häuptlinge geschaffen, aber wo bleiben die Direkt- und Nebenbeschäftigten?

(Beifall bei der AfD)

Dabei ist der Strukturwandel nur eine kosmetische Behandlung Ihres Ökoimperialismus und eigent-

lich schon kostspielig genug. Im Übrigen ist eine Stelle als Koordinierungsstelle vorgesehen. Das haben wir eben gehört. In dem Sinne ist der Antrag auch obsolet.

Was bringt uns also der politisch gewollte frühzeitige Kohleausstieg ohne Not?

Erstens. Milliarden Kosten für Steuerzahler, obwohl bereits bei der Reform 2014 des EEG feststand, dass die Energiewende 1 Billion € kosten würde.

Zweitens. Hohe Entschädigungsleistungen an Kraftwerksbetreiber sowie Ausgleichszahlungen für Vorruhestandsregelungen und Frührentner ab 58 Jahren. Die Zahlen belaufen sich allein dafür auf ungefähr 5 Milliarden €, die - Achtung! - Bund und Unternehmen unter sich aufteilen könnten. Das heißt, hier steht auch überhaupt noch nichts fest.

Drittens. Hohe Kosten für die Entlastungen für die Verbraucher und Firmen, um Strompreise abzufedern und sie von Netzentgelten zu entlasten. Das sind in Summe 2 Milliarden € ab 2023. Dass das schon Schuldbürgerniveau hat, sollte einleuchten.

Allein das und ständige Abschaltungen energieintensiver Industrieanlagen werden dafür sorgen, dass sich Unternehmer fragen, wie lange sie diese Spielchen eigentlich noch mitspielen wollen.

Was soll es? Europa ist schließlich groß genug und andere Länder bieten vermutlich günstigere Standortfaktoren an als wir. Die überholen uns schlichtweg. Die Preisfrage ist: Wann verschwindet dann die Industrie aus Deutschland?

(Zuruf von den LINKEN: Och!)

Ich stelle die Preisfrage, wann verschwinden eigentlich endlich die GRÜNEN aus den Parlamenten?

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Sie sind dafür hauptverantwortlich. Gemeinsam ziehen sie den Bürgern unverhohlen das Geld aus der Tasche und verkaufen das Ganze noch als super Klimarettungsprojekt. Die Klimarettungspolitik ist am Ende der Sargnagel unseres Landes und unserer Industriegesellschaft.

Den GRÜNEN sowie den Verbänden vom Deutschem Naturschutzring, BUND oder Greenpeace geht der Kompromiss natürlich nicht weit genug. Das Ausstiegsjahr 2038 sei inakzeptabel. Gegenfrage: Weshalb sitzen da eigentlich militante Naturschutzorganisationen wie Greenpeace mit am Verhandlungstisch? Das ist unfassbar.

Der Bürger wird aus solchen Entscheidungen herausgehalten. Aber Leute, die anderenorts, wie im Hambacher Forst, gegen Einsatz- und Polizei-

kräfte auf asozialste Weise losgehen, sitzen hier mit am Kommissionstisch. Mehr brauche ich dazu nicht zu sagen.

(Beifall bei der AfD)

Viertens und letzter Punkt: massive Investitionen und Jobverluste. Wir stehen nun wiederholt vor einem entscheidenden Wandel in der mitteldeutschen Metropolregion, wo selbst die Dimensionen der betroffenen Arbeitsplätze nicht ganz klar zu sein scheinen. Ein Soll-Ist-Vergleich des Strukturwandels nach der Wende könnte erst einmal den Stand zwischen Geplantem und Erreichtem darstellen - was hat sich gelohnt, was nicht? -, bevor man zahlreiche Projekte für den neuen Strukturwandel aus dem Boden stampft - die eigentlich wie viele Arbeitsplätze wirklich bringen sollen?

Bei allen statistischen Berechnungen und Angleichungen bleibt es dabei, Sachsen-Anhalt hat ein Wachstumsproblem. Oder warum ist der Landkreis Mansfeld-Südharz auf Platz 370 der deutschen Landkreisrankingliste? - Das Jerichower Land ist auf Nr. 377 und der am schlechtesten bewertete Landkreis Deutschlands überhaupt ist auf Nr. 381, der Altmarkkreis Salzwedel als absoluter Tiefpunkt der deutschen Flop 30.

Das ist schon keine rote Laterne mehr, sondern ein rotes Leuchtfener.

(Beifall bei der AfD)

Schaut man sich am Ende die Projekte für unsere Metropolregion genauer an, weiß ich nicht, ob die Fördermittelsumme für das mitteldeutsche Braunkohlerevier für 2018, lächerliche 800 000 € und ab 2019 1,6 Millionen € - wir hörten ja vorhin, dass es dann 2 Millionen € geben soll - und gerade einmal 200 000 € an Zuwendungssumme je Projekt ernst gemeint sind, wenn bekannt ist, dass man pro Industriearbeitsplatz mit mindestens 2 Millionen € rechnet.

Werte Landesregierung, über IT und Digitalisierung brauchen wir im Land der Funklöcher und des fehlenden Breitbandausbaus auch nicht mehr zu debattieren. Die unerledigten Hausaufgaben soll wohl nun der neue Strukturfonds richten.

Wie viele Betriebe mit neuen Arbeitsplätzen entstehen denn durch neue Energieparks, Elektroloks, Schmutzwasserabführung und Klimatisierung von Bussen im Nahverkehr? - Das sind alles Strukturmaßnahmen, die längst erledigt sein sollten. Ihr Strukturfonds bedeutet keinen Wandel, sondern finanziert letztendlich nur den längst überfälligen Nachholebedarf.

Dass die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Kumpel kein Wunschkonzert ist, ist mir auch klar. Aber ich frage mich, warum Volkswagen seine

E-Autos in den USA bauen will und dort auf der Suche nach einem Produktionsstandort ist. Warum nicht in Zeitz oder in der Lausitz? Warum wird nichts dafür getan, dass deutsche Unternehmen in Deutschland bleiben und Tausende Arbeitsplätze sichern? - Vor allem wäre das mal wieder etwas nach der Marke „Made in Germany“. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Frau Funke für den Redebeitrag. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Frederking. - Frau Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Heute war ein besonderer Moment. Ich möchte noch einmal an Fridays for Future erinnern.

(Zuruf von der AfD)

Endlich schüttelt die Jugend ihre Rolle ab, später irgendetwas besser machen zu sollen, was wir Erwachsenen gerade vermurksen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Denn dieses Später wäre zu spät. So fordert die Jugend nun, macht sich auf, kämpft für den Erhalt unserer Erde. Sie kämpft für ihre Zukunft, für ihre Lebensgrundlagen.

(Zuruf von der AfD)

Noch einmal danke an die jungen Menschen, die weltweit und heute demonstriert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir können konstatieren: Eine breite Bewegung für mehr Klimaschutz hat begonnen.

Vor wenigen Jahren mussten wir in Sachsen-Anhalt noch den Neubau von Kohlekraftwerken verhindern. Für Sachsen-Anhalt standen ein neues Steinkohlekraftwerk in Arneburg, ein neues Braunkohlekraftwerk in Profen in Rede. Nun empfiehlt die Kohlekommission den Kohleausstieg - ein historischer Moment, der Aufbruch verheißt.

Endlich hat sich mit dem klaren Ausstiegspfad der Kohlekommission ein neuer Tagebau Lützen erledigt. Dort bleiben nun Kohle und Nietzsches Grab unter der Erde.

Auch wenn es einen Aushandlungsprozess geben wird, welche Kraftwerke am ehesten vom Netz gehen sollen, ist davon auszugehen, dass das große Braunkohlekraftwerk Schkopau nicht für den Ausstiegspfad 2030 vorgesehen wird. Dennoch sollte schon jetzt der notwendige Struktur-

wandel zum Ersatz der fossilen Energien und von wegfallenden Arbeitsplätzen aktiv gestaltet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Ideen liegen auf dem Tisch und werden auch im mitteldeutschen Revier teilweise jetzt schon mit den jährlichen 1,6 Millionen € Bundesmitteln aus dem Programm „Unternehmen Revier“ bearbeitet.

Jetzt kommen noch die zugesagten 1,5 Milliarden € aus dem Berliner Koalitionsvertrag dazu, davon für Ostdeutschland ein Sofortprogramm mit 150 Millionen €. Das alles zeigt: Der Strukturwandel nimmt Fahrt auf. Dafür braucht es Umsetzungsstrukturen, wie richtigerweise im Antrag der Fraktion DIE LINKE gefordert.

Gerade mit den in Aussicht gestellten hohen Summen an Strukturfördermitteln, die jetzt von der Kohlekommission vorgeschlagen wurden, können wir dann auch in Sachsen-Anhalt die Chancen ergreifen für den Umstieg auf eine CO₂-neutrale Energieversorgung und für zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Der Bericht nennt Milliardenbeträge. Wenn man das alles einmal herunterrechnet, dann kann man für Sachsen-Anhalt zwischen 200 und 300 Millionen € pro Jahr für einen Zeitraum von 20 Jahren annehmen. Das ist eine Riesendimension. Da müssen wir uns bewusst werden und auch der damit verbundenen Verantwortung, mit diesem Geld dann die Kohleregionen auch wirklich zukunftsfest zu machen.

Kommunale Einzelinteressen, wie die Sanierung von Museen oder der Bau von Parkhäusern, dürfen nicht im Vordergrund stehen. Es muss um das große Ganze gehen, nämlich eine Wirtschaft und Energieversorgung ohne fossile Energien. Entsprechende Aktivitäten müssen auch Strahlkraft in andere Regionen entfalten.

Hier geht es um eine Aufgabe, die so angebunden sein muss, dass alle zuständigen Ressorts ihre Expertise einbringen und auch mitbestimmen können, allen voran natürlich auch die Ministerien für Energie, für Wirtschaft und für Arbeit. Für diese Generationenaufgabe muss es personelle und ressourcenmäßige Aufstockungen geben.

Als GRÜNE wollen wir auch für unser Bundesland die Staatskanzlei für die Schaffung einer Strukturwandelstabsstelle haben. Am Montag gab es schon die Gründung einer interministeriellen Arbeitsgruppe, die sich auch mit dieser Fragestellung beschäftigen wird. Wie die Stabsstelle - der Ministerpräsident sprach von fünf Stellen - konkret ausgestaltet wird, muss gut beraten werden, denn

gerade der Energiebereich muss auch angemessen berücksichtigt werden. Deshalb plädieren wir für die Überweisung in die Ausschüsse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Frau Frederking für ihren Redebeitrag. - Für die SPD spricht der Abg. Herr Hövelmann. Herr Hövelmann, Sie haben das Wort.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz der Erklärung des Ministerpräsidenten heute Morgen möchte ich eine Anmerkung zu den Antragstellern bzw. zum Zweck und zum Sinn des Antrages machen.

Wie die Landesregierung ihre Arbeit organisiert, wie sie Zuständigkeiten verteilt, auch wie sie das Ressortprinzip wahrt und trotzdem Zusammenarbeit sichert, muss sie in eigener Zuständigkeit regeln. Dafür ist sie da und das ist auch gut so.

Das Prinzip der Gewaltenteilung schützt nicht nur die Unabhängigkeit der Justiz oder die Budget-, Gesetzgebungs- und Kontrollrechte des Parlaments, sondern eben auch die exekutiven Rechte der Regierung. Das sollten wir jedenfalls auch bei dem, was wir beantragen und beschließen, nicht außer Acht lassen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über Strukturfragen reden wollen, dann lassen Sie uns über die Aufgaben des Parlaments sprechen. Was Sachsen-Anhalt zum Beschluss der Kohlekommission beigesteuert hat und was in den Listen aufgeführt ist - das hat meine Fraktionsvorsitzende Katja Pähle vorhin bereits dargestellt -, ist in seiner Gesamtheit allerdings hier im Parlament noch nie erläutert worden.

Dazu gäbe es wahrlich allen Anlass und dafür sind die zuständigen Ausschüsse unseres Parlaments der richtige Ort. Wenn es nach der Auffassung meiner Fraktion geht, dann können die Sitzungen sehr gern auch öffentlich stattfinden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was ist jetzt eigentlich das Wichtigste für die Menschen in den betroffenen Regionen? - Es sind vor allem die Fragen, die sich unmittelbar auf die Sicherheit von Arbeitsplätzen, auf wirtschaftliche Anschlussperspektiven in der Region und auf Chancen für die junge Generation beziehen.

Was jetzt wirklich schnell in die Wege geleitet werden muss, sind die gesetzlichen, vertraglichen und auch tarifvertraglichen Regelungen, die dafür sorgen, dass Perspektiven entstehen.

Was rasch gebraucht wird, ist die Verständigung über einen Staatsvertrag, der die Zahlungen des Bundes zur Bewältigung des Strukturwandels rechtsverbindlich festschreibt, damit auch für alle Beteiligten klar ist, es geht nicht um unverbindliche Empfehlungen, sondern um belastbare Rechtsverpflichtungen.

Was zügig angegangen werden muss, ist die Förderkulisse für die Ansiedlung von neuer Industrie, damit klar ist, dass derjenige, der morgen keine Perspektiven mehr im Bergbau hat, seine Zukunft in einer anderen Branche, aber nicht in einer anderen Region suchen muss.

(Zustimmung bei der CDU)

Was wir erreichen müssen, ist, dass diese Perspektive nicht nur für die gilt, die heute schon einen Arbeitsplatz im Tagebau, im Kraftwerk oder in deren Umfeld haben, sondern auch für junge Leute, die in diesem oder in den nächsten Jahren eine Ausbildung beginnen wollen.

(Zustimmung bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn wir all das hinbekommen, dann ist das auch eine Nachricht über die Region hinaus: dass wir den Kampf gegen den Klimawandel - das ist die Ursache für all das, was wir tun - und für eine Begrenzung der Erderwärmung mit konkreten wirtschaftlichen und beruflichen Perspektiven für die Menschen vor Ort verbinden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Hövelmann für den Redebeitrag. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau Eisenreich. - Sie verzichtet.

Damit kommen wir zum Abstimmungsverfahren. Frau Frederking, Sie haben die Überweisung des Antrages zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung und zur Mitberatung in den Finanzausschuss beantragt.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Umwelt federführend! - Lars-Jörn Zimmer, CDU: Wirtschaft federführend, Umwelt und Landesentwicklung und Verkehr mitberatend!)

- Dann stimmen wir so darüber ab. Wer der Überweisung in die genannten Ausschüsse zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die Koalition und die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die AfD-Fraktion und ein fraktionsloser Abgeordneter. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das sehe ich nicht. Damit ist dieser Antrag überwiesen worden. Wir führen einen Wechsel im Präsidium durch.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 18

Erste Beratung

Straßenausbaubeiträge abschaffen, Beitragsmoratorium vorlegen

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/3867

Einbringerin wird die Abg. Frau Eisenreich sein. Sie haben jetzt das Wort.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sachsen-Anhalt hat sich im letzten Jahr verstärkt in die bundesweite Diskussion und Infragestellung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen eingereicht. Bürgerinnen und Bürger sehen die gegenwärtige Beitragsfinanzierung von Straßenausbaumaßnahmen kritisch. Dabei argumentieren sie vor allem, dass nicht nur Beitragspflichtige von der Verbesserung der Straße profitieren.

Zudem haben auch teilweise enorme Beitragssummen Menschen an den Rand der finanziellen Existenz gebracht und auch mögliche wiederkehrende Beiträge und Billigkeitsmaßnahmen den Unmut der Beitragspflichtigen geschürt.

Aber auch kommunale Vertretungen plädieren für eine Abschaffung oder haben sogar entschieden, keine Straßenausbaubeiträge mehr einzuziehen. Dabei spielen bei ihnen mehrere Erwägungen eine Rolle: Einerseits sehen sie die schwindende Akzeptanz für die Beiträge aus den bereits genannten Gründen. Andererseits stellen sie fest, dass bis zu 50 % der Beitragseinnahmen allein für die Beitragserhebung aufzuwenden sind, was Zweifel am Sinn der Erhebung nährt.

Dies war für die Fraktion DIE LINKE Anlass, vor zwei Monaten, nämlich im November 2018, in der Drs. 7/3578 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes vorzulegen. Er zielt auf die rückwirkende Abschaffung der Straßenausbaubeiträge zum 1. Januar 2019 und die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Zugleich sollen entstehende Einnahmeausfälle der Städte und Gemeinden angemessen ausgeglichen werden.

Trotz des von mehreren Fraktionen der Regierungskoalition geäußerten Willens, auf eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge hinzuwirken, fehlen bisher immer noch Signale der Lan-

desregierung und der CDU. Selbst auf unseren im Mai des vergangenen Jahres gestellten Prüfauftrag „Gemeindlichen Straßenbau besser unterstützen - Bürger entlasten“ in der Drs. 7/2863 hin gibt es bisher keine Vorlage oder Stellungnahme der Landesregierung.

(Zustimmung bei der LINKEN - Hendrik Lange, DIE LINKE: Skandalös!)

Dabei findet unser Antrag vielerorts Unterstützung. Der laufende Gesetzgebungsprozess zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge führt bis zu seinem Abschluss jedoch zu Rechtsunsicherheit sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Kommunen bei der Beitragserhebung. Das zeigt sich unter anderem daran, dass zum Beispiel in Haldensleben Straßenausbaumaßnahmen vorerst auf Eis gelegt wurden.

In anderen kommunalen Gremien wurden Prüf-anträge gestellt, ob und wie auf Straßenausbaubeiträge verzichtet werden könne. In einigen Fällen wird auf deren Erhebung sogar bereits verzichtet, was diese Kommunen längerfristig in eine rechtlich schwierige Lage bringt, weil sie nach dem bisherigen Kommunalabgabengesetz zur Erhebung verpflichtet sind und die Anwendung der Abgabenordnung nur zeitlich eng begrenzte Spielräume zulässt.

Deshalb ist es aus unserer Sicht einerseits erforderlich, diesen Prozess zügig und erfolgreich abzuschließen,

(Beifall bei der LINKEN)

damit Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger Rechtssicherheit erlangen und Letztere endlich entlastet werden.

Andererseits sollte nach unserer Auffassung bis zur Verabschiedung eines geänderten Kommunalabgabengesetzes für Städte und Gemeinden die Möglichkeit geschaffen werden, die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen auszusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein solches Beitragsmoratorium soll weitere Rechtsunsicherheiten verhindern und Frieden vor Ort schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Regierungskoalition! Sie haben sich inzwischen mehr oder weniger für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ausgesprochen,

(Minister Holger Stahlknecht: Nein!)

auch wenn Sie sich bisher noch nicht abschließend einigen konnten. Vor allem das Wie des Ausgleichs für entstehende Einnahmeausfälle ist noch ungeklärt. Aber die Botschaft für die Menschen sowie für die Städte und Gemeinden im

Land muss heute deutlich werden. Lassen Sie diese jetzt nicht hängen!

(Beifall bei der LINKEN)

Eine gesetzliche Regelung für ein Moratorium ist jetzt nötig und muss schnellstmöglich verabschiedet werden. Daneben braucht es ein klares Bekenntnis des Landtages, bis zum Ende des laufenden Jahres die Rechtsgrundlage zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen abschaffen zu wollen. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Eisenreich. Ich sehe keine Fragen. - Bevor ich Minister Stahlknecht für die Landesregierung das Wort übergebe, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Damen und Herren der Jusos aus dem Bördekreis, die auf der Nordtribüne sitzen, recht herzlich bei uns im Hohen Hause zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Auf der anderen Besuchertribüne darf ich Damen und Herren der Facts - Die Infoline der Gewerkschaft GmbH in Magdeburg recht herzlich in unserem Hohen Haus begrüßen. Seien auch Sie recht herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Minister Stahlknecht, Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Präsidentin! Die Diskussion um Straßenausbaubeiträge wird deshalb geführt, weil einige glauben, dass sie dann besser gewählt werden. Das ist der eigentliche Hintergrund.

(Zustimmung bei der CDU)

Es ist ein Irrglaube, einen Staat so fürsorglich zu machen, dass er möglichst alles bezahlt

(Guido Heuer, CDU: Das hatten wir vor 1989!)

und dadurch eine Zufriedenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern erreicht und wir aufgrund dieser Zufriedenheit immer wieder gewählt werden.

(Zuruf von Thomas Lippmann, DIE LINKE - Guido Heuer, CDU: Genau so!)

- Das ist nur ein Irrglaube, Herr Lippmann, weil Sie die Partei sind, die gern die Zufriedenheit verordnet. Aber wir brauchen in diesem Staat an erster Stelle, damit die Bürgerinnen und Bürger an

diesen Staat und die Demokratie glauben, Vertrauen in einen Staat.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Und dieses Vertrauen entsteht nicht - ich sage gleich etwas zu Ihrem Antrag - dadurch, dass man Vertrauen durch permanente Wohltaten organisiert, um Zufriedenheit zu generieren. Das hier Losgetretene führt genau zu dem Gegenteil und das greifen Sie in Ihrem Antrag auf.

Durch die öffentliche Diskussion ist jetzt der Eindruck erweckt worden, dass niemand, aber auch niemand mehr Straßenausbaubeiträge zahlen müsse, selbst diejenigen nicht, bei denen im Augenblick Straßenausbaumaßnahmen laufen. Das hat selbst die SPD bislang nicht gesagt.

Mich erinnert das, was Sie machen, an ein Bild aus meiner Kindheit: Ich ging mit meiner Mutter zum Fleischer und sie bestellte 250 g Gehacktes. Wenn es auf die Waage gelegt wurde und es wog 290 g, fragte die Verkäuferin, ob es auch etwas mehr sein dürfe. Genauso machen Sie hier Politik: Darf es auch etwas mehr sein? Das ist genau der Hintergrund.

(Beifall bei der CDU)

Die einen sagen, wir können das zukünftig abschaffen, und da Sie da gerade nicht stattfinden, sondern sich für Haldensleben einsetzen - ich kenne ja die Briefe auch -, fragen Sie: Darf es auch etwas mehr sein? Wir bezahlen das.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir sind ein Konsolidierungsland. Wir haben noch immer ca. 20 Milliarden € Schulden, die wir abbauen müssen,

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Weil wir nicht genug einnehmen!)

weil wir die Zukunft gestalten müssen. Sie müssen wissen, dass Sie aufgrund solcher Zufriedenheitsmaßnahmen, die am Ende diesen Haushalt mit Millionen Euro belasten werden, an anderer Stelle nicht gestalten können, weil Sie dann das Disponieren über den Straßenbau in die Steuerkraft eines Landes stellen, die wiederum abhängig von den Steuereinnahmen ist.

Wenn Sie glauben, dass Sie mit dem, was Sie hier vorhaben, Vertrauen schaffen, dann kann ich nur dringend davor warnen, weil Sie dadurch eine Gerechtigkeitsdebatte vom Zaun brechen,

(Zustimmung bei der CDU)

bei der sich zumindest diejenigen, die bislang gezahlt haben, ungerecht behandelt fühlen, weil Sie mit Ihrem aus meiner Sicht Darf-es-auch-etwas-mehr-sein-Antrag den Eindruck erwecken,

dass sie nicht zahlen müssten. Diejenigen werden am Ende bitter enttäuscht sein und genau dadurch leidet das Vertrauen in staatliches Handeln.

Insofern habe ich die tiefe Überzeugung, dass uns diese Darf-es-auch-etwas-mehr-sein-Politik für das Vertrauen in den Staat wenig hilft. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. Sie können gleich am Rednerpult bleiben; denn es gibt eine Frage. - Der Abg. Roi bekommt jetzt das Wort. Bitte.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Es ist schon interessant, Herr Stahlknecht, wie Sie Ihre Rede hier angefangen haben. Sie haben gesagt: „Wer das fordert, der will gewählt werden“, und haben das alles sozusagen als Wolkenkuckucksheim und als eine utopische Forderung abgetan.

Ich will Sie darauf hinweisen, dass Ihre Kollegen in Rheinland-Pfalz, die CDU-Landtagsfraktion und auch die kommunalpolitische Vereinigung dort, massiv - übrigens zusammen mit der AfD - gegen die Straßenausbaubeiträge kämpfen. In Schleswig-Holstein haben sie die Gesetze dafür geändert, andere Bundesländer haben das auch getan.

In Bayern sind das ungefähr 60 Millionen €. Hier sind es - so hat sich der Herr Fraktionsvorsitzende Borgwardt in der Zeitung geäußert - je nachdem entweder 30 Millionen € oder 80 Millionen €.

Wenn es um Bankenrettung geht, machen Sie, ohne mit der Wimper zu zucken, 200 Millionen € auf und streuen das ein. Als es um die Krise mit der Migration ging, haben wir im Doppelhaushalt 660 Millionen € gehabt. Auch da hat niemand gefragt, wer das alles finanzieren soll. Das, was Sie hier machen, das bringt die Leute auf die Palme.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das war zwar keine Frage, aber Sie können gern darauf erwidern, Herr Minister. Es gibt noch eine weitere Frage. Bitte.

Andreas Steppuhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Minister Stahlknecht - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Nein, er kann erst erwidern, wenn er möchte. - Aber er will nicht. Okay.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Nein, dazu sage ich nichts.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Dann, Herr Steppuhn, sind Sie dran.

Andreas Steppuhn (SPD):

Sehr geehrter Herr Minister Stahlknecht, ich hätte gern gewusst, ob Sie die Rede, die Sie hier gehalten haben, als Mitglied der Landesregierung gehalten und deren Position vertreten haben oder ob Sie als CDU-Parteivorsitzender gesprochen haben.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Stahlknecht.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Wenn ich hier vorn rede, rede ich als Minister. Insofern verstehe ich Ihre Frage nicht.

Andreas Steppuhn (SPD):

Aber Sie wissen sehr wohl, dass es sozialdemokratische Minister gibt, die sich sehr klar für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ausgesprochen haben.

(Zurufe)

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Es mag ja durchaus sein - -

(Unruhe)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister, einen ganz kleinen Moment. - Ich denke, wir sollten, auch wenn das der letzte Tagesordnungspunkt ist, fair sein. Wenn jemand eine Frage stellt - wir hatten das heute des Öfteren -, sollten Sie demjenigen, der diese Frage gestellt bekommt, die Möglichkeit lassen, zu antworten. Ich bitte Sie um etwas Geduld und weise darauf hin, dass der Feierabend noch ein bisschen hin ist. - Bitte, Herr Minister.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Die Tatsache, dass sozialdemokratische Minister oder Ministerinnen eine Auffassung haben, hindert mich nicht daran, dass ich als Minister auch eine habe. Im Übrigen sage ich noch einmal deutlich - daraus habe ich nie einen Hehl gemacht -, dass ich kein Freund der kompletten Abschaffung der Straßenausbaubeiträge bin.

(Zurufe: Wir auch nicht!)

Ganz einfach. Es steht im Übrigen auch nicht im Koalitionsvertrag. Insofern wäre das jetzt Partei. Wir haben aber gesagt: Da wir in einer Koalition sind, kann man über gewisse Dinge reden; dafür gibt es eine Arbeitsgruppe; das tun wir mit Augenmaß.

(Zuruf: Super!)

Ich kann nur empfehlen - am Ende entscheidet ein Parlament -, die Straßenausbaubeiträge nicht komplett abzuschaffen. Denn was man tut, sollte man klug tun. Jetzt kommt der entscheidende Satz: Bedenke das Ende!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister, es gibt noch eine Frage. - Frau Abg. Eisenreich, Sie haben das Wort.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Danke. - Herr Minister, auch Ihre Parteikollegen in Brandenburg plädieren ausdrücklich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Ihrem Redebeitrag muss ich also entnehmen, dass Sie empfehlen, die CDU in Brandenburg aufgrund des Populismus nicht zu wählen.

(Oh! bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister, bitte.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Frau Eisenreich, ich vertrete die Auffassung, die ich als Minister habe. Ich würde diese Auffassung auch an anderer Stelle vertreten. Und wenn Sie heute die „Mitteldeutsche Zeitung“ gelesen haben - da darf ich mich selbst zitieren -, wissen Sie, ich habe gesagt, dass das Herrn Söder, der das auch im Wahlkampf versucht hat, keine Stimme mehr gebracht hat. Das ist so.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich sehe keine weiteren Fragen. - Wir steigen nunmehr in die vereinbarte Dreiminutendebatte der Fraktionen ein. Wir beginnen mit der SPD-Fraktion, mit der Abg. Frau Schindler. Sie haben das Wort, Frau Abgeordnete.

Silke Schindler (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bereits in der Landtagsdebatte zu dem Ge-

setzentwurf der LINKEN im November habe ich am Ende meines Redebeitrages darauf hingewiesen, dass die öffentliche Diskussion, die wir als SPD-Fraktion auch mit angestoßen haben, in vollem Gange ist, dass wir auf dem richtigen Weg sind und diese Diskussion fortsetzen werden. Das war das Ende meiner Rede vor zwei Monaten. Daran kann ich nahtlos anschließen. Wir setzen diese Diskussion fort.

Wir haben am Montag dieser Woche wiederum ein Fachgespräch gehabt, in dem wir Bürgerinnen und Bürger, Vertreterinnen von Bürgerinitiativen und Rechtsanwälte eingeladen haben, um weiter über das Thema „Abschaffung der Straßenausbaubeiträge“ zu diskutieren.

Wir haben von vielen die Bestätigung bekommen, dass wir mit unserem Ansinnen auf dem richtigen Weg sind und dass wir unseren Weg weiterverfolgen sollen. Wir haben aber auch gute Argumente dafür bekommen, warum wir auf dem richtigen Weg sind, haben auch viele wichtige Hinweise erhalten, vor allen Dingen wichtige Hinweise, wie wir diese gesetzliche Änderung, die ansteht, sorgfältig, ordentlich und mit richtigen gesetzlichen Vorschriften untersetzen können. Denn auch dabei kann vieles fehlgehen. Da ist es das Wichtigste zu vermeiden, dass wir eine gesetzliche Regelung haben, die zum Schluss nicht akzeptiert wird.

Ich wiederhole die Kernpunkte der Positionen der SPD in diesem Zusammenhang. Wir haben von vornherein gesagt: Wir wollen keine Kannregelung, sondern, wenn wir überhaupt etwas machen, eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge; wir wollen eine klare Stichtagsregelung.

Der Vorschlag ist am Montag in dem Fachgespräch von den Bürgern so akzeptiert worden, weil jede gesetzliche Regelung - ob es die Erhöhung des Kindergeldes oder die Einführung von Baukindergeld ist - immer Stichtagsregelungen enthält, aufgrund deren Bürger, die vor dem Stichtag lagen, nicht in den Genuss der Vergünstigung gekommen sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich glaube nicht, dass Sie das Baukindergeld für die zurückliegenden zehn Jahre wieder einführen wollen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir sind auf dem richtigen Weg. Wir sind aber auch - das ist heute schon deutlich geworden - in der Koalition in einer Diskussion, die begonnen hat. Dazu hat am Dienstag die Arbeitsgruppe getagt. Wir sind uns in der Koalition noch nicht einig über das Ob und das Wie. Darüber werden wir miteinander diskutieren.

Aus diesem Grund können wir diesem Antrag so, wie er hier vorliegt, nicht zustimmen. Da wir uns über das Ob nicht einig sind, können wir auch nicht über den Punkt 2 Ihres Antrages, über das Moratorium, abstimmen. Deshalb beantrage ich die Überweisung dieses Antrages zur federführenden Beratung in den Innenausschuss und zur Mitberatung in den Finanzausschuss sowie in den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Schindler. - Der nächste Debattenredner wird der Abg. Herr Roi von der AfD-Fraktion sein. Sie haben das Wort.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Straßenausbaubeiträge abschaffen - das ist ein politisches Ziel der AfD im Auftrag unserer Wähler.

(Beifall bei der AfD)

Selbstverständlich - das ist bei meinen Vorrednern vergessen worden - war es die AfD-Fraktion, die schon Anfang 2018 als erste Fraktion dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung setzte und die Landesregierung aufforderte, den Weg freizumachen, die unsozialen Straßenausbaubeiträge endlich abzuschaffen.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Ja-wohl!)

Komischerweise haben wir dafür damals keine Mehrheit bekommen, und vor elf Monaten versammelten sich alle Fraktionen der Altparteien geschlossen hinter Innenminister Stahlknecht, der unmissverständlich klar machte - ich zitiere aus dem Plenarprotokoll vom 9. März 2018 -: „Wir sehen keine Notwendigkeit, diese Straßenausbaubeiträge abzuschaffen,“ und er fügte an: „weil wir dann das bestehende System völlig auf den Kopf stellen würden.“

Keine einzige Fraktion äußerte sich in der Debatte zum Antrag der AfD, auch DIE LINKE nicht. Offenbar war es Ihnen damals nicht wichtig. Man lehnte Redebeiträge mit Verweis darauf ab, der Innenminister habe alles schon gesagt.

Jetzt plötzlich hat die Scheinopposition, DIE LINKE, ein Thema entdeckt, übernimmt es von der AfD. Sie stimmen unseren Anträgen ja immer nicht zu. Wir unterscheiden uns in dieser Hinsicht. Denn die AfD wird den Antrag unterstützen. Wir unterstützen generell Anträge, die zum Vorteil unserer Bürger sind, denn wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt unseres Interesses und

nicht irgendwelche strategischen Parteiüberlegungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Inzwischen sind bereits drei weitere Fraktionen auf den fahrenden Zug aufgesprungen und schließen sich den Forderungen der AfD nach Abschaffung der Straßenausbaubeiträge an.

Frau Schindler, Sie haben soeben gesprochen. Ich habe Ihnen zugehört. Bei Ihnen klang das vor einem Jahr alles noch ganz anders. Es steht sogar im Protokoll. Schauen Sie noch einmal nach. Deswegen habe ich es hier noch mal mit. Das hat der Innenminister gesagt. Sie sind gegen die Abschaffung.

Sie sagten dort wortwörtlich - das steht darin -: „Den Ausführungen des Ministers ist nichts hinzuzufügen! Ich verzichte auf meinen Redebeitrag!“ Das heißt, Sie waren vor elf Monaten für die Straßenausbaubeiträge.

(Beifall bei der AfD)

Man fragt sich: Was ist vor elf Monaten passiert? - Ich kann es Ihnen sagen:

(Zurufe von der AfD)

eine Wahlschlappe in Hessen und eine Wahlschlappe in Bayern. Sie haben erkannt, ganz faktisch, dass Ihnen auch im Westen die Wähler davonlaufen. Die Menschen im Westen haben offenbar auch die Nase voll von den Champagnersozialisten der SPD. Auch dort marschieren Sie in Richtung 5 %.

(Beifall bei der AfD)

Jetzt ist natürlich Panik ausgebrochen. Es kommt die Kommunalwahl. Klar, die SPD braucht neue Themen. Deswegen schließen Sie sich jetzt auch noch an.

Mittlerweile haben wir vier Fraktionen, die gegen die Straßenausbaubeiträge sind. Aber es gibt heute wieder keine Mehrheit. Das zeigt, wie Sie mit der Demokratie umgehen. Ich finde, das ist blanker Hohn. Aber wir haben kein Problem damit.

Wir stimmen dem Antrag der LINKEN zu. Das müssen Sie mit sich ausmachen, meine Damen und Herren von den linken Fraktionen, wenn Sie diesem Antrag heute wieder nicht zustimmen, obwohl Sie eine Pressemitteilung nach der anderen rausjagen und den Leuten erzählen, dass auch Sie gegen Straßenausbaubeiträge sind. Das nimmt Ihnen kein Mensch ab.

(Starker Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Da können Sie noch so viel von der „Ostoffensive“ reden und davon, dass Sie im Osten endlich et-

was für die Bürger bewegen wollen. Machen Sie doch endlich Politik für die Bürger! Setzen Sie mal was um und gründen Sie nicht nur Arbeitsgruppen elf Monate danach! Wir nehmen zur Kenntnis, dass es das jetzt wenigstens gibt. Drum bleibt mir am Ende nur, noch zu sagen:

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ja, kommen Sie bitte zum Ende.

Daniel Roi (AfD):

AfD wirkt! Es gibt jetzt wenigstens eine Arbeitsgruppe. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich sehe keine Nachfragen. Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Meister. Sie haben das Wort, Herr Meister.

(Heiterkeit bei der AfD)

Olaf Meister (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Roi, Ihnen ist das mit den Koalitionsvereinbarungen scheinbar nicht so ganz klar. In der Koalition handelt man einheitlich. Wenn man einen Partner noch nicht überzeugt hat, dann muss man miteinander sprechen; das ist das Prinzip, und das wird Ihnen heute hier begegnen.

Die Situation ist nicht so richtig neu. Wir haben erst jüngst darüber diskutiert. Wir haben zwischenzeitlich den Koalitionsausschuss angerufen, um mal von November an zu berichten. Der Koalitionsausschuss hat sich dann zur Einrichtung der Arbeitsgruppe entschlossen, die inzwischen getagt hat; meine Vorredner sind darauf eingegangen.

In der Arbeitsgruppe ergibt sich das Bild - nicht ganz unerwartet -: GRÜNE und SPD pro Abschaffung; die Kollegen von der CDU haben erhebliche Bedenken. Jetzt sind wir im Gespräch. Das wird auch nicht hoppla hopp gehen; das ist schon deutlich geworden.

Wir müssen aber - das ist wirklich die Aufgabe der Koalition; da gucke ich auch den Innenminister an -

(Zurufe)

- nee! - zu einer Entscheidung kommen. Die kann auch negativ sein, also dass wir uns nicht durchsetzen können, dass meine Fraktion sich mit ihrer Position nicht durchsetzt; das kann passieren. Dann muss man den Leuten trotzdem klar sagen,

was bis Ende dieser Legislaturperiode in diesem Bereich passiert. Das müssen wir relativ zügig hinkriegen. Das müssen wir in diesem Jahr schaffen.

Sowohl der inhaltliche Ausgang als auch der Zeitpunkt der Abschaffung sind offen. Wenn Sie, liebe LINKE, das monatlich beantragen - das ist Ihr gutes Recht und macht das wahlkampfmäßig einiges her -, dann muss man den Menschen diese Situation aber auch offen schildern, wie ich es gerade gemacht habe.

Angesichts der Tragweite für den einzelnen Betroffenen warne ich vor der Erweckung des Eindruckes, wir stünden kurz vor dem Durchbruch. Nur in so einem Fall hätte aber das Moratorium Sinn.

Ein zeitlich nicht näher bestimmtes Moratorium wirft ja all die ungelösten Fragen, die im Hause eben nicht geklärt sind, weiter auf. Ich nenne nur eines, nämlich die Finanzierung. Bisher gibt es nur einen Deckungsvorschlag; das ist der von meiner Fraktion. Der ist aber nicht rückwirkend umsetzbar. Das heißt, wenn ich dieses Moratorium einsetze, ist die Finanzierung eben genau nicht geklärt. Woher nehme ich die nach Berechnung der LINKEN 27 Millionen € im Jahr? - Das wäre jetzt die Frage. Dazu hätte ich gern einen Vorschlag. Dazu gab es einen Vorschlag von der LINKEN, nämlich wir nehmen die Bundesmillionen.

Ich habe mal mitgezählt. Diese 27 Millionen € des Bundes, die sie einmal zur Kostendeckung vorschlug, haben Sie jetzt dreimal ausgegeben. Es gab Ihre Forderung, diese Summe an die Kommunen auszuzahlen. Das ist der ursprüngliche - -

(Eva von Angern, DIE LINKE: Nee, nee, die haben wir nicht ausgegeben! Sie sind noch da!)

- Nee, Frau von Angern, die Forderungen bestehen nebeneinander fort.

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Sie möchten, dass wir es den Kommunen direkt geben. Das ist der ursprüngliche Ansatz der Bundesebene. - Punkt 1.

Punkt 2 ist: Sie möchten, dass wir den Landesanteil der Straßenausbaubeiträge mit dem kommunalen Geld bezahlen. Das ist clever gemacht. Das ist kommunales Geld, aber wir nehmen es für eine Landesaufgabe. Das ist nicht fair.

Punkt 3. Wir haben die 27 Millionen € in den Haushalt eingestellt. Die müssten wir herauslösen. Das ist das dritte Mal. Es gab drei aktuelle Forderungen der LINKEN, alle mit demselben Geld finanziert. Das, liebe Freunde, ist keine Finanzpolitik, das ist Voodoo.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns das ernste Thema mit dem nötigen Ernst behandeln. Ich bitte um Überweisung des Antrags in die Ausschüsse.

(Siegfried Borgwardt, CDU, meldet sich zu Wort)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Meister. Ich habe aber eine

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

- ganz ruhig, Herr Abg. Borgwardt - Nachfrage von dem Abg. Herrn Borgwardt. Sie haben das Wort, Herr Borgwardt.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Danke, Frau Präsidentin. Möglicherweise war das der Zeit geschuldet, dass ich jetzt etwas schneller war.

Entschuldigung. - Herr Meister, gerade wenn man den letzten Kompromiss, den wir bis Mitternacht ausgehandelt haben, sieht - ich rede von den Finanzen -, habe ich Sie mehr als schätzen gelernt. Ich weiß aber sehr genau - daran wollte ich Sie gern erinnern -, dass Sie in Ihrer Rede etwas differenzierter gesprochen haben, als es dem Eindruck entspricht, den die verehrte Rednerin der LINKEN erwecken wollte. Ich erinnere aber an den Beginn der Debatte im letzten Jahr, bei dem Sie - das kann man nachlesen - einen in unserem Sinne fast ähnlichen Beitrag gehalten haben, und zwar von der Überraschtheit und von den offenen Problemen. Daran können Sie sich sicher auch noch erinnern.

Offensichtlich geht die Differenzierung weiter von dem damaligen Punkt, dass Sie überrascht waren - wir sind immer noch überrascht -, bis zu dem Punkt, dass Sie jetzt sagen, wir haben eine Arbeitsgruppe. Es gibt unterschiedliche Positionen; das ist klar. Man geht mit einem Ziel in diese Arbeitsgruppe.

Olaf Meister (GRÜNE):

Ja.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Wir haben unser Ziel klar benannt. Wir sind für eine Senkung. Wir sind für eine Entlastung der Bürger und Kommunen, aber wir sind nicht für null. Das haben wir auch ausführlich begründet und das wird auch unser Redner noch einmal sagen. Ich frage Sie: Angesichts der ersten Position, die Sie hatten und die sehr nah an unserer war,

(Zuruf von der AfD)

und Ihrer jetzigen etwas relativierenden Position - Sie haben es auch noch nicht konkret gesagt - frage ich Sie konkret: Sind Sie für eine Entlastung auf null für die Bürger oder haben Sie eine andere Variante?

Olaf Meister (GRÜNE):

Wir haben die Diskussion im November geführt, als ich die Position meiner Fraktion dargelegt habe, die auf dem Fraktionsbeschluss beruht, der vorher getroffen wurde, dass wir für eine gänzliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sind.

Wir sind zu dem Ergebnis gekommen: Es ist den Leuten auf Dauer nicht mehr vermittelbar. Die Leute nehmen an, dass diese staatlichen Leistungen, die wir überall sehen - - Sie sind verblüfft darüber, dass das für die Straße vor ihrer eigenen Haustür nicht gilt und dass man plötzlich einen riesigen Bescheid bekommt.

Das sorgt für Unruhe und führt zu großen Verwerfungen. Daher müssen wir uns fragen, ob die Straßenausbaubeiträge anders finanziert werden können. Ich muss sie trotzdem finanzieren; ich muss das ordentlich machen.

Deswegen haben wir einen Vorschlag unterbreitet, der nicht ganz im Sinne der CDU ist. Wir entlasten nicht tatsächlich, sondern wir nehmen die Straßenausbeiträge weg; den ganzen Kram sparen wir uns und wir finanzieren das über die Grunderwerbsteuer, die wir anheben würden. Das hätte den Effekt, dass man weiterhin in der Lage ist, Straßenausbaubeiträge abhängig vom Grundeigentum zu finanzieren. Das halten wir für sozial gerecht und auch für machbar. Man vermeidet aber diese Einzelfallhärte, dass jemand einen Bescheid über 15 000 € erhält; solche Sachen und schlimmere gibt es.

Das ist der Weg, den wir gern gehen wollen. Das haben wir auch in der Sitzung der Arbeitsgruppe am Dienstag in gleicher Weise gesagt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Meister. Es gibt noch eine kurze Nachfrage von Herrn Borgwardt.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Danke, Frau Präsidentin.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich würde aber trotzdem alle anderen bitten, sich etwas ruhiger zu verhalten. Es ist sehr anstrengend, den Verlauf der Sitzung ordentlich zu gewährleisten. - Bitte.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ich empfehle dir, sehr geehrter Kollege Meister, deine Rede vom letzten Mal noch einmal zu lesen. Damals hast du auch damit angefangen und das mit einem Kontext mit einem bestimmtem Kommunalwahlthema zu versehen. Ich bringe das nur einmal in Erinnerung.

Ich möchte einen zweiten Punkt anführen. Wir haben im Koalitionsvertrag sehr viel geregelt, aber manches auch ausgeschlossen. Der Vorschlag mit der Grunderwerbsteuer, den ihr bringt, ist ausdrücklich ausgeschlossen worden.

(Zuruf von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Ich will das nur sagen. Ich will nicht der Diskussion der Arbeitsgruppe vorgreifen. Aber es ist nicht zielführend, wenn man einen Vorschlag zur Deckung unterbereitet, den wir im Koalitionsvertrag ausdrücklich ausgeschlossen haben. - Das als kleiner Hinweis.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Meister, Sie haben jetzt das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Danke schön, Frau Präsidentin. - So ein Koalitionsvertrag ist kein Naturgesetz; das ist Ihnen ja klar.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Sowohl die Straßenausbaubeiträge als auch die Deckungsquelle, die wir als GRÜNE vorgeschlagen haben, finden sich so im Koalitionsvertrag nicht wieder, sind also eigentlich nicht machbar.

Deswegen sind wir beim Koalitionsausschuss vorstellig geworden. Wir müssen darüber reden, weil wir das ändern müssen. Das muss einvernehmlich passieren. Wenn wir das nicht einvernehmlich erreichen, dann wird es nicht passieren.

Zu meiner letzten Rede im November. Wenn Sie sich das noch einmal anschauen, dann stellen Sie fest: Sie fing damit an, die Straßenausbaubeiträge seien in Sachsen-Anhalt politisch mausetot. Ich meine, das ist so. Ihr wisst es nur noch nicht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU - Heiterkeit bei der SPD)

An dieser Stelle müsst ihr euch, meine ich, bewegen. Das werden euch die Leute noch erklären.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Meister. Ich sehe keine weiteren Fragen. - Wir kommen zum nächsten Debat-

tenredner. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Krull. Sie haben das Wort.

Tobias Krull (CDU):

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Offensichtlich handelt die Fraktion DIE LINKE bei der möglichen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nach dem Motto: Viel hilft viel.

(Zuruf von der LINKEN)

Zugegebenermaßen hat die Debatte über eine mögliche Abschaffung in den letzten Monaten deutlich an Fahrt aufgenommen. Ausdrücklich widersprechen möchte ich der im letzten Absatz der Begründung des Antrags getroffenen Aussage, dass sich die Koalitionsfraktionen vom Grundsatz her über die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge einig seien. Das stimmt ausdrücklich nicht. Die Debatte, die wir heute hier erlebt haben, hat das auch deutlich gemacht.

(Sven Knöchel, DIE LINKE: Aber wir sind uns einig!)

Genau deswegen gibt es derzeit eine koalitionsinterne Arbeitsgruppe, die sich mit einer möglichen Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen in unserem Bundesland beschäftigt.

Wir als CDU-Landtagsfraktion stehen für eine entsprechende Debatte zur Verfügung. Im Gegensatz zu anderen wollen wir eine solche Abschaffung nicht als Wahlkampfslager für die anstehenden Europa- und Kommunalwahlen nutzen. Es geht uns darum, die Probleme vor Ort tatsächlich zu lösen.

Daher ist eine mögliche Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für uns nicht die allein problemlösende Option. Im Übrigen sprechen sich die kommunalen Spitzenverbände gegen die Abschaffung aus, zuletzt das Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt am 28. November.

Für uns müssen noch einige Fragen geklärt werden, die bisher noch nicht ausreichend debattiert worden sind. Fangen wir einmal mit der möglichen Finanzierung der Einnahmeausfälle an. Während im Jahr 2017 den Gemeinden in unserem Land rund 10,5 Millionen € über die Straßenausbaubeiträge zuflossen, waren es Anfang der 2000er-Jahre mehr als 30 Millionen €. Angesichts dessen müsste das Land bei einer entsprechenden Gegenfinanzierung - die müsste gewährleistet sein - ein flexibles System einführen, um auf die unterschiedlichen Finanzbedarfe eingehen zu können.

Die bisher unterbreiteten Vorschläge sind aus unserer Sicht nicht ausreichend. Zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes werden einfach Summen in den Raum gestellt. Dazu möchte ich be-

tonen: 1,628 Milliarden € sind festgeschrieben. Das bedeutet Planungssicherheit für Land und Kommunen. Daher macht es keinen Sinn, das Gesetz spontan zu ändern, ohne ein Gesamtkonzept zu haben.

Auch der Vorschlag, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen, wurde bereits diskutiert. Ich verweise hierzu auf unseren Koalitionsvertrag, in dem dies ausdrücklich ausgeschlossen ist.

Natürlich stellt sich auch die Gerechtigkeitsfrage. Der von der LINKEN beantragte Stichtag führt automatisch zu Ungerechtigkeiten. Was machen wir mit denjenigen, die bereits Straßenausbaubeiträge gezahlt haben? Was machen wir mit denjenigen, die Ratenzahlung vereinbart haben? - Bisher haben uns als Fraktion die vorgelegten Konzepte und Ideen nicht überzeugen können.

(Zuruf von der LINKEN)

Würden wir dem Antrag der Fraktion DIE LINKE folgen, würden wir den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl geben, dass es nicht mehr um das Ob der Abschaffung geht, sondern nur noch um das Wie. Das wäre falsch. Vielmehr geht es meiner Fraktion darum, Bürger vor überhöhten und nicht mehr zu bewältigenden Beiträgen bzw. Belastungen zu schützen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Abg. Krull, Ihre Redezeit ist vorbei. Ihren letzten Satz bitte. Sie haben dann im Nachhinein die Möglichkeit, etwas zu sagen; es gibt zwei Fragen.

Tobias Krull (CDU):

Wir werden unsere Entscheidung als CDU-Landtagsfraktion nicht von Wahlterminen abhängig machen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Abg. Herr Krull. Ich habe zwei Wortmeldungen, zum einen vom Abg. Erben und zum anderen vom Abg. Herrn Hövelmann. - Bitte, Herr Erben, Sie haben das Wort.

Rüdiger Erben (SPD):

Herr Kollege Krull, uns trennen ein paar Lebensjahre. Ich gehe folglich davon aus, dass Sie Anfang der 2000er-Jahre nicht so intensiv mit Straßenausbaubeiträgen befasst waren. Sie haben eben gesagt, dass Anfang der 2000er-Jahre pro Jahr 30 Millionen € Straßenausbaubeiträge eingegangen seien.

Ist Ihnen bekannt, dass in der vierten Wahlperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt auf kommu-

nalaufsichtliche Weisung hin in allen Gemeinden Sachsen-Anhalts rückwirkend bis zum Jahr 1996 Straßenausbaubeiträge erhoben werden mussten?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Krull.

Tobias Krull (CDU):

Das ist mir natürlich bekannt. Aber ich verweise auf die entsprechende Mitteilung der kommunalen Spitzenverbände, in der diese Summe explizit aufgeführt worden ist. Dass das Kommunalabgabengesetz an der ein oder anderen Stelle gerade mit Blick auf die Straßenausbaubeiträge noch einmal geschärft worden ist, wissen Sie besser als ich, weil Sie damals auch Entscheidungen mit getroffen haben. Dass damals vielleicht nicht alle Entscheidungen so gelungen waren, ist Ihnen sicherlich auch bekannt.

Rüdiger Erben (SPD):

Dazu muss ich ergänzen: Also so alt bin ich nun auch nicht. Damals war ich noch nicht Mitglied des Landtags.

(Heiterkeit bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das war keine Nachfrage, sondern nur eine kurze Richtigstellung. - Herr Abg. Hövelmann, Sie haben jetzt das Wort.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Frage hat weder etwas mit dem Alter des Fragestellers noch mit dem Alter des Befragten zu tun. Im Ernst, Herr Kollege Krull: Ist Ihnen bekannt, dass der Aufwand für die Eintreibung der Straßenausbaubeiträge - das heißt Bescheiderteilung, Vereinnahmung, Rechtsstreit führen und alles, was dazugehört - je Kommune bei zwischen 30 % und 50 % der eingenommenen Beträge liegt und dass wir diese Summe tatsächlich für den Straßenbau verwenden könnten und nicht für die Verwaltung?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Krull.

Tobias Krull (CDU):

Die Zahlen sind auch mir bekannt. Sie werden zumindest von einigen Beteiligten in den Raum gestellt. Dass die Kommunen tatsächlich einen solch großen Aufwand haben, stelle ich einfach einmal in Zweifel.

Was die Kommunen besser machen müssen, was noch nicht überall in unserem Land so gut funk-

tioniert, ist tatsächlich, im Vorfeld eine Bürgerbeteiligung durchzuführen; denn damit lassen sich die entsprechenden Streitigkeiten aus dem Weg räumen. Ich kenne dafür sehr gute Beispiele. Selbst der Verein Haus und Grund Magdeburg zum Beispiel hat zugegeben, dass das in der Landeshauptstadt praktizierte Modell sehr erfolgreich ist, mit dem solche Konflikte vermieden werden und damit diese Quoten weit geringer sind als eben von Ihnen geschildert.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Krull. Es gibt keine weiteren Fragen. - Wir kommen nunmehr zur letzten Debattenrednerin. Frau Eisenreich, Sie haben das Wort, bitte schön.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Danke schön, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Allein heute hier diesen innerkoalitionären Auseinandersetzungen öffentlich beiwohnen zu dürfen, war es wert, diesen Antrag zu stellen. Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Das gilt auch für die Aussagen, die sich sehr schön widersprachen mit „wir würden Wahlkampf machen“, um im nächsten Satz zu sagen: Ihr bekommt sowieso keine Stimmen mehr. - Was denn nun?

Aber, lieber Koalitionäre, wir haben durchaus Verständnis für die schwierige Situation in der Koalition und die Schwierigkeiten bei der gemeinsamen Willensbildung. Genau deshalb haben wir diesen Antrag heute gestellt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich bitte nochmals um Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Eisenreich. Ich sehe keine Fragen. - Wir kommen nunmehr zum Abstimmungsverfahren. Ich habe vernommen, dass dieser Antrag zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Inneres und Sport sowie zur Mitberatung in die Ausschüsse für Landesentwicklung und Verkehr und für Finanzen überwiesen werden soll. Ist das so korrekt? - Das ist korrekt. Dann lasse ich darüber abstimmen.

(Unruhe)

- Wir befinden uns in der Abstimmung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte um etwas Ruhe. Nicht, dass hinterher gesagt wird, ich habe es nicht verstanden.

Also ich lasse jetzt über die Überweisung des Antrags in der Drs. 7/3867 abstimmen. Wer diesen Antrag in die Ausschüsse, die ich eben genannt habe, überwiesen haben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die AfD-Fraktion und die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Niemand. - Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bleiben Sie bitte noch auf Ihren Plätzen sitzen. Ich habe noch einen Antrag eines Abgeordneten vorliegen, und zwar möchte der Abg. Ulrich Siegmund gemäß § 68 der Geschäftsordnung des Landtages eine **Erklärung außerhalb der Tagesordnung** abgeben. Bitte, Herr Abg. Siegmund.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kollegen! Erst heute früh führten wir in diesem Hohen Hause eine Debatte über die Verrohung der politischen Auseinandersetzung und über eine gewalttätige Debattenkultur. Wie notwendig diese Debatte war, hat sich nur wenige Stunden danach gezeigt.

Heute früh demonstrierten Schüler direkt vor dem Landtag gegen den Klimawandel. Ob diese Demonstration während der Schulzeit legitim ist oder nicht, möchte ich in diesem Zusammenhang nicht erneut bewerten. Die Schüler wandten sich jedoch mit ihrem Recht auf Demonstration an uns Parlamentarier. Mein Anspruch war es daher, am Rande dieser Demonstration den Dialog mit denjenigen zu suchen, die ihn wünschen, und die Argumente und Meinungen anzuhören. Das ist nämlich unser Job. So stellte ich mich mit meinem Fraktionskollegen Jan Wenzel Schmidt an den Rand der Demonstration.

Es fanden sich tatsächlich zwei Schüler, die auf uns zugingen und uns ihre - übrigens sehr interessanten - Sichtweisen schilderten. Keine zwei Minuten später jedoch war allein unsere bloße Anwesenheit dem Vorsitzenden des Flüchtlingsrates und Jugendkoordinator der Partei DIE LINKE Herr Fietzke ein Dorn im Auge. In Windeseile trommelte er 20 bis 30 schwarz verummte Jugendliche zusammen. Wir wurden niedergeschrien, eingekreist, mit Fahrrädern angefahren, geschubst, gegen den Kopf geschlagen und auf eine unsägliche Art und Weise angepöbelt.

(Zuruf von der AfD: Pfui!)

Mittendrin und keine zwei Meter von uns entfernt stand der Landtagsabgeordnete Hendrik Lange von der Fraktion DIE LINKE.

(Zurufe von der AfD: Was? - Pfui! - Robert Farle, AfD: Pfui Deibel! - Weiterer Zuruf von der AfD: Nazis!)

Ich habe ihn direkt angesprochen, um die Situation aufzulösen und einzuschreiten. Außer einem Grinsen habe ich jedoch keine Reaktion erhalten.

(Zuruf von Matthias Büttner, AfD)

Bei der anschließenden Auflösung dieser Situation wurde sogar noch ein Polizeibeamter von dieser Menschenmenge auf die Straße geschubst. Zum Glück distanzieren sich im Anschluss daran noch einige Schüler direkt bei mir von diesen Chaoten.

(Beifall bei der AfD)

Liebe Kollegen! Diese Aktion zeigt doch, wie wichtig und wichtig unsere Aktuelle Debatte heute Vormittag war. Es ist unfassbar, dass das bloße Suchen nach einem Dialog ausreicht, um jemanden zu bedrängen, ihn zu schlagen und niederzuschreien, nur weil er nicht der gleichen politischen Meinung ist. Ich hoffe, dass dieses Hohe Haus, wir alle gemeinsam, diesen Chaoten und auch Herrn Lange hiermit eine klare Absage erteilen.

(Beifall bei der AfD)

Wer „Danke, Antifa“ sagt und das auch noch beklatscht, der macht sich mitschuldig und ist keinen Deut besser als die Chaoten heute vor unserer Haustür. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Siegmund. - Ich habe eine Wortmeldung gesehen. Eine solche ist eigentlich unüblich, wenn jemand eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung abgibt. Da aber der Abg. Herr Lange direkt angesprochen wurde, werde ich ihm selbstverständlich zu einer **persönlichen Bemerkung** gemäß § 67 der Geschäftsordnung das Wort erteilen. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Entsprechend § 67 unserer Geschäftsordnung möchte ich die Angriffe auf meine Person zurückweisen. Ich möchte darstellen, wie ich die Situation wahrgenommen habe, und damit auch klarstellen, dass die AfD an dieser Stelle nicht die Wahrheit sagt.

(Robert Farle, AfD, hält ein Blatt Papier hoch - Robert Farle, AfD: Hier ist das Bild! Sie lügen!)

Herr - -

(Eva von Angern, DIE LINKE: Hören Sie zu!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abgeordneter!

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Herr Farle, lassen Sie mich erst einmal ausreden und - - Okay, alles klar, Sie wollen es nicht hören. Dann sage ich es so.

Eines ist korrekt. Zwei Abgeordnete der AfD sind zu der Demo gegangen. Übrigens waren die beiden jungen Männer, mit denen Sie gesprochen haben, Personen, die der Linksjugend zugerechnet werden können.

(Ulrich Siegmund, AfD: Richtig!)

Ich habe wahrgenommen, dass Herr Fietzke zu ihnen gegangen ist und gefragt hat, ob sie mit der AfD diskutieren wollen, um einfach - -

(Ulrich Siegmund, AfD: Hat uns beschrien und beleidigt!)

- Herr Siegmund! Ich darf jetzt meine Ausführungen machen.

(Zuruf von der AfD)

- Ja, genau, die Märchenstunden haben wir gerade erlebt.

Ich habe wahrgenommen, dass sich dann junge Menschen mit einem Transparent vor Sie gestellt und sich entsprechend lautstark gegen Ihre Positionen artikuliert haben. Ich habe nicht gesehen, dass es dort Vermummte gab. Das habe ich nicht gesehen. Ich habe auch nicht gesehen, dass jemand mit einem Fahrrad angefahren wurde.

(Ulrich Siegmund, AfD: Sollen wir Ihnen die Verletzungen zeigen?)

- Nein, Sie brauchen mir nichts zu zeigen.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Machen Sie das mit Herrn Lehmann aus, nicht mit mir. Nochmal - -

(Andreas Gehlmann, AfD: Was soll das jetzt werden?)

- Wissen Sie was? Lassen Sie

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hendrik Lange (DIE LINKE):

mich doch einmal ausreden.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lange! Herr Lange, einen kurzen Moment bitte. - Sie müssen demjenigen, der hier persönlich in dieser Erklärung - -

(Zuruf von Andreas Gehlmann, AfD - Eva von Angern, DIE LINKE: Hören Sie doch einmal zu!)

- Ich verwarne Sie, wenn Sie jetzt nicht das Wort - -

(Zuruf von Andreas Gehlmann, AfD)

- Ich verwarne Sie jetzt das letzte Mal. Wir haben unsere Regeln. Wenn jemand hier eine Erklärung außerhalb der Tagesordnung abgibt und darin jemanden nennt, dann hat derjenige laut Geschäftsordnung das Recht, sich hier dazu zu äußern. Ich bitte Sie, einfach einmal zuzuhören, auch wenn Ihnen das vielleicht schwerfällt. Wenn ich Ihnen sage, dass Sie ruhig sein sollen, dann seien Sie das auch! Ansonsten werde ich Sie des Saales verweisen.

(Mario Lehmann, AfD: Dann sind wir die Nazis!)

- Das hat damit - - Herr Abg. Lehmann, auch Sie verwarne ich heute. Ich weiß, dass Ihnen das lustig vorkommt. Für mich ist es nicht mehr lustig.

(Mario Lehmann, AfD: Das ist nicht mehr lustig!)

Herr Lange, Sie haben das Wort.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Herr Siegmund, Sie haben mich dann gefragt: Sind das die Methoden, die Sie gutheißen? Ich habe darauf nicht geantwortet; das stimmt. Mit einem Grinsen habe ich darauf nicht reagiert.

Richtig ist, dass es ein Gerangel gab. Auch das habe ich wahrgenommen. Falsch ist, dass ich und Herr Fietzke in dem Moment nicht eingeschritten sind. Ja, im ersten Moment waren wir beide überrascht und haben die Situation auch tatsächlich beobachtet. Ihnen ist vielleicht etwas entgangen. Ich hoffe, dass es davon auch Bilder gibt.

Ich kann es mit all meiner Integrität sagen: Es ist so, dass wir, Herr Fietzke und ich, zwei aggressive Protagonisten aus dieser Demonstration zurückgehalten haben; ich mit meinem Arm. Ich habe jemanden, der noch einmal auf Sie zugehen wollte, zurückgehalten, und Herr Fietzke hat das Gleiche getan. Ich möchte Ihnen nur sagen, dass wir darauf reagiert haben. Wir haben auch versucht, durch deeskalierende Gespräche die Situation irgendwie zu bereinigen.

(Robert Farle, AfD: Gut!)

Es ist Ihnen sicherlich auch nicht entgangen - -

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lange, ich bitte Sie, etwas kürzer - -

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Ja. Ich bin sofort fertig. - Es ist Ihnen nicht entgangen, dass wir ein Gespräch mit dem Organisationsteam hatten und dass man Sie dann gebeten

hat, den Abstand zu wahren, damit die Situation deeskaliert wird. Deswegen weise ich zurück, wir hätten nicht reagiert. Ich möchte mein Bedauern darüber ausdrücken, dass es den zwei Leuten, die ich gesehen habe, gelungen ist, die Aufmerksamkeit mehr auf Sie zu lenken als auf die Anliegen der Schüler. Das ist schade. Ich halte es auch für unangemessen, so auf Sie zu reagieren. Allerdings muss man auch gucken, wie man sich gegenüber den Teilnehmern verhält.

Ich weise Gewalt zurück. Ich sage noch einmal, dass wir eingeschritten sind und dass ich den Vorwurf deshalb zurückweise. Übrigens würde ich mich auch darüber freuen, wenn Herr Roi seinen Post entsprechend korrigieren würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist jetzt eine schwierige Situation. Wir haben eine Darstellung und eine Gegendarstellung. Da die meisten von uns hier im Plenum saßen und nicht an der Demonstration teilgenommen haben, ist es für uns schwierig, uns selbst ein Urteil zu erlauben. Ich kann an dieser Stelle nur sagen, dass ich jegliche Gewalt, die irgendwo auftritt, verachte. Ich denke, damit spreche ich auch im Namen vieler Abgeordneter hier im Haus. Ich würde, wenn ich selbst dabei wäre, zu jeder Zeit einschreiten wollen.

(Oliver Kirchner, AfD, meldet sich zu Wort)

- Herr Kirchner, als Fraktionsvorsitzender haben Sie selbstverständlich jederzeit das Recht, hier zu sprechen.

Oliver Kirchner (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Vielen Dank, Herr Lange. Ich schlage vor, wir beenden damit die Diskussion über diesen Vorfall.

Es sind Anzeigen gestellt worden. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft werden ermitteln und darüber entscheiden. Damit soll es das auch gewesen sein. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Kirchner. Das waren jetzt klare Worte und die sind auch wichtig gewesen.

Schlussbemerkungen

Mir bleibt an dieser Stelle nur zu sagen, dass unsere 30. Sitzungsperiode damit beendet ist. Ich berufe den Landtag zur 31. Sitzungsperiode für den 28. Februar und den 1. März 2019 ein. Ich wünsche trotz aller Emotionen ein schönes und erholsames Wochenende.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Schluss der Sitzung: 15:55 Uhr.

